

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 29

Rosa-Luxemburg-Stiftung

PETER BATHKE, SUSANNE SPINDLER (HRSG.)

**Neoliberalismus
und Rechtsextremismus
in Europa**

Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien

Karl Dietz Verlag Berlin

Peter Bathke, Susanne Spindler (Hrsg.):
Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa
Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 29)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2006

ISBN 3-320-02086-2; 978-3-320-02086-6

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2006

Satz: Elke Sadzinski

Umschlag: Heike Schmelter, unter Verwendung einer Graphik von Manfred Bofinger

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Peter Bathke, Susanne Spindler: Vorwort	9
1. Modernisierter Rechtsextremismus in Europa; Zusammenhänge von Neoliberalismus und Rechtsextremismus	
Christoph Butterwegge: Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus	15
Jean-Yves Camus: Die europäische extreme Rechte: ein populistisches und ultraliberales Projekt	34
Herbert Schui: Rechtsextremismus und totaler Markt: Auf der Suche nach gesellschaftlicher Klebmasse für den entfesselten Kapitalismus	48
Christina Kaindl: Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?	60

2. Verschärfung sozialer Ungleichheit, struktureller Rassismus und rechtsextreme Gesellschaftsentwürfe

- Gerd Wiegel:
Moderner Rechtsextremismus in Deutschland Fehlanzeige?
Volksgemeinschaft und »Antikapitalismus«
als Erfolgsrezept der NPD 76
- Hermann Dworzak:
Modernisierter Rechtsextremismus und Rechtspopulismus
am Beispiel Österreichs 84
- Vincent Scheltiens:
Vom Vlaams Blok zum Vlaams Belang.
Analyse eines Problems, Erörterung von Gegenstrategien 88
- Ineke Van der Valk:
Neoliberalismus, Rassismus und Rechtsextremismus –
am Beispiel der Niederlande 98
- Loïc Wacquant:
Die Bestrafung der Armut und der Aufstieg des Neoliberalismus 109

3. Umgang der extremen Rechten mit neuen sozialen Unsicherheiten sowie die Haltung der Gewerkschaften

- Gudrun Hentges, Jörg Flecker:
Die Sirenen-Gesänge des europäischen Rechtspopulismus 122
- Gabrielle Balazs:
Prekarität und politische Vertretung in Frankreich 147
- Klaus Dörre:
Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft –
Ursache einer rechtspopulistischen Unterströmung? 153
- Michael Fichter, Richard Stöss, Bodo Zeuner:
Das Forschungsprojekt »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« –
ausgewählte Ergebnisse 167

4. Widerstand gegen rechtes Denken und Handeln

Wolfgang Dreßen: Alle einig gegen Rechts?	182
Jonas Frykman, Olga Schell: Viele kleine Schritte. Erfahrungen aus der Arbeit einer Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Brandenburg	189
Dirk Burczyk: Rechtsextremismus auf der Tagesordnung. Mit einer Großen Anfrage will die Fraktion DIE LINKE. Rechtsextremismus wieder zu einem Thema im Bundestag machen	200
Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus und Neoliberalismus in Europa – eine Podiumsdiskussion. Bearbeitung: Peter Bathke, Uwe Dresner	206
Erklärung der Europäischen Initiative gegen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	217
Autorenverzeichnis	219
Abkürzungsverzeichnis	225

Vorwort

Der Neoliberalismus vollzieht seit Jahrzehnten als aktuelle Entwicklungsphase des Kapitalismus einen Siegeszug, der nicht nur die fortgeschrittenen Industriegesellschaften betrifft, sondern im Begriff ist, den letzten Winkel der Erde seiner zerstörerischen Marktradikalität zu unterwerfen. Auf den ersten Blick könnte man meinen, eine globalisierte Weltwirtschaft, die auf Freihandel, Liberalisierung, Transnationalität und Freisetzung aus alten Zwängen setzt und damit auch die Wanderung von Menschen und Kapital beinhaltet, böte keinerlei Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Ideologie und Politik. Aber dennoch macht sich europaweit eine zunehmende Popularität rechtsextremer Parteien und Ideologien breit. Schaut man aber genauer hin, erkennt man, dass die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Profitlogik und die Propagierung von Standortnationalismus für ein gesellschaftliches Klima sorgt, woran rechtsextremes Gedankengut anschlussfähig ist. Das Soziale wird zur Belastung, Ausgrenzungen sind erlaubt. Rechtsextreme Demagogen greifen die soziale Frage auf, um mit Nationalismus, der Forderung nach einem starken Staat, Ausgrenzung und Rassismus scheinbare Lösungen der Probleme anzubieten. Damit wenden sie sich sowohl an diejenigen, die von Arbeitslosigkeit oder prekären Arbeitsverhältnissen betroffen oder verunsichert sind, als auch an jene, die im internationalen Wettbewerb bestehen und ihre eigenen Pfründe sichern wollen.

Politiker, Wissenschaftler und Medien verorten den Rechtsextremismus in Deutschland sozial und kulturell am Rande der Gesellschaft. Sie distanzieren sich verbal, auch gegenüber dem Ausland, was zugleich das Image des Standortes Deutschland vor Schaden bewahren soll. Und dennoch zeigt sich immer wieder, wie rechtsextremistische Kernideologeme wie Rassismus mitten in der Gesellschaft und aus ihr heraus produziert werden: Debatten und Gesetzesverschärfungen bezüglich der Flüchtlingspolitik, Diskurse über eine »Deutsche Leitkultur«, Losungen wie »Kinder statt Inder« oder nationalistische Kampagnen wie »Du bist Deutschland« sind nur einige Beispiele, wie Rassismus und Nationalismus salonfähig werden. Damit liefern politische und wirtschaftliche Eliten den Rechtsextremen ideologische Steilvorlagen für deren Propaganda. Und zugleich lässt dies vermuten, sie seien bereit dazu, rechtsextreme Bewegungen zu tolerieren, da diese in der Lage scheinen, sozial Schwache und Deklassierte in Schach zu halten und deren Ängste politisch zu kanalisieren. Der Rechtsextremismus könnte dem Neoliberalismus so als Spielart der Politik des Kapitals nutzen, vorerst noch als ein »Schmuddelkind«, für das man sich in der Öffentlichkeit schämt, ohne die Verwandtschaft wirklich leugnen zu kön-

nen. Es zeigt sich jedoch auch, dass die extreme Rechte Lücken sucht, die der Neoliberalismus offen lässt und die ihr die Möglichkeit bietet, sich in Gegnerschaft zu ihm zu positionieren.

Europaweit differenziert sich seit Jahren der Rechtsextremismus in den traditionellen völkischen Nationalismus und einen modernen Rechtspopulismus, der Marktradikalismus mit Standortnationalismus kombiniert. Vorreiter der modernisierten Spielart des Rechtsextremismus sind Parteien wie die italienische Aleanza Nazionale, der Vlaams Belang in Belgien oder die FPÖ in Österreich, die mit ihrer demagogischen Politik beträchtliche Wahlerfolge erringen bzw. lange Zeit errangen. Diese Parteien trafen sich erstmals am 14. November 2005 in Wien und stellten sich das Ziel, bei der nächsten Europawahl im Jahr 2009 mit einer gemeinsamen Liste anzutreten. Das politisch Neue an diesem Wiener Treffen der »nationalpatriotischen Parteien«, wie sie sich selber bezeichnen, war die politische Breite. Versammelt waren Rechtsextremisten und Rechtspopulisten aus West- und Osteuropa. Das ist eine Kampfansage an das demokratische Europa, die ernst zu nehmen ist. Es steht zu befürchten, dass aus dieser sich anbahnenden Kooperation eine extreme europäische Rechte hervorgeht.

Die bisher beschriebenen Entwicklungen von Neoliberalismus und Rechtsextremismus verweisen auf einige zentrale Fragen: Was sind neoliberale, was rechtsextreme Kernelemente und wie korrespondieren sie? Hat der Rechtsextremismus sich unter neoliberalen Bedingungen gewandelt? Modernisierungsvor- oder -verlierer: An wen wenden sich die Rechten denn eigentlich? Wo macht sich der Rechtsextremismus zum Handlanger des Neoliberalismus? Wie wird es möglich, dass die extreme Rechte als Gegner des Neoliberalismus auftritt und dabei auch linke Protestformen okkupiert?

Diesen und weiteren Fragen wollten wir systematisch nachgehen und organisierten eine internationale Konferenz zum Thema »Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa«, die die Grundlage für den vorliegenden Band liefert. Die Konferenz fand am 3. und 4. Dezember 2005 in Köln statt, und wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit der Fraktion der Linken im Europäischen Parlament GUE/NGL, mit Espaces Marx aus Paris, der RLS Berlin und anderen Institutionen organisiert. Zusätzlich konnten wir für die vorliegende Publikation weitere AutorInnen gewinnen. Auf diese Weise gelang eine interessante Analyse des Wechselverhältnisses zwischen Neoliberalismus und Rechtsextremismus in der Gegenwart, das sich sowohl widersprüchlich als auch ineinander fügend zeigt. Vorbereitet wurde die Konferenz und auch der nunmehr publizierte Band von einer Arbeitsgruppe, der neben den beiden HerausgeberInnen auch Dirk Burczyk, Sandra Fuhrmann und Mark Unbehend angehörten. Gabriele Nintemann und ihre Mitarbeiterin Frauke Grieger übernahmen die Lektorierung. Ihnen allen möchten wir an dieser Stelle für ihr Engagement danken.

Zu den Beiträgen im Einzelnen:

Die ersten beiden Beiträge beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit der Frage, inwiefern der Neoliberalismus vom Rechtsextremismus aufgegriffen und für seine Zwecke eingesetzt wird, sich damit die extreme Rechte also »modernisiert«. In seinem Beitrag weist *Christoph Butterwegge* auf drei vorrangige Themenbereiche hin, in denen er die Verstrickungen und den Analysebedarf der Zusammenhänge sieht: Mit der neoliberalen Globalisierung gehen soziale Verwerfungen einher, transnationale Netzwerke werden auch für die extreme Rechte zum neuen politischen Potenzial und die modernisierte Rechte greift neoliberale Dogmen auf und passt sie in ihren ideologischen Kontext ein. Zugleich bietet sie »Lösungen« für die problematischen Seiten der Globalisierung an.

Jean-Yves Camus gibt einen Überblick über die Entwicklung und Gemeinsamkeiten der europäischen rechten Parteien. Er sieht einen erkennbaren Zusammenhang zwischen neoliberaler Ideologie und den Charakteristika dieser Parteien. Bis auf wenige Ausnahmen konstatiert er einen Bruch zum Faschismus und eine Hinwendung zu ultraliberalen Positionen, gespickt mit Rassismus und zunehmender Islamophobie.

Wendet man sich der Frage zu, welche Rolle der Rechtsextremismus für den Neoliberalismus spielt, könnte man zunächst eine eher kontraindikative Wirkung vermuten: So behindert der Rechtsextremismus durch seine nationalistische Fokussierung das freie Flotieren des Marktes. In der Analyse zeigen die Autoren aber auch auf, wie sich der Neoliberalismus dennoch des Rechtsextremismus bedient.

Herbert Schui zeichnet den Rechtsextremismus in der Funktion einer politischen »Klebmasse« für den Neoliberalismus: Er stellt dabei die Frage, inwiefern neoliberale Kräfte den Rechtsextremismus dort nutzen, wo die integrierende Kraft des Tauschakts nachlässt oder einfach gar nicht wirkt. Vor allem in Krisenzeiten bedarf es der Klebmasse, das heißt derer, die eine Opposition verhindern sollen. Wer, wenn nicht die modernisierte extreme Rechte könnte sich zu diesem Zweck eignen? Der Autor verortet dies als einen Mechanismus, der dazu dient, Widerstände von vorneherein zu unterbinden und Krisen zu verschleiern.

Um die Frage, ob und wie es ein Zusammenspiel der extremen Rechten mit dem Neoliberalismus gibt, geht es auch bei *Christina Kaindl*. Auf die Terminologie Gramscis rekurrierend, sieht sie eine »Krise der Repräsentation« im herrschenden Parteienspektrum. Dabei entstehen Repräsentationslücken, die rechte Parteien wie die NPD geschickt zu nutzen wissen. Während *Schui* auf die Gemeinsamkeiten von Neoliberalismus und Rechtsextremismus abhebt, zeigt *Kaindl*, wie der Rechtsextremismus auch von der Opposition gegen den Neoliberalismus profitieren kann.

Das Verhältnis ist durchaus widersprüchlich, denn Ausgrenzung und Mobilisierung gegen gesellschaftlich Ausgeschlossene werden in beiden Ideologien vertreten. Darauf weist auch *Gerd Wiegel* hin, wenn er nachzeichnet, wo die Rechte in Europa – trotz Einbeziehung neoliberaler Elemente – immer noch wesentlich neue Verunsicherungen mit traditionellen Identitätsangeboten lösen will. Ob diese Mischung weiter für Erfolg sorgt, oder ob der Erfolg eher einer Partei wie der NDP, die sich vor allem antikapitalistisch gibt, beschieden sein wird, ist dabei eine zukunftsweisende Fragestellung.

Über die Frage des Erfolgs rechter Parteien denkt *Hermann Dworczak* am Beispiel der FPÖ in Österreich nach. In neun Thesen weist er auf deren Oszillieren zwischen neoliberal orientierter Realpolitik bei Regierungsbeteiligung und einer Rückkehr zu klassischen rechtsextremen Politikformen hin. Er legt dar, inwiefern diese Politik einerseits immer wieder scheitert, aber dennoch in der Zukunft weitere Blüten tragen könnte.

Für Belgien beschäftigt sich *Vincent Scheltiens* mit den nunmehr seit fast 30 Jahren anhaltenden Wahlsiegen des Vlaams Belang (früher: Vlaams Blok), die er eng mit der Auflösung alter sozialer Strukturen durch neoliberale Politik verbunden sieht. Dabei wird auch die Wirksamkeit politischer Umgangs- und Gegenstrategien hinterfragt, die bisher ausprobiert oder zumindest diskutiert wurden, um gegen den Vlaams Belang vorzugehen.

Über eine Parteienanalyse hinaus beschäftigt sich *Ineke Van der Valk* mit einem rechten Kernideologem: dem Rassismus. Sie macht in den Niederlanden zunehmenden Rassismus aus, der allerdings nicht einem verstärkten Rechts extremismus, sondern verschärften strukturellen Umgangsformen mit Minderheiten geschuldet ist. Dies weist sie in gesetzlichen Regelungen, sozialpolitischen Maßnahmen und weiteren Diskursen nach, und zeigt, wie – im Zusammenspiel mit neoliberalen Tendenzen – eine gesellschaftliche randständige Position von Migranten und Migrantinnen weiter ausgebaut wird.

Eine Verschärfung der Minderheitensituation bezüglich Herkunft und Klasse sieht *Loïc Wacquant* vor allem in drei Faktoren des Ausbaus neoliberaler Ideologie begründet: durch Abbau des Sozialstaates, Abschaffung staatlicher Wirtschaftspolitik und Stärkung des strafenden Staates. Seine Ausführungen betten die vorangehenden Analysen aus den Ländern in einen Gesamtzusammenhang der Entwicklung des Neoliberalismus in Europa. Um die zunehmende Prekarisierung von Arbeit und Leben und steigende Armut zu »behandeln«, dehnt der Staat seine autoritären Elemente aus, zum einen in Form des »strafenden Staates« und zum anderen durch die Ausweitung der überwachenden Funktion sozialer Dienste, was ideologisch durchaus reibungslos mit rechten Staatskonstruktionen einhergeht.

Die Auswirkungen der Veränderungen in der Arbeitswelt vertieft der thematische Block zum Umgang der extremen Rechten mit neuen sozialen Unsicherheiten. Die AutorInnen präsentieren Ergebnisse empirischer Studien über

den Zusammenhang zwischen der Veränderung von Arbeit und ihren Auswirkungen auf die politischen Haltungen der ArbeitnehmerInnen.

Gudrun Hentges und *Jörg Flecker* sowie *Gabrielle Balazs* forschten im Rahmen der europäischen Studie SIREN (Socio-Economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extrem Right). Sie beschäftigten sich mit der Frage, wie die Subjekte die Erfahrung (oder auch Angst vor) sozioökonomischer Veränderung verarbeiten, und ob und unter welchen Voraussetzungen an dieser Stelle rechtspopulistische Ideologien greifen. *Hentges* und *Flecker* zeigen quer durch Europa auf, wie Hinwendungen zu rechtspopulistischen Orientierungen in diversen Arbeits- und Klassenlagen verlaufen und welche Motive dem zugrunde liegen können. *Balazs* beschreibt die Situation von Konkurrenz, Unsicherheit und zunehmender Abgrenzung gegenüber Einwanderern in Frankreich anhand zweier Regionen, in denen sich (Ent-)Industrialisierungsprozesse in entgegengesetzten Stadien befinden.

Beziehungen zwischen der Prekarisierung, der sozialen Unsicherheit und dem Entstehen rechtspopulistischer Orientierungen sieht auch *Klaus Dörre*. Er hebt die Relevanz hervor, Prekarisierung nicht nur als Unsicherheit der Beschäftigung und der sozioökonomischen Lage zu verorten. Stattdessen muss der Begriff das Macht- und Kontrollsystem umfassen, bei dem die Marktdisziplin den Sozialstaat verdrängt. Dies kann die Individuen in der politischen Bearbeitung ihrer Lage beeinflussen und ist damit unabdingbar für eine Analyse des Zusammenhangs rechtsextremer Orientierungen und Prekarisierungen.

Den Zusammenhang von Gewerkschaftszugehörigkeit und rechtsextremistischen Einstellungen der Mitglieder erforschten *Michael Fichter*, *Richard Stöss* und *Bodo Zeuner*. Sie gehen hier der Frage nach, worin sich der Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern unterscheidet. Im Mittelpunkt steht dabei das zunächst überraschende Ergebnis ihrer Untersuchung, dass besonders die gewerkschaftlich organisierte Mittelschicht, die zudem oft als Funktionsträger in den Gewerkschaften agiert, rechtsextremistische Orientierungen aufweist – weit mehr als ihre nicht-gewerkschaftlich organisierten Pendanten. In einer Analyse der Ursachen gehen die Autoren diesem Phänomen auf den Grund.

Die Ursachenforschung ist auch bedeutsam für Fragen der Entwicklung von Widerstandsstrategien gegen rechtes Handeln und Denken. Wie die meisten der AutorInnen, die Fragen von Gegenstrategien in ihre Texte einbezogen haben, halten auch wir mehrdimensionale Herangehensweisen für notwendig. Das spiegelt sich in den folgenden Texten wider, sowohl in ihrer Form als auch in ihren Inhalten:

Wolfgang Dreßen zeigt in einem Essay auf, wie ein offensiver Umgang im Kampf gegen Neonazis zwar öffentlich suggeriert wird, dies aber vor allem dem Zweck dient, ökonomische Prozesse und die Beziehung zum Ausland zu

stabilisieren. Erreicht wird dies durch eine scheinbar sehr gute Aufarbeitung der Vergangenheit, die aber nur durch eine reduzierte Sicht sowohl auf die Vergangenheit als auch die Nazis funktioniert. *Dresden* fordert daher eine Ausweitung der Erforschung des historischen Nazismus sowie die Erweiterung demokratischer Kultur.

Aus den Erfahrungen einer Beratungsstelle für die Opfer rechter Gewalt berichten *Jonas Frykman* und *Olga Schell*. Für die Opfer ist der Umgang der Öffentlichkeit und der Gerichte mit den erlittenen Taten für ihre eigene Verarbeitung der Gewalt wichtig. Die Beratungsstelle arbeitet auch an der lokalen Vernetzung der Akteure gegen Rechtsextremismus.

Die Analyse und Thematisierung des Rechtsextremismus zur Stärkung antifaschistischer Arbeit findet auch auf parlamentarischer Ebene statt. *Dirk Burczyk* stellt die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vor. Die Fraktion möchte Kenntnisse und Einschätzung der Bundesregierung über den Rechtsextremismus abfragen und sich über geplante Maßnahmen informieren. Indem die Entwicklung über einen längeren Zeitraum erfragt wird, zeigt sich auch die Sinnhaftigkeit von bisherigen Maßnahmen, sodass auch für eine zukünftige antifaschistische Arbeit die Prioritäten genauer ermittelt werden können.

In der *Dokumentation der Podiumsdiskussion* sprechen *Elisabeth Gauthier*, *Hermann Dworzak*, *Vincent Scheltiens* und *Gerd Wiegel* unter Moderation von *Meinhard Meuche-Mäker* über Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus. Durch ihre Erfahrungen in unterschiedlichen europäischen Ländern, geben die DiskutantInnen auch Auskünfte über ihre Einschätzung von Anzeichen für das Entstehen einer vereinten europäischen Rechten und inwiefern diese Entwicklung mit dem Auf- oder Abstieg des Neoliberalismus in Verbindung steht.

Über regionale Unterschiede hinweg zeigen sich strukturelle Gemeinsamkeiten in den Entwicklungen von Neoliberalismus und Rechtsextremismus in europäischen Ländern. Wie können wir daraus voneinander lernen und gemeinsam politische Gegenstrategien entwickeln? Während unserer Konferenz ist als ein Kontinuität versprechender Schritt der gemeinsamen linken Arbeit eine *Europäische Initiative gegen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus* entstanden. Die Gründungserklärung bildet nicht nur den Abschluss der Konferenz, sondern auch den des Buches – allerdings nicht den der Arbeit: An der Mitarbeit in der Initiative sind alle Interessierten herzlich eingeladen. Dem Netzwerk gehören bisher Personen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Österreich und den Niederlanden an. Die Initiative verfügt inzwischen über eine eigene Internet-Seite. Das Ziel ist eine europaweite, und wenn nötig darüber hinausgehende Zusammenarbeit zum Austausch von Informationen und Analysen zu modernem Rechtsextremismus. Damit sollen zugleich Voraussetzungen für gemeinsame Reaktionen demokratischer und linker Kräfte auf das Wirken rechtsextremer und rechtspopulistischer Kräfte in Europa geschaffen werden.

1. Modernisierter Rechtsextremismus in Europa; Zusammenhänge von Neoliberalismus und Rechtsextremismus

Christoph Butterwegge

Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus

»Globalisierung« avanciert immer mehr zu einer Schlüsselkategorie bzw. einer Kernideologie unserer Zeit. Obwohl oder richtiger: Gerade weil dieser Terminus vage und vieldeutig ist, liefert er Politik und Publizistik, aber auch den Wissenschaften ein interdisziplinäres Paradigma,¹ das die epochale Wende nach dem Ende der Systemauseinandersetzung zwischen Plan- und Marktwirtschaft bzw. (Staats-)Sozialismus und Kapitalismus widerspiegelt. Selbst wenn die Globalisierung einen medial erzeugten und massenhaft reproduzierten Mythos darstellt, wie Kai Hafez mit Blick auf die neuen Medien mutmaßt,² erlangt sie schon dadurch gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit, dass subjektive Überzeugungen, die Millionen Menschen überall auf der Welt teilen, einen objektiven Machtfaktor bilden (Thomas-Theorem).

Versteht man unter Globalisierung einen Prozess, der nationalstaatliche Grenzen überschreitet und der Tendenz nach überwindet, zur Ausweitung wie zur Intensivierung wissenschaftlich-technischer, ökonomischer, politischer, sozialer bzw. kultureller Beziehungen zwischen den Kontinenten führt und zum Schluss den ganzen Erdball umspannt, bleibt auch der moderne Rechtsextremismus davon nicht unberührt, sondern wird auf drei Ebenen erfasst:

1. Aufgrund der Globalisierung verändern sich die gesellschaftlichen Rahmen-, Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des Rechtsextremismus. Durch die ökonomische Globalisierung und die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen gewinnen rechtsextreme Organisationen bzw. Parteien viele neue Anhänger, Mitglieder und Wähler, verbessern sich aber auch ihre politischen Handlungsmöglichkeiten.
2. Der organisierte Rechtsextremismus »globalisiert« sich, indem er transnationale Netzwerke schafft und die Barrieren der Kooperation mit ausländischen Gesinnungsgenossen niederreißt.

1 Vgl. dazu: Jens Badura/Lothar Rieth/Fabian Scholtes (Hrsg.): »Globalisierung«. Problemsphären eines Schlagwortes im interdisziplinären Dialog, Wiesbaden 2005.

2 Vgl. Kai Hafez: Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind, Wiesbaden 2005.

3. »Globalisierung« wird selbst zum Gegenstand der rechtsextremen Agitation und Propaganda, was Markt, Leistung und Konkurrenz für die neuen Rechten zur politisch-ideologischen Trennlinie macht, an der sich Freund und Feind scheiden.

Rechtsextremismus ist – wie alle politischen Phänomene – von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht abzulösen, sondern nur im Kontext der aktuellen Weltmarktdynamik zu verstehen. Um die richtigen, Erfolg versprechenden Strategien gegen den Rechtsextremismus entwickeln zu können, braucht man deshalb Kenntnisse seiner Rolle im bzw. für den gegenwärtigen Kapitalismus. In letzter Zeit werden die Zusammenhänge zwischen der Globalisierung, neoliberaler Ideologie und rechtsextremer Mobilisierung in der Fachdiskussion häufiger thematisiert, nachdem sie im Rahmen wissenschaftlicher Analysen zum organisierten Rechtsextremismus lange höchstens eine Nebenrolle gespielt hatten. Während uns die organisatorische Ebene hier weniger interessiert, obwohl dort momentan für den Rechtsextremismus gleichfalls wichtige Veränderungen stattfinden,³ stehen die inhaltliche und die Wirkungsebene im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen, weil sie das Fundament einer Ursachenanalyse bilden.

Faktoren zur Erklärung des zeitgenössischen Rechtsextremismus: Konkurrenz im Wirtschaftsleben und politische (Un-)Kultur

Falsch wäre es, Rechtsextremismus als Desintegrationsphänomen oder Jugendproblem zu begreifen. Sein organisierter Kern ist auch keine Protestbewegung, die sich für sozial benachteiligte Deutsche einsetzt.⁴ Vielmehr grenzt er die Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Homosexuelle und AsylbewerberInnen gleichermaßen aus, will ihnen staatliche Leistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren. Es geht also nicht um eine Negation, sondern gerade um die – bis zur letzten Konsequenz getriebene – Realisation herrschender Normen (Beurteilung einer Person nach der ökonomischen Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit bzw. Systemangepasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.

Hier wird ein Erklärungsmodell präferiert, das die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Erblasten der politischen Kultur in Deutschland und aktuell die Globalisierung bzw. neoliberale Mo-

3 Vgl. dazu: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006.

4 Vgl. zur Kritik solcher Deutungsmuster: Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 64 ff.; Ders.: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? – Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Ders./Georg Lohmann (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen 2001, S. 17 ff.

dernisierung nicht nur des Wohlfahrtsstaates,⁵ sondern fast aller Bereiche der Gesellschaft für (Standort-)Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt verantwortlich macht. Der modernisierte Rechtsextremismus verklammert Nationalismus und Wirtschaftsliberalismus in einer Weise miteinander, die populistische Anrufungen ermöglicht bzw. erleichtert: »Konstruktionen des Nationalen werden (...) als ideologisches Bindemittel genutzt, um soziale Frustration in autoritäre, obrigkeitstaatliche Orientierungen zu überführen.«⁶

Neben den ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zuge der Globalisierung eine neue Gestalt annehmen, prägt die politische Kultur eines jeden Landes seine extreme Rechte, deren Ideologie, Organisationsstrukturen und Führerpersönlichkeiten, aber auch die Art und Weise, wie ihnen demokratische Kräfte begegnen.⁷ Erblasten der politischen Kultur in Deutschland waren und sind zum Teil noch immer: ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, die Fixierung auf Staat (Etatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), politischer Konformismus und übertriebene Harmoniesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum (rechtlichen) Formalismus, die preußische Ordnungsliebe sowie eine Schwäche vieler Männer für militärische Disziplin.⁸ Sie gipfelten in einem aggressiv-militanten Nationalismus, weil Deutschland als »verspätete Nation« (Helmuth Plessner), von der Ungleichzeitigkeit zwischen Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, wenn nötig auch mit Waffengewalt einen »Platz an der Sonne« – das meinte: Weltmachtstatus – zu erlangen suchte.

Trotz verheerender Niederlagen in zwei Weltkriegen wurzelt der Glaube, dass »wir Deutsche« ein besonders fleißiges, tüchtiges und begnadetes Volk seien, noch immer tief im Massenbewusstsein. Kurt Sontheimer weist auf die Kontinuität antidemokratischen Denkens hin, bemerkt aber auch, dass sich seit der Weimarer Republik die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen dafür grundlegend verändert haben.⁹ Eine Renaissance des Nationalismus setzte nicht erst mit der DDR-»Wende« im Herbst 1989 und der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, sondern bereits nach dem Regie-

5 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden 2005.

6 Klaus Dörre: *Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus?*, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt am Main 2001, S. 79.

7 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge: *Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Opladen 2001, S. 292 ff.

8 Vgl. dazu: Kurt Sontheimer: *Deutschlands Politische Kultur*, 2. Aufl. München/Zürich 1991; Wolfgang Bergem: *Tradition und Transformation. Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Kultur in Deutschland*, Mit einem Vorwort von Kurt Sontheimer, Opladen 1993; Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen: *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, München/Leipzig 1993.

9 Vgl. Kurt Sontheimer: *Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik*, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.): *Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?*, Wiesbaden 2004, S. 19 ff.

rungswechsel im Oktober 1982 ein, als sich die CDU/CSU/FDP-Koalition der sog. Deutschen Frage zuwandte und diese in »Berichten zur Lage der Nation« wieder für offen erklärte. Wenig später hielt das Deutschlandlied (oft mit allen drei Strophen) in Schulbücher, Klassenräume, Fußballstadien sowie Sendeanstalten Einzug.

Forderungen nach einer Neukonturierung der »nationalen Identität« fungierten als Brücke zwischen der »liberal-konservativen Mitte« und der extremen Rechten. Als der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl am 8. Mai 1985 gemeinsam mit US-Präsident Ronald Reagan den Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte, wo sich zahlreiche Gräber von Angehörigen der Waffen-SS befinden, wurden die NS-Täter durch einen symbolischen Akt rehabilitiert. Micha Brumlik sah in diesem »obszönen Ritual« ein Signal zur »Rechtsverschiebung des bürgerlichen Lagers« durch die CDU/CSU: »Im Jahre 1985, vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, leitete die große konservative Volkspartei den ideologischen Rechtsruck ein.«¹⁰ 1986/87 wurde im sog. Historikerstreit versucht, die Liberalisierung der politischen Kultur, meist mit der Schüler- und Studentenbewegung bzw. »1968« assoziiert, durch Relativierung der Schoah und der NS-Verbrechen rückgängig zu machen. Langsam verschob sich das politische Koordinatensystem der Bundesrepublik nach rechts.¹¹ Debatten über Martin Walsers Friedenspreis-Rede, die Hamburger Wehrmachtsausstellung, das Berliner Holocaust-Mahnmal, das »Schwarzbuch des Kommunismus«, »Hitlers willige Vollstrecker« von Daniel J. Goldhagen und Norman G. Finkelsteins »Holocaust-Industrie« knüpften daran später an.¹²

10 Micha Brumlik: Das Öffnen der Schleusen. Bitburg und die Rehabilitation des Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Georg M. Hafner/Edmund Jacoby (Hrsg.): Die Skandale der Republik, Frankfurt am Main 1989, S. 264.

11 Vgl. z. B. Heinrich Senfft: Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des »Historikerstreits«, Köln 1990.

12 Vgl. dazu: Wolfgang Wippermann: Wessen Schuld? – Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse, Berlin 1997; Martin Dietzsch/Siegfried Jäger/Alfred Schobert (Hrsg.): Endlich ein normales Volk? – Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation, Duisburg 1999; Gerd Wiegel/Johannes Klotz (Hrsg.): Geistige Brandstiftung? – Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999; Micha Brumlik/Hajo Funke/Lars Rensmann: Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000; Michael Klundt: Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das »Schwarzbuch des Kommunismus«, Köln 2000; Ernst Piper (Hrsg.): Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? – Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, Zürich 2001; Petra Steinberger (Hrsg.): Die Finkelstein-Debatte, München/Zürich 2001.

Deutschnationalismus, Kulturrassismus und Wohlstandschauvinismus nach der Wiedervereinigung

Die deutsche Vereinigung hat den Nationalismus wieder zu einer relevanten Größe gemacht. Nun bekamen Kräfte spürbar Auftrieb, denen »das Nationale« immer schon mehr als »das Soziale« am Herzen gelegen hatte. Zwar konnten REPublikaner, DVU und NPD von dem »Jahrhundertereignis« nicht profitieren, sondern eher die Unionsparteien, als eigentliche Sieger fühlten sich aber jene, die nach »Mitteldeutschland« nun auch die ehemaligen Ostgebiete des sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reiches »heimholen« wollten.

Wiewohl es nach der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik weder hüben noch drüben einen »Nationaltausch« (Wolfgang Herles) gab, hat gleichwohl eine partielle Renationalisierung der Politik und der politischen Kultur stattgefunden.¹³ Die am 20. Juni 1991 getroffene Entscheidung des Parlaments, in das Reichstagsgebäude nach Berlin überzusiedeln, wurde zumindest in Teilen der Öffentlichkeit als Distanzierung von der »Bonner Republik«, als definitive Abkehr von der Westorientierung und »Rückbesinnung auf die Nation« interpretiert. Seit nicht mehr zwei Teilstaaten existieren, erscheint Deutschland wieder als politisches Kollektivsubjekt, das »selbstbewusst« handeln soll und seinen BürgerInnen mehr Leistungs- bzw. Leidensfähigkeit abverlangen muss.¹⁴ Nach der neoliberalen Standortlogik geführt, ist dieser Deutschland-Diskurs nicht frei von apokalyptischen Untertönen. Genannt seien nur die Bestseller von Meinhard Miegel, Hans-Werner Sinn und Gabor Steingart.¹⁵

Politisch-kulturelle Traditionen entscheiden mit darüber, auf welche Art eine Wirtschaftskrise oder eine gesellschaftliche Umbruchsituation, etwa DDR-»Wende« und deutsche Wiedervereinigung, kollektiv »verarbeitet« werden. Sofern ausgrenzend-aggressive Momente in der politischen Kultur eines Landes dominieren, werden die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe zu Abwehrgefechten der Einheimischen gegen »Fremde« und zu interkulturellen Konflikten hochstilisiert. Die 1991/92 extrem zugespitzte Asyldebatte hat nicht nur dem Grundrecht selbst geschadet, sondern auch die Verfassung und die

13 Vgl. dazu: Andreas Dietl/Heiner Möller/Wolf-Dieter Vogel: Zum Wohle der Nation, Berlin 1998; Siegfried Jäger u. a.: Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg 1998; Margret Jäger/Siegfried Jäger: Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin 1999.

14 Vgl. z. B. Arnulf Baring: Deutschland, was nun? – Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991; Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hrsg.): Die selbstbewußte Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, 2. Aufl. Berlin/Frankfurt am Main 1994; Arnulf Baring: Scheitert Deutschland? – Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1997.

15 Vgl. Meinhard Miegel: Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, 2. Aufl. Berlin/München 2002; Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten? 8. Aufl. München 2004; Gabor Steingart: Deutschland. Der Abstieg eines Superstars, 14. Aufl. München/Zürich 2004.

demokratische Kultur der Bundesrepublik lädiert.¹⁶ Günter Grass sprach mit Blick auf die Asylhysterie vom »Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland«, gar von einem »Rechtsrutsch«, welcher als »bundesweite Verlagerung der politischen Mitte« begriffen werden müsse.¹⁷ Obwohl im Rahmen des Asylkompromisses zwischen CDU/CSU, FDP und SPD vom 6. Dezember 1992 avisiert, blieb die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das sich immer noch auf die völkische Abstammungslehre (»deutsches Blut«) stützte, bis zum Regierungswechsel 1998 aus und wurde danach nur partiell verwirklicht: »Trotz aller in der Bundesrepublik erfolgten Angleichung an die westliche politische Kultur scheint eine zentrale Kategorie noch nicht heimisch geworden: die der republikanischen Staatsbürgerschaft.«¹⁸

Symptomatisch dafür war die Unterschriftensammlung von CDU und CSU gegen den »Doppelpass« (gemeint ist die Tolerierung der doppelten Staatsbürgerschaft) vor der hessischen Landtagswahl im Februar 1999, durch deren Ausgang sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat entscheidend zugunsten der Union verschoben. Die vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) initiierte und gemeinsam mit dem damaligen CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble sowie dem Spitzenkandidaten in Hessen, Roland Koch, organisierte Kampagne ließ eine politische Arbeitsteilung bzw. Doppelstrategie der beiden Schwesterparteien erkennen: »Die CSU sprach mit populistischen Parolen gegen kriminelle Ausländer und Terroristen ›das Volk‹ an, die CDU begegnete danach den Vorwürfen, die Aktion sei ausländerfeindlich, mit der Beteuerung, alles geschehe im Namen der Integration, also irgendwie auch zum Wohle der Ausländer.«¹⁹ Dem hatte die rot-grüne Koalition kaum etwas entgegenzusetzen, weil sie ihr Reformziel nur halbherzig verteidigte und freiwillig auf Aktivitäten zur Mobilisierung der Menschen für eine Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts verzichtete.

Gudrun Hentges erklärt die Brisanz und Resonanz der im Oktober 2000 entbrannten »Leitkultur«-Diskussion mit dem Zeitpunkt, zu welchem sie geführt wurde: »Ein Jahrzehnt nach der Auflösung des sozialistischen Staatensystems und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stellt sich die Frage nach der ›selbstbewussten Nation‹ neu – nicht nur in der sog. Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern auch im Bereich der Ausländer-

16 Vgl. Heribert Prantl: Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik, München/Wien 1994.

17 Günter Grass: Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland, Göttingen 1992, S. 22.

18 Bruno Schoch: Der Nationalismus – bekannt, nicht erkannt, in: Berthold Meyer (Red.): Eine Welt oder Chaos? Frankfurt am Main 1996, S. 53.

19 Andreas Klärner: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Köln 2000, S. 94.

und Asylpolitik.«²⁰ Gegenwärtig avancieren Themen der Rechten zu Themen der Mitte: Zuwanderung, Nationalbewusstsein und demographischer Wandel sind Beispiele dafür, wie die Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer, politischer sowie ökonomischer Prozesse voranschreiten.²¹ »Offenbar bedienen alle etablierten Parteien in unterschiedlichem Maße Themen, die ideologische Schnittmengen zwischen sich und rechtsextremen Ideologien erzeugen.«²² Dabei übernimmt der Wohlstandschauvinismus zunehmend jene Rolle, die der Antisemitismus für NS-Agitatoren spielte: »Er steht im Zentrum des öffentlichen rechten Diskurses und stellt die wichtigste Schnittstelle zum Alltagsdenken der Bevölkerung dar.«²³

Beschleunigung der Rechtsentwicklung im Diskurs über Zuwanderung am »Wirtschaftsstandort«

Von der »Leitkultur«-Diskussion, in die sich auch rechtsextreme Medien einmischten, führte ein gerader Weg zur »Nationalstolz«-Debatte, wie schon von der Asyldiskussion zur Standortdebatte, die Mitte der 1990er Jahre das Einfallstor für eine neue Spielart des Nationalismus darstellte. War zuerst die Furcht verstärkt worden, Ausländer nähmen »den Deutschen die Arbeitsplätze« weg, so entstand nunmehr der Eindruck, das deutsche Kapital entschwinde ins Ausland. Massenmedien spielten bei dieser Panikmache eine Schlüsselrolle.²⁴ Typisch war die Titelzeile »Hochsteuerland Deutschland: Haut Daimler ab in die USA?« auf Seite 1 der *Bild-Zeitung* vom 6. Oktober 1999.

Das verbreitete Bewusstsein, auf den Weltmärkten einer feindlichen Front gegenüber zu stehen und durch »deutschen Erfindungsgeist«, größeren Fleiß und mehr Opferbereitschaft die Überlegenheit des »eigenen« Wirtschaftsstandortes unter Beweis stellen zu müssen, kann »Standortnationalismus« genannt werden. Weniger sinnvoll ist der Begriff »reaktiver Nationalismus« (Klaus Dörre). Er trifft nämlich weder das Neue im Vergleich zu früheren Erscheinungsformen des Phänomens, weil der Nationalismus immer reaktiv war, noch macht er präzise Aussagen hinsichtlich der damit verfolgten Zielsetzungen. Klaus Dörre, Klaus Kraemer und Frederic Speidel halten den neuen Nationalismus im Unterschied zum »Sozialimperialismus« des frühen

20 Gudrun Hentges: Die Büchse der Pandora. Deutsche Leitkultur und nationale Interessen, in: Ulrich Schneider (Hrsg.): Tut was! – Strategien gegen Rechts, Köln 2001, S. 65.

21 Vgl. hierzu: Christoph Butterwege u. a.: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, Nationalbewusstsein und demografischer Wandel, Opladen 2002

22 Mathias Brodkorb: Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster 2003, S. 152.

23 Ebenda, S. 84.

24 Vgl. Christoph Butterwege: Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung, in: Ders./Gudrun Hentges (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, Wiesbaden 2006, S. 205.

20. Jahrhunderts für »zutiefst defensiv«,²⁵ ignorieren allerdings, dass sich nur seine Hauptfunktion verändert hat und dass er heute nicht mehr die Eroberung fremder Länder durch den Kolonialismus, sondern gewissermaßen die Abwehr von dessen Spätfolgen (Öko- und Elendsflüchtlinge) flankiert.

Konkurrenzfähigkeit wird im Zeichen der Globalisierung zum Dreh- und Angelpunkt individueller Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Entwicklung, was nicht ohne Konsequenzen für das soziale Klima bzw. die politische Kultur bleibt: »Die Betonung des ökonomischen Nutzenkalküls sieht nicht nur von schlichten mitmenschlichen Verpflichtungen ab, sie grenzt auch all jene aus, die uns tatsächlich oder vermeintlich nur zur Last fallen.«²⁶ Für die Nichtdeutschen in Deutschland ergaben sich automatisch ungünstigere Aufenthaltsbedingungen: »In einer Situation, in der das ›ganze Volk‹ angehalten wird, ›den Gürtel enger zu schnallen‹, liegt es auf den Stammtischen, daß ›Fremde‹, seien es Arbeitsmigranten, Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht auch noch von den ohnehin knappen Mitteln bedient werden können. ›Deutsch sein‹ heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren.«²⁷

Dadurch eröffnen sich dem Rechtsextremismus ideologische Anknüpfungspunkte, die es vorher nicht oder nur begrenzt gab. Je enger die Verteilungsspielräume einer Gesellschaft (gemacht) werden, desto mehr wächst die Versuchung, sog. Randgruppen von bestimmten Ressourcen auszuschließen. Ethnisierung ist ein dafür geeigneter Exklusionsmechanismus, der Minderheiten konstruiert, diese negativ (»Sozialschmarotzer«) etikettiert und damit eigene Privilegien zementiert.²⁸ Vordergründig geht es bei der Ethnisierung um die »kulturelle Identität«; dahinter stecken aber meist handfeste Interessen und Konflikte, knappe bzw. verknappte gesellschaftliche Ressourcen betreffend. Zuerst werden »die Anderen« stigmatisiert und ausgegrenzt; mit der Konstituierung bzw. Konturierung einer nationalen oder »Volksgemeinschaft« sind allerdings in der Regel weiter reichende politische und/oder ökonomische Ziele verbunden. Mit der Ethnisierung sozialer Beziehungen korrespondiert eine »Kulturalisierung« der Politik, die nicht mehr – wie früher üblich –

25 Vgl. Klaus Dörre/Klaus Kraemer/Frederic Speidel: Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? Hypothesen und empirische Befunde, in: Joachim Bischoff u. a.: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg 2004, S. 111.

26 Gert Schäfer: Ausländerfeindliche Topoi offizieller Politik, in: Wolfgang Kreutzberger u. a.: Aus der Mitte der Gesellschaft – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1993, S. 88.

27 Frank-Olaf Radtke: Fremde und Allzufremde. Der Prozeß der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.): Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. Oktober 1995 in Erfurt, Bonn 1996, S. 14.

28 Vgl. Wolf-Dietrich Bukow: Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele, Opladen 1996.

auf materielle Interessen zurückgeführt, sondern auf die Wahrung kollektiver Identitäten reduziert wird.

Globalisierung, als neoliberale Modernisierung ins Werk gesetzt, führt zu diversen Spaltungen: Die soziale Polarisierung sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Gesellschaften (Zentren und Peripherie); die Dualisierung transnationaler Wanderungen in Experten- bzw. Elitenmigration einerseits und Elendmigration andererseits; eine Krise bzw. ein Zerfall der Städte, durch Marginalisierung und sozialräumliche Segregation bedingt, gehören zu den Folgen,²⁹ auf die Rechtsextremisten eine demagogische, aber keine überzeugende Antwort geben.

Ein »nationaler Wettbewerbsstaat« (Joachim Hirsch), der kein herkömmlicher Wohlfahrtsstaat mit einer umfassenden Verantwortung für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit mehr sein möchte, verschärft durch seine markt-radikale Wirtschaftspolitik die soziale Ungleichheit und bereitet damit den Resonanzboden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Je mehr die Konkurrenz gegenwärtig in den Mittelpunkt zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, umso leichter lässt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz politisch aufladen. Gegenwärtig greift verstärkt ein Trend zum »hedonistisch-konsumistischen Sozialdarwinismus« um sich: »Nach dem globalen Sieg der Marktwirtschaft hat jenes Prinzip, demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt, noch an Plausibilität gewonnen. Der aktuelle Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beruhen auf einer Brutalisierung, Ethnisierung und Ästhetisierung alltäglicher Konkurrenzprinzipien.«³⁰

Sozialdarwinismus fällt nicht vom Himmel, wurzelt vielmehr in der Erfahrungswelt einer Jugend, die durch das kapitalistische Leistungsprinzip, die Allgegenwart des Marktmechanismus und den Konkurrenzkampf jeder gegen jeden geprägt wird.³¹ Rivalität fungiert als Haupttriebkraft einer zerklüfteten, zunehmend in Arm und Reich gespaltenen Gesellschaft. »Die sozialdarwinistische Alltagsphilosophie, die damit einhergeht, erzeugt eine unauffällige, sich von direkter Gewalt fernhaltende und als ›Sachzwang‹ der Ökonomie erscheinende Brutalität.«³² Wo die Umverteilung von unten nach oben unter

29 Vgl. hierzu ausführlicher: Christoph Butterwegge: Weltmarkt, Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung, in: Ders./Gudrun Hentges (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl. Opladen 2003, S. 60 ff.

30 Jutta Menschik-Bendele/Klaus Ottomeyer: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms, 2. Aufl. Opladen 2002, S. 305.

31 Vgl. Reinhard Kühnl: Nicht Phänomene beschreiben, Ursachen analysieren. Zum Problem der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ulrich Schneider (Hrsg.): Tut was! – Strategien gegen Rechts, Köln 2001, S. 32 f.

32 Arno Klönne: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema »Rechtsextremismus«, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, a. a. O., S. 266.

Hinweis auf Globalisierungsprozesse – als zur Sicherung des »eigenen Wirtschaftsstandortes« unbedingt erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein gesellschaftliches Klima, das (ethnische) Ab- und Ausgrenzungsbemühungen stützt. In einer Zeit verschärfter Konkurrenz eine ideologische Rechtfertigung der Missachtung ethischer Grundwerte und größerer sozialer Ungleichheit (im Sinne von Ungleichwertigkeit) zu offerieren, bildet laut Franz Josef Krafeld einen Hauptgrund für die wachsende Attraktivität der rechtsextremen Orientierungen.³³

In der »Berliner Republik« weht ein neokonservativer Zeitgeist durch Ministerien, Gerichtssäle und Redaktionsstuben. Da ihm die rot-grüne Bundesregierung wenig entgegenzusetzen hatte, sondern sich am Ende noch stärker als zu Beginn ihrer Amtszeit in »Neoliberalismus light« und einem prinzipienlosen Pragmatismus erging, gewannen christlich-abendländische Werte und Traditionen wieder an Bedeutung. Exemplarisch seien die Buchpublikationen des Verfassungsrichters Udo Di Fabio, des Feuilleton-Chefs der *Welt*, Eckhard Fuhr, und des nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 22. Mai 2005 zum Ministerpräsidenten avancierten Jürgen Rüttgers genannt.³⁴ Durch die Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD erhielten nationale Stimmungen weiteren Auftrieb, wie das Motto »Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit« des am 18. November 2005 unterzeichneten Koalitionsvertrages zumindest ahnen lässt.

Ausdifferenzierung des Nationalismus und Dualisierung des Rechtsextremismus

Kernideologien, organisatorische Formen, politische Strategien und soziale Wählerpotenziale des Rechtsextremismus differenzieren sich im Rahmen der Globalisierung aus: Neben den völkischen Nationalismus in Bevölkerungsschichten, die Angst vor einem »Turbo-Kapitalismus« (Edward N. Luttwak) haben, tritt ein Standortnationalismus, den in erster Linie solche Schichten unterstützen, die von einer neoliberalen Modernisierung profitieren und die den »Umbau« des Wohlfahrtsstaates nach Marktgesetzen forcieren sowie die soziale Ausgrenzung der weniger Leistungsfähigen intensivieren möchten.

Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt sind keineswegs bloß »hinterwäldlerisch« anmutende Reaktionsweisen direkt betroffener oder benachteiligter Gruppen auf Globalisierungs-, neoliberale Modernisierungs- und so-

33 Vgl. Franz Josef Krafeld: Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O., S. 287.

34 Vgl. Udo Di Fabio: Die Kultur der Freiheit, München 2005 (als Rezension dazu: Warnfried Dettling: Der neue Zeitgeist: Konservatismus light, in: Die Zeit v. 19.5.2005); Eckhard Fuhr: Wo wir uns finden. Die Berliner Republik und das Vaterland, Berlin 2005; Jürgen Rüttgers: Worum es heute geht, Bergisch Gladbach 2005.

ziale Marginalisierungsprozesse. Vielmehr verursachen diese auch in der gesellschaftlichen Mitte bzw. genauer: auf den »höheren Etagen« bedrohliche Erosionstendenzen. »Gefahren der Entwicklung – auch solche der sozialen Desintegration und rechtsextremer Potenziale – gehen nicht von der ›Masse‹ der Bevölkerung aus. In der politischen Qualifikation der alten und neuen Eliten liegt das Problem.«³⁵

Die neoliberale Modernisierung bewirkt auch eine Umstrukturierung, politisch-organisatorische wie geistig-ideologische Ausdifferenzierung und Dualisierung des Rechtsextremismus, der seither in einen traditionalistischen und einen modernistischen Flügel zerfällt. Sozialstrukturell zieht ersterer primär die Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer, letzterer besonders die Globalisierungs- bzw. Modernisierungsgewinner in seinen Bann. Über einen längeren Zeitraum hinweg dominieren Mischformen in Gestalt rechtspopulistischer Parteien, die soziale Aufsteiger ebenso anzusprechen suchen wie sozial Benachteiligte.

Wenn die Kritik an einem angeblich überbordenden, die Wirtschaft lähmenden und den »eigenen« Standort gefährdenden Wohlfahrtsstaat im Zentrum der Wahlkampfpropaganda einer Rechtspartei steht, spricht Frank Decker von »ökonomischem Populismus«, den er gegenüber einer »politischen« (bzw. »institutionellen«) sowie einer »kulturellen« Variante des Phänomens abhebt.³⁶ Zwischen dem Neoliberalismus und der Neuen Rechten, die sich fast überall extrem marktradikal gebärdete, bevor sie – offenbar aus wahltaktischen Gründen – Konzessionen an breitere Schichten (Arbeitermilieu, sozial Benachteiligte) machte, besteht ein politisch-ideologisches Interdependenzverhältnis. »Selbst dort, wo neue rechtsradikale Parteien ihre wirtschaftsliberale Rhetorik einschränken, bedeuten die Konsequenzen ihres Aufstiegs Wasser auf die Mühlen neoliberaler Sozialstaatskritik.«³⁷ Man kann beim Rechtsextremismus deshalb keinen »Schwenk weg vom Neoliberalismus« diagnostizieren,³⁸ sondern höchstens ein zeitweiliges Schwanken im Hinblick darauf, wie bestimmte Wählerschichten am besten erreicht werden.

Krisen- und Auflösungserscheinungen innerhalb des politischen Systems führen selbst dann, wenn sich – wie in der Bundesrepublik bisher – keine rechtspopulistische Partei fest etablieren oder auf Dauer halten kann, zu tektonischen Verschiebungen zwischen seinem Zentrum und der Peripherie, die

35 Michael Vester: Wer sind heute die »gefährlichen Klassen«? – Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, a. a. O., S. 343.

36 Siehe Frank Decker: Der neue Rechtspopulismus, 2. Aufl. Opladen 2004, S. 177 ff.

37 Herbert Kitschelt: Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, a. a. O., S. 439.

38 Siehe Thomas Greven: Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance, in: Ders./Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? a. a. O., S. 19.

sich quasi »nach innen« bewegt, was Ursula Birsl und Peter Lösche mit folgenden Worten kommentieren: »Die äußerste Rechte befindet sich nicht mehr am Rand des politischen Spektrums, sondern in dessen Mitte.«³⁹ Wilhelm Heitmeyer vertritt sogar die weiter gehende These, »dass sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, sodass neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus befördert werden.«⁴⁰ Noch in einer anderen Hinsicht bereitet die neoliberale Hegemonie, die außer der »sozialen Symmetrie« letztlich auch die Demokratie gefährdet, den Nährboden für Rechtsextremismus und Neofaschismus. Die scheinbare Übermacht der Ökonomie gegenüber der Politik bzw. transnationaler Konzerne gegenüber dem einzelnen Nationalstaat zerstört den Glauben vor allem junger Menschen an die Entwicklungsfähigkeit und Gestaltbarkeit der Gesellschaft, treibt sie früh in die Resignation und verhindert so demokratisches Engagement, das im viel beschworenen »Zeitalter der Globalisierung« nötiger denn je wäre.⁴¹

Marktradikalismus, Wirtschaftsfundamentalismus und Wettbewerbswahn als Merkmale einer Neuen Rechten

Armin Pfahl-Traughber benutzt den Terminus »Neue Rechte« als Sammelbezeichnung für eine geistig-intellektuelle Strömung des Rechtsextremismus, die in der Tradition der Konservativen Revolution steht.⁴² Unter dieser Bezeichnung firmierten verstreute, in sich wenig homogene Diskussionszirkel, Gruppen und Publikationen, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden und spätestens 1933 vom Nationalsozialismus aufgesogen bzw. unterdrückt wurden. Ihre namhaftesten Vertreter waren Ernst Jünger, Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Niekisch, Carl Schmitt und Oswald Spengler. Unklar bleibt jedoch, warum gerade jene Ideologievariante des Rechtsextremismus als »neu« klassifiziert werden soll, die Gedanken aus längst vergangener Zeit – der Weimarer Republik – aufgreift und übernimmt, ohne dabei besonders kreativ zu sein und eigene Akzente zu setzen.

39 Ursula Birsl/Peter Lösche: (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, a. a. O., S. 369 f.

40 Wilhelm Heitmeyer: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, a. a. O., S. 500.

41 Vgl. Arno Klönne: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema »Rechtsextremismus«, a. a. O., S. 262.

42 Vgl. Armin Pfahl-Traughber: »Konservative Revolution« und »Neue Rechte«. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.

Plausibler wäre es, als »Neue Rechte« jene Kräfte zu bezeichnen, die durch Benutzung der sog. Neuen Medien viele Jugendliche erreichen und nach Meinung mancher Beobachter auch eine Gefahr eigener Qualität darstellen.⁴³ Eine solche Typologisierung bliebe freilich rein *formal*, denn politisch-ideologisch hätte sich wenig geändert. Da sich innerhalb des Rechtsextremismus als auch an seinen Rändern gegenwärtig Differenzierungs-, Umorientierungs- und Neuformierungsprozesse abspielen, aber bisher kein Kriterium existiert, nach dem man zwischen Alter und Neuer Rechter unterscheiden kann, sollte die Stellung einer Partei, Organisation oder Person zur Globalisierung, zur Liberalisierung der Märkte oder zur neoliberalen Standortlogik bzw. -politik einen *inhaltlichen* Differenzpunkt bilden. Als »neurechts« wären Strömungen im Rechtsextremismus selbst wie auch im politisch-ideologischen Grenzland zwischen diesem und dem Neoliberalismus zu bezeichnen, die Marktradikalismus mit *Standortnationalismus* kombinieren. Zur »alten Rechten« würden nur Personen, Organisationen und Positionen zählen, die sich auf den *völkischen* Nationalismus stützen.

Die beiden Hauptflügel des Rechtsextremismus bieten unterschiedliche Interpretationsmuster zum Verständnis der Gesellschaftsentwicklung an, haben gegensätzliche Haltungen zur Globalisierung und werben um ganz andere (Wähler-)Schichten: Während sich die marktradikal-modernistische Richtung an »Globalisierungsgewinner« wendet, denen es zumindest so lange relativ gut geht, wie deutsche (Groß-)Unternehmen hohe Gewinne erzielen, lenkt die traditionell-protektionistische Fraktion des Rechtsextremismus den wachsenden Unmut über die Lage auf dem Arbeitsmarkt oder den starken Konkurrenzdruck für Handwerker, EinzelhändlerInnen und Kleingewerbetreibende – also frustrierten »GlobalisierungsverliererInnen« – auf ihre Mühlen. Rechts-populistische Parteien suchen manchmal sogar beide Gruppen gleichermaßen in einem politischen Spagat für sich zu gewinnen, was allerdings auch kontraproduktiv sein sowie zu Glaubwürdigkeitsverlusten in der Öffentlichkeit führen kann.

Während die Alte Rechte auf Traditionsbewusstsein, überkommenen Werten und dem Mythos des Reiches basiert, setzt die Neue Rechte eher auf Innovationsbereitschaft, geistige Mobilität und den Mythos des Marktes. Nicht bloß ihre »antiliberalen Grundhaltung« im Sinne von Carl Schmitt,⁴⁴ sondern mehr noch ihre wirtschaftsliberale Grundhaltung im Sinne von Adam Smith ist für die Neue Rechte kennzeichnend. Typisch für den besagten Umschwung war ein wirtschafts- und sozialpolitischer Paradigmawechsel, der Protektio-

43 Vgl. Rainer Fromm/Barbara Kernbach: Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr, München 2001.

44 Siehe Wolfgang Gessenharter: Die »Neue Rechte« als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Rainer Eisfeld/Ingo Müller (Hrsg.): Gegen Barbarei. Essays Robert M.W. Kempner zu Ehren, Frankfurt am Main 1989, S. 432.

nismus durch Marktradikalismus bzw. Freihandel und die Zentralisierung der Staatsmacht durch Privatisierung bzw. Entbürokratisierung sowie die »Volks«- durch die »Standortgemeinschaft« ersetzt. Die Neue Rechte ist heute nicht mehr einer völkischen Blut-und-Boden-Romantik verhaftet, sondern viel stärker markt-, wettbewerbs- und leistungsorientiert ausgerichtet. Pointiert formuliert: Statt fremder Länder will sie neue Absatzmärkte erobern.

Mit unterschiedlichen, wenn nicht gegensätzlichen Positionen zu Marktwirtschaft, Privatisierung und Deregulierung hat sich eine neue Scheidelinie zwischen den Fraktionen im ultrarechten Lager herausgebildet. Insofern gibt die Zweiteilung des Nationalismus, seine Ausdifferenzierung in einen völkisch-traditionalistischen und einen modernistischen bzw. Standortnationalismus ein geeignetes Klassifikationsraster zur Unterscheidung zwischen der Alten und der Neuen Rechten ab. Ohne »den nach wie vor zentralen Stellenwert des völkischen Nationalismus für die Neue Rechte« zu leugnen, wie Friedemann Schmidt unterstellt,⁴⁵ ist zu berücksichtigen, dass sich die neoliberale Standortlogik damit amalgamiert und heute vor allem bei Wirtschaftseliten auf viel größere Akzeptanz trifft als manche traditionelle Ideologieelemente. Standortnationalismus läßt sich jedoch im wiedervereinigten Deutschland mit seiner historischen Belastung durch die NS-Vergangenheit immer noch völkisch auf.

Der traditionelle Rechtsextremismus war ein Befürworter der ökonomischen Staatsintervention und sozialer Prozesssteuerung. Paternalismus, Protektionismus und (Sozial-)Patriotismus prägten seine Wirtschafts- bzw. Gesellschaftspolitik. Gefahr droht allerdings weniger von einer Wiederbelebung völkischer Mystik durch Neonazis, die sich auf dem Obersalzberg treffen, zum Kyffhäuser pilgern oder ins oberfränkische Wunsiedel wallfahrten, wo der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß begraben liegt, als vielmehr von einer modernistischen Fraktion, die das Konzept der »Standortsicherung« zuspitzt und dafür die Unterstützung mächtiger Wirtschaftskreise erwartet.

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?

Der modernisierte Rechtsextremismus/-populismus hat mit dem »alten« Faschismus zwar viele Grundprinzipien gemein, ist jedoch ohne Bezug auf die Parolen des Neoliberalismus schwerlich vorstellbar. Die rechte Wertetrias, so scheint es, bilden nicht mehr »Führer, Volk und Vaterland«, sondern Markt, Leistung und Konkurrenzfähigkeit (des Industriestandortes): Privatisierung sozialer Risiken, öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, Deregulie-

45 Siehe Friedemann Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Wiesbaden 2001, S. 21.

rung des Arbeitsmarktes und Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse bilden jene Zauberformel, mit der man die Zukunft des »Standortes D« sichern will. Das altbacken klingende Wort »Volk« braucht die Neue Rechte gar nicht mehr, um ihre Politik, Programmatik und Praxis zu begründen, zumal es immer schon eine Legitimationsbasis für die Machtansprüche elitärer, sich überlegen dünkender Minderheiten bildete.

Obwohl ihr weiterhin das Image der »Ewiggestrigen« und der »Unbelehrbaren« anhaftet, versucht die Neue Rechte, sich »an die Spitze des Fortschritts« zu setzen, was deshalb möglich erscheint, weil sie im Unterschied zu den etablierten Parteien selbst die verheerendsten »Kollateralschäden« von Marktradikalismus und Wettbewerbswahn nicht scheut, sondern die Devise »Noch mehr Markt, aber weniger Demokratie wagen!« ausgibt.

Zwar verfügt die Neue Rechte nicht über die Staatsmacht, aber sie beeinflusst die politische Kultur der Bundesrepublik, indem sie den öffentlichen Diskurs zu dominieren, Themen zu bestimmen und Begriffe umzudeuten sucht. Wie die Alte wendet sich die Neue Rechte sozioökonomischen Fragen zu, die im Zeichen der Globalisierung tendenziell an Bedeutung gewinnen. »Wirtschaft und Soziales sind inzwischen das zentrale Politikfeld geworden, auf das sich programmatische Bemühungen und Agitationskampagnen fast der gesamten rechtsextremen Szene konzentrieren.«⁴⁶ Die Neue Rechte verbindet unter Bezugnahme auf negative Folgewirkungen durch die Globalisierung die soziale mit der »Ausländerfrage«. Dadurch gewinnt sie leichter Anschluss an die neoliberale Sozialstaatskritik und hegemonialen Diskurse, was eine historisch bedeutsame Veränderung im rechten Lager darstellt.⁴⁷

Die politisch-ideologischen Übergänge zwischen Neoliberalismus und Neuer Rechter sind fließend, etwa im Hinblick auf die Wohlfahrtsstaatskritik. Das beweisen Buchautoren wie Roland Baader oder Alfred Zänker,⁴⁸ die als Grenzgänger fungieren, zumal ihnen neurechte Publikationsorgane offen stehen. »Neurechte Autoren nehmen das neoliberale Freiheitsverständnis auf, um es in Anlehnung an die neoliberale Kritik am Sozialstaat polarisierend gegen das Gleichheitsprinzip auszuspielen.«⁴⁹ Gerd Wiegel sieht die Geistesverwandtschaft zwischen der Neuen Rechten sowie den politischen Machthabern und den etablierten Parteien in einer Relativierung bzw. Auflösung des Sozialen. Er weist darauf hin, »dass auch in der Mitte die Antworten auf die soziale

46 Ralf Ptak: Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 98.

47 Vgl. Rainer Benthin: Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten, Frankfurt am Main/New York 2004, S. 187.

48 Vgl. Alfred Zänker: Der bankrotte Sozialstaat. Wirtschaftsstandort Deutschland im Wettbewerb, München 1994; Roland Baader: Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaats, Gräfelung 1997.

49 Hanna-Ruth Metzger: Rechtsintellektuelle Offensive. Diskursstrategische Einflüsse auf die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Münster 2004, S. 210.

Frage nur noch aus Elementen rechter Ideologie bestehen, dass also die Vorstellung der prinzipiellen und anthropologisch begründeten Ungleichheit an die Stelle von Solidarität, Emanzipation und Gleichheit getreten ist.«⁵⁰

Die parlamentarische Demokratie ist keineswegs, wie oft behauptet, das politische Komplement zur kapitalistischen Marktwirtschaft, vielmehr ist sie akut bedroht, wenn sie mächtigen Wirtschaftsinteressen im Wege steht. Neokonservative und Standortnationalisten träumen von einem »schlanken«, aber nichtsdestoweniger schlagkräftigen Staat. Während man die Sozialfunktionen des Staates stutzen und Wohlfahrtsleistungen für Bedürftige stornieren will, sollen seine Repressionsapparate (Polizei, Justiz und Geheimdienste) gestärkt werden. »Die aktuelle Forderung nach einem ›schlanken Staat‹ steht dazu nicht im Gegensatz, sondern ist geradezu eine Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des ›starken Staates‹ als Garant der Wettbewerbsgesellschaft.«⁵¹

Wer die Ökonomie verabsolutiert, negiert im Grunde die Politik und die repräsentative Demokratie, weil sie Mehrheitsentscheidungen zum Fixpunkt gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse macht und nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln. Selbst das Grundgesetz der Bundesrepublik ist Neoliberalen ein Dorn im Auge,⁵² gilt es doch, sein Sozialstaatsgebot außer Kraft zu setzen und dem Markt nicht nur Vor-, sondern auch Verfassungsrang einzuräumen. Dabei stören demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, die meistens (zu) lange dauern, Prinzipien wie die Gewaltenteilung und föderale Strukturen, weil sie Macht beschränken, sowie der Konsenszwang eines Parteienstaates.

50 Gerd Wiegel: Völkischer Neoliberalismus. Vom populistischen Spagat einer modernisierten Rechten, in: Dietrich Heither/Gerd Wiegel (Hrsg.): Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, Köln 2001, S. 154.

51 Ralf Ptak: Chefsache. Basta! – Der Neoliberalismus als antiegalitäre, antidemokratische Leitideologie, in: Norman Paech/Eckart Spoo/Rainer Butenschön (Hrsg.): Demokratie – wo und wie?, Hamburg 2002, S. 95.

52 Vgl. z. B. Thomas Darnstädt: Die Konsensfalle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert, München 2004.

Literatur

- Baader, Roland: Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaats, Gräfeling 1997.
- Badura, Jens/Rieth, Lothar/Scholtes, Fabian (Hrsg.): »Globalisierung«. Problemsphären eines Schlagwortes im interdisziplinären Dialog, Wiesbaden 2005.
- Baring, Arnulf: Deutschland, was nun? – Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991.
- Baring, Arnulf: Scheitert Deutschland? – Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1997.
- Benthin, Rainer: Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten, Frankfurt am Main/New York 2004.
- Bergem, Wolfgang: Tradition und Transformation. Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Kultur in Deutschland. Mit einem Vorwort von Kurt Sontheimer, Opladen 1993.
- Birsl, Ursula/Lösche, Peter: (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 346-377.
- Brodkorb, Mathias: Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster 2003.
- Brumlik, Micha: Das Öffnen der Schleusen. Bitburg und die Rehabilitation des Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Georg M. Hafner/Edmund Jacoby (Hrsg.): Die Skandale der Republik, Frankfurt am Main 1989, S. 262-273.
- Brumlik, Micha/Funke, Hajo/Rensmann, Lars: Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000.
- Bukow, Wolf-Dietrich: Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele, Opladen 1996.
- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996.
- Butterwegge, Christoph: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 292-313.
- Butterwegge, Christoph: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? – Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Ders./Georg Lohmann (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen 2001, S. 13-36.
- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2002.
- Butterwegge, Christoph/Cremer, Janine/Häusler, Alexander/Hentges, Gudrun/Pfeiffer, Thomas/Reißlandt, Carolin/Salzborn, Samuel: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002.
- Butterwegge, Christoph: Weltmarkt, Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung, in: Ders./Gudrun Hentges (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl. Opladen 2003, S. 53-91.
- Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005.
- Butterwegge, Christoph: Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung, in: Ders./Gudrun Hentges (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, Wiesbaden 2006, S. 185-235.
- Darnstädt, Thomas: Die Konsensfalle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert, München 2004.
- Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, 2. Aufl. Opladen 2004.
- Detting, Warnfried: Der neue Zeitgeist: Konservatismus light, in: Die Zeit v. 19.5.2005.
- Dietl, Andreas/Möller, Heiner/Vogel, Wolf-Dieter: Zum Wohle der Nation, Berlin 1998.
- Dietzsch, Martin/Jäger, Siegfried/Schobert, Alfred (Hrsg.): Endlich ein normales Volk? – Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation, Duisburg 1999.
- Di Fabio, Udo: Die Kultur der Freiheit, München 2005.
- Dörre, Klaus: Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus?, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 63-89.
- Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic: Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?, Hypothesen und empirische Befunde, in: Joachim Bischoff u. a.: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg 2004, S. 77-118.

- Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara: Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr, München 2001.
- Fuhr, Eckhard: Wo wir uns finden. Die Berliner Republik und das Vaterland, Berlin 2005.
- Gessenharter, Wolfgang: Die »Neue Rechte« als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Rainer Eisfeld/Ingo Müller (Hrsg.): Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren, Frankfurt am Main 1989, S. 424-452.
- Grass, Günter: Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland, Göttingen 1992.
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München/Leipzig 1993.
- Greven, Thomas: Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance, in: Ders./Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 15-29.
- Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006.
- Hafez, Kai: Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind, Wiesbaden 2005.
- Heitmeyer, Wilhelm: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 497-534.
- Hentges, Gudrun: Die Büchse der Pandora. Deutsche Leitkultur und nationale Interessen, in: Ulrich Schneider (Hrsg.): Tut was! – Strategien gegen Rechts, Köln 2001, 61-75.
- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried: Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin 1999.
- Jäger, Siegfried/Kretschmer, Dirk/Cleve, Gabriele/Griese, Birgit/Jäger, Margret/Kellershohn, Helmut/Krüger, Coerw/Wichert, Frank: Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg 1998.
- Kitschelt, Herbert: Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 418-442.
- Klärner, Andreas: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Köln 2000.
- Klönne, Arno: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema »Rechtsextremismus«, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen 2001, S. 259-267.
- Klundt, Michael: Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtausstellung und das »Schwarzbuch des Kommunismus«, Köln 2000.
- Krafeld, Franz Josef: Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 271-291.
- Kühnl, Reinhard: Nicht Phänomene beschreiben, Ursachen analysieren. Zum Problem der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ulrich Schneider (Hrsg.): Tut was! – Strategien gegen Rechts, Köln 2001, S. 30-37.
- Menschik-Bendele, Jutta/Ottomeyer, Klaus: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms, 2. Aufl. Opladen 2002.
- Metzger, Hanna-Ruth: Rechtsintellektuelle Offensive. Diskursstrategische Einflüsse auf die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Münster 2004.
- Miegel, Meinhard: Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, 2. Aufl. Berlin/München 2002.
- Pfahl-Traughber, Armin: »Konservative Revolution« und »Neue Rechte«. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.
- Piper, Ernst (Hrsg.): Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? – Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, Zürich 2001.
- Prantl, Heribert: Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik, München/Wien 1994.
- Ptak, Ralf: Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 97-145.
- Ptak, Ralf: Chefsache. Basta! – Der Neoliberalismus als antiegalitäre, antidemokratische Leitideologie, in:

- Norman Paech/Eckart Spoo/Rainer Butenschön (Hrsg.): Demokratie – wo und wie?, Hamburg 2002, S. 87-102.
- Radtke, Frank-Olaf: Fremde und Allzufremde. Der Prozeß der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.): Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. Oktober 1995 in Erfurt, Bonn 1996.
- Rüttgers, Jürgen: Worum es heute geht, Bergisch Gladbach 2005.
- Schäfer, Gert: Ausländerfeindliche Topoi offizieller Politik, in: Wolfgang Kreutzberger u. a.: Aus der Mitte der Gesellschaft – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1993, S. 78-93.
- Schmidt, Friedemann: Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Wiesbaden 2001.
- Schoch, Bruno: Der Nationalismus – bekannt, nicht erkannt, in: Berthold Meyer (Red.): Eine Welt oder Chaos? Frankfurt am Main 1996, S. 47-89.
- Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenburg, Stephanie/Bachmann, Günter/Kotzur, Dirk: Wollt ihr den totalen Markt? – Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.
- Schwilk, Heimo/Schacht, Ulrich (Hrsg.): Die selbstbewußte Nation. »Anschwellender Bocksgefang« und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, 2. Aufl. Berlin/Frankfurt am Main 1994.
- Senfft, Heinrich: Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des »Historikerstreits«, Köln 1990.
- Sinn, Hans-Werner: Ist Deutschland noch zu retten? 8. Aufl. München 2004.
- Sontheimer, Kurt: Deutschlands Politische Kultur, 2. Aufl. München/Zürich 1991.
- Sontheimer, Kurt: Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 19-29.
- Steinberger, Petra (Hrsg.): Die Finkelstein-Debatte, München/Zürich 2001.
- Steingart, Gabor: Deutschland. Der Abstieg eines Superstars, 14. Aufl. München/Zürich 2004.
- Vester, Michael: Wer sind heute die »gefährlichen Klassen«? – Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 298-345.
- Wiegel, Gerd: Völkischer Neoliberalismus. Vom populistischen Spagat einer modernisierten Rechten, in: Dietrich Heither/Gerd Wiegel (Hrsg.): Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, Köln 2001, S. 143-171.
- Wiegel, Gerd/Klotz, Johannes (Hrsg.): Geistige Brandstiftung? – Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999.
- Wippermann, Wolfgang: Wessen Schuld? – Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse, Berlin 1997.
- Zänker, Alfred: Der bankrotte Sozialstaat. Wirtschaftsstandort Deutschland im Wettbewerb, München 1994.

Die europäische extreme Rechte: ein populistisches und ultraliberales Projekt

Extreme Rechte im Wandel

Wer die Erfolge und manchmal auch die Misserfolge derjenigen politischen Parteien, die gewöhnlich der extremen Rechten zugerechnet werden (wie z. B. der FPÖ, des belgischen Front National, der Liste Pim Fortuyn oder auch der One Nation Party in Australien ebenso wie zahlreicher Gruppierungen in Mittel- und Osteuropa) verstehen und interpretieren will, dem stellt sich immer wieder eine Frage: die nach ihrer Ähnlichkeit mit oder Unterscheidung von den Ideologien des deutschen Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus oder der verschiedenen autoritären Nationalismen, die in den 1930er Jahren auftauchten und von denen manche bis heute wahre Kultobjekte für die radikalsten der militanten Rechtsnationalisten sind (insbesondere die rumänische Eiserne Garde, der belgische Rexismus, der Solidarismus des Joris van Severen – weit mehr als der Franco- oder Salazar-Faschismus in Spanien bzw. Portugal). Es sieht so aus, dass das, was die Politikwissenschaft als die »dritte Welle« der rechtsextremen Parteien bezeichnet, weitgehend das Band zum Faschismus durchschnitten hat. Fortan haben die rechtsextremen Parteien, die bei Wahlen am besten abschneiden, kaum noch Bindungen zu den historischen faschistischen oder philofaschistischen Gruppierungen oder hatten diese nie, mit Ausnahme des französischen Front National und des flämischen Vlaams Belang.¹ Sie müssen vielmehr als ultraliberale, fremdenfeindliche Populismen kategorisiert werden, welche – und darin besteht ein wesentlicher Bruch mit dem Faschismus – sich die Idee eines Minimalstaates zu Eigen gemacht haben, der auf seine Kernaufgaben reduziert ist, ebenso wie einen Hyper-Individualismus, der in der allgegenwärtigen Idee des »struggle for life« durchscheint, und der natürlich im Gegensatz steht zum Korporatismus, der Faschismen eigen ist. Wieso gelingt es dieser Ideologie, die ganz offensichtlich das völlige Gegenteil ihrer wirtschaftlichen Interessen vertritt, einfache soziale Schichten zu täuschen? Zuerst einmal, weil sie allen, die durch die liberale Globalisierung in ihrem Status bedroht sind, eine Alternative bietet zu den bürgerlichen Parteien und zu der sozialdemokratischen Linken, die durch ihren fast vollständigen Anschluss an das liberale Projekt de facto sozialliberal geworden ist

1 S. dazu den Artikel »Métamorphoses de l'extrême-droite en Europe«, Le Monde Diplomatique, Mai 2002.

und deren Machtausübung Unzufriedenheit, wenn nicht gar ein offenes Gefühl der Zurückweisung bei denen erzeugt hat, deren Hoffnungen sich auf sie richteten. Weiterhin deswegen, weil die extreme Rechte diesen »Globalisierungsverlierern« eine vereinfachende, aber scheinbar schlüssige Erklärung der Krise bietet: die Einwanderung. Sie versucht, Kapital zu schlagen aus dem autoritären und teilweise rassistischen Element, das auch in der Arbeiterkultur und allgemein in den europäischen Kulturen enthalten ist, indem sie einen Sündenbock ausmacht, dessen Eliminierung »den Markt in Ordnung bringen« soll, sodass er, in einer Gesellschaft ohne Ausländer, seine »natürliche« Logik wieder fände, welche darin bestünde, es zu ermöglichen, das soziale Optimum zu erreichen, zur größten Zufriedenheit aller Klassen. Immer noch bewegt von der Logik der Ethnisierung sozialer Beziehungen, vollzieht die extreme Rechte eine Kritik der Globalisierung, die weitaus mehr auf der Verurteilung des vaterlandslosen Kapitals beruht als auf der Gewalt, welche die Neuverteilung des formierten Kapitals im globalisierten Raum den Männern und Frauen antut. Der Feind der extremen Rechten ist nicht die *liberale* Globalisierung, sondern die Globalisierung an sich.

Die Marginalisierung des Neofaschismus

Der Neofaschismus ist so gut wie tot, oder besser: Er ist eine Restgröße. Alle Wahlgänge beweisen es: Diejenigen Bewegungen, welche sich heutzutage bewusst von Mussolinis Italien, dem Dritten Reich oder auch dem Faschismus Francos oder Salazars herleiten, sind ohne Einfluss auf die soziale und politische Wirklichkeit. Dies betrifft das Movimento Sociale-Fiamma Tricolore in Italien, welches sich auf die Republik von Salò beruft, das aber nur 0,4 % der Stimmen bei den Parlamentswahlen von 2001 erhielt, während die beiden anderen offen neofaschistischen Gruppierungen, der Fronte Nazionale Adriano Tilghers und die Forza Nuova des ehemaligen »schwarzen Terroristen« Roberto Fiore, noch schlechter abschnitten. Das Gleiche lässt sich in Belgien feststellen, wo bei den Parlamentswahlen vom 18. Mai 2003 die Nation-Bewegung – national-revolutionärer Observanz – 0,1 Prozent (1 090 Stimmen) im Wahlkreis Brüssel-Hal-Vilvorde und 0,4 im Hennegau erhielt, mit einem Spitzenwert in Mouscron (1,5 %). Die spanischen Parlamentswahlen von 2004 haben die absolute Marginalität der falangistischen Gruppen bestätigt (insgesamt weniger als 20 000 Stimmen). Ganz ähnlich erging es vermeintlich »gemäßigten« populistisch-fremdenfeindlichen Listen wie Plataforma per Catalunya oder dem Klon des französischen Front National, Democracia Nacional (15 000 Stimmen), während der portugiesische Partido Nacional Renovador bei den Parlamentswahlen im Februar 2005 nur magere 0,16 % erhielt (9 401 Stimmen).² Dieses Scheitern der »rückwärtsge-

2 Den Misserfolg der extremen Rechten in Spanien stellt sehr umfassend Xavier Casals y Meseguer in seinem Buch »Ultrapatriotas«, Barcelona 2003, dar.

wandten« Gruppen heißt natürlich nicht, dass diese keine Bedrohung mehr für die Demokratie darstellen. Aber diese beruht nicht mehr auf der Gefahr, dass diese Gruppen an der Macht teilhaben, und sei es auch nur auf kommunaler Ebene: vielmehr besteht sie in der Anwendung von Gewalt, die radikalen Parteianhängern als ein Weg, ihre politische Ohnmacht zu kompensieren, erscheinen kann. Die British National Party (BNP) wirft dieses Problem ebenfalls auf: Nach unbestrittenen lokalen Erfolgen bei den Kommunalwahlen 2003 und einem beachtlichen Ergebnis von 4,9% bei den Europawahlen vom Juni 2004 (immerhin 808 200 Stimmen) ist es ihr niemals gelungen, ihr Ziel, eine landesweite politische Kraft zu werden, zu erreichen, wie es ihr schlechtes Ergebnis bei den Parlamentswahlen vom Mai 2005 (0,74% oder 192 850 Stimmen) beweist. Seitdem schwankt sie zwischen einer aufgesetzten Respektabilität, also der Haltung einer »klassischen« Partei, und dem zügellosen Aktivismus, der Gruppierungen eigen ist, die nichts zu verlieren haben, wenn sie Gewalt anwenden. Die Aktivität solcher Bewegungen erfordert weiterhin natürlich Wachsamkeit, denn das Beispiel der deutschen NPD zeigt, dass sie aus der Marginalität heraustreten können. Gleichwohl wirft, wenn man die Sonderfälle NPD und BNP einmal beiseite lässt, die Aktivität der anderen eher Fragen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und repressiver Maßnahmen auf, als dass es politischer Antworten im engeren Sinne bedürfte.

Ein neues national-liberales Modell³

Wenn der Neofaschismus vor sich hin vegetiert, welche sind dann die rechts-extremen Parteien, die vorankommen? Sie werden nicht mehr als »faschistisch« bezeichnet, wenn man als Bezugsrahmen die Faschismus-Definition von Emilio Gentile⁴ nimmt, einzig der Front National und Vlaams Belang (die am 14. November 2004 gegründete Nachfolgeorganisation des Vlaams Blok) bewahren noch einige neofaschistische Eigenschaften. Die anderen Parteien sind kaum »Massenbewegungen«. Sie sind nicht als »Milizparteien« organisiert. Sie setzen nicht Terror als Mittel zur Eroberung der Macht ein. Sie haben nicht das Ziel, einen »neuen Menschen« zu schaffen, sie wollen im Gegenteil zu den »ewigen Werten« der »natürlichen Ordnung« zurückkehren. Sie vertreten nicht die »absolute Unterordnung des Bürgers unter den Staat« und lassen sich sogar teilweise von libertären Ideen inspirieren. Und schließlich weisen sie die Idee einer »Ausweitung der Einflussphäre des Staates« energisch zurück, und zwar sowohl im wirtschaftlichen als auch im sozialen Bereich, aber auch im Bereich der Kultur, den sie mehrheitlich als durch eine »Denkpolizei« überwacht ansehen. Was vom Faschismus bleibt, ist die »Mission

3 Der Begriff ist hier *nicht* im spezifisch österreichischen Sinne zu verstehen, wo er seit der Ersten Republik ein »drittes Lager« bezeichnet.

4 Emilio Gentile: *Qu'est-ce que le fascisme? Histoire et Interprétation*, Paris 2002.

einer sozialen Revitalisierung«, die sie sich selbst verordnen (gegen die »Dekadenz«) und die Tatsache, dass sie sich als »in einem Krieg gegen ihre politischen Gegner befindlich« betrachten (weswegen sie sich immer wieder als Opfer in Szene setzen), sowie teilweise, jedenfalls bei den sehr militanten Kadern, »eine Kultur, die auf dem mythischen Denken und dem tragisch-aktivistischen Lebensgefühl beruht«.

Von nun an teilen die ausländerfeindlichen westeuropäischen Parteien ein Minimalprogramm, das sie eindeutig unter die ultraliberalen Rechten einreicht, soweit es das ökonomische und soziale Programm betrifft. Dabei gehen sie gleichzeitig auf konservative, ja reaktionäre Weise gesellschaftliche Fragen an, insbesondere die beiden Punkte, die am stärksten zu ihrer Wählermobilisierung beitragen: die Frage der Einwanderung und der nationalen Identität einerseits und die Frage von »Gesetz und Ordnung« andererseits. Diese auf den ersten Blick sehr erstaunliche – und scheinbar nicht zusammenpassende – Mischung wurde von Herbert Kitschelt⁵ beschrieben als »Kombination von unterschieden ultraliberalen wirtschaftlichen Positionen und eines autoritären und partikularistischen Herangehens an Fragen der partizipativen Demokratie, der Bürgerrechte und der Lebensstile«⁶. Hans-Georg Betz⁷ spricht lieber von einer »Mischung von Autoritarismus oder Konservatismus im Bereich der kulturellen Werte und protektionistischer Forderungen auf der wirtschaftlichen Ebene, die einen Übergang zu einem ökonomischen Nationalismus, der auf die durch die Globalisierung ausgelösten Ängste und Gefahren antwortet, bezeichnet.« Um zu einer vollständigen Definition zu kommen, fügen wir an, dass die »partikularistische« Dimension, von der Kitschelt spricht, in Wirklichkeit Rassismus ist, der von der extremen Rechten als nationaler Egoismus (die »nationale Präferenz«) und ethnischer Differentialismus dargestellt wird, die gleichwohl in den meisten Fällen nur die politisch korrekte Form ist, um hierarchisierenden Rassismus zu formulieren⁸. Zusammengefasst kann man sagen, dass die national-populistischen Gruppierungen sich also auf einen ultraliberalen protektionistischen Kapitalismus berufen, formal die parlamentarische Demokratie und den Pluralismus akzeptieren und eine Modernisierung des institutionellen Rahmens statt eines Bruches mit diesem verlangen. Sie teilen eine gleiche »identitäre« Forderung: die Beschränkung der Aus-

5 Herbert Kitschelt: *The Radical Ring Wing in Western Europe*, Univ. of Michigan Press 1996.

6 Obwohl die Definition Kitschelts entwickelt wurde, um die in der Politikwissenschaft so genannte »dritte Welle« der extremen rechten Parteien von den 1980er Jahren bis heute zu beschreiben, könnte sie auch dazu dienen, eine Partei wie die 1949 gegründete österreichische VdU zu beschreiben, von der Lothar Höbels sagt, dass sie »die (teilweise) Restauration einer liberalen Wirtschaftspolitik und die (teilweise) Integration der alten Eliten des nationalen Lagers« zum Ziel hatte. Lothar Höbels: *Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz, 1999, S. 7.

7 Betz, Hans-Georg: *Radical Right-Wing populism in Western Europe*, New York 1994.

8 Antisemitismus ist teilweise präsent (Front National in Frankreich und Belgien, in gewissem Maße SVP/UDC; FPÖ), wird aber sprachlich verschleiert. Er kann aber auch fehlen (Liste Pim Fortuyn, norwegische FRP).

übung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte auf die ethnischen Staatsbürger (*nationaux de souche*), was zu einer vollständigen Infragestellung des Begriffs der Integration und des *Ius solis*⁹ führt, die ersetzt werden durch das *Ius sanguinis*. Sie verkünden schließlich und vor allem anderen eine völlige Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft, die als Quelle der Dysfunktionen des Volkskörpers angesehen werden. Sie wünschen daher nicht etwa die Einwanderung zu begrenzen, sondern die Wanderungsbewegungen umzukehren in der Weise, dass die ausländischen Einwohner nichteuropäischer Herkunft aus dem Land gewiesen werden.

Was Wirtschaft und Soziales angeht, erscheinen die National-Populismen in zwei entgegengesetzten sozioökonomischen Kontexten: Zum einen in dem des insgesamt schwachen Wachstums, welches gleichwohl von einer Vergrößerung der Einkommensunterschiede begleitet wird, wie dies in Frankreich der Fall ist, und zum anderen im Kontext relativ guten Wachstums, wie dies in Flandern der Fall ist, ebenso in Österreich, Italien und Skandinavien. Der Fall der Rezessionspopulismen ist recht gut bekannt, mit seinem Aspekt des Protestes gegen politische und wirtschaftliche Eliten, denen die extreme Rechte Korruption, Abgehobenheit vom Volk und den Willen, die Reichtümer an sich zu reißen, nachsagt. Der Fall der Populismen bei Wirtschaftswachstum ist interessanter, vor allem der der skandinavischen Gruppierungen, der norwegischen Fortschrittspartei (*Fremskrittspartiet*) und der Dänischen Volkspartei (*Dansk Folkeparti*), die unbestreitbar als Erste aufgetaucht sind, denn sie entstanden 1973-75. In ihren jeweiligen Ländern als Neue Rechte (*nye højre*) bezeichnet, stellten sie bis Ende der 1990er Jahre eine Reaktion der Zurückweisung des von der Sozialdemokratie eingeführten egalitären Modells, das die konservativ-liberalen Regierungen fortführten, und auch des Wohlfahrtsstaates dar. Die zugrunde liegende Weltanschauung war einfach: Der zu große Staat und die Umverteilung vernichten den Wohlstand, bestrafen die persönliche, private Initiative und fördern asoziale Verhaltensweisen. Wie Tor Bjørklund und Jørgen Goul Andersen aufgezeigt haben, weisen die Mittel- und Oberschichten in den Ländern, wo der Sozialstaat gleichermaßen unter bürgerlichen wie sozialdemokratischen Regierungen fortentwickelt wurde, die Tendenz auf, den traditionellen Konsensparteien den Rücken zu kehren. Sie kommen auf ihrem Weg zur extremen Rechten mit Teilen der unteren Mittelklasse und der Arbeiterklasse zusammen, die wenig vom Wirtschaftswachstum profitieren, die permissive Ideen ablehnen und die sich nicht abfinden können mit der Verwandlung der traditionell ethnisch und religiös sehr homogenen skandinavischen Gesellschaften in multikulturelle Gesellschaften. Aber in den letzten Jahren hat die steuer- und staatsfeindliche Seite der Populismen an Be-

9 *Ius solis* (»Bodenrecht«, *lat.*) bedeutet, dass jeder Mensch, der auf dem Gebiet eines Staates geboren wird, dessen Staatsbürgerschaft erhält. *Ius sanguinis* (»Blutrecht«, *lat.*) hingegen bedeutet, dass die Staatsangehörigkeit von den Eltern erbt wird. (Anm. des Übersetzers)

deutung verloren. Ihr Programm ist jetzt konzentriert auf die Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Ressourcen selektiv zu nutzen, um den am stärksten benachteiligten Teilen der autochthonen Gesellschaft zu helfen: Die Hilfe für die Senioren, der Schutz der Renten, die Erneuerung des öffentlichen Gesundheitswesens werden als vorrangig behandelt; Etatkürzungen sollen hingegen bei den Programmen zur Integration von Einwanderern und Asylbewerbern erfolgen und im Allgemeinen bei erhöhten Kosten, die durch die ausländische Bevölkerung verursacht werden. Der Widerhall dieser Thesen in der Bevölkerung ist groß¹⁰, die ungefähr folgendermaßen denkt: Wenn der Wohlstandskuchen groß ist, dann gibt es keinen Grund, den anderen ein Stück davon zu überlassen.

In einem anderen Fall, dem Norditaliens, entspricht das Auftauchen des fremdenfeindlichen Populismus einer Phase der tief greifenden Verwandlung der Struktur der Wirtschaft und des Kapitals. Die italienische Lega Nord hat eine sozial klar definierte Wählerschaft, die der Gewinner des Erlühens des Kleinkapitalismus ist, der den Wohlstand Norditaliens ausmacht, welche auch eine Art regionalen Egoismus zeigt, indem sie Unzufriedenheit über die Transfers von der »fleißigen Padania« hin zum »am Tropf hängenden Süden« äußert. Dieses Argumentationsschema findet man auch bei dem nach flämischer Unabhängigkeit strebenden Vlaams Belang, der sich damit rechtfertigt, dass »Milliardenflüsse vom Norden in den Süden fließen, ohne überhaupt Wallonien zu helfen, denn es wird immer ärmer.«¹¹ Der Fall der Lega Nord ist aus einem anderen Grund hochinteressant: Diese Partei ist – vor allem durch ihren »organischen Intellektuellen«, den verstorbenen Politologen Gianfranco Miglio (1918-2001) – der Ursprung der großen von der Berlusconi-Regierung unternommenen Reform der Dezentralisierung, die darin besteht, den Regionen einen guten Teil der Kompetenzen des Zentralstaates zu übergeben. Das Dezentralisierungsprogramm der Lega ist innerhalb der europäischen extremen Rechten in zweifacher Hinsicht innovativ: Zum einen ist sie eines der seltenen Beispiele, wo eine nicht marginalisierte politische Gruppierung – sie gehört zur Regierungskoalition – auf einer vollkommen mythischen, erfundenen Identität beruht. Die Tageszeitung der Partei Umberto Bossis, Padania, mag die keltischen Wurzeln der lokalen Bevölkerung in langen Artikeln loben, doch sind diese historisch längst begraben und ein Padanien hat in der Geschichte nie existiert. Zum anderen gehen die teils autonomistischen, teils secessionistischen Forderungen der Lega, wie auch die der anderen weniger bedeutenden, aber ähnlich orientierten Ligen in Venetien und Friaul-Julisch-Venetien in die Richtung eines »Europas der Ethnien«, wo sich neue transna-

10 Bei den Parlamentswahlen vom Februar 2005 hat die Dansk Folkeparti mit 13,3% einen Zugewinn von 1,3% erzielt. In Norwegen hat die Fremskrittspartiet bei den Parlamentswahlen vom September 2005 22,1%, also einen Zugewinn von 7,5% erzielt, und wurde damit die zweitstärkste Partei im Land.

11 Zitiert in der Tageszeitung Le Soir, 19. Mai 2003, S. 7.

tionale Solidaritäten abhängig von der regionalen Entfaltung des Kapitals bilden. Besser noch, die Liga will ihr unabhängiges Padanien in eine föderale Struktur einfügen, die einem Wirtschaftsraum entspricht, in dem die regionale Wirtschaft sich entwickelt: das »nördliche Mitteleuropa«, das einen Teil Österreichs inklusive Kärntens und der Schweiz umfasst. Vor allem auf dieser Basis hat sie um das Jahr 2000 erfolglos versucht, sich an die österreichische FPÖ anzunähern.

Zum Glück wurde der Liberalismus der National-Populisten ab einem gewissen Moment, nachdem er zuerst die einfachen Bevölkerungsschichten gefesselt hatte, von diesen als das wahrgenommen, was er ist: ein Gegner. In jenem Moment begann der Rückgang der Wahlergebnisse. So haben die Handlungen der FPÖ-Minister in Österreich in der ersten Schlüssel-Regierung (2000-2003) und insbesondere die des Finanzministers Karlheinz Grasser bewirkt, dass die Partei Haiders, die 1999 26,9% der Stimmen bekommen hatte und die von 48% der Facharbeiter gewählt worden war, um die Skandale und die Ungerechtigkeiten anzuprangern (dies war die Hauptmotivation von 65% der FPÖ-Wähler¹²), schnell auf Ergebnisse um die 10 Prozent zurückfiel. Gleichwohl ist der Rückgang der Wählerstimmen nicht allgemein, wie es das Anwachsen der schweizerischen SVP/UDC mit ihrem Vorsitzenden, dem milliardenschweren Industriellen Christian Blocher, zeigt¹³. Und auch wenn ein Stimmenrückgang eintritt, dann hinterlässt er unauslöschliche Spuren im politischen Leben und der politischen Ausrichtung der anderen Parteien, vor allem denen der Rechten, aber auch der Linken, die eine gefährliche Neigung zeigen, sich in Abhängigkeit von den rechtsextremen Parteien zu definieren, und zwar durch Nachahmung und Überbietung von deren Programmen.

Die Dimension des »Anti-Establishments«: der Fall der »gemischten« Gruppierungen Front National und Vlaams Belang

Der Effekt der Verseuchung durch die extreme Rechte ist am auffälligsten in Frankreich, wo Jean-Marie Le Pen im Jahr 2002 gegen alle Vorhersagen in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen gelangte und sich seine Partei, der Front National, in den letzten 20 Jahren bei 10 bis 12 Prozent stabilisiert hat, und dies trotz einer zunehmenden Passivität der Anhänger und vor dem Hintergrund öffentlich bekannter Spaltungen des Parteiapparats. Obwohl der FN stärkste Partei unter Arbeitern und Arbeitslosen ist und fast ein Viertel der jungen Leute unter 24 Jahren sie wählen, kann diese Partei kaum als eine »modernisierende« Partei gelten. Sie ist vielmehr die wichtigste der »gemischten

12 Siehe dazu das Exit-Poll Fessel-GfK, 1999.

13 Sie ist, laut Oscar Mazzoleni, zwischen dem Neoliberalismus und dem »Chauvinismus« des Wohlfahrtsstaates anzusiedeln. Vgl.: Nationalisme et populisme en Suisse. Presses polytechniques et universitaires romandes, 2003, p. 6.

Gruppierungen« der extremen Rechten, die weiterhin aus den autoritären Regimen der 1930er Jahre entlehnte Elemente in ihrer Ideologie, ihrer Funktionsweise und ihrem Stil mitführen, wie die Erklärungen ihres Vorsitzenden über das »kleine Detail«¹⁴ oder die »jüdische Internationale« belegen. Ihr ökonomisches und soziales Programm ist eines des Rückschritts, das niemanden befriedigen kann außer die Wähler aus dem Kreis der freien Berufe und die Chefs kleiner und mittlerer Unternehmen. Es verspricht die Abschaffung der Einkommenssteuer, während ihr Präsident Jean-Marie Le Pen die 42-Stunden-Woche und den Renteneintritt mit 70 Jahren vorschlägt¹⁵, wobei er die »öffentlichen Streikhansel, die von der Anarchie zum Aufstand übergehen«¹⁶, geißelt. Le Pen ist, wie er beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl von 2002 erklärte, »wirtschaftlich rechts«. Aber er hatte zuvor dargelegt, dass er »sozial links« und »vor allem Franzose« sei. Diese »soziale Wende« des FN, die 1995 angekündigt worden war, behauptet, sich auf die Rehabilitierung des wirtschaftlich und sozial Regelnsetzenden Staates zu stützen, als Bollwerk gegen die Globalisierung. Natürlich lässt sich niemand hinters Licht führen: Aus Sicht des FN geht es nicht darum, den Umverteilungsstaat oder die staatlichen Initiativen in der Wirtschaft zu fördern, sondern glauben zu machen, dass der Staat die Schwachen schützt, indem er ihnen, so sie denn »echte Franzosen« sind, verspricht, allein Nutznießer dessen zu sein, was von den sozialen Rechten und Leistungen (Arbeit, Wohnung, Ausbildung) noch bleibt. Der Front-Staat ist ein Polizeistaat, der stets die Frage der Sicherheit und des Kampfes gegen moralische Laschheit in den Mittelpunkt seiner Rede stellt. Er stellt niemals die Forderungen der Globalisierung infrage, außer in der rhetorischen Art eines prinzipiellen Antiamerikanismus, und er maskiert den reaktionären Inhalt seines Projektes mit ein paar spektakulären Forderungen wie der des Austritts aus der EU oder dem Slogan »produziert französisch«. Dieselbe Ambivalenz findet sich in der anderen großen »gemischten« Partei, dem Vlaams Belang, der sich weiterhin auf den Solidarismus eines Joris van Severen oder die »planistischen« Ideen Henri de Mans oder Edgar Delvos beruft, während er gleichzeitig zum Ziel hat, den »cordon sanitaire« zu durchbrechen, der ihn bis heute davon abhält, in einer städtischen (Antwerpen) oder Provinzialregierung (Flandern) mitzuregieren, was bedeutet, dass er mit den liberalen oder christdemokratischen Parteien, VLD und CD&V, gemeinsam regieren will. Das passt nicht zusammen und wirft Fragen auf: Wie bleiben Parteien wie der Vlaams Belang für 15 % der Flamen und fast ein Drittel der Bürger von Antwerpen glaubwürdig? Die Antwort lautet: Die Wähler der fremdenfeindlich-populistischen Parteien stellen, wenn es um die Gründe für ihre Wahlent-

14 Le Pen hat 1987 den Holocaust als ein »kleines Detail der Geschichte des zweiten Weltkrieges« bezeichnet und diese Bemerkung 10 Jahre später wiederholt. (Anm. des Übersetzers)

15 Interview der Tageszeitung *Le Monde* mit J.-M. Le Pen, 19. April 2003, S. 8.

16 Pressemitteilung von Jean-Marie Le Pen vom 4. Juni 2003.

scheidung geht, den inneren Zusammenhang des wirtschaftlichen Programms hinter zwei andere wesentliche Punkte zurück, nämlich den Wunsch, die politische Klasse zu ersetzen, und das Gefühl, dass ihre Identität durch die Einwanderung bedroht ist. Niemand glaubt auch nur einen Moment lang, dass diese Parteien gegen die Globalisierung sind, und dies zu Recht, denn in den Gruppen, die man gewöhnlich die »extreme Rechte« nennt, ist niemand außer dem GRECE und Alain de Benoist über das Stadium der Verdammung der nationslosen oder antinationalen Form des globalisierten Kapitals hinausgekommen.¹⁷ Was die extreme Rechte nunmehr glaubwürdig macht und was der Hauptgrund für ihre Verankerung ist, das ist ihre antipolitische Dimension, die sich zum einen auf eine Kritik an den Eliten stützt (die sich zum Teil deckt mit dem Thema der Dekadenz) und auf die Ablehnung der beiden Regierungspraktiken: der großen Koalition (nach dem niederländischen Modell der »violetten Koalition« oder dem Schweizer Modell der »Zauberformel«) und dem Alternieren der liberalen Rechten und der sozialdemokratischen Linken, die voneinander kaum noch zu unterscheiden sind (so in Frankreich seit 1981).

Die Frage der Fremdenfeindlichkeit, das Auftauchen der Islamophobie: Was wäre, wenn die rechtsextremen Ideen nicht nur bei den Rechtsextremen beheimatet wären?

Es ist mir an dieser Stelle unmöglich, umfassend die grundsätzliche Frage nach Rassismus und Antisemitismus in den zeitgenössischen rechtsextremen Parteien zu behandeln. Ich werde gleichwohl versuchen, einige Entwicklungen der jüngsten Zeit zu beleuchten. Erstens scheint mir die Frage der Identität mehr als je zuvor im Zentrum der Ideologie dieser Bewegungen zu stehen, und zwar als mobilisierender Faktor. Aber es geht nicht um die nationale Identität im Sinne klassischer Nationalismen: Auch wenn sie es abstreitet, verachtet die extreme Rechte doch die Nation, in jedem Fall die Nation der Bürger, wie wir sie in Frankreich verstehen, also basierend auf dem *Ius solis* (Bodenrecht), der Integration und der Trennung von Staat und Kirche (Laiizität). Sie bietet ein Modell ethnischer Identität an, wie es der Vlaams Blok in seinem 1977 veröffentlichten Manifest, dem *Oranje Bookje* (dem orangenen Büchlein) vertrat: Er befürwortete die Schaffung einer »homogenen Gemeinschaft« auf der Basis eines biologisch reinen Substrats und gegründet auf

17 Robert de Herte, ein übliches Pseudonym von Alain de Benoist, geißelt die »Globalisation unter der Führung des Kapitals« und ruft, in der Tradition von Heideggers »Brief über den Humanismus« auf zu einem »produktiven Dialog mit dem Marxismus« (in: »De Marx à Heidegger«, *Eléments*, Winter 2005). Die »Neue Rechte« in ihrer Strömung »Europäische Synergien«, die von dem Belgier Robert Steuckers geleitet wird, beruft sich auf das klassische »rheinische Ordnungsmodell (modèle ordorhénan)«, auf François Perroux und auf das chinesische Modell. Vgl. Robert Steuckers: »L'Europe face à la globalisation«, Vortrag vor der »Gesellschaft für freie Publizistik«, April 2004, Text verfügbar auf: http://www.voxnr.com/cc/dt_autres/EEkAAVZVEuPhSgUiuT.shtml

Blutsbande, nicht auf die Staatsangehörigkeit (aus Sicht des Bloks umfasste das »flämische Volk« die Einheimischen des belgischen Flandern, der Niederlande und des französischen Westhoek¹⁸).

Diese ethnizistische Orientierung führt die extreme Rechte manchmal dazu, heimlich die Stärkung des Kommunitarismus zu wünschen, den sie zu bekämpfen vorgibt. Die Radikalen der extremen Rechten sind Parteigänger des Kommunitarismus geworden, insbesondere der Entwicklung eines muslimischen Kommunitarismus, welcher der extremen Rechten mehrere Vorteile bringt, insbesondere, wenn man die für sie ungünstigen Kräfteverhältnisse der »identitären Kräfte« betrachtet. Die von der außerparlamentarischen extremen Rechten in Frankreich entwickelte Idee besteht darin, dass der Rückzug in die ethnische Gemeinschaft bei den »weißen Franzosen« einen ähnlichen Elan auslösen könnte: »Können nicht die Kommunitarismen der Einwanderer eine Kettenreaktion auslösen, der den Sinn für die Gemeinschaft bei den Europäern entstehen oder wieder erwachen lässt?«¹⁹ Der Kommunitarismus würde außerdem die »Rassenmischung« erschweren, die die extreme Rechte mehr als alles andere fürchtet. Und er würde es erlauben, diejenigen Bevölkerungsteile zu identifizieren und zu kennzeichnen, die von den »echten Franzosen« zu trennen oder vom Territorium zu vertreiben sind. Der Kommunitarismus ist für die Radikalen eine »Waffe gegen die moderne Welt«, ein Weg, der aber »nur kurzfristig gangbar ist, als Zwischenlösung vor der Rückkehr der exilierten Gemeinschaften auf ihren historischen Boden.«²⁰

Eine andere Entwicklung ist, dass die Objekte des Rassismus sich ändern. Der alte antisemitische Hintergrund der extremen Rechten verschwindet keineswegs, aber er fällt, jedenfalls in einem Teil dieser Bewegung und vor allem in Frankreich, hinter einen virulenten anti-muslimischen Rassismus zurück, der auf einer apokalyptischen Sicht des Machtgewinns des radikalen Islam und der Präsenz des Islam auf europäischem Boden überhaupt beruht. Die Vorstellung vom »Kampf der Kulturen« und die Vorstellung, dass Europa sich auf dem Weg eines unabänderlichen Niedergangs befindet und von der muslimischen Welt kolonisiert und bevölkert wird, sind bereits in aller Munde. Die Welt droht wieder einmal auf eine manichäische Weise, die der des Kalten Krieges in nichts nachsteht, in zwei Teile zu zerfallen, in das »Abendland« und die »arabisch-muslimische Welt«. Und der anti-arabische Rassismus, der dieser Weltsicht entspringt, unterscheidet sich merklich von den Vorurteilen, die der Kolonialzeit oder dem hierarchisierenden Rassismus entstammen. Er nimmt den Islam aufs Korn, der als eine Religion angesehen wird, deren Enkulturation im Abendland unmöglich ist, und die schon seit ihrem Ursprung

18 Gemeint ist das Gebiet um Dünkirchen, das zu Frankreich gehört, in dem aber ursprünglich Flämisch gesprochen wurde (Anm. des Übersetzers).

19 *Terre et Peuple* n°18, Winter 2003: »La marée communautariste, opportunité ou danger«, p. 3.

20 *Jeune Résistance*, n° 33, Winter 2003: »Dossier: communautés et communautarisme«, p. 10 et 13.

wesenhaft gewalttätig und intolerant ist, sodass manche Autoren so weit gehen, sie als eine neue Form des Faschismus²¹ oder gar Nazismus²² darzustellen. Die Islamophobie – und dies ist der korrekte Begriff für ein solches Gefühl²³ – steht von nun an im Zentrum der Propaganda der extremen Rechten aller Spielarten, einschließlich derer, die im demokratischen Politikbetrieb mitspielen wollen. Sie war zum Beispiel die *Raison d’Etre* der Liste Pim Fortuyn und heute der Groep Wilders, die noch eine große Zukunft in den Niederlanden vor sich zu haben scheint. Die Islamophobie bildet auch die Geschäftsgrundlage von Parteien der bürgerlichen Rechten, die durch Ausschlachten der Angst vor dem Islam sich teils eine neue Nische schaffen wollen, teils den Raum, den bisher die extreme Rechte besetzt hatte, einnehmen wollen. Dies ist insbesondere die Strategie des von Philippe de Villiers begründeten »Mouvement pour la France« (Bewegung für Frankreich), die im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl im Jahr 2007 versucht, Führungskräfte, Anhänger und vor allem Wähler des Front National abzuwerben. In einem viel größeren Rahmen ist übrigens die Angst vor dem Islam in der Optik eines »Kampfes der Kulturen« seit den Attentaten des 11. Septembers 2001, eine immer wiederkehrende Versuchung der konservativen und liberalen Rechten geworden, die sich auch gelegentlich bei der Linken zeigen kann. Auf diese Weise hat Frankreich gerade das Psychodrama der unerklärlichen Aufstände der Vorstädte durchlebt, ohne die ökonomischen und sozialen Faktoren oder die Beziehung der aus Nordafrika oder Schwarzafrika eingewanderten Bevölkerungen zum Kolonialismus zu betrachten. Manche lassen nicht davon ab, diese Aufstände als islamistische Verschwörung oder ethnisch-religiöse Revolte²⁴ darzustellen, wobei die Ethnisierung der sozialen Beziehungen die Funktion erfüllt, in diesem Fall wie in anderen, als Schleier zu dienen, der die zunehmende Ungleichheit, die ras-

21 Der Begriff »grüner Faschismus« wird insbes. von Alexandre Del Valle benutzt (der im Islamismus die »vereinenden Erben« der braunen und roten Totalitarismen sieht), aber auch von André Glucksmann, Oriana Fallaci, Daniel Pipes und anderen, sowie von aktiven linken Laizisten, wie z. B. Hassane Zerrouky in der *l’Humanité* vom 25. September 1997 (Beitrag: »Une paix piégée?«). Was Del Valle angeht, siehe: »Rouges-Bruns-Verts : l’étrange alliance«, in: *Politique internationale* n° 102, Winter 2003/2004.

22 Der Begriff »Nazi-Islamismus« wurde kürzlich von der sehr angesehenen *Tribune de Genève* (28. 10. 2005) in einem Artikel von Jean-Noël Cuénod verwendet, der sich mit den Erklärungen des iranischen Präsidenten Ahmadinejad befasst, welcher dazu aufgerufen hatte, »Israel von der Landkarte zu tilgen«. Er findet sich auch auf den Internetseiten der pro-israelischen Ultrarechten in Frankreich. Es ist aber intellektuell abwegig, schon deswegen zwei Ideologien als *identisch* anzusehen, weil sie zum Teil gemeinsame Ziele haben, unabhängig vom Kontext und den Mitteln.

23 Manche französische Autoren lehnen die Verwendung dieses Begriffes ab, indem sie geltend machen, dass er von Ayatollah Khomeini erfunden wurde mit dem Ziel der islamistischen Propaganda und der Dämonisierung des Westens. Das aber stimmt nicht: Das Wort wurde zum ersten Mal in Frankreich 1921 verwendet von dem Maler und Orientalisten Etienne-Nasreddine Dinet, der in Algerien lebte, in seiner Kritik des berühmten orientalistischen Gelehrten Pater Lammens. Dies hat sein Biograph François Pouillon in *Les deux vies d’Etienne Dinet* (Paris 1997) belegt. Übrigens widmet auch der sehr liberale Mufti von Marseille, Soheib Benckei, ein Kapitel seines Buches *Marianne et le Prophète, l’islam dans la France laïque* (Paris 1998) der Islamophobie.

24 Der französische Philosoph Alain Finkielkraut hat in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* am 19. 11. 2005 den Begriff »Revolte ethnisch-religiöser Art« (*révolte avec un caractère ethnico- religieux*) verwendet.

sistischen Diskriminierungen im Alltag, und ganz allgemein die immer stärker auftretende *soziale Gewalt* vor dem Auge verbirgt. Halten wir auch fest, dass die Allgegenwart des islamfeindlichen Motivs seit dem September 2001 eine Veränderung in der Sicht der extremen Rechten auf die internationalen Beziehungen bewirkt hat. Die Begriffe »Abendland« und »freie Welt«, die durch die Auflösung des Ostblocks überflüssig wurden, werden reaktiviert unter der Überschrift »Zivilisierte Nationen« gegen »Schurkenstaaten«, »jüdisch-christliches Abendland« gegen Islam oder »Amerika und seine Verbündeten« gegen ein »dekadentes und arabisiertes Europa«²⁵. Neue Solidaritäten entstehen, jedoch nicht frei von Widersprüchen. Während eine Minderheit der extremen Rechten – im wesentlichen Neofaschisten und Neonazis – aus ihrem Antisemitismus heraus Partei für einen radikalen Islam ergreift, der als Verbündeter gegen die Hypermacht USA und Israel wahrgenommen wird, sind viele andere Parteien zu einer Phase aktiven Pro-Israelismus übergegangen (Alleanza Nazionale, norwegische FRP) oder zeigen diesen in der Öffentlichkeit (Vlaams Belang²⁶), während noch andere Geopolitiker theoretische Bündnisse nicht nur zwischen dem Abendland und Israel, sondern auch mit dem Russland Putins und dem Hindu-Nationalismus Indiens²⁷ entwerfen. In dem Maße, wie sich diese Entwicklungen nicht auf die extreme Rechte beschränken, ist es legitim zu fragen, ob die Themen, die sie transportiert hat, nicht auf die »Mainstream«-Parteien übergegangen sind, die für eine weitere Verbreitung sorgen und sie von der Stigmatisierung oder Delegitimierung befreien, die gewöhnlich diese Extremisten treffen.

Schlusswort: die National-Populismen, Spiegel der Versäumnisse der Linken

Wir sind ohne Zweifel dabei, in die Ära der »vierten Welle« der National-Populismen einzutreten. Es handelt sich im Allgemeinen um wenig strukturierte Bewegungen, die sich um eine charismatische Persönlichkeit sammeln, die sich von einer Partei des rechten Mainstreams (die als zu liberal oder links kritisiert wird) abgelöst haben und deren allgemeinen Werte nationalistisch, fremdenfeindlich, anti-multikulturell, islam-feindlich und intolerant klingen. Sie stellen sich oft als eine Reaktion auf die politische Korrektheit und als

25 Der Begriff »Eurabia« wird verwendet, um ein Europa zu beschreiben, das seine christliche Identität verloren hat und soweit kolonisiert wird, dass es zu einem Anhängsel der arabischen Welt auf dem Wege der Islamisierung wird. Dieser Begriff wurde geprägt von der Historikerin Bat Ye'Or in ihrem Buch *Eurabia: The Euro-Arab Axis*, Cranbury, NJ: Fairleigh Dickinson University Press/ Associated University Presses, 2005.

26 Dazu Rachel Crivellaro: »Le VB drague la communauté juive«, *La Libre Belgique*, 3. November 2005.

27 Siehe dazu insbes. die reichliche Produktion von Koenraad Eelst, Mitarbeiter der neurechten flämischen Zeitschrift *TeKo*, der in *Indien als einer der Verfechter des »Hindutva« anerkannt ist: De Eelst: Negationism in India. Concealing the record of Islam*. Voice of India, New Delhi, 2000.

Sprachrohr der schweigenden Mehrheit dar und richten sich gegen die politische Klasse, vor allem der Rechten, die ihr Ohr nicht dem Volk zu öffnen weiß. In diese Kategorie kann man bis jetzt die Groep Wilders in den Niederlanden, den Versuch einer Parteieugründung seitens des belgischen Senators Hugo Coveliers, der jetzt unabhängig ist, aber aus der Volksunion bzw. dem VLD stammt, einordnen und auch das »Mouvement Citoyens Genevois« gehört dazu, eine Abspaltung von der UDC unter der Führung von Georges Letellier, das am 9. Oktober 2005 sieben Sitze und 7,73 % der Stimmen bei der Wahl zum Grand Conseil des Kantons Genf erhielt.²⁸ Die Existenz dieser Gruppierungen – die kaum als Parteien bezeichnet werden können, was den Umfang ihrer Parteioorganisation angeht – beweist, dass sich die Grenzen immer mehr verwischen zwischen der extremen Rechten und der traditionellen Rechten, von der ein Teil sich immer stärker in eine Situation des Wettbewerbs mit und der Imitation der Nationalpopulismen hineinbegibt, ohne dass es ihnen gelänge, den Rechtsextremen das Wasser abzugraben. Auf jeden Fall stellen die Rechts-extremismen – welcher Art auch immer – eine Form des Protestes gegen das Umschwenken sowohl der traditionellen Rechten wie auch der traditionellen Linken auf die Forderungen des Ultraliberalismus und der liberalen Globalisierung dar. Eine Linke, die sich von der einfachen Bevölkerung entfernt, die mit Hilfe von sich selbst reproduzierenden Eliten regiert, die sich in ihre technokratisch-betriebswirtschaftlichen Diskurse eingemauert haben, trägt in dieser Situation mit Sicherheit eine Verantwortung, deren Wahrnehmung nur in der Wiederherstellung der Links-Rechts-Spaltung und der Rückkehr zu einem Projekt, das den Staat in den Mittelpunkt des öffentlichen Handelns stellt, bestehen kann. Die extreme Rechte in Europa beweist durch ihre aufeinander folgenden Wandlungen ihre Fähigkeit, sich auf die Veränderungen der modernen Welt einzustellen. Ihre Gegner werden gewiss bemerkt haben, dass eine Mobilisierung gegen die extreme Rechte, die sich nur auf moralische Ent-rüstung und auf eine Pflicht zur Erinnerung stützt, dazu verdammt ist, nur ein Strohfeder zu sein, wie nützlich dies auch in gewissen Momenten sein mag (man denke nur an die Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2002). Der extremen Rechten wirksam entgegenzutreten heißt, den Kampf gegen ihre Ideen und Praktiken in einen größeren Rahmen sozialer Transformation einzufügen, nämlich der Mobilisierung jener sozialen Schichten, die sie verführt hat.

Übersetzung: Karsten Pöhl

28 L'UDC selbst gewann 9,6%.

Literatur

- Betz, Hans-Georg: Radical Right-Wing populism in Western Europe, New York 1994.
- Camus, Jean-Yves: Métamorphoses de l'extrême-droite en Europe, in: Le Monde Diplomatique, Mai 2002.
- Casals y Meseguer, Xavier: Ultrapatriotas, Barcelona 2003.
- Crivellaro, Rache: »Le VB drague la communauté juive«, in: La Libre Belgique, 3. November 2005.
- De Eelst: Negationism in India. Concealing the record of Islam. Voice of India, New Delhi 2000.
- Gentile, Emilio: Qu'est-ce que le fascisme? Histoire et Interprétation, Paris 2002.
- Höbelt, Lothar: Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz 1999.
- Jeune Résistance, n° 33, Winter 2003, »Dossier: communautés et communautarisme«.
- Kitschelt, Herbert: The Radical Ring Wing in Western Europe, Univ. of Michigan Press 1996.
- Mazzoleni, Oscar: Nationalisme et populisme en Suisse. Presses polytechniques et universitaires romandes, 2003.
- Pouillon, François: Les deux vies d'Etienne Dinet, Paris 1997.
- Soheib Benckeiikh: Marianne et le Prophète, l'islam dans la France laïque, Paris 1998.
- Steuckers, Robert: »L'Europe face à la globalisation«, Vortrag vor der »Gesellschaft für freie Publizistik«, April 2004. Text verfügbar auf: http://www.voxnr.com/cc/dt_autres/EEKAAVZVEuPhSgUiuT.shtml
- Terre et Peuple n°18, Winter 2003, »La marée communautariste, opportunité ou danger«, p. 3.
- Ye'Or, Bat: Eurabia: The Euro-Arab Axis, Cranbury 2005.

Rechtsextremismus und totaler Markt: Auf der Suche nach gesellschaftlicher Klebmasse für den entfesselten Kapitalismus

Die reine Marktgesellschaft, wie sie der Neoliberalismus fordert, kennt vom Grundsatz her nur eine Methode der Verknüpfung der Individuen, nämlich den Tausch: Alle Verhältnisse, die die Menschen zueinander eingehen können, sind auf den Tausch reduziert. Sein Motiv und Zweck ist es, den individuellen Vorteil zu maximieren. Vorteilsmaximierung (Nutzenmaximierung in der Begrifflichkeit der Lehrbücher) ist im Tausch deswegen möglich, weil diejenige Ausstattung, von der der Einzelne reichlich hat, für ihn einen geringeren Vorteil hat als eine Ausstattung, die er benötigt, aber nicht besitzt. Ausstattung, dies ist hervorzuheben, schließt für den Neoliberalismus traditionelle Güter ebenso ein wie psychische, moralische oder geistige Eigenschaften.

Diese Regeln anzuerkennen bedeutet, das Verhalten der Menschen zueinander als ein reines Benutzungsverhältnis aufzufassen. In der Tat, die Bourgeoisie zerstört »alle (...) idyllischen Verhältnisse. (...) Sie hat kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare Zahlung‹. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerie, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst (...)«.¹ Wenn alle das private Eigentum an menschlicher Ausstattung respektieren und auch die Macht, die das Eigentum gegebenenfalls verleiht, wenn also fremdes Eigentum nur im beiderseitig formal freiwilligen Tausch angeeignet wird, dann – so die Vorstellung – wird es dieser Tauschgesellschaft nicht an Festigkeit fehlen.

Zusammenleben als Prozess von Tauschakten muss dann Widerstand auslösen, wenn die Menschen diesen Reduktionismus verweigern, weil sie ihn in einem ganz unemphatischen Wortsinn als unmenschlich wahrnehmen. Und weiter: Wer anhaltend vom Tausch ausgeschlossen ist, weil er ständig erfolglos seine Arbeitskraft am Markt anbietet, wer Opfer von Macht ist, die sich aus fremder Ausstattung, aus fremdem Eigentum herleitet, der wird für diese Tauschgesellschaft nichts übrig haben. Damit ist die Frage gestellt, wie dieses Ensemble (den Begriff ›Gesellschaft‹ lehnen viele Neoliberale ab) zusammengehalten und wie Widerstand vermieden werden kann. Kurz, es geht um die gesellschaftliche Klebmasse, die dann nötig ist, wenn der Tausch allein nicht

1 Karl Marx: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 464 f.

genug Integrationskraft hat. Wie der Markt den Tausch und Wettbewerb integrieren soll, folgt aus den Grundlagen des Neoliberalismus. Wo er dies nicht kann, muss er logischerweise auf Ideologien zugreifen, die ihm eigentlich fremd sind, die aber dennoch sein Vorhaben begünstigen oder mit anderen, nicht neoliberalen Mitteln fördern. Hierbei muss beachtet werden: Ziel des Neoliberalismus ist im Grunde nicht die reine Tauschgesellschaft, sondern die Festigung des Kapitalismus und seiner Machtverteilung. Die Auflösung der Gesellschaft in ein Ensemble von Individuen ohne kollektive Willensbildung festigt die Macht und gesellschaftliche Überlebenswahrscheinlichkeit der Kapitalisten. Lässt man diesen Gesichtspunkt gelten, dann kann der Neoliberalismus Ideologien nutzen, die sich aus seinen Axiomen nicht herleiten. Auf dieser Grundlage ist die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Neoliberalismus gestellt.

Die neoliberalen Axiome

Was eine neoliberale Gesellschaft ausmacht, haben Alchian und Allen in lehrbuchhafter Akkuratessse in »Exchange and Production, Theory in Use«² dargestellt: Die Menschen leben (und verhalten sich) unter der Bedingung der Knappheit von Gütern. Die Analyse ihres Verhaltens hat zwei Beobachtungen und fünf Postulate zur Grundlage.

Zunächst die Beobachtungen: (1) Die Grundlage der Analyse ist das Individuum. (Im Gegensatz zur klassischen politischen Ökonomie ist demnach nicht die gesellschaftliche Klasse methodischer Bezugspunkt). (2) Niemand kann die Zukunft vollständig voraussehen.

Des Weiteren gibt es die Postulate, die als »Haupteigenschaften der menschlichen Natur« verstanden werden: (1) Jede Person strebt eine Vielzahl von Gütern an. Das Gut bedeutet hier jedes gewünschte Dasein (entity) oder Ziel. (2) Für jede Person sind einige Güter knapp. (3) Eine Person ist bereit, einige ihrer Güter zu opfern, um mehr von anderen Gütern zu erhalten (Substitution). (4) Die persönliche Bewertung jedes Gutes durch ein Individuum hängt davon ab, wie viel es von dem betreffenden Gut besitzt; je mehr es davon besitzt, umso geringer bewertet es das Gut (fallender Grenznutzen). (5) Nicht alle Leute haben identische Präferenz-Schemata.

Wichtig im weiterführenden Raisonement ist, dass alles, auch menschliche Eigenschaften, Güter sind und einen Preis haben, und dass diese Güter unterschiedliche Wertschätzungen erfahren, sodass sich menschliches Verhalten durch ein umfassendes System relativer Preise beschreiben lässt. Alles Verhalten ist rechenhafter Tausch. Nichts entgeht diesem definitonischen Zugriff. Die

2 Armen A. Alchian/William R. Allen: Exchange and Production, Theory in Use, Belmont, Kalifornien 1969, Kapitel 2.

Ökonomie des Selbstmordes ist ein besonders treffendes Beispiel dafür: Ein Mensch begeht Selbstmord, wenn der (subjektiv) bewertete Terror des Lebens den des Todes übersteigt.³ Dieses allgemein gültige *ökonomische* Kalkül ist beherrschend für die langfristige Entwicklung. Es hat sich im evolutionären Selektionsprozess bewährt. Die Neoliberalen kennzeichnen diese Gesellschaft als »acquisitive«, d. h. als auf Erwerb ausgerichtet und gewinnsüchtig, in diesem Sinn auch als (lern)begierig. Dieser Charakterzug, das betonen viele neoliberale Autoren, war ein Faktor für die nachfolgende Dominanz der »acquisitive« Spezies im evolutionären Selektionsprozess. Einzig die gewinnsüchtige Gesellschaft habe eine Überlebenschance im »Kampf ums Dasein«. Im Sinne des Überlebens sei der Kapitalismus die Vervollkommnung der Menschheit: Leben ist Kapitalismus.

Die neoliberale Gesellschaft

In seinen »Grundsätzen einer liberalen Gesellschaftsordnung«⁴ nennt Hayek seine »große«, seine »offene« neoliberale Gesellschaft Katallaxie. Damit soll, so Hayek, deutlich werden, dass Handel treiben das Wesen der Gesellschaft ist, eben weil das griechische Verb *katallaktein* mit seinen beiden Bedeutungen »Handel treiben« und »in die Gesellschaft aufnehmen« dies angemessen anspreche. Gesellschaftliche Sozialisation ist demnach Konditionierung im Markt und für den Markt.

Die Freiheit, die das System gewährt, besteht darin, dass jeder seine eigenützigen Ziele (die Maximierung des Nutzens) *am Markt* verfolgen kann. Aufgabe des Staates ist es, diese Lizenz umfassend zu schützen. Er muss das Privateigentum gewährleisten (also das Eigentum an der jeweiligen persönlichen Ausstattung), die Vertragsfreiheit und -vollstreckung, den freien Zutritt zum Markt sowie den Wettbewerb. Würde all dies nicht garantiert, wäre ein geregelter Tausch nicht möglich. Dass sich die Individuen in ihrem eigenen Interesse auf einen solchen Staat stillschweigend einigen können, liegt auf der Hand: Denn gäbe es dieses Arrangement nicht (Buchanan⁵ usurpiert hier den klassischen Begriff des Gesellschaftsvertrages), müssten die Individuen erhebliche Ressourcen aufwenden, um ihr Eigentum zu schützen oder um im Tausch die Gegenleistung zu erzwingen. Davon, dass der Tausch höchst ungleich sein kann, weil Macht und Eigentum ungleich verteilt sind, ist in dieser Gesellschaftsvertragstheorie nicht die Rede. Freiheit ist anders zu verstehen. Hayek schreibt hierzu: »Auch wenn ihn selbst [ein beliebiges Individuum, H. S.] und

3 Vgl. Daniel S. Hamermesh/ Neal M. Soss: An Economic Theory of Suicide, in: Journal of Political Economy, 1974, Band 82, S. 83 ff.

4 Friedrich August von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: Ordo 1967, S. 11 ff. Neudruck: F. A. von Hayek: Gesammelte Aufsätze von Friedrich von Hayek, Freiburger Studien, Tübingen 1969, S. 121 ff.

5 Vgl. James M. Buchanan: Die Grenzen der Freiheit, Tübingen 1984.

vielleicht seine Familie die Gefahr des Hungers bedroht und ihn zwingt, eine ihm widerwärtige Beschäftigung für einen sehr geringen Lohn anzunehmen und er der Gnade eines einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist, ihn zu beschäftigen, so ist er doch weder von diesem noch von irgendjemand anderem in unserem Sinne gezwungen. Solange die Handlung, die seine Schwierigkeiten verursacht hat, nicht bezweckte, ihn zu bestimmten Handlungen und Unterlassungen zu zwingen, solange die Absicht der Handlung, die ihn schädigt, nicht die ist, ihn in den Dienst der Ziele eines anderen zu stellen, ist ihre Wirkung auf seine Freiheit keine andere als die einer Naturkatastrophe – eines Feuers oder einer Überschwemmung, die sein Heim zerstört, oder eines Unfalles, der seine Gesundheit schädigt.«⁶ Nun ist unmittelbar einleuchtend, dass nicht nur der Begriff der Freiheit diesem Tauschwesen angepasst werden muss: Die Gerechtigkeit ist ähnlich zu verballhornen. Sie existiert nur noch in der Form »prozeduraler Gerechtigkeit«⁷, d. h. wenn die Ausstattung der Individuen und der besondere Freiheitsbegriff *gegeben* sind, kann sich Gerechtigkeit nur noch auf den *Tauschvorgang* beziehen. Gerecht ist die Prozedur dann, wenn niemand beim Tausch Nutzen einbüßt, sondern wenn beide Tauschpartner Nutzen dazu gewinnen.

Das Bindeglied zum Rechtsextremismus: Auslese und Unterwerfung

Hayeks unermüdlich Handel treibende Gesellschaft kann, wie gesagt, nicht alle bei sich aufnehmen. Wer ausgeschlossen ist, soll dies als Schicksal ertragen und sich nicht auflehnen. Mehr noch, er soll in seinem Schicksal einen tieferen Sinn sehen. Dies wird durch die neoliberale Vorstellung der kulturellen Evolution nahe gelegt. Dieser Evolutionsgedanke erfordert, mit der Neoklassik zu brechen, den Klassiker Adam Smith etwas umzudeuten und alle andere Klassik möglichst nicht aufzugreifen. Der ausdrückliche Vorsatz der Neoklassik bestand darin, in Gegnerschaft zur Klassik den Entwicklungsgedanken aus den Wirtschaftswissenschaften herauszuhalten. Die Perspektiven des Systems sollten weder mit Marx revolutionär gedeutet werden noch pessimistisch, wie dies etwa Malthus mit seinem Bevölkerungsgesetz nahe legte. Diese Enthaltsamkeit findet mit dem Neoliberalismus ihr Ende. Vielmehr ist die gesellschaftliche Entwicklung nun, wie Hayek dies nennt, durch einen »Siebungsvorgang« bestimmt. Dieser Vorgang ist eng mit Lernen verknüpft. Der Mensch lernt, so Hayek, durch die Enttäuschung von Erwartungen.⁸ Dies ist Lernen durch Versuch und Irrtum, d. h. durch Dressur und Konditionierung. Einsichtiges Lernen, bei dem die Struktur der Sache bewusst wird, ist dagegen nicht gefragt. Was nun wird in dieser Tauschgesellschaft erlernt, und wer lernt von

6 Friedrich August von Hayek: Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971, S. 166.

7 Robert Nozick: Anarchie, Staat, Utopie, München 1976.

8 Vgl. Friedrich August von Hayek: Die Verfassung der Freiheit, a. a. O. S. 40.

wem? Gelernt wird von den Erfolgreichen, und da alles auf individuelle Nutzenmaximierung zugeschnitten ist, können nur individuelle Überlebens- und Bereicherungspraktiken erlernt werden – nicht aber etwa, wie die Gesellschaft politisch bewusst gesteuert werden könnte. Vielmehr wird das individuell Ineffiziente, werden die Versager herausgesiebt. Ein eigentliches, konkretes Entwicklungsziel kennt diese Gesellschaft (außer der Maximierung der Überlebenswahrscheinlichkeit) nicht. Sie ist offen, wie Popper dies genannt hat, d. h. offen in dem Sinne, dass – vorausgesetzt das Lernen und die Lizenz, sein Glück am Markt zu versuchen (die individuelle Freiheit in der Hayekschen Definition) – es völlig unbestimmt ist, wie hoch beispielsweise der Output ausfällt oder der Massenwohlstand. Damit wird das Glücksversprechen der Moderne umgedeutet: Nicht mehr der Wohlstand der Nationen, wie Smith dies in Aussicht gestellt hatte, ist der Zweck des Kapitalismus, sondern einzig die Freiheit der individuellen Entfaltung im Marktkontext.

Entscheidend für den Zusammenhang dieser neoliberalen Entwicklungsvorstellung mit dem Rechtsextremismus ist die Idee der Auslebung und Auslese. Wie nah das beim traditionellen Faschismus liegt, können zwei Hitler-Zitate verdeutlichen: »Das hohe Maß an persönlicher Freiheit, das ihnen [Unternehmern und Arbeitern, H. S.] in ihrem Wirken (...) zugebilligt wird, ist durch die Tatsache zu erklären, dass erfahrungsgemäß die Leistungsfähigkeit des einzelnen durch weitgehende Freiheitsgewährung mehr gesteigert wird als durch Zwang von oben, und es weiter geeignet ist zu verhindern, dass der natürliche Ausleseprozess, der den Tüchtigsten, Fähigsten und Fleißigsten befördern soll, etwa unterbunden wird.«⁹ Diesen Vorstellungen aus »Mein Kampf« bleibt Hitler nach 1933 treu, auch dann, als Wirtschaftsplanung zur Produktions- und Effizienzsteigerung der deutschen Wirtschaft einstweilen unumgänglich erscheint. Planmäßige Leitung sei ein »gefährliches Unternehmen, weil jeder Planwirtschaft nur zu leicht die Verbürokratisierung und damit die Erstickung der ewig schöpferischen privaten Einzelinitiative folgt.«¹⁰ »Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache, dass jede Planwirtschaft nur zu leicht die harten Gesetze der wirtschaftlichen Auslese der Besseren und der Vernichtung der Schwächeren aufhebt oder zumindest einschränkt zugunsten einer Garantierung der Erhaltung auch des minderwertigen Durchschnitts (...).«¹¹ Es ist dieser Auslegedanke, der auch wesentlicher Bestandteil der neoliberalen Evolutionstheorie ist. Hayek sagte in einem Interview: »Gegen die Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich, dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.« Das sei, so Hayek, kein

9 Adolf Hitler: *Mein Kampf*, 2. Band, München 1934, S. 676.

10 Rede von Adolf Hitler am 21. Mai 1935 im Deutschen Reichstag, in: Paul Meier-Benneckenstein (Hrsg.): *Dokumente der deutschen Politik*, Band 3, Berlin 1937, S. 71 f.

11 Ebenda

Sozialdarwinismus, sondern »bei mir geht es um einen gesellschaftlichen Evolutionsprozess.«¹²

Soll eine Gesellschaft, die ihre Fortentwicklung auf Auslese gründet, Bestand haben, dann ist es wichtig, dass alle, und besonders die Ausgesiebten, das System bejahen. Die Alternative wäre ja, durch kollektive Willensbildung (die Herausbildung einer sozialen Präferenzfunktion) die Lage für die große Mehrheit der Bevölkerung zu verbessern, für jene, die systematisch mit natürlichen Katastrophen, wie Hayek sie nennt, zu kämpfen haben, so z. B. schlechte Bezahlung und Arbeitslosigkeit. Der Neoliberalismus mobilisiert nicht wenig an Einwänden, damit es nicht zur Herausbildung von Kollektiven kommt, die ihr gemeinsames Interesse durchsetzen. Zunächst versucht die Theorie der kollektiven Entscheidungen nachzuweisen, dass eine optimale demokratische Willensbildung unmöglich sei. Stichworte sind hier das Wahlparadox¹³ oder die Mehrheit, die nur durch Unterstützung der »Schlechtesten« zustande komme.¹⁴ Weiter seien die Machtmittel des Staates auf die genannten Garantien, die so genannten Rahmenbedingungen, zu begrenzen, weil sie sonst von einer tyrannischen Bürokratie usurpiert oder zur Beute wohlorganisierter Interessen (besonders der Gewerkschaften) würden. Damit wird behauptet, dass alle bisher ausprobierten Mittel für kollektive Willensbildung unbrauchbar seien. Des Weiteren: Selbst wenn eine solche Willensbildung zustande käme, wäre diese darauf ausgerichtet, der Gesellschaft ein Ziel vorzugeben. Dies wäre nicht vereinbar mit der »offenen« Gesellschaft und folgerichtig auch nicht mit der individuellen Freiheit, sein Interesse ungehindert am Markt verfolgen zu dürfen. Vielmehr liefe alles darauf hinaus, dass sich die Unfähigen (die Schlechtesten) mit politischen Mitteln das anzueignen versuchen, was ihnen nicht zustünde. Damit müsste das Lernen und folglich die Evolution zum Stillstand kommen. Der »Weg zur Knechtschaft« wäre vorgezeichnet. Denn der Rationalismus und Konstruktivismus der europäischen Aufklärung, so Hayek, zielt im Rahmen eines gesellschaftlichen Entwurfes darauf ab, »die Kräfte der Gesellschaft in derselben Weise zu beherrschen, wie dies bei der Beherrschung der Kräfte der Natur gelungen ist. (...) Dieser Weg führt nicht nur zum Totalitarismus, sondern auch zur Vernichtung unserer Kultur und mit Sicherheit zur Verhinderung des Fortschritts in der Zukunft«.¹⁵

Die Menschheit soll also nicht den Mut aufbringen, sich ihres Verstandes zu bedienen, sie soll auch nicht den Markt dort bewusst nutzen, wo dies für die Wohlfahrt zweckmäßig erscheint (ein Anliegen mancher Neoklassiker), viel-

12 Friedrich August von Hayek: Ungleichheit ist nötig, Interview mit Stefan Baron, in: Wirtschaftswoche Nr. 11, 1981a. Dieses Interview wurde nach Hayeks Tod erneut in der Wirtschaftswoche publiziert (Nr. 3 vom 11. Januar 1996). Die hier zitierte Passage ist dort allerdings nicht mehr wiedergegeben.

13 Vgl. Kenneth Arrow: Social Choice and Individual Values, New York 1963.

14 Vgl. Friedrich August von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, a. a. O., S. 121.

15 Derselbe: Der Weg zur Knechtschaft, München 1991, S. 254.

mehr soll sie sich dem von ihr bewusst und willenlos herbeigeführten Stand der Evolution anvertrauen.¹⁶

Was also, in einem Satz, hält der Neoliberalismus für die Menschen bereit? Auslese und Unterwerfung – all dies ausgestattet mit Hinweisen auf persönliche Freiheit, Überlebenschancen, drohende Knechtschaft. Es ist, kurz und gut, die Selbstverwirklichung eines durch kapitalistische Sozialisation deformierten Menschen. Dies gilt für den Theoretiker und sein Objekt gleichermaßen. Damit lässt sich ein Anhaltspunkt für die Antwort auf die Frage finden, was denn die Attraktivität des Neoliberalismus ausmacht. Je deformierter der Mensch, umso einleuchtender erscheint ihm der Neoliberalismus: Er erkennt sich in dessen grundlegenden Annahmen zum Individuum wieder.

Wenn Umberto Eco damit Recht hat, dass die Negation eines Wissensfortschrittes, Rassismus, aristokratischer Elitismus allgemeine Merkmale des Faschismus sind¹⁷, dann steht diesem der Neoliberalismus nahe. Auslese und Unterwerfung, dies sollte unbestritten sein, sind die Tugenden, die der Faschismus traditionell eingefordert hat. Neoliberalismus ist militante Gegenaufklärung: Die Menschen sollen ihre Lage nicht durch vermehrtes Wissen in einer kollektiven, bewussten Anstrengung in den Griff bekommen. Denn dies würde mit der Herrschaft aufräumen, die der Neoliberalismus mit all seinen Kunstgriffen zu legitimieren sucht.

Nun fehlt in der neoliberalen Theorie die Figur des Führers. Hayeks oder Buchanans Tauschgesellschaft funktioniert ohne die Befehle eines Diktators. Denn aus der Logik der neoliberalen Theorie der kollektiven Entscheidung folgt, dass der Kapitalismus dem Politischen stets misstrauen muss. Mag der Führer dem Kapitalismus auch noch so ergeben sein, er selbst oder die Bewegung, auf die er sich stützt, bergen stets die Gefahr in sich, aus dem Ruder zu laufen. Denn es ist ein politisches Kollektiv und nicht ein Ensemble von Individuen. Schon allein deswegen ist – im Interesse der Kapitalisten gedacht – der totale Markt der offenen Diktatur überlegen. Die offene Diktatur würde mit Polizeigewalt den Widerstand brechen – und damit gegebenenfalls weiteren Widerstand provozieren. Wenn dagegen die Tauschgesellschaft von allen internalisiert ist, wenn auch die Erfolglosen sich in ihr Los schicken, dann vermeidet dies Konflikte. Dann kann, weil keine offenen Machtmittel eingesetzt werden, umso überzeugender von einer freien Gesellschaft geredet werden. Eine solche Gesellschaft ist das, was Gramsci unter Zivilgesellschaft verstand, d.h., statt eines offenen existiert ein internalisierter Zwang. Die kapitalistische, materielle Aggression gegen die Arbeiterschaft wird damit nicht geringer, aber wenn sich die Opfer mit dem Aggressor identifizieren, gewinnt diese Gesellschaft an Festigkeit dazu.

16 Für eine eingehendere Charakterisierung des Neoliberalismus, siehe Herbert Schui und Stephanie Blankenburg: *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*, Hamburg 2002.

17 Vgl. Umberto Eco: *Der immerwährende Faschismus*, in: *Vier moralische Schriften*, München 1998.

Aus diesem Grund Hayeks Beschwörung: »Gerade dadurch, dass die Menschen sich früher den unpersönlichen Kräften des Marktes unterworfen haben, ist die Entwicklung der Kultur möglich gewesen (...). Der springende Punkt ist, dass es unendlich viel schwerer ist, logisch zu erfassen, warum wir uns Kräften, deren Wirkungen wir nicht im einzelnen verfolgen können, unterwerfen müssen, als dies zu tun aus demütiger Ehrfurcht, die die Religion oder auch nur die Achtung vor den Lehren der Nationalökonomie einflößt.«¹⁸ Deswegen fordert er »Demut vor den unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen (...), durch welche die einzelnen mithelfen, Dinge zu schaffen, die größer sind als sie selbst wissen.«¹⁹ Wenn die Individuen ihre Rolle als Teil eines unverstandenen Ganzen anerkennen, wenn sie die Regeln einer über dem Einzelnen stehenden spontanen Ordnung akzeptieren, dann schaffen sie die Voraussetzung für die freie Entfaltung der Individuen innerhalb zugewiesener überschaubarer Domänen von Verantwortlichkeit. Dies wiederum erlaubt es jedem Individuum, »freiwillig so viel wie möglich zu jenen Bedürfnissen bei-(zu)tragen, die außerhalb seines Gesichtskreises liegen.«²⁰ Und es befreit das Individuum von gesellschaftlicher Verantwortung.

Aber Demut und Ehrfurcht sind nicht so recht das, womit sich der Parteigänger des Kapitalismus identifizieren könnte. Kapitalismus muss positive Bilder entwerfen wie Erfolg, Stärke oder auch das Recht auf Rücksichtslosigkeit. Allerdings kann das positive Leitbild nur das Versprechen von individuellem Erfolg sein. Läuft die Wirtschaft gut, lässt sich behaupten, Kapitalismus sei die Gesellschaftsordnung, in der die allermeisten Menschen Erfolg hätten. Aber wie verfahren in Zeiten der Krise und der zunehmenden Armut?

Hier muss die Klebmasse, die Opposition verhindern soll, von außen besorgt werden; sie muss notgedrungen einer Welt außerhalb der Zweck-Mittel-Rationalität des Kapitalismus entstammen. So erklärt sich in der gegenwärtigen Ideologiebildung der Rückgriff auf alte Mythen, die neu aufgebretzelt werden. Besonders auffällig ist, dass gesellschaftliche Fragen als biologisches Phänomen behandelt werden. Zum Beispiel die Alterssicherung: Warum kann die gesetzliche Rentenversicherung künftig allenfalls noch eine Grundsicherung sein? Antwort: Weil es an Kindern fehlt! In einem Zeitungsbeitrag wird diese These persiflierend auf den Punkt gebracht. »Zu Ende dekliniert bedeutet die Argumentationslinie wohl: mehr Geschlechtsverkehr, weniger Verhütung und alles für Rente und niedrigere Lohnnebenkosten.«²¹ Bei niedrigeren Lohnnebenkosten, so lässt sich der Faden weiterspinnen, steigt überdies die Beschäftigung, sodass auch die Arbeitslosen etwas davon haben.

18 Friedrich August von Hayek: Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Band 3, Landsberg am Lech 1981b, S. 212.

19 Derselbe: Falscher und wahrer Individualismus, in: ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Politik, Band 1, 1948, S. 25.

20 Ebenda, S. 30.

21 Walter von Petersdorff: Mehr Babys für die Rente!, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 26. März 2006.

Aber ist dieses biologische Argument stichhaltig? Die Arbeitsproduktivität hat sich in den vergangenen 35 Jahren verdoppelt und wahrscheinlich wird sie sich in den kommenden 40 Jahren erneut verdoppeln. Wenn sich aber das Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde verdoppelt, dann können die Erwerbstätigen mehr für die Versorgung der Alten produzieren und überdies selbst ein höheres Einkommen haben. Alterssicherung ist also nicht eine Frage der Geburtenhäufigkeit, sondern der Arbeitsproduktivität und des Verteilungskonfliktes. Wenn es aber keinen Konflikt geben soll, dann muss die Biologie her. Dies ist auch der Fall, wenn es darum geht, die Arbeitenden gegen die Arbeitslosen aufzubringen. Der ehemalige Wirtschaftsminister Clement schreibt: »Biologen verwenden für Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben, übereinstimmend die Bezeichnung ›Parasiten‹. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.«²² Wer demnach kein Parasit sein will, der mobilisiert den eigenen Willen und findet eine Arbeit, die ihn von Unterstützungen befreit. Wer keine Arbeit findet, dem fehlt offenbar die Willenskraft, der ist von Natur aus in seinem Verhalten vorbestimmt und damit den Parasiten nicht unähnlich.

Ein weiteres Beispiel für biologische Akzente ist die so genannte Globalisierung: Die Abkommen im Rahmen der WTO, die uns den weltweiten freien Waren- und Kapitalverkehr gebracht haben, wurden zunächst mit den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung begründet, die allen Ländern zu mehr Wohlstand verhelfe. Tatsächlich aber sollte damit Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und Sozialleistungen inszeniert werden. Nun ist der freie Waren- und Kapitalverkehr verwirklicht, von mehr Wohlstand ist nicht mehr die Rede. Stattdessen wird er seinem objektiven Zweck entsprechend nun anders interpretiert: Die Globalisierung erzwingt niedrige Löhne und Sozialleistungen, auch wenn die Produktivität der Arbeit hoch ist und weiter steigt. Der billige Osteuropäer oder der Chinese jagen uns die Arbeit ab. Der Feind ist ausgemacht: Fremde Völkerschaften machen uns den Wohlstand streitig. Damit sind wir wieder bei der Biologie, diesmal mit leicht rassistischem Unterton.

Begünstigt wird diese Wendung durch die Berichterstattung im Fernsehen. Dessen journalistische Suche nach dem Knalleffekt zeigt Produktionsverlagerung in Billiglohnländer und demonstrierende Belegschaften. Damit wird suggeriert, dass unsere Arbeitslosigkeit aus der Produktionsverlagerung resultiert. Nicht erklärt wird, dass trotz der umfangreichen Direktinvestitionen im Ausland die deutschen Exporte erheblich angestiegen sind – Deutschland ex-

22 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat, Berlin 2005.

portiert mittlerweile weltweit am meisten. Offensichtlich ist die Beschäftigung, die durch Verlagerungen verloren ging, durch vermehrte Exporte an anderer Stelle mehr als ausgeglichen worden. Folglich ist es nicht die Außenwirtschaft, die uns Arbeitslosigkeit beschert. Aber die Diskussion über die Bedrohung durch das Ausland lenkt ab von der wirklichen Ursache, nämlich von der sinkenden Binnennachfrage. Und die wiederum ist die Folge einer falschen Verteilung des Volkseinkommens, das Ergebnis der Niederlagen im Verteilungskonflikt. Dies wird aus dem Bewusstsein verdrängt, wenn statt des Verteilungskonfliktes von der Bedrohung durch das Ausland die Rede ist, der im großen Völkerringen die Geschäftsleitungen und Belegschaftsvertretungen Schulter an Schulter im Kampf für den Standort Deutschland entgegentreten. Ganz im Jargon des Ersten Weltkrieges kennen wir keine inneren gesellschaftlichen Konflikte mehr, keine Parteien, wir kennen nur noch Deutsche.

Ähnliche Horizonte zeigt Kanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung auf. Auch ihr ist klar, dass sich die Begeisterung für den Gegenwartskapitalismus angesichts seiner Wirkungen auf das tägliche Leben in Grenzen hält. Also müssen andere Argumente her: »Wir sind uns bewusst, dass ein Volk mehr ist als eine lose Ansammlung von Individuen, und wir wissen, dass ein Volk auch immer eine Schicksalsgemeinschaft ist.« Also Schicksalsgemeinschaft im großen Völkerringen? Aber auch die Idylle sorgt für Zusammenhalt: »Was viele Menschen in ungezählten Kultur-, Musik- und Gesangsvereinen in ihrer Freizeit tun, hält unsere Gesellschaft zusammen.« Das spendet Trost – jedenfalls so lange, wie die Arbeitszeitverlängerung hierzu noch Zeit lässt. Ja, die »Heimat gibt gerade in Zeiten des sehr schnellen Wandels (...) den Halt, den die Menschen brauchen«. Mit diesen Idyllen aber wird es vorbei sein, wenn die geforderte Flexibilisierung sich durchgesetzt hat. Selbst die Arbeitslosen werden, weil sie gezwungen sind, Arbeit zu suchen, die es nicht gibt, am Ende keine Zeit mehr haben (und ohnehin kein Geld), die Vereine aufzusuchen. Sie werden sich in billigen Wohnquartieren am Rande der Gemeinden an der Heimat erfreuen, nachdem sie von der Arbeitsverwaltung zum Umzug gezwungen worden sind. Was man aber immer noch haben kann, ist der Stolz auf Deutschland. Denn hier »wurde das erste Auto gebaut und der erste Computer, in Deutschland wurde Aspirin entwickelt.«²³ Warum, Frau Merkel, nur Bayers Aspirin? Warum hat Ihr Referent Ihnen nicht Germanin ins Manuskript geschrieben? Schließlich hat Bayer neben Aspirin auch diese wirksame Arznei gegen die afrikanische Schlafkrankheit entwickelt, und sie hat einen Namen, der Ihre ideologischen Arabesken auf den Begriff bringt!

23 Sämtliche Zitate: Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Merkel vom 30. 11. 2005

Die Kampagne »Du bist Deutschland«²⁴ ist ein weiterer Erweckungsruf. Auch wenn in der Sprache modern, so riecht doch alles nach völkischem Mief. Anstrengung heißt die Losung: »Bring die beste Leistung, zu der Du fähig bist.« So kann man mit Deutschland eins werden. »Du bist von allem ein Teil. Und alles ist ein Teil von Dir. Du bist Deutschland.«

Aber das Reservoir an Idyllen, an Orten des privaten Rückzugs schrumpft, je mehr der Kapitalismus alle Facetten des Lebens durchdringt. Lässt sich ein neues Reservoir finden? Etwa Ludwig Ehrhards »Formierte Gesellschaft« der 1960er Jahre? Hier fordert Erhard, die Voraussetzungen für eine »neue kulturelle und zivilisatorische Höhe unseres Staates und unseres Volkes« zu schaffen. »Wir müssen vielmehr wieder dazu kommen, mehr auf das Ganze zu schauen (...), nicht nur auf das individuelle Sein, sondern auf das Volk, auf die Nation, auf die umfassenden Formen der Gemeinschaft und der Gesellung im Leben (...).«²⁵ Wenn dies erreicht ist – was wird darauf folgen? Kreuzzüge für das Öl und gegen den Islam, Konflikte unter den tonangebenden Industrieländern, Repression im Inneren?

24 Sämtliche Zitate aus »Du bist Deutschland«. Die Kampagne »Du bist Deutschland« (September 2005 bis Januar 2006) war eine gemeinsame Aktion deutscher Medienunternehmen im Rahmen der Initiative »Partner für Innovation«.

25 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Die Formierte Gesellschaft, Ludwig Ehrhards Gedanken zur politischen Ordnung Deutschlands. Reden und Interviews des Bundeskanzlers und bemerkenswerte Stellungnahmen, Bonn, o. J., S. 21.

Literatur

- Alchian, Armen A./Allen, William R.: Exchange and Production. Theory in Use, Belmont, Kalifornien 1969.
- Arrow, Kenneth: Social Choice and Individual Values, New York 1963.
- Buchanan, James M.: Die Grenzen der Freiheit, Tübingen 1984.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat, Berlin 2005.
- Eco, Umberto: Vier moralische Schriften, München 1998.
- von Hayek, Friedrich August: Falscher und wahrer Individualismus, in: ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Politik, Band 1, 1948.
- von Hayek, Friedrich August: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, 1967.
- von Hayek, Friedrich August: Gesammelte Aufsätze, Freiburger Studien, Tübingen 1969.
- von Hayek, Friedrich August: Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971.
- von Hayek, Friedrich August: Ungleichheit ist nötig, Interview mit Stefan Baron, in: Wirtschaftswoche 1981a, Nr. 11.
- von Hayek, Friedrich August: Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Band 3, Landsberg am Lech 1981 b.
- von Hayek, Friedrich August: Der Weg zur Knechtschaft, München 1991.
- Hamermesh, Daniel S./Soss, Neal M.: An Economic Theory of Suicide, in: Journal of Political Economy, 1974, Band 82, S. 83 ff.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, 2. Band, München 1934.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, Berlin 1969.
- Meier-Benneckenstein, Paul (Hrsg.): Dokumente der deutschen Politik, Band 3, Berlin 1937.
- Nozick, Robert: Anarchie, Staat, Utopie, München 1976.
- von Petersdorff, W.: Mehr Babys für die Rente!, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 26. März 2006.
- Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 30.11.2005; Protokollarische Mitschrift des Deutschen Bundestages.
- Schui, Herbert et al.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.
- Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg 2002.

Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?

Die Themen und Erscheinungsformen rechtsextremer Mobilisierungen haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Der Wandel zeigt sich – mit unterschiedlichen Konsequenzen und in unterschiedlichen Formen – sowohl bei extrem rechten Parteien als auch in der »Bewegungsrechten«. Unter dem Gesichtspunkt der politischen Formen sind beide Phänomene – Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – zu unterscheiden. Ähnlichkeiten zeigen sich aber bei den Themen, mit denen die Akteure Erfolg bei Mobilisierungen – zu Wahlen, Demonstrationen, Mitgliedschaften – haben.

Diese Erfolge haben meines Erachtens damit zu tun, dass rechte Politiken verstärkt die Anforderungen an die Subjekte thematisieren und artikulieren, die durch die sich verändernde kapitalistische Produktionsweise entstehen. Vor allem den Bereichen rechtsextremer Politik, die sich nicht gestaltend in der Regierungspolitik, sondern als Opposition und »Systemkritik« wiederfinden, gelingt es zugleich, sich als politische Alternative zur neoliberalen Globalisierung darzustellen und Handlungsoptionen für den Kampf dagegen anzubieten. Es scheint mir für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten wichtig, diese nicht nur formal oder psychologisch zu betrachten, also im Hinblick darauf, ob hier etwa psychologische Defizite der Anhänger des Rechtsextremismus mit starken Gruppenkonzepten aufgefangen werden, sondern sich mit ihren Positionen und Inhalten auseinanderzusetzen.

Betrachtet man die Entwicklung der europäischen rechtsextremen Parteien, so lässt sich der Wandel in den Parteiprogrammen, in der Klientel und in den Politikstrategien zeigen.

In den 1980er bis in die frühen 1990er Jahre hinein hatten die Parteien der extremen Rechten und die politische Form des Populismus die Funktion, eine politische Bewegung zu schaffen, die den Wohlfahrtsstaat zurückdrängen könnten¹ – Stuart Hall analysierte das bereits in den 1980ern für die britische neo-liberale Gegenrevolution gegen den keynesianischen Wohlfahrtsstaat.² Ihr Populismus und Rassismus diente dazu, auch kapitalferne Bevölkerungsschichten in ein Politikprojekt einzubinden, das vor allem an der Erweiterung

1 Vgl. Alex Demirovic/Manuela Bojadzjev: Vorwort, in: Dies. (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002b, S. 10-30.

2 Vgl. Stuart Hall: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Wolfgang Fritz Haug/Wieland Elfferding (Hrsg.): Internationale Sozialismuskritik, Bd.2, Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Hamburg 1982, S. 104-124

von Spielräumen für das Kapital und der Schaffung und Optimierung eines globalen Wirtschaftsraumes orientiert war. Es gab hier also strategische (zuweilen implizite, zuweilen explizite) Bündnisse zwischen neoliberaler und rechtsextremer Politik. Die sozialdemokratischen Parteien hielten dagegen am fordistischen Modell fest, versuchten es zu verteidigen, ohne die Globalisierung und die sich verändernde kapitalistische Produktionsweise in ihre Konzepte aufzunehmen. Sie versuchten, eine bankrotte Form der Regulation des Kapitalverhältnisses zu erhalten. Die radikale Rechte hingegen konnte sich als Kraft präsentieren, die »weiß, dass es so nicht weitergehen kann« und drängte auf die Schaffung eines neuen Gleichgewichts der Kräfte und neue Bündnis-konstellationen. Damit standen Bürokratie-Sozialdemokratie-Kollektivismus auf Seiten der Sozialdemokratie gegen Individualismus-persönliche Initiative-Verantwortung-Leistung-Freiheit auf Seiten von Neoliberalismus und extremer Rechter. Diese Konstellation trat in Österreich zeitlich verzögert auf, was an der starken Verquickung von Sozialdemokratie und Staatsapparat liegen kann; Seeßlen spricht hier sogar von einem »völkischen Turbokapitalismus«³ »Dank seiner Rhetorik der Parteinahme für sozial Schwache erweist sich Rechtspopulismus als ergiebige Methode der Sammlung realer wie potenzieller VerliererInnen aus Modernisierung und Globalisierung, aber auch solcher Menschen, die auf Grund dieser Vorgänge auch nur durch Bedrohungs- und Verlustängste geplagt werden. Rechtspopulismus vermag sozialen Protest in effektiver Weise zu kanalisieren und dadurch selbst neoliberaler Privatisierung und Deregulierung den politischen Durchmarsch zu sichern.«⁴

Die Konstellation, dass rechtspopulistische Politikoptionen als »Dambrecher« für den Neoliberalismus und gegen Sozialdemokratie und Wohlfahrtsstaat auftreten konnten, änderte sich in vielen europäischen Staaten Mitte der 1990er Jahre: Statt mit der Verteidigung des fordistischen Regulationsmodells war die Sozialdemokratie bei den Wahlen dadurch erfolgreich, indem sie sich neoliberal reorientierte und versprach, den »wettbewerbsorientierten Umbau der Gesellschaften sozialverträglich mit den Mitteln der korporatistischen Absprache zwischen Unternehmen und Gewerkschaften zu bewerkstelligen und dafür in ihre Politik eine Vielzahl von permissiven, alternativen, postmodernen Milieus einbezog.«⁵ Die Sozialdemokratie lässt damit von der Verteidigung des (fordistischen) Wohlfahrtsstaates und gleichzeitig von der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten ab. Sie bemüht sich um Regulationskonzepte, die die Veränderungen der globalen Produktionsweise zum Ausgangspunkt der Politikkonzepte machen und gleichzeitig will sie die soziale Basis

3 Vgl. Eva Kreisky: In Konvergenz der Interessen: Neoliberale Praktiken und rechtspopulistische Regulierung sozialen Protestes, in: Alex Demirovic/Manuela Bojadzjiev (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002, S. 50.

4 Ebenda, S. 74

5 Alex Demirovic/Manuela Bojadzjiev (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002 a, S. 16.

der traditionell neoliberalen Politiken erweitern. Die »Sachzwänge« von Globalisierung und Standortkonkurrenz bilden den Rahmen, innerhalb dessen nach politischen Alternativen des konservativ-neoliberalen Kurses gesucht wird. Damit scheint es mir berechtigt und sinnvoll, die sozialdemokratischen Politikkonzepte des »Dritten Weges« wie die der »neuen Mitte« oder von »New Labour« als neoliberal zu erfassen und damit von verschiedenen »Konjunkturen des Neoliberalismus« zu sprechen.⁶

Zunächst war diese Strategie der Erweiterung der sozialen Basis erfolgreich, fast ganz Europa wurde eine Zeit lang sozialdemokratisch regiert. Zur Schwächung der autoritär-populistischen Politik ging auch die Sozialdemokratie an der Macht auf die rechtspopulistisch konstruierte »Sorge der Menschen« vor Kriminalität und Ausländern ein. Einwanderung wurde zwar nicht abgelehnt, aber stark selektiert sowie scharfen Kontrollmitteln (Stichwort »Greencard«) und den Erfordernissen der hochtechnologischen Produktionsweise unterworfen. So kann der Widerspruch zwischen der sozialen Rhetorik, die sich auch in der neuen Sozialdemokratie findet, und den gewandelten Grundlagen des Sozialen in Globalisierung und Neoliberalismus in Form eines protektionistischen Diskurses gelöst werden, der Ausgrenzung und Verwertung zusammenschweißt und damit die Grundlagen für rassistische Politik und Gewalt nicht mindert, sondern verstärkt – trotz aller Versuche, über Kampagnen, Aufrufe und die Stärkung lokaler kultureller Gegenhegemonie den Einflussbereich der Rechtsextremen zurückzudrängen.

Die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, dass die sozialdemokratische Strategie des dritten Weges keinen langfristigen Erfolg hat, denn die Verbindung von Neokorporatismus und Deregulierung stärkt die gesellschaftlichen Spaltungslinien zu Lasten eines Teils der abhängig Beschäftigten. Gleichzeitig haben diese zu Recht das Gefühl, dass die Verschlechterung ihrer Situation genau von den Parteien organisiert wird, die traditionell ihre Interessen repräsentiert haben. Sie sehen sich mit Gewerkschaften konfrontiert, die zwar zum Teil Detailkritik an den gesellschaftlichen Umwälzungen formulieren, diese aber gemeinhin mit der Formel einleiten »selbstverständlich sind die Reformen notwendig und im Prinzip richtig,...«. Die Diskussionen der bisherigen gesellschaftlichen Vertreter der Lohnabhängigen sind, auch wenn sie kritisch intendiert sind, von Anpassungs- und Gestaltungsvorschlägen geprägt⁷, die die Belastungen und Zumutungen der veränderten Produktionsweise für die Betroffenen kaum angemessen zum Ausdruck bringen können.

6 Vgl. Mario Candeias: Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg 2004 b, S. 341 ff.

7 Vgl. Thomas Greven: Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 16

Es kommt zu dem, was man nach Antonio Gramsci als Krise der Repräsentation bezeichnen kann, dass nämlich im herrschenden Parteienspektrum die Interessen von relevanten Teilen der Bevölkerung nicht repräsentiert werden. »Sobald die herrschende gesellschaftliche Gruppe ihre Funktion erschöpft hat, neigt der ideologische Block zum Zerfall, und die Spontaneität kann dann ersetzt werden durch den Zwang in immer weniger verhüllten und indirekten Formen bis hin zu regelrechten Polizeimaßnahmen und Staatsstreichen.«⁸

In dieser Konstellation kommt es, wie bereits erwähnt, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre europaweit zu Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien. Diese Wahlerfolge gelingen aber nicht mit dem neoliberalen Programm der 1980er Jahre, sondern gerade mit der Kritik der Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen – z. T. kommt es auch, wie etwa in Italien, zu Mischformen der unterschiedlichen rechten Traditionen. Doch verlieren die »neoliberalistischen Forderungen in einigen Fällen immer mehr an Bedeutung zugunsten einer verstärkten Betonung antiliberalistischer und antiliberaler politischer Diskursmuster.«⁹ Den rechten Parteien gelingt es also, genau in die »Lücke in der Repräsentation« vorzudringen und sich als neue Vertreter der Arbeitnehmer, der Globalisierungsverlierer, aber eben auch der »guten alten ehrlichen Arbeit« darzustellen. Gerade das Zusammenbringen unterschiedlicher, z. T. divergierender sozialer Milieus und Interessen ist dabei bei einigen rechten Konstellationen an der Macht gerade eine Stärke, auch wenn es auf inkonsistenten Programmen und Theorien basiert.

Diese Entwicklung wird zuweilen zugunsten der Betonung der Gemeinsamkeiten von Rechtsextremismus und Neoliberalismus vernachlässigt. So weisen etwa Herbert Schui und Stephanie Blankenburg¹⁰ darauf hin, dass es Konvergenzen zwischen den Theoretikern des Neoliberalismus, also etwa Hayek und Friedman, und den Konzepten der extremen Rechten gibt. Diese betreffen etwa den Anti-Etatismus – der tatsächlich vor allem eine Feindschaft gegenüber dem Sozialstaat ist –, Vorstellungen von Sozialdarwinismus und der grundlegenden Ungleichheit und darin impliziert der Ungleichwertigkeit von Menschen. Schui u. a. beziehen die Übereinstimmung von Neoliberalismus und Rechtsextremismus stark auf die Wirtschaftskonzepte der europäischen Rechtsparteien u. a. in Frankreich, Österreich und Italien, in denen diese als gute Weggefährten des Rechtspopulismus erscheinen; doch auch die Wirtschaftsprogramme unterlagen Veränderungen: Der Front National etwa hatte sein neoliberales Entstaatlichungsprogramm, das auf Deregulierung, Steuer-

8 Antonio Gramsci: Gef. 7, H. 19, § 24, 1949.

9 Hans-Georg Betz: Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie, in: Wilhelm Heitmeyer/Dietmar Loch (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/M. 2001, S. 168

10 Vgl. Herbert Schui/Stephanie Blankenburg: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg 2002.

senkung und Verschlan­kung des öffentlichen Dienstes beruhte, zu einem Programm gewandelt, das die »internationale Wirtschafts­ideologie« als Feind Nr. 1 ansah. Parallel dazu wandelte sich die Wählerbasis weg von traditionellen, aber radikalisierten konservativen Rechten, hin zu Kleinbürgertum, Arbeiterschicht und dann zunehmend auch zu Arbeitslosen und Jungwählern.¹¹

Selbst rechtsextreme Politikprojekte, die mit dem Neoliberalismus weiter im Bunde sind, bieten auch die Kritik der durch ihn hervorgebrachten gesellschaftlichen Veränderungen. So ergänzt die italienische Lega Nord, die sich z. B. aggressiv auf die Ersetzung staatlicher Regulationen durch Marktmechanismen als einem zentralen neoliberalen Ideologem bezieht, ihren Ökonomismus durch einen positiven Bezug auf den Lebenszusammenhang, in den die spezifische Kultur und eigene Ethnie eingeschmolzen und Entfremdung aufgehoben ist.¹²

Die NPD in Deutschland hat 1996, als Udo Voigt den Parteivorsitz übernahm, ihre ideologische Ausrichtung weg »vom besitzbürgerlich ausgerichteten Deutsch-Nationalismus«¹³, hin zu einem völkischen Sozialismus ausgerichtet. Damit ging eine strategische Umorientierung einher, die weniger auf Wahlsiege und Parlamentssitze setzte, als vielmehr auf Demonstrationen, später über die Jugendorganisation eine Annäherung an die parteifernen Kameradschaften suchte und ideologische Schulungen forcierte. Der »Kampf um die Köpfe« war bereits einige Jahre zuvor mit dem Papier »Schafft befreite Zonen« des Nationaldemokratischen Hochschulbundes begonnen worden – als strategische und quasi zivilgesellschaftliche Orientierung. Mit politischen Schulungen und gemeinsamen Kampagnen haben vor allem die Jungen Nationaldemokraten (JN) in den letzten Jahren versucht, die Kluft zwischen parteinahen und »freien« Kameradschaften zu überbrücken. In den Bereichen der extremen Rechten, die sich selbst als »soziale Bewegung« verstehen, zeigt sich ein Wandel der Politikformen: Die klassischen Insignien rechtsextremer Politik treten in den Hintergrund oder werden neu eingebettet in zunehmend »poppig« gestaltete Konzepte, Webseiten und Transparente, die zum Teil an die Ästhetik der autonomen Antifa-Bewegung der 1990er Jahre angelehnt sind und mit denen es gelingen soll, an breitere Spektren der Jugendsubkulturen anzuknüpfen.

11 Vgl. Hans-Georg Betz, S. 170 f.

12 Vgl. Christian Christen: Italiens Regierung zwischen autoritärem Neoliberalismus und modernem Rechtsextremismus, in: Alex Demirovic/Manuela Bojadzjev (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002, S. 117.

13 Armin Pfahl-Traugber: Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 33.

Mit der Orientierung auf Antikapitalismus und Globalisierungskritik ist diese strategische Orientierung mit Inhalten untersetzt, mit denen ein Anknüpfen an alltäglichen Problemlagen und Erfahrungen möglich wird. Zentrale Mobilisierungspunkte der extremen Rechten richten sich gegen Globalisierung, Liberalismus, Sozialabbau und verteidigen stattdessen die »gute alte Arbeit« und Arbeiterrechte. Gleichzeitig sind diese Argumentationen eingebunden in Konzepte von völkischen Solidargemeinschaften, die die Frage von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen auf Kosten von so genannten Ausländern oder sozial Schwachen lösen sollen und sich gleichzeitig »nach oben« abgrenzen gegen die »Manager und Bosse« sowie die Politiker, die allesamt zu viel Gehalt bekämen. Die internationale Wirtschaftsideologie, die Globalisierung und die »Finanzoligarchie der US-Ostküste« werden zu den wichtigsten Feindbildern, denen ein Modell der »Volks-Wirtschaft« entgegengehalten wird: Die Volkswirtschaft und die Existenzgrundlagen des Volkes insgesamt würden gleichermaßen durch multinationale Konzerne und durch die Anwesenheit von »ausländischer« Bevölkerung zersetzt, weil beide die kulturelle Selbstbestimmung der Völker untergrüben. Ausgehend vom französischen Vordenker der Neuen Rechten, Benoist, wandelt die neurechte Ideologie mit ihren ethnopluralistischen¹⁴ Argumentationen den europäischen Rechtsextremismus.

Scharenberg hat gezeigt, dass die verschiedenen europäischen rechten Parteien, von denen ich hier nur einige anreißen konnte, nicht nur bezüglich ihrer »klassischen« Einstellungen wie Nationalismus, Autoritarismus und Führerprinzip trotz aller Unterschiede vergleichbar sind. Auch ihre soziale Basis ist vergleichbar, bei der kleinbürgerliche Mittelschichten einerseits und »andererseits die »nach dem Fordismus« politisch nicht länger von den sozialdemokratischen (und kommunistischen) Parteien repräsentierten unteren sozialen Schichten«¹⁵ im Mittelpunkt stünden. Zentral sei weiterhin eine Verknüpfung der Themen »Migration« und »Fremdherrschaft« verbunden mit der ethnopluralistischen Vorstellung, dass eine monokulturelle Verfasstheit für die Gesellschaften existenziell sei.

Dabei hilft es wenig, von »Demagogie« oder »Instrumentalisierung« der sozialen Frage durch die extreme Rechte zu sprechen, weil so nicht verstanden werden kann, welchen Stellenwert und auch inhaltliche – problematische – Konsistenz die rechten Argumentationen zur Sozialpolitik haben und warum sie für viele Menschen attraktiv erscheinen. Der aktuelle Rechtsextremismus »beschwindelt« die Menschen nicht einfach, sondern greift subjektive Erfah-

14 Ethnopluralismus kann als »Rassismus ohne Rassen« bezeichnet werden; er stellt eine völkische Konstruktion dar, die vor allem auf die »Reinheit« von Völkern zum Erhalt ihrer Identität und Lebensfähigkeit abzielt. Die Vermischung von »Völkern« wird hier als Existenzgefährdung gedacht.

15 Albert Scharenberg: Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 104.

rungen mit gesellschaftlichen Umbrüchen auf, bietet ein Modell für ihr Verständnis und ihre Veränderung und muss dabei nicht mit den eigenen Grundlagen – völkischer Nationalismus, Rassismus und Ungleichheitsideologien und Ablehnung von Demokratie zu- gunsten von Volksentscheiden und straf-feren Führungskonzepten – brechen.

Antikapitalismus und völkischer Sozialismus

Betrachtet man die Kampagnen und Mobilisierungen der »Bewegungsrechten«, so zeigen sich zentrale thematische Überschneidungen mit den Programmen und Kampagnen der rechten Parteien. Da sie nicht auf »realpolitische« Optionen verwiesen sind, können extreme Rechte aus dem Kameradschaftsspektrum bzw. aus eindeutig auf oppositionelle Positionen verwiesene Parteien auf die Vermittlung mit den neoliberalen Rahmenbedingungen verzichten. Sie stellen sich radikaler dar: Die Orientierung auf einen völkischen Sozialismus ist innerhalb der NPD und JN nicht neu. Sie war als strategisches Moment seit Beginn der 1990er wichtig für die Versuche, in den neuen Bundesländern ideologisch Fuß zu fassen.

Ethnopluralismus spielt eine zentrale Rolle in den »Thesen zum Nationalismus« von JN/NPD. Diese werden seit Jahren in leicht unterschiedlichen Versionen innerhalb der JN weitergereicht, zuletzt in einer Fassung von Michael Schäfer (15. 5. 2006)¹⁶ als Einstieg in eine »strategische Neuorientierung der JN« vorgestellt. Dabei handelt es sich um einen völkischen Nationalismus, der sich an zentralen Positionen als Kapitalismuskritik äußert. Er gehört zum zentralen »Ideologie-Inventar«, dem etwa rassistische Argumente nachgeordnet sind, bzw. werden diese vom Nationalismus abgeleitet. Grundlage dafür ist ein Verständnis von Nation, das auf einem einheitlichen Volk basiert, das eine gemeinsame Abstammungsgeschichte teilt. In den »germanischen Stämmen« wird ein Ursprungsmythos gegründet, ein Zustand, in dem die Nation mit dem Volk identisch war. Ziel ist die Wiederherstellung eines solchen selbst-identischen Zustandes der Nation. Die Selbstbestimmung des »Volkes« werde untergraben durch Fremdeinflüsse – genannt Imperialismus – der auf politischen, ökonomischen und kulturellen Ebenen agiere und dort zu bekämpfen sei. Die »Fremdeinflüsse« sind äußere und innere Feinde: äußere wie etwa multinationale Konzerne und supranationale Organisationsformen (EU, NATO), die nicht auf Grundlage des Ethnopluralismus existieren. Der Kampf gegen den »Imperialismus der Multis und der USA« nimmt dabei einen zentralen Stellenwert ein. Das Andocken an Kapitalismuskritik und ihre Umdeutung ins Völkische ist eine Strategie, derer sich auch der historische Faschismus bedient hat.

16 http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=108&Itemid=35

Gleichermaßen wird die kulturelle Vielfalt und Durchmischung als Vernichtung der Kultur und damit »des Volkes« gesehen. Entsprechend sind die Anwesenheit von »Volksfremden« (hier u. a. von Ausländern, aber die Argumentation ist offensichtlich anschlussfähig, um auch gegen andere, innere »Volksschädlinge« gerichtet zu werden) in der Gesellschaft und die gesellschaftlichen Prozesse von Globalisierung, der Verbreitung transnationaler Unternehmen und supranationaler Organisation Aspekte des gleichen, existenziell bedrohlichen Prozesses: des imperialistischen Kampfes gegen das Volk, dem der Nationalismus als »Befreiungsbewegung« gegenübergestellt wird. Gegen die Fremdeinflüsse und gegen den so genannten Klassenkampf von oben nach unten, wird die Einheit und Gleichheit des Volkes gestellt. Die Volksgemeinschaft verspricht auch soziale Absicherung: »Der Nationalismus erstrebt soziale Gerechtigkeit und nationale Solidarität.«¹⁷ Hauptwiderspruch im völkischen Sozialismus-Konzept ist nicht Arbeit gegen Kapital, sondern Imperialismus gegen »unser Volk«, die soziale Frage ist der nationalen nachgeordnet. In Strasserscher Tradition orientiert sich das harmonistische, hierarchisch-volksgemeinschaftliche Konsensmodell am biologisch begründeten Volksbegriff. Dieses Verständnis korrespondiert mit »Querfrontstrategien«, in denen Verbindungen von rechts nach links gesucht werden, um gegen »das System« und »für das Volk« zu arbeiten. So versucht sich die extreme Rechte an die sich allgemein links verstehende Globalisierungsbewegung anzubiedern oder sie zu integrieren und stellt gemeinsame Politikmöglichkeiten heraus – die JN hat sich etwa mit dem »friedlichen Teil der Demonstranten« in Genua solidarisch erklärt.¹⁸

Gesellschaftliche Prozesse werden hier ethnifiziert, gleichzeitig »erklärt«, und es werden politische Handlungsoptionen angeboten, die eine Art »Selbstermächtigung« versprechen. Der so genannten entfremdeten Lebensweise wird diejenige der Identität in und mit dem eigenen Volk entgegengestellt. Indem multinationale Konzerne, die Anwesenheit von Flüchtlingen und ausländischen Mitbewohnern etc. in Deutschland als zwei Seiten der gleichen Medaille gedacht werden, kann das eine unmittelbar im anderen bekämpft werden. Rassistische Gewalt ist hier direkte Antiglobalisierungs-Politik. Die Abstraktheit der Vermittlungszusammenhänge muss nicht gedacht werden, die Erfahrung von politischer Hilflosigkeit angesichts globaler Prozesse kann in Handlungen umgesetzt werden.

Aktuell starteten die JN in Kooperation mit verschiedenen Kameradschaften eine »antikapitalistische und antiglobalistische Kampagne ›Zukunft statt Globalisierung‹«.¹⁹ Hier wird zusammengeführt und systematisiert, was sich in den letzten Jahren verstärkt als Bezugspunkte rechtsextremer Mobilisierung

17 http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=108&Itemid=33

18 <http://www.gegen-globalisierung.de>

19 <http://www.antikap.de>

gen gezeigt hat: Arbeitslosigkeit, Niedriglohn und »prekäre Beschäftigungsverhältnisse«²⁰ werden als Krisenerscheinungen des Kapitalismus aufgerufen. Gegen die »formlose, zerfließende [...] Massengesellschaft mit ihrem Generationen- und Klassenhass, Individualismus und Egoismus, ihren ethnischen, konfessionellen und sozialen Konfliktpotenzialen« müsse wieder eine »wurzeltiefe, homogene und bodenständige Volksgemeinschaft« gesetzt werden (ebenda). In der Schulungsbroschüre »Privatisierung«²¹ wird das »Volkseigentum« gegen die »Ausplünderung« verteidigt.

Migranten werden als »Raumstörer«, »Raumschmarotzer« und als »Zivilokkupanten« für den Verdrängungswettbewerb verantwortlich gemacht.²² Die Volksgemeinschaft bildet das homogenisierende Gegenkonzept, das Zugehörigkeit jenseits von Wettbewerb verspricht. Nationalismus wird als »einzig wirksame sozialistische Waffe« im Kampf gegen »das internationale Kapital« und Grenzen setzendes, »volk- und heimatbezogenes, bodenständiges Gegenprinzip« vorgestellt. Das internationale Kapital und der »kosmopolitische Marktimperialisierung« degradieren zu »viehhähnlichen Verwertungsmassen« und »Menschenherden mit Warencharakter«; ihnen könne nur durch die Nation Grenzen gesetzt werden, sie sei der einzig mögliche »Widerstandsraum«. Internationale Solidarität im Sinne eines Weltgewerkschaftsbundes sei eine Wahnidee, da der Kapitalismus nicht am Internationalismus sterbe, sondern dieser gerade sein Lebenselixier sei. Als Gegenkonzept tauchen die aus der NPD-Diskussion altbekannten Vorstellungen der Selbstversorger-Nation auf, die sich als einzige dem Diktat des Weltmarkts entziehen könne.

Die Sachzwanglogik, die Behauptung, dass die »kapitalistische Entwicklung eine ganz Natürliche und Unaufhaltsame ist, an die sich die Menschen anzupassen haben« wird zurückgewiesen zugunsten von »Alternativen zum bestehenden System«. Die Alternativen werden vor allem geostrategisch in der »Friedensachse« Russland, China, Japan und Europa gesehen, im Zurückdrängen des US-Imperiums, das von einer »landfremden Finanzoligarchie«²³ in Kriege getrieben werde. Gegen das US-Imperium gelte es, einen »Eurasischen Block der Völker« als Element einer antiimperialistischen Abwehr und einer neuen völkerorientierten Weltordnung herzustellen. In völkischer Reartikulation der zapatistischen Losung »eine Welt, in der viele Welten Platz haben«, rufen sie auf zur Ablösung der »einen Welt des Kapitals« durch eine »Welt der Tausend Völker«.

20 Ebenda.

21 <http://snbp.info/files/Privatisierung.pdf>.

22 <http://www.antikap.de>

23 Ebenda.

Produktionsweise und Rechtsextremismus

Fragt man nun nach den Gründen, aus denen sich Menschen subjektiv dem Rechtsextremismus zuwenden, sollte auch die »subjektive Seite« der gesellschaftlichen Veränderungen betrachtet werden. Gramsci hat seinerzeit gezeigt, dass die Anforderungen der Produktionsweise – verstanden als innerkapitalistische Periode einer spezifischen Entwicklung von Technik/Produktivkraft und den zugehörigen gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen – nicht einfach solche des Arbeitslebens sind, sondern auch eine entsprechende Lebensweise erfordern. An deren Herstellung arbeiten etwa der Staat und andere zivilgesellschaftliche Akteure mit Kampagnen, institutionellen und rechtlichen Regelungen; da dies kein einseitiger linearer Prozess ist, sondern immer wieder die Interessen der Menschen aufgenommen und reartikuliert werden, wird dies als »Ringen« um eine neue Lebensweise gedacht. Für den – erstmals von Gramsci so bezeichneten – Fordismus stellten sich diese Anforderungen vor allem dar als Konformismus, was die Lebensplanung bis in private Beziehungen, Monogamie und Heterosexualität betrifft, und als Bereitschaft, sich Organisationen und Anordnungen, Normen von »Ordentlichkeit« und Pünktlichkeit zu unterstellen, die Arbeitsfähigkeit nicht durch exzessiven Lebenswandel zu untergraben usw.²⁴

Fragt man nach den aktuellen Anforderungen an die Subjekte, zeigen sich in der nach-fordistischen²⁵ Produktionsweise zentrale Veränderungen in der Rolle der Einzelnen im Produktionsprozess. Die Produzenten werden weniger als »Anhängsel der Maschinen«, sondern im Hinblick auf ihr Erfahrungswissen, ihre Kreativität und selbst ihre Emotionalität repositioniert. Die Produktionsprozesse werden verwissenschaftlicht, was ihre direkte Kontrolle erschwert, und es entsteht somit ein Modell der »Selbststeuerung« der Produzenten. Erweiterte Verantwortung und Kreativität kommen den Bedürfnissen nach einer »Selbstverwirklichung« entgegen, die sich gerade in Abgrenzung zum fordistischen Modell artikuliert haben. Die »Hochglanzseite« dieser Anforderungen bietet also das Versprechen, Kreativität und Selbstverwirklichung in die Arbeit mit einzubeziehen, Emotionalität nicht zu unterdrücken, sondern kapitalistisch nutzbar zu machen und so genannte permissive Milieus gesellschaftlich nicht mehr auszugrenzen, sondern unter das Regiment der Steigerung von Verwertungsmöglichkeiten zu stellen. Was die Arbeit betrifft, kommt diese Seite u. a. dem eher kleineren Segment der IT- und Kommunikationsarbeiter

24 Dabei ist es selbstredend nicht so, dass der Fordismus keinen Rechtsextremismus hervorgebracht hat, vielmehr bildete er gerade die soziale Grundlage für verschiedene historische Faschismen. Die Bezugnahmen des modernen Rechtsextremismus auf den historischen Faschismus haben z. T. gerade die Funktion, die fordistische Integration wieder (nostalgisch) aufzurufen.

25 Die Umbrüche nach dem Fordismus werden in den theoretischen Debatten unterschiedlich bezeichnet, ich fasse sie als »hochtechnologische« (Haug 2004) bzw. »neoliberaler« (Candeias 2004b) Produktionsweise.

zugute; was die gesellschaftliche Bedeutung angeht, kann man sie etwa an der Integration der grünalternativen Klientel ins neoliberale Projekt ablesen.

Andererseits hat die Abschaffung der Stechuhr eben den Preis der Entgrenzung von Arbeit. Die Betonung von Eigenverantwortung und Aktivierung im Sozialstaat bedeutet gleichzeitig, dass man den Rechtsanspruch auf Existenzsicherung verliert, und sie geht allgemein mit einer Privatisierung der Existenzrisiken einher, mit der Anforderung des lebenslangen Lernens, mit der Entwertung von Erfahrungen und Qualifikationen, flexibler Anpassung sowie der Rücknahme von Konsumansprüchen etc.

Die Subjektanforderungen der Produktionsweise werden nicht von der Produktionssphäre aus »durchgestellt«, sondern sie sind umkämpft: Den Kampfplatz stellt die Zivilgesellschaft dar, verstanden von Gramsci als »erweiterter Staat«. Akteure des umkämpften hegemonialen Verständnisses von Zumutungen und Anforderungen (aber auch von Perspektiven, Träumen und Versprechen) sind »organische Intellektuelle« wie etwa – vergleichbar Gramscis Verständnis von Henry Ford – Peter Hartz, oder auch politische Kampagnen und Hochglanztexte und alltagskulturelle und mediale Ereignisse wie Fernseh- und Talkshows.²⁶

Ein zentrales Auseinandersetzungsfeld um die »Erziehung der Arbeitskräfte«²⁷ stellen die Politik um den Sozialstaat und die Konzepte seiner Reformierung dar. Hier wird die Struktur der »Anrufung« (Althusser) für die Einzelnen verdichtet. Spätestens seit der konservativ-neoliberalen Wende in (West-) Deutschland sind die Diskurse in diesem Bereich in Bewegung, aber erst der Politik des »Dritten Weges« war es gelungen, gesellschaftliche Akzeptanz für den radikalen Umbau der Sicherungssysteme zu organisieren.

Aktuell betreffen diese Umbrüche die Rücknahme staatlicher Leistungen und die Betonung von Eigenverantwortung gegenüber staatlicher Bevormundung. Die Subjektanforderungen der erhöhten Zumutbarkeiten, des »Förderns und Forderns« und der Eigenverantwortlichkeit verweisen die als gesellschaftlich legitim geltenden Ansprüche auf soziale Sicherheit aus dem staatlichen Zugriff in die Verantwortlichkeit des Einzelnen. Exemplarisch kann hier die Aufforderung von Hartz gelesen werden: »Und nicht zuletzt benötigen wir eine neue Job-Moral, in der sich die Menschen nicht nur als Inhaber ihrer Arbeitskraft verstehen (sozusagen als Shareholder ihrer Human Assets), sondern die Verantwortung für ihre Beschäftigungsfähigkeit übernehmen, also sich als »Workholder«, als Bewahrer und aktive Entwickler ihrer Chancen und

26 Vgl. Christina Kaindl: »Du mußt ihn fühlen, den Scheiß!« Neoliberale Mobilisierungen im Imaginären und der Kampf um neue Lebensweisen am Beispiel von Big Brother und Popstars, in: *Das Argument* 261, H. 3, 47. Jg., 2005.

27 Mario Candeias: Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommodifizierung der Arbeit im neoliberalen Workfare-Staat, in: *UTOPIE kreativ* 165/166, 2004a.

Arbeitsplätze verhalten.«²⁸ Die Aufhebung des Prinzips der Sicherung des Lebensstandards und der Zwang zu Arbeiten, die noch dazu nicht der beruflichen Qualifizierung entsprechen, stellen ein erhebliches Ausmaß staatlichen Zugriffs auf die Lebensperspektiven der Menschen dar. Sie verändern nicht nur die Perspektiven der Menschen ohne Arbeit, sondern erhöhen auch den Druck auf diejenigen, die sich (noch) in Arbeit befinden, sich den neuen Anforderungen nicht zu verweigern. Da die gesellschaftlichen Grundlagen der Probleme entnannt, die Lösung in individueller Anstrengung strukturell unmöglich ist, müssen diese Diskurse zu dauernden Frustrationen und Entmutigungen der Menschen führen. Der Druck der Konkurrenz auf dem Markt und Arbeitsmarkt wird bis in die tägliche Produktions- und Alltagserfahrung durchgesetzt.

Wirft man von hier aus einen Blick zurück auf die rechtsextremen Argumentationen, so kann man sagen, dass die Alltagserfahrung verschärfter Konkurrenz hier in Richtung der Volksgemeinschaft aufgelöst wird: Die völkische Identität birgt das Versprechen von sozialer Sicherheit und Gleichheit, Solidarität und Zugehörigkeit. Die Aufwertung entlastet von der Sorge, ob man selbst »dazu« gehören wird, ob die eigene Aktivierung ausreichend ist. Gleichzeitig wird das Prinzip der Konkurrenz für den verschärften Kampf gegen »undeutsche« Elemente genutzt, und Konkurrenten um die gesellschaftlichen Ressourcen werden bekämpft.

So konnte etwa die SIREN-Untersuchung das Ineinandergreifen von Erfahrungen neoliberaler Umstrukturierungen und dem Hinwenden zu rechtsextremen Argumentationen aufzeigen.²⁹ Zentral scheint die Erfahrung, dass die Einzelnen ihre Position in der sozialen Welt aufgrund der veränderten (je konkret, für die hoch qualifizierten IT-Arbeiter wie prekarierten Putzfrauen herausgearbeiteten) gesellschaftlichen Anforderungen überdenken müssen. Es entstehen Gefühle von Ungerechtigkeit und Frustration, weil die Menschen trotz schwerer Arbeit und schmerzlicher Unterordnung nicht in der Lage sind, die angestrebte Position zu erreichen. Diese Erfahrung wird von den AutorInnen als Ansatzpunkt für rechtsextreme Mobilisierung analysiert: Hier greift die Argumentation, dass die »ordentlichen und hart arbeitenden einfachen Leute« nicht bekommen, was sie verdienen oder betrogen und ausgebeutet werden, sowohl von der Elite als auch den Ausgestoßenen, die ihren gerechten Teil nicht beitragen.

Zentral sind zwei Figuren: der »aufgekündigte Vertrag« und die »Angst vor Deklassierung«.

28 Peter Hartz: *Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können*, Frankfurt/M. 2001.

29 Vgl. Gudrun Hentges/Malte-Henning Meyer: *Right-wing extremist attitudes in Germany. Implications of Neoliberalism and Competitive Nationalism*, Wien 2003. Siehe dazu auch den Beitrag in diesem Band.

Der »Vertrag« bezieht sich auf die implizite Vorstellung, dass sich »harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung, Lebensstandard und Anerkennung« »tausche«. Die Interviewten der Studie äußern durchaus Bereitschaft, härter zu arbeiten, mehr zu leisten, müssen aber feststellen, dass ihre legitime Erwartung in Bezug auf verschiedene Aspekte von Arbeit, Beschäftigung, sozialen Status oder Lebensstandard sie dauerhaft frustriert: Der Vertrag ist »einseitig gekündigt« worden. Dies führt zu Ungerechtigkeitsgefühlen und Ressentiments in Bezug auf andere soziale Gruppen, die sich den Mühen der Arbeit anscheinend nicht im gleichen Maße unterziehen und für die besser gesorgt werde oder die ihre Sachen (illegal) selbst arrangierten: einerseits Manager und Politiker mit hohem Einkommen, die sich großzügige Pensionen zusprechen, andererseits Menschen, die von der Wohlfahrt leben, statt zu arbeiten, oder Flüchtlinge, die vom Staat unterstützt werden. »Diese gestörte Balance in ihrem Bezug zur Arbeit, bei gleichzeitigem Mangel an legitimen Ausdrucksformen für das Leiden, scheint in vielen Fällen der Schlüssel für das Verständnis des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischem Wandel und politischen Reaktionen zu sein.«³⁰ Der Rechtspopulismus bietet eine öffentliche Anerkennung der Problemlagen und Projektionsflächen für Sündenböcke. Kernthema derjenigen, die sich rechtsextremen Argumenten zuwenden, ist, dass die »ordentlichen und hart arbeitenden« und daher moralisch überlegeneren Menschen betrogen werden. Politische Botschaften und Ideologien des Rechtspopulismus, die die zweifache Abgrenzung »des Volkes« von Eliten oben und Ausgestoßenen unten in Anschlag bringen, finden hier Resonanz. Die Abgrenzung von angeblich untätigen Leistungsempfängern, also Flüchtlingen, Sozialhilfeempfängern, Kranken und Behinderten, findet sich dabei bis in die höchsten Hierarchieebenen der Beschäftigten (oft auch als Wohlstandschauvinismus bezeichnet) und ist auch in gewerkschaftlichen Kreisen verbreitet.

Im Zentrum des zweiten »Begründungsmusters« stehen Angst vor Deklassierung, Unsicherheit und Ohnmachtsgefühle, die mit industriellem Niedergang, prekärer Beschäftigung und Entwertung von Fähigkeiten und Qualifikationen verbunden sind. Die Erfahrung, Spielball der ökonomischen Entwicklung oder anonymer Mächte zu sein, wird verbunden mit rechtspopulistischen Mobilisierungen, die die Bevölkerung als passives Opfer von übermächtigen Gegenspielern ansprechen. Ähnlich »funktioniert« die nostalgische Wertschätzung der guten alten (Arbeiter-)Zeiten und die populistische Glorifizierung von traditionellen Gemeinschaften. Die öffentliche Anerkennung der Probleme von Prekarisierung und sozialem Abstieg ist hier ein Vorteil für die extreme Rechte. Ebenso vermag ihre Thematisierung von nationalen oder subnationa-

30 Jörg Flecker/Gudrun Hentges: Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa, in: Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier (Hrsg.): *Moderner Rechtspopulismus*, Hamburg 2004, S. 142.

len Einheiten als Träger kollektiver Interessen die Ohnmachtsgefühle anzusprechen, die sich nicht nur auf die individuelle Ebene beziehen, sondern auch auf kollektive Einheiten wie Regionen, Arbeiterklasse und Nation.

Rechtsextremes Denken ermöglicht also ein widersprüchliches Bewegen in den neoliberalen Subjektanforderungen: Einerseits werden sie zurückgewiesen und im rechtsextremen Modell von Volksgemeinschaftlichem Sozialstaat aufgelöst. Dies zeigt sich in Deutschland besonders in den aktuellen Mobilisierungen der JN/NPD gegen Privatisierung und in der Beteiligung an den Protesten gegen die Hartz-Gesetze. Andererseits werden ihre Formen der Ausgrenzung, Brutalisierung und Mobilisierung des Subjekts aufgegriffen und gegen die gesellschaftlich Marginalisierten gewendet. Es ermöglicht somit ein »Denken in den Formen«, das sich inhaltlich dennoch als Opposition geriert, mithin also die Grundlagen gesellschaftlicher Konkurrenz und Verwertung affirmiert.

Linke Gegenstrategien

Abschließend möchte ich einen Blick auf mögliche und notwendige linke Gegenstrategien werfen: Wenn es stimmt, dass die Erfahrungen mit den gesellschaftlichen Umbruchprozessen den Problemrohstoff bieten, der von der extremen Rechten bearbeitet wird, dann ist es notwendig, dass die Linke alternative Bearbeitungsformen und Vergesellschaftungsmöglichkeiten bereitstellt. Auch die Linkspartei hat bei der letzten Wahl von der Krise der Repräsentation profitiert und wird nun bis zur nächsten Wahl Konturen einer alternativen, oppositionellen Politik deutlich machen müssen, um nicht als Teil des herrschenden Blocks wahrgenommen zu werden. Elisabeth Gauthier berichtet aus Frankreich, dass die Kommunistische Partei bei den letzten Wahlen gerade dort ihre Anhänger mobilisieren und den Einfluss der extremen Rechten zurückdrängen konnte, wo sie mit einem deutlich antikapitalistischen Programm aufgetreten ist.³¹ Daraus ließe sich schlussfolgern, dass linke Politik lernen muss, die fundamentale Kritik und die Zurückweisung der Zumutungen des Kapitalismus klug mit einer konkreten Politik der Verteidigung sozialer Rechte zu verbinden. Eine Aufspaltung beider Aspekte in abstrakte und ausschließliche Fundamentalkritik oder die Orientierung auf realpolitisch umsetzbare kleine Schritte, die notwendig im Rahmen des Bestehenden argumentiert, wird es nicht vermögen, Perspektiven auf eine veränderte Gesellschaft mit den Erfahrungen der Umarbeitung von Lebensweisen bei den Menschen zu verbinden und wird ihnen so auch keinen Grund geben, dieses politische Projekt als ihr eigenes zu übernehmen.

31 Vgl. Elisabeth Gauthier: »Front National«, flexibler Kapitalismus und Krise der Politik, in: Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier (Hrsg.): *Moderner Rechtspopulismus*, Hamburg 2004, S. 45-75.

Aus den bisherigen Analysen verbieten sich verschiedene Politikoptionen: Wenn die Linke mit einer Besetzung des Nationalen oder einer völlig aussichtslosen Verteidigung des Nationalstaates gegen die Globalisierung antritt, statt solidarische Vergesellschaftungsformen auf globalem Niveau zu formulieren, dann spielt sie in der Hälfte der modernen Nazis und bleibt immer in der Defensive. Und sozialistische Politik muss sich im Klaren darüber sein, dass es ein schmaler Grad ist, die Erfahrungen und Biografien von vielen Menschen im Osten gegen Delegitimierung von Oben/Westen zurückzuweisen, aber nicht gleichzeitig die Sehnsucht nach dem Gewesenen aufrecht zu halten, sondern Alternativen auf der Höhe der Zeit zu formulieren, d. h., Alternativen, die die derzeitige Vergesellschaftungsform zur Kenntnis nehmen müssen, um sie negieren zu können.

Ein einfaches Zurück zum fordistischen Wohlfahrtsstaat, sei er nun sozialistischer oder sozialdemokratischer Prägung, kann und wird es nicht geben – und die entsprechenden linken Diskurse, die so tun, als wäre es anders, kranken regelmäßig nicht nur an der Frage der Realisierbarkeit, sondern auch daran, dass die problematischen Aspekte des Fordismus darin unterbeleuchtet bleiben: Schließlich war er nicht der Garten Eden, sondern ein Klassenkompromiss, der Faschismus und Rassismus, einen rigiden Konformismus, Zwangsheterosexualität, Lustfeindlichkeit und Unterwerfung nicht aussondern einschloss.

Der extremen Rechten ist es – zumindest zum Teil – gelungen, ihre Konzepte von einem auf Fordismus abgestellten Faschismus auf eine neoliberale Variante zu modernisieren. Die Linke hat mit eben einer solchen Modernisierung immer noch Probleme: Selbstredend ist ihr Projekt schwieriger, weil sie sich den menschenverachtenden und einfachen Lösungen der extremen Rechten versperrt, aber gerade deshalb ist es wichtig, dass sie die Frage einer nach vorne gerichteten, sozialistischen Politik und nach solidarischen Vergesellschaftungsformen auf der Höhe der globalen, hochtechnologischen Produktionsweise angeht.

Literatur

- Betz, Hans-Georg: Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie, in: Wilhelm Heitmeyer und Dietmar Loch (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/M. 2001, S. 167-185.
- Candeias, Mario: Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommodifizierung der Arbeit im neoliberalen Workfare-Staat, in: UTOPIE kreativ 165/166, 2004a, S. 589-601.
- Ders.: Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg 2004b.
- Christen, Christian: Italiens Regierung zwischen autoritärem Neoliberalismus und modernem Rechtsextremismus, in: Alex Demirovic/Manuela Bojadzije (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002, S. 112-134.
- Demirovic, Alex/Bojadzije, Manuela (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002 a.
- Demirovic, Alex/Bojadzije, Manuela: Vorwort, in: Dies. (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002b, S. 10-30.
- Flecker, Jörg/Hentges, Gudrun: Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa, in: Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus, Hamburg 2004, S. 119-149.
- Gauthier, Elisabeth: »Front National«, flexibler Kapitalismus und Krise der Politik, in: Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus, Hamburg 2004, S. 45-75.
- Gramsci, Antonio: Gefängnishefte, Band 1-10, hg. v. K. Bochmann, W. F. Haug u. a., Berlin/Hamburg 1991 ff.
- Greven, Thomas: Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 15-29.
- Hall, Stuart: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Wolfgang Fritz Haug/Wieland Elfferding (Hrsg.): Internationale Sozialismuskonzeption, Bd. 2, Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Hamburg 1982, S. 104-124.
- Hartz, Peter: Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können, Frankfurt/M. 2001.
- Haug, Frigga: Hochtechnologische Produktionsweise, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6.1, Hamburg 2004, S. 443-450.
- Hentges, Gudrun/Meyer, Malte-Henning: Right-wing extremist Attitudes in Germany. Implications of Neoliberalism and Competitive Nationalism, Wien 2003.
- Kaindl, Christina: »Du musst ihn fühlen, den Scheiß!« Neoliberale Mobilisierungen im Imaginären und der Kampf um neue Lebensweisen am Beispiel von Big Brother und Popstars, in: Das Argument 261, H. 3, 47. Jg., 2005, S. 347-360.
- Kreisky, Eva: In Konvergenz der Interessen: Neoliberale Praktiken und rechtspopulistische Regulierung sozialen Protestes, in: Alex Demirovic/Manuela Bojadzije (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002, S. 50-89.
- Pfahl-Traughber, Armin: Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 30-51.
- Scharenberg, Albert: Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden, 2006, S. 70-111.
- Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg 2002.

2. Verschärfung sozialer Ungleichheit, struktureller Rassismus und rechtsextreme Gesellschaftsentwürfe

Gerd Wiegel

Moderner Rechtsextremismus in Deutschland Fehlannonce? Volksgemeinschaft und »Antikapitalismus« als Erfolgsrezept der NPD

Die Entwicklung der extremen Rechten in Europa hat in den letzten zehn Jahren eine bemerkenswerte Erneuerung im Auftreten, im Erscheinungsbild und auch in einzelnen Inhalten dieser politischen Richtung gezeigt. Für den deutschen Zusammenhang waren es Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günter Bachmann und Dirk Kotzur, die bereits 1997 auf die veränderte Programmatik einer, wie sie es nannten, »modernen« extremen Rechten aufmerksam machten, die in Anlehnung an die wirtschaftspolitisch dominierende neoliberale Ausrichtung jetzt selbst neoliberale Elemente in ihre Programmatik aufnahm und damit anschlussfähig für den bürgerlichen Konservatismus wurde.¹ Schui u. a. ging es auch darum, die ideologische Nähe neoliberaler Vorstellungen, vor allem ihrer Gründungsväter Hayek, Friedmann oder Buchanan, zu autoritären, elitären und undemokratischen Ideologiemomenten der extremen Rechten herauszuarbeiten.

Das von ihnen angeführte »Erfolgsmodell« einer solchen neuen extremen Rechten war die FPÖ, die es kurze Zeit später (1999) zur Regierungspartei und zweitstärksten politischen Kraft in Österreich schaffte. Für Deutschland verwiesen die Autoren auf die »Republikaner«, die im Gegensatz zu NPD und DVU diese moderne Variante der neuen extremen Rechten verkörpern. In zahlreichen europäischen Ländern gelang in der Folgezeit Parteien der extremen Rechten der Durchbruch, die mit dem Label »modern« bezeichnet werden können, die also traditionelle Elemente der extremen Rechten, wie Rassismus, Autoritarismus und Nationalismus mit neoliberalen Vorstellungen verbanden. Lega Nord und Alleanza Nazionale in Italien, die Dänische Volkspartei, die SVP in der Schweiz sind einige Beispiele solcher »Erfolgsgeschichten«. Unter dem Stichwort »Rechtspopulismus« wurde dieses Phänomen auch in der Wissenschaft ausführlicher diskutiert.²

1 Vgl. Herbert Schui u. a.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.

2 Vgl. Wolfgang Eismann (Hrsg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Nor-

Für Deutschland fällt die Bilanz einer solchen, um neoliberale Elemente modernisierten extremen Rechten jedoch äußerst mager aus. Sieht man vom kurzzeitigen Erfolg der Hamburger »Schill-Partei« ab – der immerhin zeigte, wie kurzfristig Erfolge solcher rechtspopulistisch agierender Parteien möglich sind – dann lässt sich der von Schui u. a. beschriebene moderne Rechtsextremismus in Deutschland gerade nicht als Erfolgsmodell ausmachen, sind doch die »Republikaner« auf dem Weg zu ihrer endgültigen Marginalisierung. Ganz im Gegenteil ist es in der Bundesrepublik insbesondere die NPD, die in den letzten Jahren von sich Reden macht und die alles andere als eine im obigen Sinne modernisierte Partei der extremen Rechten ist. Ihre Erfolge in den letzten Jahren erzielte diese Partei gerade in der Folge der vom Neoliberalismus hervorgerufenen sozialen Verwerfungen und ihrer völkisch grundierten Kritik daran. Nicht die neoliberale Erneuerung, sondern die verbale Wendung gegen einen liberalisierten, globalen Kapitalismus sichern ihr, verbunden mit völkischen Parolen und einem manifesten Rassismus, einen Aufschwung, der die NPD zur unbestritten führenden Kraft der extremen Rechten in Deutschland macht.

Sozialer Protest von rechts

Die Demonstrationen gegen den fortschreitenden Abbau der sozialen Sicherungssysteme, wie sie mit dem Stichwort Hartz IV verbunden waren, zeigten, dass insbesondere in zahlreichen Regionen Ostdeutschlands, in denen dieser Protest seinen Ursprung und Schwerpunkt hatte, die extreme Rechte um die NPD versuchte, diesen Protest für sich zu instrumentalisieren. Darin war sie nicht immer ohne Erfolg: »Weg mit Hartz IV«, »Schnauze voll«, »Gegen Globalisierungswahn«, »Grenze dicht für Lohndrücker« – so und ähnlich lauteten die Parolen, mit denen NPD und DVU im Herbst 2004 in die Landtage in Sachsen und Brandenburg einzogen. Die soziale Frage, verbunden mit einer rassistischen Antwort auf selbige, lag den Erfolgen zugrunde. Beispielhaft für diese Verbindung von sozialer Frage und Rassismus ist etwa das Parteiprogramm der NPD. Dort heißt es im Punkt sieben, Sozialpolitik als nationale Solidarität: »Nationaldemokratische Sozialpolitik fühlt sich auch den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet. Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern. Asylanten dürfen keinen einklagbaren Anspruch auf deutsche Sozialleistungen besitzen.«

malität, Wien 2002; Christoph Butterwegge: Von der »Vaterlandsliebe« zur Sorge um den Wirtschaftsstandort. Metamorphosen nationaler Mythen im vereinten Deutschland, in: Ders./Gudrun Hentges (Hrsg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster 1999; Gerd Wiegel: Völkischer Neoliberalismus. Vom populistischen Spagat einer modernisierten Rechten, in: Dietrich Heither/Gerd Wiegel (Hrsg.): Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, Köln 2001.

Neu ist dieses Erfolgsrezept nicht, schon die NSDAP machte es sich zunutze. Es weicht jedoch signifikant von der Entwicklung in zahlreichen anderen europäischen Ländern ab, deren erfolgreiche Rechtsparteien gerade mit neoliberalen Anleihen erfolgreich waren. Wie sehr der von der NPD vor sich hergetragene Antikapitalismus ein Pseudo-Antikapitalismus ist, ist eine müßige Frage, denn offensichtlich liegt in ihm eines der Erfolgsrezepte der Partei. Das war auch bei der NPD nicht immer so. Der Journalist Toralf Staudt beschreibt die Veränderung der Partei folgendermaßen: »Natürlich, die NPD war immer eine rechtsextremistische Partei. Doch unter diesem allgemeinen Begriff verschwimmen wichtige Unterschiede und Entwicklungen. In den 40 Jahren ihres Bestehens hat die NPD eine erstaunliche Wandlung durchlaufen. In den frühen Jahren war sie eine antikommunistische, besitzbürgerliche, christlich-konservative Partei von Hitlerromantikern. Zwar war sie USA-kritisch, aber die Anhänger einer Westbindung der Bundesrepublik stellten doch die Mehrheit. Sie buhlte um Anerkennung durch die CDU (...). Heute ist die NPD eine revolutionäre Kaderpartei, sie propagiert einen grundlegenden Umsturz, sie will in Deutschland einen nationalen Sozialismus errichten. Sie ist radikal anti-amerikanisch. Sie lehnt das Christentum ab und pflegt stattdessen germanisch-heidnisches Brauchtum.«³

Die NPD ist auch deshalb zur führenden Kraft der extremen Rechten in der Bundesrepublik geworden, weil sie es schafft, ein subkulturelles Spektrum (zeitweise) an sich zu binden, das der Partei ein jugendliches und vitales Image verleiht. Im Gegensatz zu den 1980er Jahren ist die NPD heute eine Partei, die vor allem von jungen Wählern und Wählerinnen bevorzugt wird. Bei der Landtagswahl in Sachsen erzielte sie unter den ErstwählerInnen hinter der CDU das zweitbeste Ergebnis aller Parteien. Insbesondere in Ostdeutschland wird die Partei als radikale Systemalternative zum politischen Establishment wahrgenommen, als politischer Außenseiter, der vom allgemeinen Parteienverdross profitiert. In dieser selbst gepflegten Außenseiterstellung ist sie dem Standpunkt der FPÖ vor ihrer Regierungsbeteiligung 1999 nicht unähnlich.⁴ Auch diese bestimmte ihren Standpunkt als außerhalb des etablierten Parteienspektrums stehend, womit sie versuchte, sich die allgemeine Politikverdrossenheit zunutze zu machen. Die von der NPD propagierte Systemalternative und das Gerede von einem nationalen, deutschen Sozialismus kommen vor allem bei den desillusionierten und von jeder Zukunftsperspektive abgeschnittenen jungen Männern in Ostdeutschland an. Jedoch ist die NPD keineswegs auf dieses Spektrum beschränkt. Vermehrt gelingt ihr der Einbruch in die bürgerliche Mitte, entstammen Kandidaten der Partei bürgerlichen Kreisen, womit die vorhandene Distanz abgebaut und die NPD als akzeptable Alternative

3 Toralf Staudt: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln 2005, S. 68.

4 Vgl. Sebastian Reinfeld: *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*, Wien 2000.

erscheinen soll. Wie weit mit dieser Entwicklung die systemkritische und antikapitalistische Phraseologie zu einem Problem werden kann, bleibt abzuwarten. Ähnlich der FPÖ wird auch die NPD eine »catch all«-Option wählen, nur dass sie sich der bürgerlichen Mitte von einer anderen Seite als die FPÖ nähert.

Antiglobalisierung von rechts

Besonders erfolgreich war die extreme Rechte in den letzten Jahren, wenn sie die realen Ängste der Menschen vor dem Verlust ihrer sozialen Stellung aufgriff und mit ihren spezifischen Antworten wie Nation, Volk, »Rasse« verbinden konnte. Diejenigen Parteien der extremen Rechten in Europa, die es schafften, ihre traditionellen Inhalte mit neoliberalen Ideologiemomenten zu verbinden, konnten sogar das rechte Ghetto hinter sich lassen und zum akzeptierten Bündnispartner konservativer Parteien werden. Die neoliberale Form der Globalisierung schuf die Erfolgsbedingungen für die extreme Rechte.

Sieht man sich die postfordistische Entwicklung des Kapitalismus der letzten 25 Jahre an, dann lässt sich ein starker Trend zur internationalen Vernetzung des Kapitals feststellen, die mit einem Bedeutungsverlust der Nationalstaaten bei gleichzeitig verschärfter Standortkonkurrenz und der Delegierung von Souveränitätsrechten an supranationale Organisationen wie die EU einhergeht. Auf der individuellen Ebene bedeutet diese Entwicklung eine enorme Veränderung für die Menschen, die sich den neuen Gegebenheiten des Kapitalismus anpassen müssen. Flexibilisierung und Individualisierung sind hier die entscheidenden Stichworte, verbunden mit der Auflösung traditioneller Milieus und Bindungen, etwa der Arbeiterschaft oder der Familie.⁵ Die moderne populistische Rechte nimmt diese Entwicklung in ihrer Propaganda auf: Neoliberale Globalisierung und ein aggressiver Standortnationalismus werden von ihr miteinander verbunden und die sozialdarwinistisch legitimierte Durchsetzung der stärksten Individuen passt sich in diese Konkurrenzlogik ein. Eine moderne Rechte zeigt sich hier scheinbar auf der Höhe der Zeit und hängt keiner vermeintlich antikapitalistischen Agitation an, die, wie beispielsweise die NPD, den internationalen Kapitalismus als Feind ausmacht, damit aber heute nicht mehr bündnisfähig ist. Aber auch die moderne Rechte reagiert auf die Verunsicherungen, die mit dieser objektiven Entwicklung einhergehen, und bietet weiterhin Identitätsmuster an, die sich an Nation, »Rasse« und Ethnie orientieren. Es zeigt sich somit, dass die paradoxen Inhalte einer solchen Rechten der paradoxen Situation entsprechen, dem Spannungsver-

⁵ Diese in den Arbeiten von Ulrich Beck diagnostizierte Entwicklung stellt für den Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer einen entscheidenden Grund für die Affinität vieler Jugendlicher zur extremen Rechten dar.

hältnis zwischen objektiver (d. h. politisch bewusst vorangetriebener) Entwicklung und den subjektiven Ängsten und Wünschen der Bevölkerung.

Der Sozialwissenschaftler Richard Sennett hat diese widersprüchliche Lage der Individuen im globalen Kapitalismus untersucht: »Eine der unbeabsichtigten Folgen des modernen Kapitalismus ist die Stärkung des Ortes, die Sehnsucht der Menschen nach der Verwurzelung in einer Gemeinde. All die emotionalen Bindungen modernen Arbeitens beleben und verstärken diese Sehnsucht: die Ungewissheiten der Flexibilität; das Fehlen von Vertrauen und Verpflichtung; die Oberflächlichkeit des Teamworks; und vor allem die allgegenwärtige Drohung, ins Nichts zu fallen, nichts ›aus sich machen zu können‹, das Scheitern daran, durch Arbeit eine Identität zu erlangen. All diese Bedingungen treiben die Menschen dazu, woanders nach Bindung und Tiefe zu suchen.«⁶ Die moderne wie auch die Alte Rechte geben sehr spezifische und bekannte Antworten auf diese Suche.

Der globalisierte Kapitalismus oder besser, die diese Entwicklung vorantreibende Politik der herrschenden Klasse, bringt also diese widersprüchliche Entwicklung hervor und reagiert darauf mit einer Verschärfung der Gegensätze nach innen. Soziale und emotionale Defizite müssen befriedet werden, um die Maschinerie in Gang zu halten. Der rechte Populismus stellt dabei nicht die Logik der ökonomischen Entwicklung infrage, sondern wendet die Ängste und Aggressionen gegen Minderheiten. Homogenisierung des Eigenen und Ausschließung der Anderen sind hierbei die Angebote. Es findet eine Ethnisierung der sozialen Frage statt, d. h. Zugehörigkeit und Einbindung werden entlang ethnischer Lagen definiert und bieten so eine scheinbare Sicherheit für die Dazugehörigen. Auch hier findet sich die Kombination aus modernen und traditionellen Elementen der Ausschließung: Deutsche Leitkultur und Stolz, ein Deutscher zu sein, verbunden mit der Ausgrenzung vermeintlich Fremder – dies ist die eine Seite. Stigmatisierung und Verachtung für all jene, die nicht den vollen Einsatz für den Wirtschaftsstandort bringen bzw. deren Titulierung als »Sozialschmarotzer« und Faule ist die andere Seite dieses Prozesses.

Solange der Staat auf der nationalen wie auch auf der europäischen Ebene die soziale Einbindung der Bürger immer weniger als seine Aufgabe ansieht, werden deren damit einhergehenden Verunsicherungen und Ängste sie nach Erklärungsmustern und vermeintlichen Sicherheiten suchen lassen. Die tradierte und von der Politik gestützte Form der Ein- und Ausgrenzung bietet solche Erklärungsmuster: »Je mehr die ökonomische Konkurrenz im Rahmen des neoliberalen Modells der ›Standortsicherung‹ verschärft wird, um so leichter lässt sich die kulturelle Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft politisch aufladen und als Ab- bzw. Ausgrenzungskriterium gegenüber MitbewerberInnen um wohlfahrtsstaatliche Leistungen instrumenta-

6 Richard Sennett: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998, S. 189 f.

lisieren.«⁷ Zugehörigkeit, etwa über »Rasse«, Nation oder Ethnie, kann so von den Individuen als »Wettbewerbsvorteil« gesehen werden, um sich den Zugang zu den knapper werdenden sozialen Ressourcen zu sichern.

Neoliberalismus weiter ein Erfolgsrezept?

Gegenwärtig stellt sich die Frage, ob das Erfolgsrezept moderner Parteien der extremen Rechten, also die Verbindung traditioneller Ideologiemomente mit neoliberalen Elementen, Garant für weitere Erfolge ist. Nicht wenige Wissenschaftler machen zunehmende Brüche und Erosionen in der vorherrschenden neoliberalen Ideologie aus. Die Versprechungen, dass der Markt alles regeln könne, die Glaubenssätze der Marktideologen, stoßen auf immer größere Skepsis. Der einst erfolgreiche Spagat der FPÖ zwischen traditionellen und modernen Versatzstücken der extremen Rechten hat sich zunehmend als Spaltpilz erwiesen.

Die Bundestagswahl im Jahr 2005 hat gezeigt, dass eine rein neoliberale politische Ausrichtung, wie sie von CDU und FDP angestrebt wurde, in der Bundesrepublik nicht mehrheitsfähig ist. Es könnte also sein, dass mit einem möglichen Nachlassen der Bindungskraft neoliberaler Vorstellungen auch die Anziehungskraft dieser modernen Rechten sinkt. Umgekehrt lässt sich ein weiter zunehmender Vertrauensverlust der politischen Institutionen und auch des kapitalistischen Systems ausmachen.⁸ In der Bundesrepublik konnte die neue Linkspartei einen großen Teil dieses Vertrauensverlustes in eigene Wählerstimmen umwandeln. Für den manifest rassistisch und nationalistisch orientierten Teil dieses Spektrums bietet sich die NPD als Systemalternative an.

Sie nimmt die Ängste der Menschen vor sozialer Verwerfung auf und wendet sie gegen Migrantinnen und Migranten sowie gegen die EU und USA. Nicht die Versprechungen des Marktes werden von ihr gepredigt, sondern die nationalistische Abwendung von allen supranationalen Institutionen. »Deutsches Geld für deutsche Arbeit«, ein solcher Slogan, so realitätsfern er auch ist, trifft das Gefühl von vielen, die sich durch den globalisierten Kapitalismus an den Rand gedrängt sehen.

Richard Stöss geht davon aus, dass die neoliberalen Versatzstücke moderner Parteien der extremen Rechten in ihrer Bedeutung eher abnehmen. Bezogen auf die aktuelle Entwicklung führt er aus: »*Neoliberale* wirtschaftspolitische Konzepte haben mittlerweile an Einfluss verloren. Weite Teile des westeuro-

7 Christoph Butterwegge: *Zuwanderung und Wohlfahrtsstaat im Zeichen der Globalisierung – antagonistischer Widerspruch oder nützliche Wechselbeziehung?*, in: Ders./Gudrun Hentges (Hrsg.): *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations-, und Minderheitenpolitik*, Opfaden 2000, S. 265.

8 Vgl. Wilhelm Heitmeyer: *Autoritärer Kapitalismus. Demokratientleerung und Rechtspopulismus*, in: Ders./Dietmar Loch (Hrsg.): *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt a. M. 2001.

päischen Rechtsextremismus haben die Bedeutung der *sozialen Frage* für ihre Unterschicht-Anhänger erkannt, lehnen aber das sozialdemokratische Modell des Wohlfahrtsstaates ab, insbesondere dann, wenn Ausländer davon profitieren.«⁹

Stöss unterscheidet, bezogen auf Westeuropa, drei Typen rechtsextremer Parteien:

Typ 1: Gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform

Typ 2: Nationalistisch bzw. völkisch, eher systemkritisch

Typ 3: Faschistisch bzw. rassistisch, eher systemfeindlich¹⁰

Während er zum Typ 1 insbesondere die skandinavischen Parteien der extremen Rechten zählt sowie die italienische AN und die FPÖ, werden unter Typ 2 Parteien wie der Front National in Frankreich, der Vlaams Belang oder die Lega Nord gerechnet. Für Typ 3 nennt Stöss den MSI in Italien oder die Fuerza Nueva in Spanien. Für Deutschland ließen sich Republikaner (1), DVU (2) und NPD (3) den jeweiligen Typen zurechnen. Bemerkenswert findet Stöss, dass sich in der Bundesrepublik keine Partei des 1. Typs etablieren konnte, sieht man vom kurzzeitigen Erfolg der Schill-Partei einmal ab. Warum ist das so? Offensichtlich ist es für Parteien des rechten Spektrums in der Bundesrepublik besonders schwer, das Stigma des Neofaschismus los zu werden. Die Parallelisierung mit der NS-Vergangenheit ist bis heute ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zur gesellschaftlichen Anerkennung für diese Parteien. Weiter haben es die Unionsparteien bis heute geschafft, den rechten Rand des politischen Spektrums weitgehend an sich zu binden. Zwar sind rassistische und nationalistische Äußerungen konservativer Volksparteien keine Spezifik der Union, dennoch ist es ihr in Verbindung mit der Barriere durch die NS-Erinnerung besser als vergleichbaren Parteien in zahlreichen Nachbarländern gelungen, das rechte Wählerspektrum an sich zu binden.

Festzuhalten bleibt, dass alle in der letzten Zeit erfolgreichen Varianten der extremen Rechten bündnisfähig zum bürgerlichen Konservatismus waren oder, wie es Stöss formuliert, »sich bei Wahlen weithin aus dem rechtskonservativen bzw. neoliberalen Lager«¹¹ speisen. Auch bei einer möglicherweise abnehmenden Bedeutung neoliberaler Ideologieelemente bleibt diese Bündnisfähigkeit bis auf Weiteres Grundbedingung für eine reale Machtperspektive extrem rechter Parteien. Ob der NPD ein Einbruch in das rechtskonservative Spektrum gelingt, erscheint angesichts ihrer sozialrevolutionären Rhetorik als äußerst fraglich. Allerdings könnte bei einer weiteren Verschärfung der politischen Vertrauenskrise und fortschreitenden sozialen Verwerfungen die NPD zum Profiteur einer solchen Entwicklung werden.

9 Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005, S. 174.

10 Vgl. ebenda., S. 181.

11 Ebenda, S. 192.

Literatur

- Butterwegge, Christoph: Von der »Vaterlandsliebe« zur Sorge um den Wirtschaftsstandort. Metamorphosen nationaler Mythen im vereinten Deutschland, in: Ders./Gudrun Hentges (Hrsg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster 1999.
- Butterwegge, Christoph: Zuwanderung und Wohlfahrtsstaat im Zeichen der Globalisierung – antagonistischer Widerspruch oder nützliche Wechselbeziehung?, in: Ders./Gudrun Hentges (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations-, und Minderheitenpolitik, Opladen 2000.
- Eismann, Wolfgang (Hrsg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität, Wien 2002.
- Heitmeyer, Wilhelm: Autoritärer Kapitalismus. Demokratieentleerung und Rechtspopulismus, in: Ders./Dietmar Loch (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt a. M. 2001.
- Reinfeld, Sebastian: Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, Wien 2000.
- Schui, Herbert u. a.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.
- Sennett, Richard: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998.
- Staudt, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005.
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005.
- Wiegel, Gerd: Völkischer Neoliberalismus. Vom populistischen Spagat einer modernisierten Rechten, in: Dietrich Heither/Gerd Wiegel (Hrsg.): Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, Köln 2001.

Modernisierter Rechtsextremismus und Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs

Gerade ein so schillerndes Phänomen wie der moderne Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise. Impressionistische Momentaufnahmen helfen nicht weiter, ja führen geradezu in die Irre. Was Not tut, ist eine umfassende, »prozesshafte« Analyse – wie sie etwa Robert O. Paxton (2006) in seinem Standard-Werk »Anatomie des Faschismus« geliefert hat.

Die folgenden Thesen, die sich schwerpunktmäßig auf Österreich konzentrieren, orientieren sich an der Prämisse der Prozesshaftigkeit – auch wenn eine umfassende Analyse hier nicht geleistet werden kann.

1. Vor einigen Jahren schien es so, als würden die Bäume des modernen Rechtspopulisten Jörg Haider und seiner FPÖ geradewegs in den Himmel wachsen. Um die Jahrtausendwende ergatterte er bei den Nationalratswahlen 27 Prozent der Stimmen. Die FPÖ wurde zweitstärkste Partei und bildete mit der konservativen ÖVP eine Koalitionsregierung. Nicht wenige internationale Beobachter befürchteten eine »Haiderisierung Europas«.

Nach nicht einmal sechs Jahren ist von dieser vorgeblichen »Himmelsstürmerei« kaum etwas übrig geblieben. Quer zu aller populistischen Rhetorik betrieb die FPÖ neoliberale Politik – konkret Sozialabbau und Aufrüstung. Bereits nach dem »Putsch« auf dem Knittelfelder Parteitag im September 2002 durch rechte Hardliner und der damit verbundenen Sprengung der ersten schwarz-blauen ÖVP-FPÖ-Koalition, stürzte die FPÖ bei den anschließenden Nationalratswahlen auf zehn Prozent ab. Auch in der Folge verlor sie sämtliche

(Regional-)Wahlen – mit der (wichtigen) Ausnahme Kärntens. Dort verhalf eine politisch vollkommen orientierungslose Sozialdemokratie Haider dazu, weiter das Amt des Landeshauptmanns zu bekleiden.

2. Die neoliberale Realpolitik und die permanenten Wahldebakel führten in der FPÖ zu einer Formierung der rechtsextremen Sektoren (von Haider pikanterweise als »Taliban« bezeichnet), zur Spaltung der FPÖ und zur Gründung des BZÖ (»Bündnis für die Zukunft Österreichs«) durch Haider und seine Parteikollegen. Das BZÖ erweist sich jedoch als das, was sie von Anfang war: als ein abgehobenes Reißbrettkonstrukt. Es gab eine Wahlniederlage nach der anderen, in einigen Bundesländern reichten die Ressourcen nicht, um überhaupt zu den Wahlen anzutreten.

Derzeit wird das BZÖ bundesweit bei 3 bis 4 Prozent gehandelt – also knapp an der Grenze, um überhaupt ins Parlament zu kommen. Die »Alt-FPÖ« un-

ter ihrem neuen »Führer« Hans Christian Strache konnte sich laut Meinungsumfragen bei rund 9 Prozent stabilisieren: In Wien bei den Kommunalwahlen im Jahr 2005 waren es – mit einem offen rassistischen und islamophoben Wahlkampf (»Wien darf nicht Istanbul werden«, »Stephansdom statt Moschee«, »Deutsch statt Nix verstehn«) – 15 Prozent, in klassischen ArbeiterInnenbezirken wie Favoriten oder Simmering an die 20 Prozent! Auch der Umstand, dass der Strache-Wahlkampf schlicht ein Déjà-vu-Erlebnis darstellte – eine Kopie Haiders »in dessen besten Zeiten«, nur noch dreister und dümmer – sollte kein Hindernis für den hohen Stimmenanteil sein .

3. Der relative »Erfolg« der FPÖ und Straches hat tiefe historische und strukturelle Ursachen. Nach 1945 war die FPÖ fast ausschließlich ein Auffangbecken für Ewiggestrige.¹ Der Großteil ihrer FunktionärInnen und Mitglieder war bei der NSDAP, in etlichen Fällen auch in der SS gewesen. Mit der WählerInnenschaft verhielt es sich ähnlich. »Modernisierungsversuche« blieben partiell und kurzfristig. Haider selbst hatte den kurzzeitigen wirtschaftsliberalen FPÖ-Chef Norbert Steger in den 1980er Jahren auf dem berüchtigten »Innsbrucker Parteitag« in die politische Wüste geschickt.

Den jüngsten pseudoliberalen Anwendungen Haiders fehlt somit jegliches fundamentum in re. Eine beträchtliche fremdenfeindliche und rassistische Wählerklientel in Österreich und speziell in der Bundeshauptstadt Wien fühlt sich durch die »alte« (»blaue«) FPÖ weitaus mehr angesprochen als durch das konturlose »orange« BZÖ .

4. Bereits im 19. Jahrhundert versandete der politische Liberalismus in Österreich nach einem kurzen Aufflackern rapide. Die stark antisemitisch geprägte Christlich-Soziale Partei mit ihrem Frontmann Karl Lueger (»Wer ein Jude ist, bestimm ich.«) wurde zur führenden Kraft im bürgerlichen Lager und blieb es mit ihrer Nachfolgeorganisation nach 1945, der konservativen ÖVP, bis zum heutigen Tag.² Der politische Liberalismus hingegen schwächelte dahin. Im 20. Jahrhundert war er zumeist stramm deutschnational – mit allen bekannten (mörderischen) Folgen.

5. Es ist daher nur folgerichtig, wenn sich Haider in letzter Zeit wieder verstärkt auf seine traditionellen rechtsextremen Facetten besinnt – etwa in der Frage der zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten, wo er offen die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs desavouiert, oder in der Bestellung von Peter Westenthaler (eigentlicher Name: Hojac) zum Parteichef: Dieser galt vor dem – vorübergehenden – Bruch mit Haider als dessen »Kettenhund«. Seine nun-

1 Vgl. Hermann Dworczak: Geschichte, in: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, 5. überarbeitete und ergänzte Auflage, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1981, S. 139 ff.

2 Vgl. Reinhold Knoll: Zur Tradition der christlich-sozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907, Hermann Böhlau Nachfolger, Wien, Köln, Graz 1973, S. 211 ff.; Friedrich Heer: Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, München und Eßlingen 1968, S. 63 ff.

mehrige Forderung zum »Einstand« bei dem BZÖ war die Abschiebung von 300 000 - 400 000 Ausländern.

6. Das Oszillieren des österreichischen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist durchaus mit internationalen Entwicklungen konform. Generell ließe sich sagen, dass der Regierungseintritt von Rechtspopulisten bzw. die Unterstützung von Mitte-Rechts-Kabinetten »von außen« zumeist ihren Niedergang beschleunigt (Österreich, Niederlande, Portugal). Aber in einigen Ländern ist dies nicht der Fall, wie etwa in Norwegen oder mit Blocher (SVP) in der Schweiz.

7. Ebenso könnte generalisiert werden, dass in Westeuropa die »große Stunde« des modernen Rechtspopulismus fürs Erste vorbei ist³, und dass eher wieder Rückgriffe auf klassisch rechtsextreme Politikformen erfolgen: NPD und »Freie Kameradschaften« in der BRD, die Strache-FPÖ, die Versuche insbesondere des FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer, eine europaweite rechts-rechts-Liste für die EU-Parlamentswahlen im Jahr 2009 zustande zu bringen – inklusive des Front National mit Le Pen.⁴

Solch eine Generalisierung ist aber selbst für Westeuropa (in Polen ist erst jüngst der Rechtsextremismus/Rechtspopulismus zu Regierungsehren gekommen) mit großer Vorsicht zu genießen: Eine durchaus mögliche neuerliche Konjunktur Le Pens⁵ bei der kommenden Präsidentschaftswahl, das spezifische Phänomen Sarkozy, der flämische Vlaams Belang oder die weitere politische Entwicklung Berlusconi, auch in der Opposition, werden durch solch eine allgemeine Einschätzung nicht oder nur unzureichend erfasst.

8. Infolge der weltweit anhaltenden neoliberalen Offensive im Besonderen und der Zuspitzung der Widersprüche des aktuellen Kapitalismus im Allgemeinen werden wir weiter mit einer Fülle von rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Politikansätzen rechnen müssen – mit allen Auf- und Abwärtsbewegungen bzw. Zick-Zacks. Die individuelle und kollektive Perspektivlosigkeit, die Prekarisierung der Arbeit und des Lebens, ja das zunehmende Chaos, das die bürgerliche Gesellschaft produziert, ist der ideale Nährboden dafür. Der »Neoliberalismus light« der Sozialdemokratie bzw. der Grünen kann dem kaum etwas entgegensetzen. Wer andauernd soziale Kälte

3 Zum »modernen«, weil aktualisierten und weitgehend an den Neoliberalismus angepassten Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, vgl. Schui et al. 1997.

4 Am 12./13. November 2005 fand diesbezüglich in Wien ein breit angelegtes Treffen west- und osteuropäischer Rechtsextremisten und Rechtspopulisten statt, auf dem zum ersten Mal auch ein Vertreter des Front National vertreten war – ein Kunststück, das in der Vergangenheit u. a. wegen der Animositäten zwischen Le Pen und Haider unmöglich war. Vgl. dazu auch: Armin Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 4. aktualisierte Auflage, München 2006, S. 114 ff.; Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004, S. 8 ff.

5 Vgl. Bernhard Schmid: Le Pen und de Villiers bereiten die kommenden Wahlen vor. Teil 1 und 2, in: Antifaschistische Nachrichten Nr. 10 und 11, Köln 2006, S. 9 ff.

erfährt, greift nur allzu gern nach den »Heimat« vorgaukelnden rechtsextremen und rechtspopulistischen Identifikationsmustern.

9. Um hier politisch gewappnet zu sein, bedarf es zuallererst einer tiefen, nicht auf Oberflächenerscheinungen beruhenden Analyse. Solch eine Analyse kann nur im internationalen Kontext erfolgen.

Aus diesem Grund wurde im Jahr 2005 in Köln die internationale »Initiative gegen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus« gegründet und auf dem 4. Europäischen Sozialforum in Athen (4.-7. Mai 2006) einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Die Initiative versteht sich als offenes Netzwerk (ohne jeglichen Alleinvertretungsanspruch!). Über eine fundierte Analyse hinaus sind ihre MitstreiterInnen um die »Erleichterung praktischer Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus« bemüht. So wichtig Aufklärung und Ideologiekritik sind, sie allein werden keine tragfähigen, politisch relevanten Antworten von links ergeben. Die Linke ist aufgerufen, in undogmatischer Weise eine Praxis zu entwickeln, die dem modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus den realen gesellschaftlichen Nährboden entzieht.

Literatur

- Bischoff, Joachim/Dörre, Klaus/Gauthier, Elisabeth et al.: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg 2004.
- Dworczak, Hermann: Geschichte, in: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, 5. überarbeitete und ergänzte Auflage, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1981.
- Heer, Friedrich: Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, München und Eßlingen 1968.
- Knoll, Reinhold: Zur Tradition der christlich-sozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907, Hermann Böhlhaus Nachfolger, Wien, Köln, Graz 1973.
- Paxton, Robert O.: Anatomie des Faschismus, München 2006.
- Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 4. aktualisierte Auflage, München 2006.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004.
- Schmid, Bernhard: Le Pen und de Villiers bereiten die kommenden Wahlen vor. Teil 1 und 2, in: Antifaschistische Nachrichten Nr.10 und 11, Köln 2006.
- Schui, Herbert et al.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.

Vom Vlaams Blok zum Vlaams Belang. Analyse eines Problems, Erörterung von Gegenstrategien

Einleitung

Zwischen dem 1978 als Wahlkartell gegründeten Vlaams Blok und dem Vlaams Belang (VB) von heute liegen 27 Jahre aufeinander folgender Wahlsiege. Es ist gleichsam die Geschichte eines politischen Gruppierungsprozesses, die Geschichte einer Bewegung, die in den städtischen Wohnvierteln und inzwischen auch in den Dörfern Fuß gefasst hat. Nichts scheint diese Partei aufhalten zu können: Weder die Welle antirassistischer / antifaschistischer Kampagnen (vor allem Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre) noch die richterliche Verurteilung wegen Rassismus (daher der Namenswechsel), weder der »cordon sanitaire« (Vereinbarung zwischen den »demokratischen« Parteien, nicht mit dem »anti-demokratischen« VB zu koalieren) noch die Politik der jeweiligen Nachfolgeregierung.¹

Wie analysiert man dieses Phänomen? Unterscheidet sich der VB von anderen rechtspopulistischen Gruppierungen in Europa, die allesamt sowohl Höhen als auch Tiefen durchleben? Wenn ja, worin?

Verortung des Vlaams Belang

Der VB ist unter den rechtsextremen Parteien Europas eine seltene Spezies. Er ist keine reine reaktionäre nationalistische bzw. rechtspopulistische Partei, ebenso wenig ist er nur die erzkonservative Partei einer Volksgemeinschaft bzw. eine, die ausländerfeindliche Parolen verbreitet: Der VB ist all das zusammen. Sämtliche Aspekte gehören bei dieser Partei zum Grundsatzprogramm, welches grundlegend und stimmig ist, und das auf Solidarismus, die Negierung gesellschaftlicher Klassen sowie den aktiven Kampf gegen die organisierte Arbeiterbewegung aufbaut.

1 Als der liberale Guy Verhofstadt 1999 Regierungschef wurde, erklärte er, dass er den Erfolg seiner Regierung am Ausmaß des Rückzugs des VB messen wird. Heute mag er es gar nicht, wenn er mit seinen eigenen Worten von damals konfrontiert wird. Wahrscheinlich war dies dem Bürgermeister von Antwerpen und ehemaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei eine Lehre, da er kürzlich erklärte, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem Erfolg seines Wahlteams und dem VB geben werde! In Antwerpen ist der VB die mit Abstand stärkste politische Kraft mit 33% der Stimmen (20 von 55 Sitzen).

Was für den VB zählt, ist die monoethnische Volksgruppe der Flandern. Im sozioökonomischen Bereich bedeutet das, dass (flämische) Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam die gleichen Ziele verfolgen sollten. Dem historischen Faschismus gleich, baut sich der VB als autonomer Faktor auf. Er schreckt nicht vor sozialer Demagogie zurück, um Anhänger aus der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen (hier ist der VB derzeit die stärkste Wahlgruppierung, ebenso unter den Jugendlichen), sondern setzt gleichzeitig auf die Unterstützung der herrschenden Klasse (die bürgerlichen Kreise Flanderns), um an die Macht zu gelangen.

Im Gegensatz zu den 1920er und 1930er Jahren finden sich in den bürgerlichen Kreisen Europas heutzutage nirgendwo offene Befürworter des Faschismus. Die Wirtschaftskonjunktur macht dies nicht erforderlich, die Gewinnspannen sind nicht bedroht. Die Klassenzusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und dem Gewerkschaftsapparat funktioniert zur vollsten Zufriedenheit der Arbeitgeber. Andererseits ist der Faschismus (der Holocaust!) noch gut in Erinnerung. Mit dem Nationalismus, den der VB predigt und mit dem er die Rückbesinnung auf sich selbst fordert, richtet sich der VB gegen die pseudo-internationalistische Politik, die das Projekt der europäischen Integration begleitet.

Der VB passt sich der gegenwärtigen Situation gezwungenermaßen an. Er hat sich für eine reine Wahlkampfstrategie entschieden, nicht für die direkte Konfrontation mit der gesamten organisierten Arbeiterbewegung bzw. einigen ihrer Teilbewegungen.² Wenn nötig, trennt er sich auch von sich bekennenden Neonazis. Allerdings geschieht dies nicht ohne Zähneknirschen und gegen seinen Willen³.

Im Prinzip kann der VB problemlos als rechtsextreme Partei eingestuft werden, nur sind die Rahmenbedingungen derart, dass es ihm nicht möglich ist, sein Projekt umzusetzen. Dies, ebenso wie die Tatsache, dass der Faschismus bereits an der Macht war, führt dazu, dass der VB seinen Faschismus modernisiert und sich so vom Begriff »Faschismus« distanziert. Er hat bereits seit langem erfolgreich die Lehren der französischen Neuen Rechten um Alain de Benoist verinnerlicht. Der Rassismus des VB gründet im Übrigen nicht (offen) auf biologischen Kriterien: »Rassismus« wird als Begriff natürlich abgelehnt, die rassistischen Elemente beruhen vielmehr auf »kulturellen Unvereinbarkeiten« (u. a. in einer monoethnischen Gesellschaft). Was die personelle Besetzung betrifft, gibt es im Übrigen einen großen Unterschied zwischen der Parteispitze des VB, die sich fast ausschließlich aus militanten rechtsextremen

2 Was nicht verhindert, dass es eine lange Liste gewalttätiger Übergriffe gegen linke Aktivisten, Jugendliche und sogar Journalisten gibt.

3 Weil Roeland Raes, Vizepräsident des VB, im holländischen Fernsehen die Anzahl der Holocaustopfer in Frage stellte, musste er von seinem Posten zurücktreten und sein Mandat als Senator aufgeben. Dennoch leitet er abseits der Kameras noch immer das nationale Parteisekretariat.

Organisationen rekrutiert, und seinen Wählern. Wie im klassischen Faschismus besteht darüber hinaus ein großer Unterschied bzw. sogar ein Widerspruch zwischen dem historischen Programm des VB und den Interessen der Mehrheit seiner Wähler.

Besonderheiten des Phänomens Vlaams Belang

Um dieses Phänomen mit seinen Besonderheiten zu verstehen, sind für uns mindestens drei Punkte wichtig.

1. Der VB ist innerhalb der flämischen Parteienlandschaft, innerhalb der flämischen Gesellschaft, kein künstliches Gebilde. Er profitiert von einer »Daseinsberechtigung« im Zuge der flämischen nationalistischen Bewegung.

Seine Entstehung ist die Antwort darauf, dass die flämische, nationalistische Volksunie 1977 der Föderalregierung beitrug. Anstatt den belgischen Staat zu bekämpfen und sich für eine Flämische Republik einzusetzen, entschloss sich die Volksunie, den Staat von innen heraus zu ändern (zu föderalisieren). Der radikale Flügel der Volksunie bezeichnete diese Handlung als »schlichten Verrat«. Daher wurde innerhalb dieser Bewegung Karel Dillen eine große Glaubwürdigkeit zugesprochen, als er schließlich aus der Volksunie austrat, um gemeinsam mit dem Bankier Lode Claes⁴ den Vlaams Blok zu gründen: Der alte Dillen, Gründervater des VB, verkörperte nicht nur den nationalistischen flämischen Zusammenhalt, sondern auch die andere wichtige Daseinsberechtigung des flämischen Nationalismus: den kleinen Kollaborateur, der während des Krieges seinen Eifer für ein von Belgien losgelöstes Flandern (im Sinne einer künstlichen, vom französischsprachigen Bürgertum und der Monarchie dominierten Einheit) auf übertriebene Weise bezahlen musste, der nach dem Krieg Opfer einer unerbittlichen Unterdrückung wurde und dem man bis heute die »Wiedergutmachung« verweigert.

Eine noch größere »Daseinsberechtigung« für den VB innerhalb der flämischen Gesellschaft liefert dessen radikale Verteidigung konservativer Werte in Bereichen wie Schule (Unterstützung der ultramontan gesinnten Lobby), Sexualität, Sitte und Anstand.⁵ Hier gibt es Überschneidungen mit dem rechten

4 Die Regierungsbeteiligung der Volksunie und die Unterzeichnung des so genannten Egmont-Paktes hatte in der Tat zwei Abspaltungen dieser Partei zur Folge: die Vlaamse Nationale Partij (VNP) von Karel Dillen und die Vlaamse Volkspartij (VVP) von Lode Claes. Beide Organisationen bilden ein Wahlkartell, um an den Parlamentswahlen vom 17. Dezember 1978 teilnehmen zu können: den Vlaams Blok (flämischer Block). Dillen wird als Einziger gewählt (Wahlbezirk Antwerpen). Ein Jahr später, nach dem Rückzug Claes' aus der aktiven Politik, wird der Namen des Wahlkartells zum Namen der Partei – bis zum Urteil des Berufungsgerichts vom 9. November 2004.

5 Was das Thema Sitte und Anstand betrifft, verhält es sich beim VB wie mit der Gewalt: Die Theorie auf der einen Seite, die Praxis bestimmter Mandatsträger auf der anderen. So musste Xavier Buisseret, VB-Parlamentarier und ehemaliger Chef der privaten Neonazi-Miliz VMB wegen an minderjährigen Töchtern eines Parteimitglieds begangenen Sexualstraftaten von seinem Amt zurücktreten.

politischen Flügel, der größten flämischen Gruppierung: dem Bündnis zwischen Christdemokraten und flämischen Nationalisten (Bündnis, das den flämischen Premierminister stellt). Schließlich hat der VB auch im rechten Flügel der liberalen Partei (die Partei, die den Regierungschef der Föderation stellt) mit neoliberalen Wahlversprechen im sozioökonomischen Bereich einen großen Einfluss.

Der VB plädiert für eine Senkung des allgemeinen Lohnniveaus, will die Tarifverträge abschaffen, die Arbeitgeberzulagen zur Sozialversicherung weiter senken, weniger Unternehmenssteuer erheben, noch stärker privatisieren und ein auf Kapitalisierung beruhendes Rentensystem einführen.

Daneben gibt es eine starke Sozialdemagogie, auch wenn der versprochene soziale Fortschritt ausschließlich den Mitgliedern des »eigenen Volkes« zugute kommen soll, insbesondere denen mit vielen Kindern. Der VB bedient sich eher selten antikapitalistischer Hetze, die klassische rechtsextreme Parteien auszeichnet. Dieser Schein-Antikapitalismus ist eher in Randorganisationen wie der Nationalistischen Studentenvereinigung NSV zu finden.

Demzufolge ist der VB für die flämische Gesellschaft kein Fremdkörper, sondern eine ihr innewohnende politische Kraft.

2. Der Durchbruch des VB, seine Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte, kurzum seine Macht sind eng mit der neoliberalen Politik und der damit einhergehenden Auflösung sozialer Strukturen, vor allem in Großstädten, verbunden.

Von vielen Kommentatoren wird die Tatsache, dass der VB seinen Durchbruch Mitte und Ende der 1980er Jahre in sozialdemokratischen und christdemokratischen Hochburgen erlebt hat, verleugnet (vielleicht, weil die Schlüsse daraus unangenehm sind?). Zu jener Zeit sind die Sozialdemokraten, nach einer langen Zeit in der Opposition, wieder an der Regierung beteiligt (1987) und versuchen, die Krise des Kapitalismus zu bewältigen sowie den Eintritt Belgiens in die Währungsunion vorzubereiten. Enorme Bemühungen, die einen langen Atem erfordern, sind notwendig. In jener Zeit verabschiedet sich die sozialdemokratische Partei ein für alle Mal von dem, was an eigenständiger programmatischer Linie noch vorhanden war, und schlägt einen liberalen Kurs ein. Dieser Umstand und die Tatsache, dass sie ihre traditionelle Anhängerschaft in den Arbeitervierteln vernachlässigt, ebnet den Weg für die rassistische Demagogie des VB, der in diesen Vierteln aktiv wird und die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund als Sündenböcke anprangert. Antwerpen kann hierfür als Modellbeispiel dienen. Am 9. Oktober 1988 gelingt es dem VB, die Anzahl seiner Sitze im Stadtrat von 2 auf 10 zu erhöhen. Dies war der erste wahre »schwarze Sonntag«⁶.

6 Erfindung von Journalisten, um die Wahlsiege des VB zu beschreiben. Seitdem gab es bei jeder Wahl »schwarze Sonntage«.

Die Hauptmotivation dieser Gruppierung besteht darin, ein politisches Vermächtnis fortzusetzen und einen radikalen, nationalistischen, rechtsextremen Kampf für die Abspaltung Flanderns zu führen. Einige politische Führungskräfte aus der Vergangenheit strebten sogar den Anschluss Flanderns an die Niederlande an⁷. Rassismus ist die wichtigste politische Linie des VB: Bevölkerungsschichten mit Migrationshintergrund werden als Ursache für die Krise dargestellt (wobei gerade sie am ehesten unter der Krise zu leiden haben).

Dem VB gelang damit der Durchbruch: In den flämischen Großstädten der Nord-Süd-Achse (Antwerpen – Mechelen – Brüssel), der Ost-West-Achse (Antwerpen – St. Nicholas – Gent), alles ehemalige Hochburgen der Industrialisierung (bzw. danach der Ent-Industrialisierung) und der flämischen Sozialdemokratie, stellte der VB seine Glaubwürdigkeit bei den Wählern unter Beweis.

Es ist richtig, dass sich die Wählerschaft des VB gegenwärtig nicht auf bestimmte Armenviertel in den Großstädten beschränkt. Allerdings fand genau dort der politische Durchbruch statt (will man den Trend umkehren, müsste der VB zwangsläufig genau dort zuallererst bekämpft werden). Mittlerweile breitet sich der VB – einem Ölteppich gleich – in ganz Flandern aus. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Uns scheint – und dieses Phänomen existiert auch anderswo in Europa – dass vor allem diejenigen, die über einige wenige Annehmlichkeiten verfügen, aus einem konservativen Reflex der Besitzstandswahrung heraus den VB wählen, in der Hoffnung, dass auf diese Weise die von ihnen gefürchteten »Großstadtphänomene« ihre eigene Stabilität und Sicherheit nicht gefährden. Es ist also nicht notwendig, direkt und persönlich mit den sozialen Problemen in den Großstädten konfrontiert zu werden, um für den VB zu stimmen. Die Medien sorgen dafür, dass die Bilder, die von diesen Problemen zeugen, ausnahmslos alle Haushalte erreichen, auch die in den bürgerlichen, ruhigen Wohnlagen.

Hinzu kommt, dass sich der VB in der öffentlichen Meinung ungeniert breit macht. Seine Wortführer äußern sich regelmäßig in Rundfunk und Fernsehen, was zu seiner Banalisierung beiträgt⁸, vor allem bei denjenigen, die glauben, dass die traditionellen Parteien zu lax seien, um Besitzstände erfolgreich gegen die soziale »Unsicherheit« verteidigen zu können. Ab einem gewissen Zeitpunkt wird der VB so zu einer Art Fetisch, mit dem verängstigte Bürger, in der Wahlkabine unbeobachtet, die politisch Verantwortlichen heimlich und leise, »abstrafen« können, zum Teil aus völlig belanglosen, persönlichen Gründen.

Man wird die Bewegung des VB nicht zerschlagen können, wenn man mit dieser Wählerschaft beginnt. Man muss zuallererst dort beginnen, wo sich ihr

7 Es geht um die Idee eines »Dietsland«, die von Randgruppen des VB wie Were Di und Voorpost- wahre Kaderschmieden des VB – verbreitet wurde. Bis zum Ende der Apartheid in Südafrika vertraten sie den Zusammenschluss von Flamen, Holländern und weißen Buren.

8 Ohne näher darauf einzugehen, sei an dieser Stelle angemerkt, dass die Medien in Flandern großen Anteil an der Banalisierung des VB haben.

Rückgrat befindet, dort, wo alles angefangen hat: in den Großstädten. Mitte der 1980er Jahre hat man dieses Phänomen auch in anderen westeuropäischen Städten festgestellt. Oft sind es lediglich Randerscheinungen im Vorfeld von Wahlen, kurzzeitig aufflackernde Wahlfeuer, die schnell wieder erlöschen. Im Falle des VB allerdings haben seine ihm innewohnende Einstellung zur Flandernfrage (seine »Daseinsberechtigung«) und die Tatsache, dass neoliberale Politik nach wie vor das Sagen hat, zu dessen Erstarkung geführt. Nicht zuletzt auch deshalb, weil seine Spitze großen Wert auf klare Parteistrukturen legt.

3. Im Gegensatz zu rechtspopulistischen Erscheinungsformen, die fast ausschließlich im Umfeld von Wahlen entstehen, hat sich der VB bewusst gegründet und in der Gesellschaft Fuß gefasst. Sein Erfolg liegt im besonders erfolgreichen Zusammenspiel verschiedener Generationen.

Der alte Karel Dillen, als »Vorsitzender auf Lebenszeit« gewählt, ist heute zwar nicht mehr Vorsitzender des VB, hat allerdings ganze Arbeit geleistet. Diejenige Generation, die voller Bewunderung für die neue gesellschaftliche Ordnung zwischen den beiden Weltkriegen war und die während des Zweiten Weltkrieges mit den Nazis kollaborierte, »ging durch die Katakomben«, wie sie gern zu sagen pflegt. Sie kam daraus aber wieder hervor und verstand es, ihre Fackel der nächsten Generation weiterzureichen, die Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre geboren wurde. Fast alle ihre Vertreter stammen aus rechtsextremen Familien⁹, haben im Allgemeinen studiert, kennen und bewahren das »programmatische Erbe«, allerdings in modernisierter und an die heutige Zeit angepasster Form. Denn ihnen ist klar geworden, dass sie mit nostalgischen Erinnerungen an die gute alte Zeit der Kollaboration nicht gewinnen können. Es ist die Generation, der Frank van Hecke (derzeitiger Vorsitzender), Filip Dewinter (auch wenn er in Sachen Hochschulstudium gelogen hat), der Anwalt Gerolf Annemans und viele andere angehören. Diese Generation umgibt sich derzeit mit ein paar »Stars« aus dem Ausland. Sie sollen den physischen Beweis dafür liefern, dass der VB offen und demokratisch ist. Aber obgleich diese »Stars« (wie ehemalige Journalisten, eine frühere Miss Belgien, eine ehemalige Abgeordnete der flämischen Nationalisten und Chefin einer Modelagentur) im Parlament und bei Treffen des VB auf der Bühne und auf den Rängen zu finden sind, bleibt der harte Kern der Parteiführung fest in den Händen dieser »zweiten Generation«.

Dieses gelungene Zusammenspiel zweier Generationen ist von grundsätzlicher Bedeutung, nicht nur, um den Wahlerfolg zu verstehen, sondern auch, um den Aufbau der Partei nachvollziehen zu können.

⁹ Beobachter bezeichneten die Zusammensetzung des VB-Apparates sowie sämtliche gewählte Mandatsträger als »aus einer Handvoll Familien bestehend«.

Erörterung von Gegenstrategien

Mit 23 Sitzen in der Föderalregierung (18 in der Abgeordnetenkommission, 5 im Senat), 32 Sitzen im flämischen Parlament, 6 im Brüsseler Parlament, 3 im Europäischen Parlament, 54 in Räten der Provinzen und Hunderten von Kommunalpolitikern kämpft der Vlaams Belang darum, stärkste politische Kraft im Norden Belgiens zu werden¹⁰. Nicht zu vergleichen mit der ersten Wahlbeteiligung 1978, als der Vlaams Blok kaum einen Sitz erhielt und diesen Stand sowohl 1981 als auch 1984 beibehielt.

Diese Umstände zwingen uns zur Auseinandersetzung mit bestehenden Fragen und strategischen Überlegungen darüber, wie gegen den VB vorgegangen werden kann. Nehmen wir uns davon die am meisten diskutierten vor:

1. Wäre es nicht besser, man ließe sich den VB an der Macht aufreihen? Der »cordon sanitaire« ist ohnehin unwirksam.

Die Anhänger dieses Ansatzes nehmen Österreich als Beispiel. Man sollte es wie Schlüssel handhaben und die Rechtspopulisten an der Regierung beteiligen. Sie würden daran politisch zerbrechen. Tatsächlich sind inzwischen viele Politiker – sogar die der politischen Spitze des Landes – der Meinung, der »cordon sanitaire« gehöre aufgehoben¹¹.

Wenn der VB vor dem aktuellen Hintergrund an die Macht käme, hieße das nicht, dass wir es mit einer faschistischen Diktatur zu tun bekämen. Andere politische Parteien würden weiterhin existieren, Gewerkschaften und Verbände würden aktiv bleiben. Taktisch würde der VB sehr dezent handeln und alles daran setzen, um dem Establishment zu zeigen, dass er fähig ist, in seinem Interesse zu handeln.

Ist die Sache wirklich so einfach? In einer Stadt, in der der VB an die Macht käme, würde der öffentliche Sektor noch mehr privatisiert, würden noch mehr Subventionen gestrichen, würde auf polizeilicher Ebene noch stärker nach dem Prinzip »Null Toleranz« gehandelt. Um der Basis zu schmeicheln, würde der VB zahlreiche symbolische Maßnahmen ergreifen (z. B. Straßen nach »seinen Helden« umbenennen). Er würde Maßnahmen gegen die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund und gegen progressive Verbände ergreifen. Dies hätte die völlige Banalisierung des VB zur Folge und das historische Bewusstsein hinsichtlich der faschistischen Gefahr geriete womöglich in Vergessenheit.

10 Derzeit wird er nur von den Christdemokraten Flanderns (CD&V) überholt, auch wenn sich diese Partei den Wählern gegenüber als »Wahlkartell« mit den flämischen Nationalisten des N-VA darstellte.

11 Die Kommunalwahlen am 8. Oktober 2006 werden eine harte Probe sein: Wie viele Lokalpolitiker werden der Versuchung widerstehen, mit dem VB eine Mehrheit zu bilden, um Bürgermeister ihrer Gemeinde zu werden?

Es würde darüber hinaus den Rechtsruck verstärken und tatsächliche Opfer geben (Migranten, Asylbewerber, Jugendliche, progressive Verbände, etc.). Sind wir bereit, das Wohlergehen und die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Menschen zu opfern? Wir spielen hier keine folgenlose Schachpartie, sondern es geht um Menschen.

Der VB würde es auch nicht dabei belassen. Der Rechtsruck und die Untergrabung demokratischer Rechte würden recht bald für alle Bürger spürbar. Der Widerstand würde noch schwieriger, da sich die Kräfteverhältnisse zu unseren Ungunsten verändert hätten. Nicht nur der demokratische Handlungsspielraum würde enger; schwindendes politisches Verantwortungsbewusstsein brächte ebenso katastrophale Auswirkungen mit sich.

Der »cordon sanitaire« hält den VB von der Macht ab, im Moment jedenfalls. Wenn sich alle strikt an diese Vereinbarung hielten, dürfte der VB weder in der politischen Debatte noch in den Medien eine Rolle spielen. Dies ist aber keineswegs der Fall. Der »cordon sanitaire« vermag es nicht, dem VB Einhaltung zu gebieten, weder auf organisatorischer Ebene noch bei Wahlen. Schlimmer noch: Der VB nutzt die Ächtung, als deren »Opfer« er sich sieht, um sich als Märtyrer darzustellen. Der »cordon sanitaire« muss unbedingt aufrechterhalten und sogar verschärft werden. Allerdings wird es ohne eine neue Sozialpolitik nicht gelingen, den VB zurückzudrängen.

Den Statistiken zufolge verleiht die aktuelle neoliberale Politik dem VB Flügel. Hinzu kommt, dass einige Themen des VB von anderen Parteien aufgegriffen werden und sich der VB-Wähler dadurch in seiner Wahl bestärkt und bestätigt fühlt. Wie z. B. in der Asylpolitik: Die Schließung von Asylbewerberheimen und die Ausweisung von Asylbewerbern per Charterflug gehörten zu den grundlegenden Forderungen des VB¹², bevor sie Teil der Regierungspolitik wurden.

2. Alle Parteien gemeinsam gegen den VB, wenn nötig in Regierungsverantwortung, alle »Demokraten« gegen die »Anti-Demokraten«.

Genau das geschieht bereits seit 1994 in Antwerpen. Und: Diese Option hat mehrere Nachteile. Sie bestärkt die Vorstellung, dass es keine Linke, keine Rechte und keine gesellschaftlichen Klassen mehr gibt. Im Gegensatz zu dem, was einige Beobachter dachten, hat die »Monsterkoalition« in Antwerpen den VB nicht aufzuhalten vermocht. Das Scheitern wird von Kommentatoren derzeit so begründet, dass die Koalition keine entschlossene Politik geführt hat, was auch den Tatsachen entspricht.

Wie kam es dazu? Politische Forderungen unterschiedlichster Natur, von den verschiedenen Wählergruppen an ihre jeweiligen Parteien gestellt, muss-

¹² Es handelt sich um das unsägliche »70-Punkte-Parteiprogramm«, das inzwischen offiziell zurückgezogen wurde, wobei allerdings mehrere Elemente von der Regierung übernommen wurden.

ten alle in einem von einem vagen Konsens getragenen Regierungsprogramm untergebracht werden. Wie in derartigen Fällen häufig, basiert eine solche Koalition lediglich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner: einer neoliberalen Politik. Genau damit spielt man dem VB in die Hände.

Die Rechte profitiert vom Druck der extremen Rechten, um noch mehr nach rechts zu rücken. Aus diesem Grund steht zurzeit bei Diskussionen in Antwerpen das Thema »Sicherheit« an erster Stelle.

Um dem VB Einhalt zu gebieten, braucht man einerseits die strikte Einhaltung des »cordon sanitaire«, gleichzeitig sind aber auch gemeinsame Bemühungen der Linken notwendig, um eine linke Sozialpolitik im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu führen.

3. Wäre es nicht besser, man würde den VB verbieten?

Die Verurteilung wegen Rassismus im Jahr 2004 hat die Serie seiner fortlaufenden Wahlsiege nicht zu unterbrechen vermocht. Die Partei änderte daraufhin ihren Namen und setzte ihr Wirken fort.

Die zweitstärkste Partei in der flämischen Parteienlandschaft außer Gefecht setzen zu wollen, bedeutet, dass man sich des Problems reichlich spät annimmt. Dies kann auch kontraproduktiv sein. Dadurch kann höchstens das Problem beiseite geschoben werden, nicht aber die Unzufriedenheit, die darin zum Ausdruck kommt. Hierfür müssten die wahren Ursachen für diese Unzufriedenheit beseitigt werden. Um diese Auseinandersetzung wird man nicht herumkommen.

Ein Verbot zu fordern, bedeutet auch eine passive Haltung einzunehmen, sich auf die Unterstützung des Staates zu verlassen und Illusionen in Bezug auf dessen Unparteilichkeit zu haben. Die Verbotskriterien, die der Staat anwenden kann, sind zweischneidiger Natur.

Wenn sich z. B. auf die Verfassung bezogen würde, könnte das eines Tages das Verbot einer jeden Organisation, die den Privatbesitz von Produktionsmitteln ablehnt oder die z. B. die Monarchie abschaffen will, bedeuten.

Die Geschichte lehrt uns auch, dass man mit solchen Verboten vorsichtig umgehen muss. Unter Bismarck verurteilte das »Sozialistengesetz« die Sozialdemokratie in Preußen zum Gang in die Illegalität. Kaum war dieses Gesetz aufgehoben, war die Sozialdemokratie stärker als je zuvor, einfach weil der Nährboden der SPD nicht verboten werden konnte. Das Gleiche gilt für das Verbot der kommunistischen Parteien durch die Diktaturen in Südeuropa (Franco in Spanien, Salazar in Portugal und die Obristen in Griechenland).

Dort, wo rechtsextreme Parteien verboten wurden (Deutschland) oder dort, wo man ihnen keinen Handlungsspielraum gelassen hat (Schweden, Niederlande, Portugal), sieht man, dass rechtsextremes Handeln oft in Form von anonymer Gewalt auf die Straße verlagert wird, wobei vor allem Flüchtlinge, Jugendliche und Homosexuelle zur Zielscheibe werden.

4. *Wurde alles versucht?*

Um den VB weiterhin von der Macht abzuhalten, braucht man ein Bündnis aller »Demokraten«. Um allerdings den Trend völlig umzukehren, braucht man eine sich klar bekennende linke Kraft, die tatsächlich eine linke Politiklinie verfolgt.

Viele Belgier sind der Meinung, dass alles getan wurde, um den VB aufzuhalten – nur eben vergeblich. Das trifft weitgehend zu. Es wurde in der Tat fast alles versucht – nur gab es keine wahrhafte Sozialpolitik im Interesse der Mehrheit der Gesellschaft. Jede antifaschistische Strategie muss im Kern den antikapitalistischen Kampf beinhalten. Auf diese Weise ist es nicht nur möglich, einen defensiven Kampf *gegen* den zunehmenden Rechtspopulismus zu führen, sondern auch, den Kern des Problems anzugehen und einen Kampf *für* soziale Forderungen zu führen, für einen Kurswechsel, kurzum, für eine neue Gesellschaft, die – wie gern gesagt wird – wünschenswert und möglich ist.

Neoliberalismus, Rassismus und Rechtsextremismus – am Beispiel der Niederlande

Einleitung

In den letzten Jahrzehnten waren wir Zeugen einer umfassenden gesellschaftlichen Wende vom industriellen Kapitalismus zum globalen informationellen Kapitalismus unter den Vorzeichen neoliberaler Ideologien. Einwanderung und MigrantInnen standen im Zentrum dieser grundlegenden Veränderungen und waren von ihnen betroffen. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehörten die Tendenz zunehmender gesellschaftlicher Ungleichheit und der Niedergang des Sozialstaates, wodurch Mechanismen des sozialen Ausschlusses verschärft wurden. Von diesem Prozess sind verschiedene gesellschaftliche Gruppen und schutzlose Menschen wie EinwanderInnen und Flüchtlinge bedroht.

Auf diese Prozesse möchte ich nun genauer eingehen und die Stellung der EinwanderInnen in den Niederlanden erörtern – vor dem Hintergrund der aktuellen Wende im sozialen Klima hin zu einer negativeren Einstellung gegenüber EinwanderInnen und eines zunehmenden Rassismus in der Mehrheitsbevölkerung. Insbesondere werde ich aufzeigen, wie die jüngsten politischen Vorschläge und Maßnahmen den Status von EinwanderInnen als Bürger zweiter Klasse (wieder) verfestigt haben, deren gesellschaftliche Position mehr und mehr durch den strukturellen Rassismus bestimmt wird. Dabei werde ich auch auf die Rolle des Rechtsextremismus hinweisen.

Soziale Ungleichheit und Einwanderung

In den letzten Jahrzehnten haben wir eine Erneuerung der kapitalistischen Verhältnisse hin zu dem, was Castells als »informationellen Kapitalismus« bezeichnet hat, erlebt.¹ Auf der gesellschaftlichen Ebene hat diese Entwicklung in weiten Teilen der Welt zum Anwachsen von sozialer Ungleichheit und Polarisierung, von Armut und Ausschluss geführt. Dies gilt sowohl für große geografische Gebiete wie den afrikanischen Kontinent als auch für bestimmte gesellschaftliche Gruppen in den entwickelten Gesellschaften: Wir beobachten die Entstehung der Vierten Welt. Befördert wurde diese Entwicklung Castells zufolge durch die folgenden Phänomene:

1 Vgl. Manuel Castells: Jahrtausendwende. Das Informationszeitalter, Bd. III, Opladen: Lekse und Budrich, Opladen 2002.

1. Die Selektivität der Globalisierung, die mehr gesellschaftliche Segmente ausschließt als sie einschließt.

2. Die Individualisierung der Arbeit (flexible Arbeit usw.), die zum Niedergang der Arbeiterbewegung beigetragen hat.

3. Die Krise des Nationalstaates und der damit verbundene Zusammenbruch des Sozialstaates, der bisher ein Sicherheitsnetz darstellte, das die Schwächeren vor Armut und Marginalisierung schützte.

EinwanderInnen und Einwanderung sind unmittelbar von diesen grundlegenden Veränderungen betroffen. Gering qualifizierte EinwanderInnen waren in der Zeit des industriellen Kapitalismus in die westliche Welt gekommen, als ein starker Bedarf an ihrer Arbeitskraft bestand. Heute, in der Zeit des informationellen Kapitalismus, gelten gering qualifizierte EinwanderInnen nicht mehr als nützlich. Sie werden arbeitslos und leben oftmals in Armut. Die Gewalt in den Städten, wie wir sie Ende 2005 in Frankreich gesehen haben, existiert schon seit Jahren, aber sie war noch nie so weit verbreitet, so lang anhaltend und so intensiv wie in diesem heißen November 2005 in Frankreich. Es ist wichtig zu verstehen, dass die städtischen Jugendlichen sich mit diesen Gewaltakten nicht gegen die Gesellschaft wenden, in der sie leben, sondern dass sie dazugehören wollen, sich aber ausgeschlossen fühlen.

Der Neoliberalismus mit seinem zentralen Prinzip eines auf Profit und Konkurrenz beruhenden Marktsystems ist die herrschende politische Ideologie, die den informationellen Kapitalismus begleitet. Held zufolge besteht der wesentliche Widerspruch dieser Ideologie darin, dass ihr Prinzip der Gleichheit auf systematische Weise praktische Ungleichheit hervorruft. Systematische Asymmetrien des Einkommens, des Wohlstands und der Chancen sind Ergebnis der existierenden Formen von Marktbeziehungen. Zusammen mit dem Siegeszug von »Recht und Ordnung« zur Verteidigung der existierenden Politik und der Delegitimierung des Staates und der Regierungspolitik stellen diese Asymmetrien eine Bedrohung der heutigen Welt dar, die an den Grundfesten der bürgerlichen Freiheit und der Demokratie rüttelt.²

Die Stellung der EinwanderInnen in den Niederlanden ist durch Ungleichheit gekennzeichnet, *obwohl* zwanzig Jahre lang eine Politik betrieben wurde, mit der Benachteiligungen bekämpft werden sollten. Zugleich und in zunehmendem Maße besteht diese Situation aber auch, *weil* politische Programme darauf zielen, Ungleichheiten aufrechtzuerhalten oder sogar zu verschärfen.

2 Vgl. David Held: Models of Democracy, Cambridge Polity Press 1996.

Minderheitenpolitik

1983 wurde in den Niederlanden zum ersten Mal eine auf Minderheiten bezogene Regierungspolitik formuliert. Es wurde analysiert, dass sich die ethnischen Minderheiten in den gesellschaftlichen Schlüsselbereichen der Beschäftigung, der Erziehung und des Wohnungswesens in einer benachteiligten Situation befinden. Die Regierung stimmte dem Prinzip zu, den Minderheiten eine Gleichbehandlung in der öffentlichen Politik zu garantieren. Mangelsituationen sollten bekämpft und den Mitgliedern dieser Gruppen sollte die Möglichkeit geboten werden, sich von gleichen Ausgangsbedingungen aus wie Bürger niederländischer Herkunft an der Gesellschaft beteiligen zu können. Es sollte ein gleicher rechtlicher Status garantiert, der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen verbessert und der Ausschluss beseitigt werden. Für die Minderheiten wurden die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts jedoch eine Zeit der Stagnation oder sogar des Rückschrittes. Anfang der 1990er Jahre verbesserte sich die Situation ein wenig und zum Ende des Jahrtausends hin deutlich. An dem neuen und beschleunigten Rückschritt seit dem Beginn der Wirtschaftskrise wird aber deutlich, dass die Verbesserungen in den 1990er Jahren in stärkerem Maße auf der wirtschaftlichen Konjunktur als auf einer wirksamen Politik beruhten. Während die Arbeitslosigkeit unter den Minderheiten von 26 Prozent im Jahr 1995 auf 10 Prozent im Jahr 2002 absank, stieg sie 2005 erneut auf 16 bis 27 Prozent je nach ethnischer Gruppe (16 Prozent für Surinamesen, 21 Prozent für Türken, 22 Prozent für Menschen von den Antillen und 27 Prozent für Marokkaner).³ Zum Vergleich: Im Jahr 2004 lag die Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung niederländischer Herkunft bei vier Prozent für Frauen und drei Prozent für Männer.⁴

Sicherlich lässt sich dies zum Teil auf das niedrige Ausbildungsniveau vieler Arbeitskräfte aus den ethnischen Minderheiten zurückführen. Aber auch, wenn wir das Ausbildungsniveau berücksichtigen, bleibt dieser Unterschied bestehen. Untersuchungen haben nachgewiesen, dass die Maßnahmen und Institutionen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt fördern sollen, für die ethnischen Minderheiten nicht ausreichend funktionieren. Die negative Darstellung der ethnischen Minderheiten in der Öffentlichkeit spielt zudem eine wichtige Rolle.

25 Prozent der Klein- und Mittelunternehmer »gehen lieber kein Risiko ein«, wie sie es euphemistisch umschreiben, und wollen daher keine ArbeiterInnen aus den ethnischen Minderheiten einstellen. Viele Angehörige der ethnischen Minderheiten verrichten niedrigere Tätigkeiten, die mit hohen Arbeitsbelastungen und schlechten Arbeitsbedingungen verbunden sind. Oft haben sie dabei nur befristete Verträge.

3 Vgl. SCP, WODC, CBS: Jaarrapport Integratie 2005, Den Haag 2005.

4 Vgl. SCP: Sociaal en Cultureel Rapport 2004, Den Haag 2004.

Schon in der Vorbereitung der SchülerInnen auf den Arbeitsmarkt kommt die Diskriminierung zum Tragen. Die Unternehmer stellen in ihren Firmen SchülerInnen aus ethnischen Minderheiten nicht im gleichen Maße Ausbildungsplätze zur Verfügung wie niederländischen SchülerInnen. Ihre Chance, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, ist 35 Prozent geringer als für die SchülerInnen aus der ethnischen Mehrheitsbevölkerung.⁵ Aufgrund ihrer ungenügenden Beherrschung der niederländischen Sprache und der damit einhergehenden Probleme, wie bspw. eines Schulabbruchs, sind die SchülerInnen aus den ethnischen Minderheiten in vielen Fällen schlecht auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Ein hoher Anteil von ihnen geht von der Schule ab, ohne ausreichend für den Arbeitsmarkt qualifiziert zu sein.⁶ Ähnlich wie am Arbeitsmarkt hat sich jedoch auch die Beteiligung an der Erziehung über die letzten Jahre hinweg leicht verbessert, auch wenn die schulischen Leistungen der Kinder aus den Minderheiten immer noch weit hinter denen niederländischer SchülerInnen zurückliegen und die Abbrecherquote sehr hoch ist. Aber im Vergleich zu ihren Eltern schneiden die nachfolgenden Generationen an den Schulen zunehmend besser ab.

Angehörige der ethnischen Minderheiten sind öfter von Sozialleistungen abhängig als Menschen niederländischen Ursprungs (40 zu 20 Prozent) und ihre Einkommen sind deutlich niedriger. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Sie hängen mit den besonderen Bedingungen der Einwanderung/EinwanderInnen und ihren schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen zusammen. Aber sie beruhen auch auf der Arbeitsweise der Institutionen, die nicht genügend Mittel für die (Re-)Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt aufbringen. Die Haltung der Fachleute, die von den Angehörigen der ethnischen Minderheiten wenig erwarten, tun ihr Übriges, um deren (Re-)Integration zu erschweren.

Frauen sind doppelt benachteiligt: im Vergleich zu den Männern aus ihrer eigenen Gruppe und im Vergleich zu den Frauen der Mehrheitsbevölkerung.⁷ Das Ausbildungsniveau von Frauen aus den ethnischen Minderheiten ist deutlich niedriger als das der Frauen der Mehrheitsbevölkerung. Insbesondere betrifft dies die Frauen der ersten Generation: 90 Prozent der marokkanischen Frauen zwischen 40 und 65 haben lediglich einen Grundschulabschluss oder noch nicht einmal den. Dasselbe gilt für 80 Prozent der türkischen Frauen dieser Altersgruppe. Die Beteiligung der türkischen und marokkanischen Frauen am Arbeitsmarkt ist recht niedrig: Nur 25 Prozent haben eine bezahlte Beschäftigung. Es handelt sich meistens um gering bezahlte Tätigkeiten – Teilzeitarbeit, die ihnen keine ökonomische Unabhängigkeit verschafft. Die Ver-

5 Vgl. www.groenlinks.nl

6 Vgl. Jeanine Klaver/Jos Mevissen/Arend Odé: *Etnische minderheden op de arbeidsmarkt*, Amsterdam, Regioplan 2005.

7 Vgl. SCP 2004; SCP 2005.

träge sind oft flexibel, was bedeutet, dass die Frauen leicht entlassen werden können.

Jungen türkischen und marokkanischen Frauen, die in den Niederlanden zur Schule gegangen sind, ergeht es besser. Aber auch sie befinden sich in einer schlechteren Position als Schülerinnen niederländischer Herkunft: 20 Prozent der türkischen und marokkanischen Mädchen besuchen höhere Schulen, bei den niederländischen Mädchen sind es 50 Prozent. Insgesamt sind die Frauen der zweiten Generation besser ausgebildet als die der ersten Generation und sie stehen nicht hinter den Männern ihrer Generation zurück.

Obwohl in den letzten 22 Jahren eine Politik der Gleichbehandlung das Leitprinzip der Minderheitenpolitik war, gewinnt eine Tendenz der Ungleichbehandlung, wenn nicht sogar des strukturellen Rassismus, an Bedeutung. Eine ganze Reihe von Gesetzen und politischen Maßnahmen, die in der letzten Zeit von der gegenwärtigen Regierungskoalition aus Christdemokraten und Liberalen verabschiedet wurde, zielt auf den sozialen Ausschluss der EinwanderInnen, selbst wenn sie die niederländische Staatsbürgerschaft erlangt haben, und ungeachtet ihrer schädlichen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Minderheiten und der ethnischen Mehrheitsbevölkerung. Einige dieser Änderungen beziehen sich auf die Einreisebestimmungen und die Staatsbürgerschaft, andere auf die Sozialpolitik. Der folgende Überblick stützt sich weitgehend auf Groenendijk.⁸

Regelungen der Einreise und der Staatsbürgerschaft

Einbürgerung: Die Möglichkeiten, die niederländische Staatsbürgerschaft zu erlangen, wurden restriktiver gestaltet. Das hat dazu geführt, dass die Zahl der Einbürgerungsanträge dramatisch zurückgegangen ist. 50 Prozent der Anträge werden abgelehnt.

Neue Vorschläge sollen es EinwanderInnen der zweiten Generation und den Ehegatten von Holländern erschweren, die niederländische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Die Wiederaberkennung der niederländischen Staatsbürgerschaft nach Einbürgerung wird hingegen erleichtert.

Aufenthaltserlaubnis: Flüchtlinge sollen nun fünf und nicht wie bisher drei Jahre warten, bevor sie eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Die Gebühren für eine Aufenthaltserlaubnis sind kürzlich stark angehoben worden. So muss nun zum Beispiel ein Elternteil mit zwei Kindern 1 200 Euro bezahlen, um die Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.

⁸ Vgl. Kees Groenendijk: Integratiebeleid loopt volledig uit de pas met Europa, in: De Volkskrant 15.9.2005.

Menschen von den Antillen – sie sind niederländische Staatsbürger! – und EinwanderInnen sollen wegen strafrechtlicher Delikte leichter ausgewiesen werden können.

Familienzusammenführung: Für Menschen mit einem Einkommen, das geringer als 120 Prozent des Mindestlohns ist, wird die Familienzusammenführung deutlich erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Bevor den Familienmitgliedern die Einreise in die Niederlande zum Zweck der Familienzusammenführung gestattet wird, müssen sie Sprachprüfungen ablegen. Dies wird nur von EinwanderInnen aus nicht-westlich orientierten Gebieten verlangt, Menschen aus z. B. Japan oder Australien sind davon nicht betroffen.

Internationale Gesetze und Abkommen

Der Schutz nach dem europäischen Abkommen zum Schutz nationaler Minderheiten wird auf die autochthone Minderheit der Friesen eingeschränkt. Nicht-westliche Minderheiten, die in den Niederlanden leben, und Roma und Sinti werden davon ausgeschlossen.

Sozialpolitik

Integrationsgesetze: Eine Revision des Integrationsgesetzes verlangt von Holländern, die außerhalb der EU geboren wurden, einen förmlichen Test ihrer Kenntnisse der niederländischen Sprache und Kultur. Von ethnischen Holländern, die außerhalb der Niederlande geboren wurden, wird dies nicht verlangt. Dies ist ein eindeutiger Fall von indirekter Diskriminierung auf Basis der Herkunft, die nach dem UN-Abkommen gegen Rassische Diskriminierung verboten ist.

Eine Vielzahl von Maßnahmen ist allgemein formuliert, zielt in der Praxis aber auf EinwanderInnen mit einem islamischen Hintergrund, insbesondere Türken und Marokkaner ab.

Erziehung: Die Einrichtung von islamischen Schulen wird durch die Bedingung erschwert, dass die Gründung neuer Schulen untersagt wird, wenn in diesen über 20 Prozent der SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen kommen.

Wohnungswesen: Ein Gesetzesentwurf mit dem Titel »Besondere soziale Probleme von Großstädten« soll Menschen mit einem Einkommen, das unter 120 Prozent des Mindesteinkommens liegt, die Möglichkeit der Niederlassung in diesen Großstädten verwehren. Von der Stadt Rotterdam wird dieser Entwurf bereits in die Praxis umgesetzt.

Identitätsnachweis: Jeder Bürger muss sich ab dem 15. Lebensjahr ausweisen

können, wenn er von den Behörden, insbesondere der Polizei, dazu aufgefordert wird. Diese Auflage enthält das große Risiko, dass sie in selektiver Weise praktiziert wird, und sie wird tatsächlich nicht in gleicher Weise auf alle gesellschaftlichen Gruppen angewendet. Es sei hier daran erinnert, dass eine ähnliche Auflage als ein entscheidender Auslöser für die Unruhen und Riots in den französischen Städten betrachtet wird.

Diskriminierende Praktiken: Wie Untersuchungen (M. Komen, Universität Utrecht) aufgezeigt haben, werden Jugendliche mit einem Migrationshintergrund härter bestraft als junge Holländer, die gleiche Straftaten begehen. Im Durchschnitt befinden sie sich 53 Tage länger im Gefängnis als verurteilte Jugendliche niederländischer Herkunft. Dies hängt mit den Berichten der Gutachter zusammen, die für die Verfahren herangezogen werden. Probleme der Sprache und der Kommunikation spielen eine wichtige Rolle in der Beweisaufnahme und führen zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Die Bedingungen in den Abschiebezentren für illegale EinwanderInnen entsprechen nicht den üblicherweise zumutbaren Standards, wie sich bei einem Unfall im Abschiebezentrum von Schiphol im Oktober 2005 zeigte, bei dem elf Menschen zu Tode kamen.

Formelle antidiskriminierende und antirassistische politische Maßnahmen gehören zur Integrationspolitik der niederländischen Regierung. Diese Politik gegen Diskriminierung bezieht sich insbesondere auf die Erziehung, die Information und Kommunikation. Ein wichtiges Projekt, das seit 1997 durchgeführt wird, ist der »Monitor Rassismus und Rechtsextremismus« der Anne-Frank-Stiftung. Die meisten der Fakten, die ich hier vorbringe, stammen aus den Berichten dieses Monitor-Projekts.⁹

Rechtsextremismus

Zunächst einmal muss betont werden, dass der Rechtsextremismus in den Niederlanden, anders als in vielen anderen europäischen Ländern, über keine starke historische Tradition verfügt. Zugleich ist der gegenwärtige Rassismus und Rechtsextremismus ein Phänomen, über das nur unzureichend berichtet wird. Es fehlt an einer einheitlichen Registrierung und die Polizei ist nicht immer – genauer gesagt, immer weniger – dazu bereit, bei der Registrierung und Lösung von Problemen bezüglich rassistischer Zwischenfälle zu kooperieren. Der parteilich manifestierte niederländische Rechtsextremismus besteht aus vier politischen Parteien, weiterhin gibt es verschiedene rechtsextremistische Organisationen und Netzwerke. Zu den rechtsextremistischen Parteien gehören die Niederländische Volksunion (Nederlandse Volksunie, NVU, seit 1971),

⁹ Vgl. Jaap van Donselaar 2005.

die Neue Nationalpartei (Nieuwe National Partij, NNP, seit 1998), die Nationale Allianz (Nationale Alliantie, seit 2003) und die Neue Rechte (Nieuw Rechts, seit 2003). Darüber hinaus nimmt der Einfluss des Rechtsextremismus auf einige Jugendkulturen zu. Die Wählerstimmen für rechtsextremistische Parteien bei den landesweiten Wahlen seit 1982 schwanken zwischen null und 2,9 Prozent. Auffällig ist, dass sie in den letzten zehn Jahren unter einem Prozent lagen. Nach Angaben des »Monitor-Berichts Rassismus und Rechtsextremismus« der Anne-Frank-Stiftung wird geschätzt, dass die rechtsextremistischen Parteien und Organisationen im Jahr 2005 zusammengenommen 1 060 Mitglieder und 90 Aktivisten hatten. Obwohl diese Zahlen gering sind, muss hervorgehoben werden, dass sie im Vergleich zu Schätzungen früherer Monitor-Berichte angestiegen sind. Schätzungen der so genannten Lonsdale Jugendkulturen belaufen sich auf 300 bis 500 beteiligte Personen und 90 bis 150 Aktivisten. Insgesamt ist der niederländische Rechtsextremismus also nicht sehr stark und hat nur wenig Einfluss auf die Politik im Allgemeinen und die Sozial- und Wirtschaftspolitik im Besonderen. Wenn wir aber zum Beispiel die 25 Hauptpunkte des Programms der Nationalen Allianz¹⁰ nehmen, dann fallen die folgenden Prioritäten auf: gegen Einwanderung und EinwanderInnen, Recht und Ordnung, Tierschutz und Schutz gegen die Bioindustrie (zusammen 19 der 25 Hauptthemen). Zwei der Hauptthemen beziehen sich auf die Sozialpolitik: keine Kürzungen der Sozialhilfe und eine bessere Versorgung der Alten. Diese Befunde deuten darauf hin, dass der Einfluss des Rechtsextremismus in den Niederlanden nicht auf eine Verstärkung der neoliberalen Politik zielt. Die Bedeutung dieser Bewegung muss vielmehr im Kontext der zunehmenden Verbreitung des Rassenhasses verstanden werden.

Rassistische und insbesondere islamfeindliche Äußerungen tauchen häufig auf rechtsextremistischen Webseiten auf, deren Zahl ansteigt. Trotz der zunehmenden Bedeutung des Internets für die Verbreitung rassistischer Ideologien kümmert sich die Polizei so gut wie gar nicht um die Bekämpfung des Rassismus im Internet.

Bedauerlicherweise ist aber der rassistische und anti-islamische Diskurs nicht mehr das Monopol des Rechtsextremismus. Er ist zu einem weit verbreiteten und einflussreichen Alltagsphänomen geworden, das politischen Vorschlägen Vorschub leistet, mit denen Einwanderer zu Staatsbürgern zweiter Klasse gemacht werden sollen. Umgekehrt tragen solche politischen Maßnahmen wiederum zur Stärkung dieses Diskurses bei.

10 Vgl. www.nationalealliantie.com

Der anti-islamische Diskurs

Seit Ende der 1980er Jahre ist der Islam zu einem zentralen Thema der öffentlichen Debatten über Einwanderung und ethnische Beziehungen geworden. Insbesondere seit dem Niedergang des Kommunismus erleben wir eine schrittweise Neubelebung einer jahrhundertealten abfälligen Darstellung von Muslimen und des Islams. Dieser Prozess intensivierte sich in Krisenzeiten wie der Rushdie-Affäre (1989) und während des Golfkrieges (1991), nach den terroristischen Angriffen auf das World Trade Center in New York am 11. 9. 2001 und in den Niederlanden nach den Morden an dem populistischen Politiker Pim Fortuyn (2002) und dem Filmemacher Theo van Gogh (2004).¹¹ Gesellschaftspolitische Phänomene werden zunehmend in religiösen Begriffen analysiert, statt sie aus ihrem gesellschaftspolitischen Zusammenhang zu erklären. Aus dieser Perspektive wird Religion als erklärende Variable für Probleme der Einwanderung und der ethnischen Beziehungen benutzt. Der Islam wird dabei häufig auf eine vereinfachte Weise dargestellt. Diese Religion sei monolithisch und habe einen irrationalen Kern. Wie Edward Said bereits herausgestellt hat, wird dies dann für alle möglichen Manipulationsversuche benutzt: »von der Entfachung eines neuen Kalten Krieges, über die Aufhetzung zu rassistischer Antipathie, die Mobilisierung für eine mögliche Invasion, bis hin zur fortgesetzten Verunglimpfung von Muslimen und Arabern«.¹²

Diese vereinfachte und negative Darstellung des Islams betont die »Andersartigkeit« der EinwanderInnen mit islamischem Ursprung, wodurch ein Kampf zur Verteidigung gemeinsamer Interessen und die Erreichung gemeinsamer Ziele behindert und kognitive »Wir-Sie«-Schemata bestärkt werden. In den öffentlichen Debatten herrscht oft eine Unklarheit bezüglich der Begriffe und thematischen Abgrenzungen und verschiedene, damit zusammenhängende Themen wie die Säkularisierung, die Frauenrechte, die Integration von Minderheiten, Universalismus gegen Relativismus usw. werden fälschlicherweise synonym behandelt.

Es würde hier den Rahmen sprengen, eine umfassende Analyse dieses öffentlichen Diskurses zu ethnischen Fragen vorzutragen. Ich verweise auf meinen Vortrag »Van Gogh und die Folge: die sozialpolitischen Konsequenzen eines Mordes« einer Tagung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (2005), in dem ich vier Charakteristika der aktuellen Debatte herausgearbeitet habe:

11 Vgl. Wasif Shadid/Sjoerd van Koningsveld: *De Mythe van het Islamistisch Gevaar*, Kampen, Kok/Pharos 1996; Karin Huigh/Ineke Van der Valk: *Islam als Stigma*, in: Halbertsma & Van Bommel: *Dialogo, Joden, Christenen, Moslims en Humanisten leveren Gespreksstof*, Zoetermeer, OASE, 1995, S. 174-194; Geert Mak: *Gedoemd tot kwetsbaarheid*, Amsterdam/Antwerpen, Uitgeverij Atlas, 2005.

12 Edward Said: *Covering Islam, how the Media and the Experts Determine how we see the Rest of the World*, New York, Pantheon Books, 1981, S. 40.

1. Die Transformation einer früher existierenden Tabuisierung des Rassismus in eine (mutmaßliche) Tabuisierung der Minderheiten: Negative Auffassungen über EinwanderInnen sollen nicht länger unterdrückt, sondern ausgedrückt werden!

2. Die Zurückweisung des Begriffs einer multikulturellen Gesellschaft, indem er mit kulturellem Relativismus (im Gegensatz zum Universalismus) verbunden wird: Man argumentiert, Kulturen seien nicht gleich und die westliche Kultur sei überlegen.

3. Die systematisch negative Darstellung des Islams und der Muslime, der islamische Glaube wird im Wesentlichen als eine rückschrittliche Ideologie betrachtet, die den menschlichen und gesellschaftlichen Fortschritt behindert.

4. Untergangsstimmung: Es werden pessimistische Weltansichten und Szenarien präsentiert, denen zufolge der Untergang droht, »wenn nichts getan wird«.

Wie einflussreich dieser Diskurs in der Politik und den Medien war und immer noch ist, mag durch die Tatsache veranschaulicht werden, dass heute fünfzig Prozent der niederländischen Mehrheitsbevölkerung von einer zunehmenden Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus ausgehen und ein Drittel der Bevölkerung eine negative Meinung vom Islam hat.

Es versteht sich von selbst, dass dieser negative Diskurs zur öffentlichen Billigung politischer Maßnahmen beiträgt, die auf eine Ungleichbehandlung der Angehörigen ethnischer Minderheiten, insbesondere der Muslime, und auf ihren sozialen Ausschluss zielen. Es ist vor allem diese Entwicklung und nicht so sehr der Rechtsextremismus, die zu den allgemeinen und strukturelleren Tendenzen passt und sie befördert, die – angeleitet von neoliberalen Ideologien – zu sozialer Ungleichheit und dem Ausschluss von gesellschaftlichen Gruppen wie den EinwanderInnen führen.

Übersetzung: Christian Frings

Literatuur

- Castells, Manuel: Jahrtausendwende. Das Informationszeitalter, Bd. III, Opladen: Leske und Budrich, Opladen 2002.
- Donselaar, Jaap van/Rodriguez, Peter: Monitor Racisme en Extreem-rechts, zesde rapportage, Amsterdam, Anne Frank Stichting & Leiden, Universiteit van Leiden 2004.
- Donselaar, Jaap van: Het Lonsdalevraagstuk, Amsterdam, Anne Frank Stichting & Leiden, Universiteit van Leiden 2005.
- Groenendijk, Kees: Integratiebeleid loopt volledig uit de pas met Europa, in: De Volkskrant, 15. 9. 2005.
- Held, David: Models of Democracy, Cambridge Polity Press 1996.
- Huigh, Karin/Van der Valk, Ineke: Islam als Stigma, in: Halbertsma & Van Bommel: Dialoog, Joden, Christenen, Moslims en Humanisten leveren Gespreksstof, Zoetermeer, OASE, 1995, S. 174-194.
- Klaver, Jeanine/Mevissen, Jos/Odé, Arend: Etnische minderheden op de arbeidsmarkt, Amsterdam, Regioplan 2005.
- Mak, Geert: Gedoemd tot kwetsbaarheid, Amsterdam/Antwerpen, Uitgeverij Atlas, 2005.
- Said, Edward: Covering Islam, how the Media and the Experts Determine how we see the Rest of the World, New York, Pantheon Books 1981.
- SCP: Sociaal en Cultureel Rapport 2004, Den Haag 2004.
- SCP, WODC, CBS: Jaarrapport Integratie 2005, Den Haag 2005.
- Shadid, Wasif/van Koningsveld, Sjoerd: De Mythe van het Islamitisch Gevaar, Kampen, Kok/Pharos 1996.

Die Bestrafung der Armut und der Aufstieg des Neoliberalismus¹

Die Kriminalisierung, der zurzeit die Aktivisten aus vielen sozialen Bewegungen gegen Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Fremdenfeindlichkeit überall in Europa ausgesetzt sind – in extremer Weise in Gestalt der mutwilligen Polizeübergriffe auf die Anti-Globalisierungs-Demonstranten in Genua während des G-8-Gipfels im Sommer 2001 –, lässt sich nur im Rahmen eines breiter angelegten Konzepts zur Bestrafung der Armut verstehen. Es ist darauf ausgerichtet, die Auswirkungen der neoliberalen Politik auf die untersten Schichten der Gesellschaftspyramide unter Kontrolle zu halten. Das harte Vorgehen der Polizei in Verbindung mit einem ausgeweiteten Gefängniswesen, wie es heute auf dem gesamten europäischen Kontinent zum Einsatz kommt, ist in der Tat nur ein Baustein in der umfassenderen Transformation der Staaten. Diese Transformation wird ihrerseits vom Wandel der Lohnarbeit und von der Umwälzung des herkömmlichen Machtgleichgewichts zwischen den Klassen und Gruppen hervorgerufen, die um die Kontrolle sowohl der Beschäftigung wie des Staates kämpfen. Vereinigt unter dem Banner des Neoliberalismus haben transnationale Firmen und die »Modernisierer«-Fraktionen innerhalb der Bourgeoisie und des »Staatsadels« in diesem Kampf die Oberhand gewonnen und eine riesige Kampagne zur Rekonstruktion der öffentlichen Autorität losgetreten. Soziale Deregulierung, die Zunahme prekärer Lohnarbeit (vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit in Europa und einer ständig wachsenden Zahl von »arbeitenden Armen« in den USA) und die Rückkehr eines Bestrafungsstaates im alten Stil gehen Hand in

1 Dieser Text ist in englischer Fassung zuerst erschienen im *European Journal on Criminal Policy and Research* 9, 2001, S. 401-412.

Der Artikel ist eine Erläuterung und Weiterführung der Analyse, die vom Autor in seinem Buch *Elend hinter Gittern* vorgelegt wurde. Er vertritt dort die These, dass der allgemeine Anstieg der eingekerkerten Bevölkerung in entwickelten Gesellschaften auf dem zunehmenden Einsatz des Strafvollzugs als eines Instruments beruht, mit dem die durch die neoliberale Politik der wirtschaftlichen Deregulierung und der Sozialstaatskürzungen in den unteren Klassenschichten hervorgerufene soziale Unsicherheit und gesellschaftliche Unordnung beherrscht und kontrolliert werden sollen. Das Buch zeichnet die Schritte nach, in denen diese »neoliberale Strafrechtspolitik« in den USA ausgearbeitet wurde und sich dann über die ganze Welt verbreitete, betont aber, dass die europäischen Länder dem amerikanischen Weg zur Masseneinkerkerung nicht blind folgen: Der europäische Weg zum strafenden Staat verbindet die Intensivierung einer gleichermaßen bestrafenden und sozialen Behandlung der Armut miteinander und aktiviert die überwachenden Funktionen der sozialen Dienste, was zu einer Form des »sozialen Panoptikums« führt. Nur die Bildung eines europaweiten Sozialstaates kann die Ausweitung der Bestrafung der Armut und deren zerstörerischen Auswirkungen auf die Gesellschaft in Grenzen halten.

Hand: Die »unsichtbare Hand« des prekarierten Arbeitsmarktes findet ihre institutionelle Ergänzung und Entsprechung in der »eisernen Faust« eines Staates, der mit dem Ziel umgestaltet wird, *die von der Ausbreitung sozialer Unsicherheit hervorgerufene gesellschaftliche Unruhe in Schach zu halten*.²

Die Regulation der Arbeiterklassen durch das, was Pierre Bourdieu »die linke Hand« des Staates genannt hat³ und was seinen Ausdruck im Bildungswesen, in der öffentlichen Gesundheitsversorgung, der Sozialversicherung, Sozialhilfe und dem sozialen Wohnungsbau findet, wird durch die Regulation seiner »rechten Hand«, also des Systems aus Polizei, Gerichten und Gefängnissen *abgelöst* (in den USA) oder *ergänzt* (in Westeuropa). In den unteren Gefilden des sozialen Raums werden diese Institutionen zunehmend aktiv und aufdringlich. Es gibt eine plötzliche und zwanghafte Beteuerung eines »Rechtes auf Sicherheit« durch führende Politiker sowohl der Rechten wie auch von Linken, während im selben Atemzug das »Recht auf Arbeit« in seiner traditionellen Form (d. h. unbefristete Vollzeitarbeit mit einem Existenz sichernden Lohn und allen dazugehörigen sozialen Ansprüchen) kommentarlos fallengelassen wird. Auch das wachsende Interesse an und gestiegene Mittel für Strafverfolgung kommen gelegen, um den *Mangel an Legitimität* auszugleichen, von dem die politischen Führer betroffen sind, eben weil sie sich von den bisherigen Aufgaben des Staates auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verabschiedet haben.

Überall in Europa versuchen die Regierungen, die neue Legitimität zu untergraben, die sich die Aktivisten und »aktive Minderheiten« der neu entstehenden sozialen Bewegungen in den täglichen Kämpfen erworben haben. Eine weitere Zunahme von kollektiven Mobilisierungen soll so verhindert werden. Es handelt sich hier nicht einfach um repressive Maßnahmen, sondern sie sind Teil eines breiter angelegten, politischen Programms zur Schaffung eines neuen Regimes, das sich als »liberal-paternalistisch« charakterisieren lässt: *Liberal* ist es an der Spitze, gegenüber den Unternehmen und den privilegierten Klassen, also den Instanzen, von denen die zunehmende soziale Ungleichheit und Marginalisierung ausgeht. *Paternalistisch* und bestrafend verhält es sich nach unten, gegenüber denen, die aus der Bahn geraten, weil gleichzeitig die Beschäftigung umstrukturiert und der sozialstaatliche Schutz abgebaut oder in ein Instrument zur Überwachung der Armen umgebaut wird.

2 Vgl. Loïc Wacquant : Elend hinter Gittern, Konstanz 2000.

3 Vgl. Pierre Bourdieu: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998.

Drei Arten von Gefängnisstrafen und ihre Bedeutung im neoliberalen Projekt

Um uns Klarheit über das unerwartete Wiederauftauchen der Gefängnisse an der Spitze des Institutionengefüges entwickelter Gesellschaften in den letzten zwei Jahrzehnten⁴ zu verschaffen, sollten wir uns ins Gedächtnis rufen, dass die Bestrafung von Menschen durch ihr Wegsperrern hinter Gitter eine jüngere historische Erfindung ist. Diese Feststellung mag für viele überraschend klingen, weil wir so sehr an das Einsperren von Menschen gewöhnt sind, dass es uns als völlig natürlich erscheint: Das Gefängnis präsentiert sich selbst als eine unverzichtbare und unveränderliche Organisation, die schon seit jeher existierte. In Wirklichkeit dienten Orte der Einsperrung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts vorwiegend dazu, diejenigen zu internieren, die eines Verbrechens verdächtigt wurden oder schuldig gesprochen waren und ihrer Aburteilung entgegensaßen. Diese bestand dann aus verschiedenen körperlichen Bestrafungen (Auspeitschen, An-den-Pranger-Stellen, Eingraben, Brandmarken, Verstümmeln, Hinrichten), ergänzt durch Verbannung und Verurteilung zu Zwangsarbeit oder Galeerendienst.⁵ Erst mit dem Aufkommen des modernen Individuums wird der Freiheitsentzug als solcher zu einer Bestrafung und zur strafrechtlichen Verurteilung *schlechthin* (so sehr, dass es schwierig geworden ist, andere strafrechtliche Sanktionen zu konzipieren oder einzuführen, ohne dass sie als zu mild erscheinen). Denn dem modernen Individuum wird unterstellt, dass es seine persönliche Freiheit genießen kann, und es ist mit dem natürlichen Recht auf körperliche Unversehrtheit ausgestattet, das ihm, außer in sehr schwerwiegenden Fällen, weder die Familie noch der Staat nehmen kann. Wenn wir hier daran erinnern, dass *das Gefängnis eine sehr junge Institution* auf der Zeittafel der Menschheitsgeschichte ist, wollen wir damit hervorheben, dass das Anwachsen und die Dauerhaftigkeit dieser Institution keine ausgemachte Sache ist.

Zweitens kann die Einsperrung, sobald sie einmal zur normativen Form der strafrechtlichen Sanktionierung geworden ist, nacheinander oder gleichzeitig *verschiedene Funktionen in einem erfüllen*. Die Soziologin Claude Faugeron hat eine sinnvolle Unterscheidung eingeführt zwischen dem, was sie als »Sicherheitshaft« bezeichnet, mit der als gefährlich erachtete Individuen davon abgehalten werden sollen, Schaden anzurichten; »Differenzierungshaft«, mit der unerwünschte gesellschaftliche Schichten ausgeschlossen werden sollen und »Autoritätshaft«, deren Zweck es in erster Linie ist, die Vorrechte und die Macht

4 Vgl. Roy D. King/Mike Maguire (Eds.): Prisons in Context, New York 1998; Nils Christie: Crime Control as Industry: Towards Gulags, Western Style, London 2000.

5 Vgl. Pieter Spierenburg: The Body and the State: Early Modern Europe, in: Norval Morris/David J. Rothman (Eds.): The Oxford History of the Prison: The Practice of Punishment in Modern Society, Oxford 1995, S. 49-78.

des Staates zu bekräftigen.⁶ Man sieht sofort, dass diese drei Formen der Inhaftierung nicht auf dieselben Bevölkerungsgruppen zielen – z. B. Pädophile, illegale Immigranten und gewalttätige »Unruhestifter« auf Demonstrationen – und nicht dieselbe Botschaft an die Gesellschaft senden.

Trotz dieser Vielfalt der vom Gefängnis erfüllten Funktionen kann zu einer gegebenen Zeit die eine oder andere besondere Aufgabe vorherrschend sein. So wird heute in den europäischen Ländern die Inhaftierung zum Zweck der Differenzierung immer häufiger auf nichteuropäische Ausländer (also Immigranten, z. B. aus den früheren Kolonien des alten Kontinents) angewendet, um deutlich zu machen, dass sie dem »Gesellschaftskörper« des entstehenden Europas nicht angehören.⁷ In den USA hat das Gefängnis die Funktion des schwarzen Ghettos übernommen, mit dem eine Bevölkerung kontrolliert und in Schach gehalten wird, die als niedere Kaste betrachtet wird, mit der man sich nicht vermischen sollte. Und dort sind es die Afroamerikaner, die von der Politik der *affirmative action der Einkerkung* »profitieren«, was zu ihrer enormen Überrepräsentation in den Knästen und Gefängnissen des Landes führt: Afroamerikanische Männer bilden sechs Prozent der Gesamtbevölkerung, machen aber seit 1989 jährlich über die Hälfte der Neuzugänge in den Staats- und Landesgefängnissen aus.⁸

Nichtsdestoweniger besteht das kennzeichnende Faktum am Ende des Jahrhunderts zweifelsohne in der ungeheuren Aufblähung der Gefängnisbevölkerung in allen entwickelten Staaten.⁹ Sie ist dem immer häufigeren, in der Tat schon routinemäßigen Einsatz der Inhaftierung als Instrument zur Beherrschung sozialer Unsicherheit geschuldet. Eben dies habe ich in meinem Buch *Elend hinter Gittern* herausgestellt: In all den Ländern, in denen sich die neoliberale Ideologie der Unterordnung unter den »freien Markt« ausgebreitet hat, erleben wir einen spektakulären Anstieg der Zahl von Menschen, die hinter Gitter gesperrt werden. Denn der Staat stützt sich zunehmend auf die Polizei und den Strafvollzug, um die Unordnung einzudämmen, die von der Massenarbeitslosigkeit, der Durchsetzung prekärer Lohnarbeit und dem Zusammenstreichen sozialer Schutzmaßnahmen hervorgerufen wurde.

6 Vgl. Claude Faugeron: La dérivé pénale, in: *Esprit* (215), Oktober 1995, S. 132-144.

7 Vgl. Salvatore Palidda: *Polizia postmoderna: etnografia del nuovo controllo sociale*, Milano 2000, S. 219-240.

8 Vgl. Loïc Wacquant: The new »peculiar institution“: On the prison as surrogate ghetto, in: *Theoretical Criminology*, 4 (3), 2000a, S. 377-389; Ders.: Deadly symbiosis: When ghetto and prison meet and mesh, in: *Punishment and Society*, 3 (1), 2001a, S. 95-134.

9 Vgl. Vivien Stern: *A Sin Against the Future: Imprisonment in the World*, Boston 1997; Michael Tonry/Joan Petersilia (Eds.): *Prisons*, Chicago 1999; D. Garland (Ed.): *Mass Imprisonment: Social Causes and Consequences*, London 2001.

Ausbreitung und Abwandlung der neoliberalen Strafrechtspolitik

Abschaffung staatlicher Wirtschaftspolitik, Abbau des Sozialstaates, Stärkung des strafenden Staates – diese drei Transformationen sind aufs Engste miteinander verknüpft und ergeben sich im Wesentlichen aus dem Umschwenken der herrschenden Klassen zur neoliberalen Ideologie. Diejenigen, die heute in den USA wie auch in Europa den strafenden Staat glorifizieren, sind in der Tat dieselben, die gestern das Ende des »big government« an der wirtschafts- und sozialpolitischen Front gefordert hatten. Und es waren dieselben, die dafür sorgten, dass die Vorrechte, Erwartungen und Bedürfnisse der Kollektivität dem Markt untergeordnet wurden, d. h. der Diktatur der Großunternehmen. Das mag als Widerspruch erscheinen, aber in der Wirklichkeit sind dies die beiden Komponenten der neuen institutionellen Maschinerie zur Kontrolle des Elends, die im Zeitalter von Massenarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung in Gang gesetzt wird. Dieses neue »gouvernement« der sozialen Unsicherheit – um die Terminologie von Michel Foucault zu gebrauchen – beruht einerseits auf der Disziplinierung des dequalifizierten und deregulierten Arbeitsmarktes, andererseits auf einem aufdringlichen und allgegenwärtigen strafrechtlichen Apparat. *Die unsichtbare Hand des Marktes und die eiserne Faust des Staats verbinden sich miteinander* und ergänzen sich gegenseitig, um die Unterklassen dahin zu bringen, Lohnarbeit ohne soziale Absicherung und die damit einhergehende soziale Instabilität hinzunehmen. So kehrt das Gefängnis, nachdem es sich lange auf dem Rückzug befunden hatte, erneut an die Spitze der Institutionen zurück, denen die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung anvertraut wird.

Die unaufhaltsame Karriere der Themen »städtische Gewalt« und Straßenkriminalität im Diskurs und in der Politik der europäischen Regierungen, die besonders in Frankreich seit der Rückkehr der so genannten pluralen Linken (*gauche plurielle*, bestehend aus Sozialistischer, Kommunistischer und Grüner Partei) an die Macht kam, hat wenig mit der Entwicklung der »jugendlichen« Delinquenz zu tun (es muss stets hinzugefügt werden, dass es um die *ausländischen Jugendlichen aus der Arbeiterklasse* geht, denn sie sind hier eindeutig gemeint; in vielen Ländern, wie in Italien und Deutschland, scheuen sich die Politiker übrigens nicht, es offen auszusprechen und von »Ausländerkriminalität« zu reden). Vielmehr soll mit diesem Diskurs eine Neudefinition des Umfangs und der Modalitäten des Staatshandelns auf den Weg gebracht werden: Der keynesianische Staat war das historische Vehikel von *Solidarität* und seine Aufgabe bestand darin, den Zyklen und zerstörerischen Effekten des Marktes entgegenzuwirken, um die kollektive »Wohl-Fahrt« sicherzustellen und Ungleichheiten abzubauen. Er wird nun von einem darwinistischen Staat abgelöst, der aus der Konkurrenz einen Fetisch macht, die individuelle Verantwortlichkeit (deren Gegenstück die kollektive Unverantwortlichkeit ist) beweihräuchert

und sich auf seine königlichen Funktionen von »Recht und Ordnung« zurückzieht, die ihrerseits wiederum ausufern.

In der postkeynesianischen Ära der *Beschäftigung von Unsicherheit* ist der Bestrafungsapparat daher in dreifacher Hinsicht nützlich: 1. Er dient zur Disziplinierung der Klassenteile, die sich die neuen prekären Dienstleistungsjobs nicht einfach gefallen lassen. 2. Er neutralisiert und »lagert« diejenigen von ihnen, die am meisten Unruhe stiften oder die im Hinblick auf die umstrukturierte Nachfrage nach Arbeitskraft für überflüssig gehalten werden. 3. Er stärkt die Autorität des Staates auf dem begrenzten Gebiet, das ihm fortan zugewiesen wird.

Drei Stufen lassen sich ebenfalls in der weltweiten Verbreitung dieser neuen »*made in the USA*«-Ideologien und »*law and order*«-Politik unterscheiden, insbesondere der so genannten *zero tolerance*-Maßnahmen, die in New York interessanterweise als Maßnahmen zur Steigerung der »Lebensqualität« bezeichnet werden.¹⁰ Die erste Stufe ist die Phase der *Herausbildung, Einführung und Zurschaustellung in den amerikanischen Städten*, vor allem in New York, das durch eine systematische Propagandakampagne zum Mekka der Sicherheit erkoren wurde. In dieser Phase spielen die neokonservativen *think tanks* wie das Manhattan Institute, die Heritage Foundation, das American Enterprise Institute und einige andere eine zentrale Rolle. Denn sie sind es, die diese Gedanken fabrizieren, bevor sie im Verlauf des Krieges gegen den Wohlfahrtsstaat in der herrschenden Klasse der USA in Umlauf gebracht werden, eines Krieges, der auf den sozialen und rassistischen *backlash* folgte, den die USA seit Mitte der 1970er Jahre erlebten.

Die zweite Stufe ist das *Import-Export-Geschäft*, das durch den Aufbau von Verbindungen zu ähnlichen *think tanks* gefördert wurde, die in den letzten zehn Jahren überall in Europa wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, vor allem in England.¹¹ Wie in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik¹² diente England auch für die neue neoliberale Strafrechtspolitik als Trojanisches Pferd und »Akklimatisierungskammer«, um sie auf dem gesamten europäischen Kontinent propagieren zu können (eine Hauptrolle spielt hier das Institute for Economic Affairs, das zuerst Charles Murray nach Großbritannien brachte, der sich für sozialpolitische Einschnitte stark machte, dann Lawrence Mead, der auf staatliche Arbeitsverpflichtungen – *workfare* – drängte, und schließlich William Bratton, der Missionar der »*zero tolerance*«). Der atemberaubende Er-

10 Vgl. zum Thema die genauere Untersuchung von Loïc Wacquant: How penal common sense comes to Europeans: Notes on the transatlantic diffusion of neoliberal doxa, in: *European Societies*, 1 (3), Herbst 1999b, S. 319-352.

11 Vgl. Diane Stone/Andrew Denham/Marc Garnett (Eds.): *Think Tanks across Nations*, Manchester 1999.

12 Vgl. Desmond King/Marc Wickham-Jones: From Clinton to Blair: The Democratic (party) origins of welfare to work, in: *The Political Quarterly*, 70 (1), 1999, S. 62-74; Alan Deacon: Learning from the USA? The influence of American ideas upon »New Labour« thinking on welfare reform, in: *Policy and Politics*, 28 (1), 2000, S. 5-18.

folg des Exports dieser neuen »law and order«-Produkte aus den USA beruht aber darauf, dass er auf eine Nachfrage bei den Staatslenkern in den Importnationen trifft: Letztere sind im Laufe der Jahre zum Dogma des so genannten freien Marktes konvertiert und zum Imperativ von »weniger Staat« – natürlich in der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Eine dritte und letzte Stufe besteht darin, diese Maßnahmen einer oberflächlichen wissenschaftlichen Weißwäsche zu unterziehen – und schon funktioniert der Trick: Eine konservative Katze wird in einem kriminologischen Sack verkauft. In jedem Land finden sich einheimische Intellektuelle, die spontan die Rolle des »Schmugglers« oder der Vermittlungsstelle übernehmen, indem sie sich zusammen mit ihren Universitätsleitungen dafür stark machen, die aus den USA stammenden politischen Methoden zur Durchsetzung von Recht und Ordnung an ihre eigenen Gesellschaften anzupassen. In Frankreich gibt es zum Beispiel eine Reihe von Akademikern, die ausschließlich vom Gebrauchsgüterhandel mit amerikanischen Sicherheitsideologien leben (einer von ihnen ist gerade dabei, ein Buch mit dem Titel *Gibt es ein französisches »Broken Window«?* zu veröffentlichen, während die so genannte Broken Window-Theorie unter ernstzunehmenden Kriminologen in den USA bereits diskreditiert ist). Solchen Ideologien begegnet man dann später in Form von Pseudobegriffen in den Seminaren des *Institut des hautes études de la sécurité intérieure* (IHESI), in einem »*Que Sais-Je*«-Bändchen über städtische Gewalt und Unsicherheit, in den Unterlagen der Bürgermeister, die ihnen während der Verhandlungen mit dem Zentralstaat über »lokale Sicherheitsabkommen« ausgehändigt werden, und schließlich in den Zeitungen und Alltagsgesprächen.¹³

Damit soll nicht gesagt werden, dass Europa Polizei und Strafrechtspolitik im US-Stil einfach im großen Maßstab importiert und blindlings die Politiker von der anderen Seite des Atlantiks imitiert. Die europäischen Länder mit einer – katholischen oder sozialdemokratischen – Tradition des starken Staates sind nicht darauf aus, das Modell der USA sklavisch zu kopieren, also auf harte und brutale Weise den sozialstaatlichen Umgang mit dem Elend durch strafrechtliche Maßnahmen zu ersetzen, die sich auf eine umfassende »Einkerkerung« stützen. Vielmehr tasten sie sich an die Erfindung eines »europäischen« (französischen, italienischen, deutschen usw.) Weges zum strafenden Staat heran, der den unterschiedlichen politischen und kulturellen Traditionen

13 Das IHESI ist ein staatliches Institut, das Trainingsseminare und »Studien« zu Fragen und zur Politik der Sicherheit und der Strafverfolgung durchführt. Es untersteht nicht dem Wissenschaftsministerium, sondern dem Innenminister, der auch für die Polizei zuständig ist, und seine Arbeit dient mehr der bürokratischen Propaganda als der wissenschaftlichen Forschung. *Que Sais-Je* ist eine vom Verlag *Presses Universitaires de France* herausgegebene renommierte Buchreihe von schmalen Bändchen, denen nachgesagt wird, dass sie die besten und aktuellsten wissenschaftlichen Informationen zu dem jeweiligen Thema liefern. Lokale Sicherheitsabkommen (*Contrats locaux de sécurité*) sind vom Zentralstaat unterschriebene Vereinbarungen, mit denen die Stadtverwaltungen proaktive Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung planen, weiterentwickeln und einführen.

entspricht und dessen Kennzeichen die *Verbindung und gleichgewichtige Betonung* von sozialpolitischer und strafrechtlicher Regulation der sozialen Unsicherheit ist.

So intensiviert der französische Staat gleichzeitig sowohl seine sozialpolitischen als auch seine strafrechtlichen Interventionen. Auf der einen Seite hat er die Jobs für Jugendliche und vom Staat subventionierte, mit Qualifizierung verbundene Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose ausgeweitet (CES: *Contrats Emploi-Solidarité*). Er hat die Mittel für verschiedene öffentliche Hilfsprogramme angehoben (wenn auch nur geringfügig) und den Umfang des garantierten Mindesteinkommens (RMI: *Revenu Minimum d'Insertion*) deutlich ausgeweitet; er hat eine wirklich universelle Gesundheitsversorgung eingeführt, usw. Aber auf der anderen Seite stationiert er auch Polizeitruppen zur Aufstandsbekämpfung in den so genannten Problemvierteln und hat dort spezielle Überwachungseinheiten zum Aufspüren und zur Unterdrückung von Delinquenz eingerichtet. Er ersetzt Sozialarbeiter und Erzieher durch Richter, wenn es darum geht, Risiko-Jugendliche davor zu warnen, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Die Städte erlassen schlichtweg illegale Anti-Bettel-Verordnungen, um mit ihrer Durchsetzung die Obdachlosen und Heruntergekommenen von den Straßen zu vertreiben. Die Jospin-Regierung hat es abgelehnt, die Vorschriften für Untersuchungshaft nach der *comparution immédiate* (Polizeigewahrsam und gerichtliches Schnellverfahren) den Bestimmungen der *affaires à instruction* (Untersuchungsverfahren nach polizeilicher Anzeige) anzupassen, mit dem Argument, die »städtische Gewalt« müsse bekämpft werden (wodurch den Jugendlichen aus den heruntergekommen Vierteln des sozialen Wohnungsbaus eine Form der »affirmative action durch Einkerkering« gegönnt wird). Die Bestrafung rückfälliger Straftäter ist härter geworden; die Abschiebung von Ausländern, die von der »double peine« (doppelten Bestrafung)¹⁴ betroffen sind, wird beschleunigt, und die bedingte Haftverschonung ist praktisch abgeschafft worden.

Ein zweiter Unterschied zwischen den USA und Frankreich (und den kontinentaleuropäischen Ländern im Allgemeinen) besteht darin, dass die Bestrafung der Armut *à la française* vorwiegend durch die Polizei und die Gerichte erfolgt und nicht so sehr durch das Gefängnis. Sie gehorcht einer stärker panoptischen denn vergeltenden oder ausschließenden Logik, mit der wichtigen Ausnahme der Ausländer.¹⁵ Entsprechend werden die sozialstaatlichen Bürokratien zur aktiven Beteiligung aufgerufen, da sie über die Informationen und personellen Mittel für eine lückenlose Überwachung der »Problembevölkerungen« verfügen – das ist es, was ich als *sozialen Panoptizismus* bezeichne.

14 »double peine« bezieht sich darauf, dass die meisten Ausländer, die in Frankreich wegen schwerer Verbrechen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, zunächst ihre Haftstrafe verbüßen müssen und dann gemäß eines Verwaltungserlasses über die Ausweisung aus dem Land abgeschoben werden.

15 Vgl. Loïc Wacquant: »Suitable enemies«: Foreigners and immigrants in Europe's prisons, in: *Punishment and Society*, 1 (2), 1999c, S. 215-223.

Die entscheidende Frage ist, ob dieser europäische Weg eine authentische Alternative zur Einkerkering im Stil der USA darstellt, oder ob es sich lediglich um einen Schritt auf dem Weg zur Masseninhaftierung handelt. Wenn man Stadtviertel, in denen die sozial Ausgeschlossenen leben, mit Polizeibeamten vollstopft, ohne die Lebenschancen und Beschäftigungsmöglichkeiten ihrer Bewohner zu verbessern, dann steigert man damit natürlich die Zahl der Festnahmen und Verurteilungen. In welchem Umfang? Das wird die Zukunft zeigen. Noch dramatischer und dringlicher taucht diese Frage in Lateinamerika auf, wo Polizei und Strafrechtspolitik im Stil der USA großhandelsmäßig importiert werden. Nachdem die »Chicago Boys« vor zwei Jahrzehnten die Ökonomie dieses Kontinents umgekrempelt haben, verbreiten dort nun die »New York Boys« von William Bratton, Rudolph Giuliani und dem Manhattan Institute ihr Evangelium von »Recht und Ordnung«. Aufgrund des sehr viel höheren Niveaus der Armut, des embryonalen Charakters der sozialstaatlichen Programme und des korrupten und gewalttätigen Verhaltens der Strafverfolgungs- und Justizbürokratien sind die Folgen verheerend. In ehemals autoritären Gesellschaften der Zweiten Welt wie Argentinien und Brasilien läuft die Anwendung der neoliberalen Strafrechtspolitik auf die Wiedererrichtung einer Diktatur über die Armen hinaus.¹⁶

Frankreichs »plurale Linke« schließt sich dem »Washington Consensus« an

Aber die weltweite Schlacht um die Festlegung der transnationalen Ziele und Normen der Strafrechtseinrichtungen im Zeitalter der neoliberalen Hegemonie und damit um die Gestaltung des Antlitzes des postkeynesianischen Staates wird im Herzen Europas ausgefochten. Und hier spielen Frankreichs Neuorientierungen in Fragen der Kriminalität und Sicherheit eine entscheidende Rolle. In den 1980er Jahren haben die aufeinander folgenden Regierungen unter Mitterand kräftig dazu beigetragen, der neoliberalen ökonomischen Ideologie Legitimation zu verschaffen. Sie kapitulierten vor dem Druck der Finanzmärkte und der Währungsspekulation und übernahmen eine Politik der Haushaltsstabilität und der Privatisierungen. Dann fand sich Jospin in einer ganz ähnlichen Position an der strafrechtlichen Front wieder, weil man ihn – zu Recht oder zu Unrecht – als den letzten wirklich linken Politiker in Europa betrachtete. In Fragen des Strafrechtswesens hoffte man, er könne eine Widerstandslinie gegen das »Einheitsdenken« (*la pensée unique*) verankern. Stattdessen stellte er sich hinter den »Washington Consensus« von Recht und Ordnung, der von den neokonservativen *think tanks* aus den USA diktiert wird. Wenn Jo-

16 Vgl. zum Thema Argentinien: Loïc Wacquant: Mister Bratton goes to Buenos Aires: Prefacio à la edición para América Latina, in: Las cárceles de la misera, Buenos Aires 2000b, S. 11-17; zum Thema Brasilien: Ders.: Rumo a uma ditadura sobre os pobres? Nota aos leitores brasileiros. Vorwort zu *As Prisões da miséria*, Rio de Janeiro 2001 b, S. 7.

spin die gesellschaftlichen Ursachen der Delinquenz als bloße »soziologische Entschuldigungen« anprangert (in einem viel beachteten Interview, das *Le Monde* Anfang 1999 unter dem unbeabsichtigt ironischen Titel »Gegen das ›Einheitsdenken‹« veröffentlichte), dann verleugnet er das soziologische Denken, obwohl es ursprünglich mit dem sozialistischen Denken verbunden war, und legitimiert die neoliberale Sicht auf die Welt in ihren rückschrittlichsten Aspekten. Insgesamt hätte man erwarten können, dass eine an die Macht zurückgekehrte Linke eine mutige Politik der Abkehr von Kriminalisierung und Einkerkering anpackt, dass sie den Umfang und die Vorrechte des Sozialstaates ausweitet und die des strafenden Staates einschränkt. Das Gegenteil geschieht jedoch.¹⁷ Dieselbe Verzichts- und Entsagungspädagogik, die in der Wirtschaftspolitik eingesetzt wurde, wird nun auf den Bereich des Strafrechts angewendet.

In dieser Hinsicht ist es ein beunruhigender Trend, dass in Frankreich eine so genannte Republikanische Linke auftaucht, die den Zeiten nachtrauert, als Jugendliche noch einer schmerzhaften Disziplinierung unterworfen wurden. Es handelt sich um eine missgestaltete Form des Republikanismus, gespeist aus der Nostalgie für ein »Goldenes Zeitalter«, das nie existiert hat. Einige Leuten scheinen vergessen zu haben, dass diese Erziehung im alten Stil auf gesellschaftlichen Beziehungen beruhte, die grundlegend durch Ungleichheit und Gewalt gekennzeichnet waren, vor allem zwischen den Generationen und den Geschlechtern, und die die Gesellschaft als Ganze erzieht. Und man kann kein altmodisches System der Disziplin wiederherstellen, wenn überall sonst eine solche Form der rigiden Autorität in Frage gestellt und überwunden wurde. Als Herr Chevènement in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts unter Mitterand Bildungsminister war, wollte er ganz Frankreich mit Universitäten übersäen. Als er Ende der 90er Jahre das Innenministerium übernahm (dem die Polizei untersteht), plante er die von der Wirtschaftspolitik der Regierung verwüsteten Stadtviertel mit Polizeiwachen zu überziehen – und wartete vielleicht nur darauf, Gefängnisse in ihnen einzurichten.

In beiden Szenarien wird die Präsenz des Staates verstärkt, aber mit völlig entgegengesetzten Mitteln und Folgen: Das erste Szenario bedeutet eine Ausweitung von Lebenschancen, das zweite ihre Amputation; das eine stärkt die Legitimität der öffentlichen Autorität, das andere untergräbt sie. Es wäre nicht einmal karikierend, wenn wir diese Dualität in der folgenden Formel zusammenfassen würden: Universitäten und professionelle Managementjobs für die Kinder aus der Mittel- und Oberschicht – für die Sprösslinge der Arbeiterklasse, die in heruntergekommenen Wohnvierteln eingepfercht sind, prekäre Dienstleistungsjobs oder Stellen als Hilfspolizisten für die Überwachung der

17 Vgl. Gilles Sainatti/L. Bonelli (Eds.): *La Machine à punir. Pratique et discours sécuritaires*, Paris 2000.

vom neuen Arbeitsmarkt Ausgestoßenen und Zurückgewiesenen – unter der Drohung, eingesperrt zu werden. So sind zehn Prozent der von der Regierung subventionierten »Jugendjobs« *adjoints de sécurité* (Sicherheitsadjutanten), in den ärmlichen Gebieten rekrutierte Hilfskräfte der Polizeibeamten, denen es anvertraut wird, den Zugriff der Ordnungskräfte auf diese Stadtviertel zu fördern und auszuweiten.

Das Aufkommen des strafenden Staates ist keine ausgemachte Sache

Anders als in den USA, wo die Kriminalisierung des Elends zur selbstverständlichen Gewohnheit geworden und damit in die gesamte Struktur des Staates und in die öffentliche Kultur eingeschrieben ist, sind die Würfel in Europa noch längst nicht gefallen. So wenig wie die prekäre Beschäftigung, die einige als eine Art natürlicher Notwendigkeit darzustellen versuchen (auch sie stammt aus den USA), ist die Inflation des Kerkerwesens unausweichlich. Der Rückgriff auf den Gefängnisapparat in entwickelten Gesellschaften ist kein Schicksal, sondern eine Frage politischer Entscheidungen, und diese Entscheidungen müssen unter vollständiger Berücksichtigung der Fakten und ihrer Auswirkungen getroffen werden.

Um der Bestrafung der sozialen Prekarität entgegenzutreten, muss ein dreifacher Kampf geführt werden. Zuerst muss man auf der Ebene *der Worte und der Diskurse* die semantischen Verschiebungen aufhalten, die einerseits den Raum der Debatte einengen (indem z. B. der Ausdruck »Unsicherheit« auf die physische oder kriminelle Unsicherheit eingeschränkt wird und Fragen der sozialen oder wirtschaftlichen Unsicherheit ausgeklammert bleiben) und andererseits den strafrechtlichen Umgang mit Spannungen, die mit der Vertiefung sozialer Ungleichheiten verbunden sind, banalisieren (durch den Gebrauch von so vagen und inkohärenten Ausdrücken wie »städtische Gewalt«). Es kommt darauf an, die von den amerikanischen *think tanks* ausgeheckten Pseudo-Theorien und damit verbundenen »*law and order*«-Ideologien genau im Auge zu behalten und sie strikten Zollkontrollen in Form einer strengen logischen und empirischen Kritik zu unterwerfen.

Als nächstes muss an der Front *der Justizpolitik und -praxis* die Zunahme von Maßnahmen, die auf die Ausweitung des strafrechtlichen Schleppnetzes zielen, konterkariert werden. Wo immer es möglich ist, müssen Alternativen auf der Ebene der Sozialpolitik, der Gesundheitsversorgung oder der Ausbildung vorgeschlagen werden. Wir müssen die Tatsache betonen, dass polizeiliche Überwachung und Inhaftierung – weit entfernt davon, eine Lösung zu sein – typischerweise eben die Probleme verschärfen und vergrößern, die sie lösen sollen. Wir wissen, dass die Einkerkering – abgesehen davon, dass sie vor allem die verarmten Schichten der Arbeiterklasse, also Arbeitslose, prekär Beschäftigte und neu Eingewanderte trifft – selber eine treibende Kraft der Ver-

elendung darstellt.¹⁸ In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, unablässig daran zu erinnern, wie zerstörerisch die Bedingungen und Auswirkungen der Internierung heute sind, nicht nur für die Insassen selbst, sondern auch für ihre Familien und ihre Stadtviertel.

Und schließlich kann es sehr hilfreich sein, zwischen den Aktivisten und Wissenschaftlern, die sich mit den strafrechtlichen Fragen beschäftigen, und denjenigen, die an der sozialen Front kämpfen, Verbindungen zu knüpfen – und das *auf der europäischen Ebene* –, um die intellektuellen und praktischen Ressourcen zu optimieren, die in diesen Kampf eingebracht werden. Es existiert ein ungeheurer Fundus an wissenschaftlichen und politischen Kenntnissen, die im kontinentalen Rahmen genutzt und ausgetauscht werden könnten – und nicht nur auf dem Kontinent: Wissenschaftler und Aktivisten aus den USA können einen reichen Erfahrungsschatz beisteuern, der die kolossalen sozialen und menschlichen Kosten der Masseninhaftierung demonstriert. Denn die wirkliche Alternative zum Abgleiten in die Bestrafung der Armut – ob weich oder hart – ist der Aufbau eines europäischen Sozialstaates, der seinen Namen verdient. Das beste Mittel, um das Gefängnis zurückzudrängen, ist immer wieder die Stärkung und Ausweitung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte.

Übersetzung: Christian Frings

18 Vgl. Anne-Marie Marchetti: *Pauvretés en prison*, Ramonville Saint-Ange 1997.

Literatur

- Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998.
- Christie, Nils: *Crime Control as Industry: Towards Gulags, Western Style*, London 2000.
- Deacon, Alan: Learning from the USA? The influence of American ideas upon »New Labor« thinking on welfare reform, in: *Policy and Politics*, 28(1), 2000, S. 5-18.
- Faugeron, Claude: La dérive pénale, in: *Esprit* (215), Oktober 1995, S. 132-144.
- Garland, D. (Ed.): *Mass Imprisonment: Social Causes and Consequences*. London 2001.
- King, Roy D./Maguire, Mike (Eds.): *Prisons in Context*, New York 1998.
- King, Desmond/Wickham-Jones, Marc: From Clinton to Blair: The Democratic (party) origins of welfare to work, in: *The Political Quarterly*, 70(1), 1999, S. 62-74.
- Marchetti, Anne-Marie: *Pauvretés en prison*, Ramonville Saint-Ange 1997.
- Palidda, Salvatore: *Polizia postmoderna: etnografia del nuovo controllo sociale*, Milano 2000.
- Sainatti, Gilles/Bonelli, L. (Eds.): *La Machine à punir. Pratique et discours sécuritaires*, Paris 2000.
- Spierenburg, Pieter: *The Body and the State: Early Modern Europe*, in: Norval Morris/David J. Rothman (Eds.): *The Oxford History of the Prison: The Practice of Punishment in Modern Society*, Oxford 1995, S. 49-78.
- Stern Vivien: *A Sin Against the Future: Imprisonment in the World*, Boston 1997.
- Stone, Diane/Denham, Andrew/Garnett, Marc (Eds.): *Think Tanks across Nations*, Manchester 1999.
- Tonry, Michael/Petersilia, Joan (Eds.): *Prisons*, Chicago 1999.
- Wacquant, Loïc: How penal common sense comes to Europeans: Notes on the transatlantic diffusion of neoliberal doxa, in: *European Societies*, 1(3), Herbst 1999b, S. 319-352.
- Ders.: »Suitable enemies«: Foreigners and immigrants in Europe's prisons, in: *Punishment and Society*, 1(2), 1999 c, S. 215-223.
- Ders.: *Elend hinter Gittern*, Konstanz 2000.
- Ders.: The new »peculiar institution«: On the prison as surrogate ghetto, in: *Theoretical Criminology*, 4(3), 2000a, S. 377-389.
- Ders.: Mister Bratton goes to Buenos Aires: Prefacio à la edición para América Latina, in: *Las cárceles de la miseria*, Buenos Aires 2000b, S. 11-17.
- Ders.: Deadly symbiosis: When ghetto and prison meet and mesh, in: *Punishment and Society*, 3(1), 2001 a, S. 95-134.
- Ders.: Rumo a uma ditadura sobre os pobres? Nota aos leitores brasileiros. Vorwort zu *As Prisões da miséria*, Rio de Janeiro 2001b, S. 7-5.
- Zimring, Franklin, *The new politics of criminal justice: Of »three strikes«, truth-in-sentencing, and Megan's laws*, in: *Perspectives on Crime and Justice: 1999-2000 Lecture Series 4* (März) 2001, S. 1-22.

3. Umgang der extremen Rechten mit neuen sozialen Unsicherheiten sowie die Haltung der Gewerkschaften

Gudrun Hentges, Jörg Flecker

Die Sirenen-Gesänge des europäischen Rechtspopulismus

Denn es bezaubert ihn der helle Gesang der Sirenen,
Die auf der Wiese sitzen, von aufgehäuften Gebeine
Modern der Menschen umringt und ausgetrockneten Häuten.
Aber du steure vorbei, und verklebe die Ohren der Freunde
Mit dem geschmolzenen Wachse der Honigscheiben, daß niemand
Von den andern sie höre. Doch willst du selber sie hören;
Siehe dann binde man dich an Händen und Füßen im Schiffe,
Aufrecht stehend am Maste, mit festumschlungenen Seilen:
Daß du den holden Gesang der zwei Sirenen vernehmest.
Flehst du die Freunde nun an, und befehlst die Seile zu lösen;
Eilend feßle man dich mit mehreren Banden noch stärker!
Homer, Odyssee, 12. Gesang

Bei den Wahlen zum Europaparlament im Jahr 2004 votierte ein relevanter Anteil der WählerInnen für Parteien am rechten Rand – in einigen EU-Mitgliedsstaaten und Regionen (Frankreich, Belgien/Flandern) auch mit deutlich steigender Tendenz. Folgt man der Einschätzung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*,¹ so handelt es sich bei jenen Personen, die für die extreme Rechte votieren, um »grimmige und gelangweilte Wähler«, die den Regierungen ihres jeweiligen Landes lediglich einen »Denkzettel« verpassen wollen. Offenbar haben sich einflussreiche Zeitungen wie die F.A.Z. damit abgefunden, dass sich das Phänomen des europäischen Rechtspopulismus nunmehr auf einem hohen Niveau stabilisiert hat und Parteien der extremen Rechten in einigen EU-Mitgliedsstaaten an Regierungskoalitionen beteiligt sind oder waren (Regierungsbeteiligung der »Freiheitlichen Partei Österreich« bzw. des »Bündnis Zukunft Österreich«; Regierungsbeteiligung der »Alleanza Nazionale« und der »Lega Nord« in Italien bis zu den Wahlen im April 2006) bzw. Minderheitsregierungen unterstützen (Unterstützung der konservativ-rechtsliberalen Regierungskoalition durch die »Dänische Volkspartei«).

1 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 6. 2004, S. 9

Die Wahlerfolge und Regierungsbeteiligungen der Parteien der extremen Rechten stellen jedoch nur eine Dimension des politischen Phänomens dar. Jenseits der parteiförmigen Organisation existieren in West- und Osteuropa Gruppen, Gruppierungen und subkulturelle Szenen als Kristallisationspunkte rechtsextremer Einstellungen, Meinungen und Aktivitäten. Vor allem in Deutschland, Österreich, Spanien, Russland und der Tschechischen Republik verzeichnen nach Einschätzung des Europarats extremistische und ausländerfeindliche Gruppen derzeit großen Zulauf.² Mit der wachsenden Verbreitung rechtsextremer Ideologien fasste sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats und verabschiedete im Dezember 2005 eine Resolution mit folgendem Wortlaut:

- »10. The Assembly is particularly concerned as regards:
- 10.1. cases of desecration of memorials and graves of soldiers of the anti-Hitler coalition;
 - 10.2. attempts to rehabilitate, justify and even glorify those who participated in the war on the nazi side, especially in the ranks of groupings found to be criminal organisations at the Nurnberg Tribunal;
 - 10.3. the use of nazi symbols such as the fascist ›swastika‹, flag, uniform, etc., and others with clear indication to them;
 - 10.4. denial or minimizing the significance of the crimes committed by the nazi regime, in particular of the Shoah.
11. Furthermore, the Assembly is worried by political and social phenomena which, while making no direct reference to the nazi regime, should be seen in the light of its ideology, such as:
- 11.1 the growing number of manifestations of racial, ethnic and religious intolerance in daily life, including, inter alia, desecration of Jewish cemeteries and attacks on religious sites;
 - 11.2. attempts to create, through the media, a negative perception of some ethnic or religious groups;
 - 11.3. growing support for political parties and movements with a xenophobic agenda.« (Europarat 2005)

Die Parlamentarische Versammlung, die sich aus Delegationen der 46 Mitgliedsländer zusammensetzt, merkte kritisch an, dass die Verbreitung von Nazi-Ideologie, Rassismus und Xenophobie häufig nicht genügend beachtet wird und dass die politische Öffentlichkeit empfänglicher für rassistische, fremdenfeindliche und extremistische Ideen geworden zu sein scheint. Erforderlich sei die Entwicklung gemeinsamer koordinierter Aktivitäten, um einer Revitalisierung der Nazi-Ideologie entgegenzuwirken und um Xenophobie, Intoleranz und rassistisch motivierten Hass sowie politischen und religiösen Extremismus zu

2 Vgl. *Die Neue Epoche*, 13. 4. 2006.

bekämpfen. Die Parlamentarische Versammlung plant derzeit eine internationale Konferenz, um das Wiedererstarken rassistischer und nationalistischer Phänomene in europäischen Gesellschaften zu untersuchen.

Wurzeln des Rechtspopulismus in der Arbeitswelt?

Auch wenn unstrittig ist, dass zur umfassenden Erklärung des Phänomens die verschiedenen Ursachenerklärungen berücksichtigt werden müssen, wollen wir uns im folgenden Beitrag mit einem Aspekt beschäftigen, der in der Diskussion häufig entweder vollkommen ignoriert oder ökonomistisch verkürzt wird: Gefragt wird, ob und in welchem Maße Erfahrungen in der Arbeitswelt – und generell die Erfahrung des sozioökonomischen Wandels – dazu beitragen, dass die Betroffenen die Veränderungen ihrer Arbeits- und Erwerbssituation sowie ihrer Lebenslagen unter Rekurs auf rechtspopulistische Ideologien interpretieren.

Im Rahmen des EU-Forschungsprojektes SIREN³, das von Herbst 2001 bis Sommer 2004 in insgesamt acht europäischen Ländern durchgeführt wurde, fragten die ForscherInnen danach, ob – und in welcher Weise – Veränderungen in der Arbeitswelt einen Einfluss haben auf die Herausbildung politischer Deutungsmuster – oder präziser: Unter welchen Voraussetzungen können negative Erfahrungen in der Arbeitswelt dazu führen, dass die Beschäftigten mit ideologischen Angeboten der extremen Rechten sympathisieren? Welche Formen der Identifikation mit Leistung, Wettbewerb oder Standortkonkurrenz begünstigen die Hinwendung zu Angeboten der extremen Rechten? In Abgrenzung zur dichotomen Gegenüberstellung »Modernisierungsgewinner bzw. Modernisierungsverlierer« intendierte das SIREN-Projekt, die unterschiedlichen – auch gegensätzlichen – Erfahrungen zu erheben, die Beschäftigte seit Beginn der 1990er Jahre gemacht haben, um somit – auf Basis von qualitativen und quantitativen Daten – den Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Veränderungen und der Anziehungskraft der extremen Rechten genauer bestimmen zu können.

Im Rahmen der qualitativen Studie wurden insgesamt mehr als 300 Interviews geführt und ausgewertet. Bei der Zusammensetzung des Samples wurde darauf geachtet, dass die Hälfte der InterviewpartnerInnen eine Affinität zu rechtspopulistischen Einstellungen aufwies und die andere Hälfte der Befragten keine oder zu vernachlässigende Sympathien für rechtspopulisti-

3 »Socio-Economic Change, Individual Reaction, and the Appeal of the Extreme Right, SIREN« (www.siren.at). Die Untersuchung umfasste acht Länder und wurde von WissenschaftlerInnen aus Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Ungarn und der Schweiz durchgeführt und vom österreichischen Institut FORBA koordiniert. Die Finanzierung erfolgte durch die Europäische Kommission im Rahmen des Programms »Improving Human Potential and the Socio-Economic Knowledge Base«.

sche Ideologieelemente zeigte. Berücksichtigt wurde ferner die Heterogenität beruflicher Erfahrungen und sozialer Lebenslagen, indem prekär beschäftigte oder erwerbslose Personen, beschäftigte, aber von sozialem Abstieg bedrohte Personen sowie Personen, die einen beruflichen Aufstieg erlebt hatten, in die Untersuchung einbezogen wurden.

In diesem Beitrag fassen wir einen Teil der Ergebnisse der Untersuchung zusammen. In einem ersten Schritt gehen wir darauf ein, wie Personen in verschiedenen Lebens- und Erwerbssituationen ihre Arbeitsbedingungen und deren Veränderungen wahrnehmen und verarbeiten. Daran anknüpfend wird im Hauptteil des Beitrags anhand des empirischen Materials aufgezeigt, wie eine Hinwendung zum Rechtspopulismus und -extremismus⁴ aus den Erfahrungen in der Arbeitswelt verständlich werden kann. Dabei behaupten wir nicht, dass dieselben Erfahrungen nicht auch zu solidarisch-demokratischen Reaktionen führen, sondern beschränken uns in der Darstellung auf die Verstärkung rechter Orientierungen.

Subjektive Wahrnehmungen der Veränderungen in der Arbeitswelt

Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung unseres Samples war es möglich, eine breite Palette differenter Erwerbssituationen und Veränderungen der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse einzufangen, wobei wir uns auf die subjektiven Wahrnehmungen und Verarbeitungsformen konzentrierten. Im Hinblick auf Wirtschaftszweige und Berufe bildeten die öffentlichen Dienstleistungen (Post, Bahn, Telekommunikation), einzelne Industriebranchen sowie persönliche Dienste die Schwerpunkte der Untersuchung. Zu den berücksichtigten Umbrüchen in der Arbeitswelt zählen damit so einschneidende und weit reichende Prozesse wie die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Umstrukturierungen, Verlagerungen und Rationa-

4 Im Rahmen der qualitativen Untersuchung des SIREN-Projekts bezeichneten wir Einstellungen und Meinungen unserer InterviewpartnerInnen dann als rechtspopulistisch, wenn sie folgende Dimensionen aufwiesen: Aufwertung der Eigengruppe (u. a. Nationalismus), Abgrenzung von der Fremdgruppe (Ausländerfeindlichkeit, Xenophobie, Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus), Autoritarismus sowie Ablehnung der parlamentarischen Demokratie.

Sprechen wir im Folgenden von Rechtsextremismus (oder von der extremen Rechten), so definieren wir den Begriff in Anlehnung an Hans-Gerd Jaschke als »die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter Rechtsextremismus verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen.« Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Opladen 1994, S. 31.

lisierungen in der Industrie sowie die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Prekarisierung der Beschäftigung in den persönlichen Diensten.

Charakteristisch für die von uns geführten Interviews ist eine recht große Übereinstimmung hinsichtlich der Deutungsmuster, die den Wahrnehmungen und Verarbeitungen zugrunde liegen: Die Erwerbssituationen und die sich in diesem Bereich vollziehenden Veränderungen werden von der überwiegenden Mehrzahl der Befragten insbesondere danach beurteilt,

- inwiefern sie es erlauben, einen bestimmten Lebensstandard und ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen, aufrechtzuerhalten und die Integration in die Gesellschaft zu sichern,
- inwiefern berufliche Ansprüche im Hinblick auf den Inhalt der Arbeit und die Qualität der Arbeitsergebnisse realisiert werden können,
- inwiefern die erforderlichen Anstrengungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in einem erträglichen Rahmen bleiben und
- inwiefern Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit eingehalten werden, die Ansprüche insbesondere an erbrachte Beiträge und Leistungen sowie an Arbeitstugenden – wie die Unterwerfung unter Herrschaft und Disziplin – binden.

Bei einer Minderheit der Befragten finden sich hochgradig individualistische Orientierungen; demnach sollte es jedem und jeder selbst überlassen bleiben, die Herausforderungen der Wirtschaft bzw. des Arbeitsmarktes zu bewältigen. Eine Minderheit von Frauen wies eine stark ausgeprägte Familienorientierung auf, relativierte die Bedeutung der Erwerbsarbeit und interpretierte den sozioökonomischen Wandel in erster Linie vor der Folie der Zukunft ihrer Kinder.

Die große Bandbreite verschiedener Erwerbssituationen und Veränderungen der Arbeit, auf die trotz vielfacher Übereinstimmungen in den Deutungsmustern jeweils in unterschiedlicher Weise reagiert werden kann, erlaubt es nicht, an dieser Stelle die differentiellen Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster in ihrer Ausführlichkeit zu präsentieren.⁵ Es sollen deshalb hier nur einige Aspekte hervorgehoben werden, die mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, mit zunehmender Unsicherheit und Prekarität, mit Umstrukturierungen der Betriebs- und Arbeitsorganisation sowie mit Arbeitsbelastungen im Zusammenhang stehen.

Arbeitslosigkeit und Prekarität

Die Interviews mit jenen, die ihre Arbeit verloren haben, enthalten nicht so sehr Anzeichen von Scham, in der stigmatisierten Gesellschaftsgruppe der Erwerbslosen gelandet zu sein. Vielmehr verwiesen diese Personen auf ihre Lei-

5 Vgl. Gudrun Hentges/Malte Meyer/Jörg Flecker/Sabine Kirschenhofer/Eva Thoft/Edvin Grinderslev/Gabrielle Balazs: *The Abandoned Worker – Socio-Economic Change And The Attraction Of Right-Wing Populism*. European Synthesis Report On Qualitative Findings, Vienna 2003, S. 33 ff.

stungsorientierung, ihre Beiträge zum Unternehmen und zur Gesellschaft, ihre Unterordnung unter die Normen der Arbeitsgesellschaft, die allesamt nicht anerkannt und honoriert wurden. Viele der von uns befragten Erwerbslosen leiden insbesondere unter dem Bruch impliziter Verträge in dem Sinn, dass ihnen Einkommen, Anerkennung und Status vorenthalten werden, die sie sich als Gegenleistung berechtigterweise erwartet hatten. Für manche ist mit dem Verlust des Arbeitsplatzes buchstäblich eine Welt zusammengebrochen, sie erlitten einen Schock, auf den Identitätsverlust und soziale Isolation folgten. Als besonders auffallend erwiesen sich subjektiv wahrgenommene Verletzungen der Menschenwürde im Fall eines vermeintlich »sozialverträglichen« Personalabbaus: Während die einen nur von einem »bitteren Nachgeschmack« sprachen, da sie nach 30 Jahren Betriebszugehörigkeit nur zwei Wochen Bedenkzeit erhalten hatten, um das Angebot des vorzeitigen Ruhestands anzunehmen, fühlten sich andere durch eine erzwungene Pensionierung zu tiefst verletzt und betrogen.

Personen in gefährdeten Beschäftigungs- und Lebenslagen – in der »Zone der Prekarität«⁶ bzw. der »Zone der sozialen Verwundbarkeit«⁷ – haben teilweise einen beruflichen Abstieg hinter sich, der mit Versetzungen von Abteilung zu Abteilung, von Werk zu Werk oder mit einer Betriebsschließung begann und in einem Gelegenheitsjob endete. Für viele wiegt in einer solchen Situation der Verlust der beruflichen Identität besonders schwer, wie folgender Interviewausschnitt anschaulich zeigt:

»Ich arbeite, mir geht es sehr gut, aber ich hatte eine vorherige Karriere, ich habe vorher etwas anderes gemacht. Ich war eine Chefsekretärin und ich wollte eine Chefsekretärin sein. Jemand, der Ingenieur ist, sollte weiterhin Ingenieur sein. Gut, es ist vorbei, das gibt es nicht mehr. Man muss einen Schlussstrich ziehen. Man muss zu sich sagen: ›Es ist gut, Du hast Glück, Dir geht es gut, Du hast eine Arbeit, Du hast Dein Gehalt am Ende des Monats. Es ist großartig. Aber vergiss, was Du vorher getan hast. Vergiss es!« (*Frau Melle, Angestellte in einem Copyshop, Frankreich*)

Manche unserer Befragten, die erwerbslos waren oder sich in sehr unsicheren Erwerbssituationen befanden, haben es schlicht aufgegeben, an die Zukunft zu denken. Sie scheinen sich resigniert damit abgefunden zu haben, dass es ihnen nicht möglich ist, Pläne zu machen und dass sie gezwungen sind, sich passiv an alles anzupassen, was ihnen widerfährt. Nicht nur Arbeit und Erwerbsleben erweisen sich als nicht mehr planbar, sondern auch der Konsum und das private Leben. Diese Situation geht mit großer Angst vor sozialer Isolation einher.

6 Vgl. Robert Castel: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Pierre Bourdieu (Hrsg.): Der Lohn der Angst – Flexibilisierung und Kriminalisierung in der »neuen Arbeitsgesellschaft«, Liber – Internationales Jahrbuch für Literatur und Kultur 99/00, Konstanz 2001.

7 Vgl. Ders.: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S. 13 ff.

Die gestiegene Unsicherheit der Beschäftigung und des Einkommens wird recht unterschiedlich wahrgenommen. Ältere Beschäftigte fühlen sich angesichts der geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch eine Gefährdung des Arbeitsplatzes am stärksten bedroht. Zugleich ist den älteren Arbeitskräften klar, dass im Fall von Personalabbau, der Privatisierungen und Umstrukturierungen begleitet, sie es sein werden, die gehen müssen. Unsicherheit kann aber auch als Herausforderung wahrgenommen werden: Für manche jungen, hoch qualifizierten Personen, die von ihrer Ausbildung, ihren Kompetenzen und sozialen Beziehungen überzeugt sind, stellen die Risiken des Erwerbslebens bisweilen eher einen Anreiz dar. Der Kreis dieser Personen ist im Hinblick auf die Qualifikation, die Mentalität, das soziale Kapital und die persönliche Ungebundenheit jedoch recht klar und eng abgesteckt. Doch selbst diese Personen betonten, dass volles Risiko und voller Einsatz nur für eine begrenzte Lebensphase vorstellbar sind und dass die Zukunft im Ungewissen liegt.

Umbrüche innerhalb des »Normalarbeitsverhältnisses«

GesprächspartnerInnen, die in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt, aber von Umstrukturierungen betroffen sind, sorgten sich häufig über die Entwertung ihrer Qualifikationen und arbeitsbezogenen Werthaltungen. So konnten Beschäftigte unter geänderten Bedingungen die bisher angeeigneten Fähigkeiten und Erfahrungen nicht mehr nutzen, oder sie machen die Erfahrung, dass neue Manager ihre individuellen Fähigkeiten und Ressourcen nicht anerkennen. Die neuen wirtschaftlichen Spielregeln lassen es oft nicht mehr zu, dass die Produkte in der bisherigen Qualität hergestellt bzw. die Dienstleistungen auf dem bisherigen Niveau angeboten werden können. Die Befragten brachten häufig ihren verletzten Stolz zum Ausdruck und sprachen von dem Gefühl, dass die eigenen Fähigkeiten und Arbeitstugenden nun obsolet geworden seien.

Die Entwertung (traditioneller) Qualifikationen geht jedoch einher mit ständig steigenden (neuen) Qualifikationsanforderungen. Wie die Interviews zeigen, werden diese neuen Herausforderungen von den Beschäftigten nicht unbedingt positiv beurteilt und sollten auch nicht lediglich mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Weiterbildung abgetan werden:

»Jeder braucht jetzt eine theoretische Ausbildung. Aber es ist absolut nicht notwendig. Es ist kein Platz mehr für einfache Leute mit anderen Fähigkeiten. In ein paar Jahren wird es unmöglich für normale Leute wie mich sein. Man muss so intelligent sein, so intelligent. Das ist nicht fair!« (*Frau Jørgensen, angelernte Arbeiterin, Druckerei, Dänemark*)

Die häufigen Veränderungen der Arbeitsorganisation in den Betrieben war ein weiteres zentrales Thema in den Interviews. Ständige Umstrukturierungen,

die nicht nur, aber besonders ausgeprägt, in den Unternehmen der öffentlichen Dienstleistungen festzustellen waren, werden als große Belastungen erlebt, weil sie die Bewältigung der Arbeit erschweren und die Unsicherheit der Beschäftigten erhöhen. Was die Veränderung der Arbeitsorganisation betrifft, berichtete ein Teil der Befragten über zunehmende Einflussmöglichkeiten und Verantwortung, während andere von schärferen Kontrollen durch Vorgesetzte und stärker tayloristischen Arbeitsformen betroffen waren. Formen der Arbeitsorganisation mit mehr Autonomie und Verantwortung führten bei manchen zu einem höheren Maß an Zufriedenheit, setzten andere jedoch unter Druck und wurden generell insbesondere wegen der immer höheren Arbeitsanforderungen recht ambivalent erlebt.

Gemeinsam ist den meisten InterviewpartnerInnen, dass sie einen kontinuierlichen Anstieg des Arbeitsdrucks nun schon seit Anfang der 1990er Jahre wahrnehmen. Dieser Befund der qualitativen Untersuchung wurde von der SIREN-Umfrage bestätigt: Nicht weniger als 60% der Befragten berichteten von einem Anstieg des Arbeitsdrucks, während nur 14% den Eindruck hatten, dass dieser nachgelassen habe.⁸ Nicht wenige äußerten in diesem Zusammenhang die Befürchtung, in Zukunft nicht mehr mithalten zu können. Damit führt der große Arbeitsdruck nicht nur zu negativen Bewertungen der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen, sondern auch zu erhöhten Unsicherheitsgefühlen. Die älteren Arbeitskräfte, insbesondere die Altersgruppe zwischen 45 und 54 Jahren, bewertete dabei die Veränderungen der Arbeitsbedingungen in allen Dimensionen am negativsten.

Die Interpretation der subjektiven Wahrnehmungen der Veränderungen im Erwerbsleben in allen acht Ländern ergibt insgesamt das Bild, dass für viele die grundlegende Balance im Bezug zur Arbeit zwischen den Anstrengungen und Opfern einerseits und der zu erreichenden sozialen Anerkennung und Sicherheit andererseits durch die Umbrüche, die sich innerhalb der Arbeitswelt vollziehen, bedroht ist. Es wurde aber auch ein relativ starker Eigensinn der ArbeitnehmerInnen erkennbar. Ihre Deutungen erwiesen sich als überwiegend von einer Lohnarbeitsgesellschaft geprägt, in der auch körperlich Arbeitende in die Gesellschaft integriert sind und relative soziale Sicherheit erwarten können.⁹ Entgegen der neoliberalen Indoktrination, der sie nun schon über zwei Jahrzehnte ausgesetzt sind, fordern sie die Einhaltung des sozialen Tauschs von Unterordnung und Aufopferung gegen soziale Integration und materielle Absicherung ein. Die herrschende Ideologie hat zwar bewirkt, dass Ansprüche an menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit nicht mehr offen ausgesprochen werden; sie werden aber stillschweigend gestellt und nähren Gefühle der Ungerechtigkeit und der Benachteiligung.

8 Vgl. Yves De Weerd/ Hans De Witte/ Patrizia Catellani/ Patrizia Milesi: *Turning Right? Socio-Economic Change And The Receptiveness Of European Workers To The Extreme Right*, Leuven 2004.

9 Vgl. Castel 2001.

Wie wirken sich Veränderungen in der Arbeitswelt auf politische Orientierungen aus?

Bei der Analyse der politischen Reaktionen auf die Erfahrungen mit dem sozioökonomischen Wandel ging es uns nicht in erster Linie um Meinungen, Wahlverhalten oder Parteizugehörigkeit. Wir waren an politischen Orientierungen in einem viel weiteren Sinn interessiert: Diese schließen Gesellschaftsbilder sowie normative und moralische Vorstellungen von der sozialen Ordnung ein, Gerechtigkeitsvorstellungen und Ungerechtigkeits Erfahrungen im sozialen Leben, Glückshoffnungen, Bedürfnisse nach Anerkennung und kultureller Identität etc. – kurz: verschiedene »Potentiale politischer Subjektivität«.¹⁰ Ihre Analyse sollte zu einem Verständnis dessen beitragen, weshalb viele Personen zur Deutung ihrer Lebenslage und gesellschaftlichen Situation auf ideologische Elemente des Rechtspopulismus bzw. -extremismus rekurrieren und politische Botschaften oder Politikstile der extremen Rechten attraktiv finden. Die Auswertung unseres Interviewmaterials zeigte, dass die Zusammenhänge zwischen der Betroffenheit vom sozioökonomischen Wandel und den politischen Orientierungen in vielfältigster Weise bestehen und in Abhängigkeit folgender Faktoren variieren: soziales Milieu, Geschlecht, Biografie, Alter, psychische Dispositionen, sozialer Status, geografischer und kultureller Kontext. Einige Zusammenhänge bildeten jedoch häufig anzutreffende Deutungsmuster – zwei von ihnen sollen im Folgenden skizziert werden –, die es erlauben, die Wege hin zu einer Hinwendung zum Rechtspopulismus und -extremismus besser nachzuzeichnen. In der Untersuchung wurden auch gegenteilige politische Reaktionen wie etwa die Stärkung sozialistischer Überzeugungen erhoben, können aber hier nicht dargestellt werden.

Gefühle der Benachteiligung und die moralische Kategorie des »Volkes«

Ein verletztes Gerechtigkeitsempfinden ergibt sich vielfach daraus, dass Menschen trotz harter Arbeit und vielfältiger Opfer ihren bisherigen Lebensstandard und sozialen Status nicht halten oder die angestrebten Ziele in dieser Hinsicht nicht erreichen können. Die Befragten brachten zum Ausdruck, dass sie sich für ihre Unterwerfung nicht belohnt, manchmal sogar eher bestraft fühlten: »Aber für des, dass du ordentlich gearbeitet hast – I' fühl' mich halt bestraft für das.« (*Frau Frank, Österreich*); »Aber dafür, dass du ordentlich gearbeitet hast – ich fühl mich halt bestraft dafür.« (*Herr Oster, Deutschland*); »Wir sind zu anständig, zu verdammt dumm und anständig.« (*Herr Bouler, Eisenbahnarbeiter in Pension, Frankreich*)

10 Vgl. Helmut Dubiel: Ungewissheit und Politik, Frankfurt am Main 1994.

Die Erfahrung, nicht dafür belohnt worden zu sein, dass man die Härten des Arbeitslebens immer »ohne Murren« ertragen hat, führt zu tiefen Enttäuschungen. Die damit verbundene Aggression wird von vielen Medien und PolitikerInnen auf andere soziale Gruppen gelenkt, welche angeblich den Zumutungen der Arbeit nicht ausgesetzt sind und »trotzdem gut leben«, seien dies Asylsuchende, »Sozialschmarotzer« oder Politiker, »die es sich richten«. Man kann die Reaktionen nicht verstehen, wenn man das Arbeitsleid ignoriert, das diese Personen in Form von körperlichen und psychischen Belastungen und vielfachem Verzicht ertragen – und sich dennoch oft in einer eher prekären Lebenslage wiederfinden.

Die unmittelbaren Arbeitsbedingungen können für das Verständnis der individuellen Deutungs- und Verarbeitungsmuster also entscheidend sein: Das Arbeitsleid muss in der Regel mangels Artikulations- und Gestaltungsmöglichkeiten verdrängt werden und kann so zur verschobenen Aggression gegen andere führen, insbesondere gegen jene, die gemäß eigener Wahrnehmung einem solchen Leid ungerechtfertigt entkommen. Zuweilen liegt das Hauptproblem nicht in einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sondern in ihrem Gleichbleiben unter Bedingungen zunehmender Unsicherheit der Beschäftigung und steigender Lebenshaltungskosten.

Die Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens bleibt freilich nicht auf prekäre Lebenslagen beschränkt. Sie ist auch in der Welt der qualifizierten Angestellten zu finden, wo sie beispielsweise darin wurzeln kann, dass ein neues Management im Unternehmen die beruflichen Erfahrungen, das Engagement und die bisherigen Leistungen der Beschäftigten nicht anerkennt. Hohe Arbeitslast, ausufernde Arbeitszeiten und wachsende Flexibilitätsanforderungen können dazu führen, dass die Betroffenen ihre Abneigung auf all jene projizieren, die sich nicht im selben Ausmaß für das Wohl des Unternehmens und der Volkswirtschaft aufopfern wie sie selbst. Dies kann bis zum Ruf nach Zwangsarbeit für Arbeitslose führen: »Die müssten eine Schuppe in die Hand bekommen und jeden Tag einen Kubikmeter schütten.« (*Herr Müller, Ressortleiter bei der Telekom, Deutschland*) Solche autoritären Haltungen können durch die wahrgenommene Existenzgefährdung des Unternehmens verstärkt werden und zur Verachtung von KollegInnen führen, die nicht ausreichend viel leisten.

Diese Reaktionen waren in allen untersuchten Ländern zu finden, wobei Ungarn ein besonders interessantes Beispiel darstellt. Die ökonomische und gesellschaftliche Transformation reduzierte den Lebensstandard von vielen und erhöhte massiv die Unsicherheit. Jene, denen es gelang, ihre materielle Lebenslage zu erhalten oder zu verbessern, mussten dafür einen unglaublichen Aufwand treiben. Verbreitet sind Zweit- und Drittjobs, um zusätzliches Einkommen zu erreichen; bisweilen bauen Beschäftigte neben einer Vollzeitstellung einen eigenen Betrieb auf. Zweifelsohne muss dafür die gesamte Zeit

aufgewandt werden, die nicht für Schlafen, Essen und Körperpflege gebraucht wird. Die Interpretation der Interviews in Ungarn zeigte, dass der drohende Verlust des Lebensstandards und die prekären Erwerbs- und Lebenssituationen Vorurteile verstärken oder überhaupt erst mobilisieren können, die durch die familiäre Sozialisation erworben wurden. Insbesondere Anti-Kommunismus und Antisemitismus können so zu Sympathien oder auch zu einer Wahlentscheidung für eine rechtsextreme bzw. -populistische Partei führen.

Häufig nähren die Erfahrungen im Arbeitsalltag und die Umstrukturierungen im Unternehmen das Gefühl, dass »*die da oben*«, welche die Entscheidungen treffen, nicht über die konkrete Arbeitssituation Bescheid wissen und nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Damit korrespondiert die kontrastierende Gegenüberstellung »des Volkes« mit »den Eliten«, die auch ein konstitutives Element rechtspopulistischer Ideologie ist. Die Einzelgeschichten stimmen u. a. in der Identifikation mit den Mittelschichten überein, mit dem Milieu, »in dem sich die Menschen ihren Lebensunterhalt korrekt verdienen, ohne sich weiß Gott was leisten zu können.« (*Herr Bollinger, pensionierter Abteilungsleiter, Schweiz*) Wenn es um die Beherrschung von oben durch Politiker oder jene geht, welche die Entscheidungen treffen, wird häufig das Pronomen »wir« verwendet (»Die glauben, wir sind Idioten«), das eine moralische Kategorie darstellt: Es sind diejenigen, die hart arbeiten, um ein Auskommen zu finden und die der »Unverantwortlichkeit« der wirtschaftlichen und politischen Eliten ausgeliefert sind und von der arbeitsscheuen Unterklasse ausgenutzt werden.¹¹ Das Bewusstsein und die Selbstdefinition als ArbeiterInnen wurden vom Rechtspopulismus also erfolgreich als »Volk« angesprochen, das sich in einer doppelten Abgrenzung nach oben und unten sowie durch ethnische Grenzbeziehungen konstituiert.

Einige befragte Frauen bezogen ihre Ungerechtigkeitsgefühle sehr deutlich auf die doppelte Benachteiligung als Arbeiterinnen und als Frauen: Sie rechnen ihre Diskriminierungserfahrungen und Probleme in der Erwerbsarbeit mit ein, die sich aus patriarchalischen Familienverhältnissen und aus der Unvereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft ergeben. Einige von ihnen schmerzt es am meisten, dass sie trotz harter Arbeit und weitgehenden persönlichen Opfern die wirtschaftliche Unabhängigkeit von ihrem Ehemann oder Lebenspartner nicht aufrechterhalten können. Andere, die ihre eigenen Karrierepläne und -hoffnungen längst aufgegeben haben, äußern sich in erster Linie besorgt über das Schicksal ihrer Kinder. Die eher familienorientierten Frauen zeigten sich aus zwei Gründen von Rechtspopulisten angesprochen: Zum einen ging

11 Vgl. Francesca Pogliа Mileti/Riccardo Tondolo/Fabrice Plomb/Franz Schultheis/Malte Meyer/Gudrun Hentges/Ingrid Mairhuber/Jörg Flecker: *Modern Sirens And Their Populist Songs: A European Literature Review On Changes In Working Life And The Rise Of Right-Wing Populism*, Neuchâtel/Vienna 2002.

es ihnen um Kinderbetreuung, Qualität der Schulen oder Zugang zur Berufsausbildung, zum anderen um die Anerkennung ihrer Identität als Mutter, die ihnen von den fortschrittlichen VertreterInnen der Mittelschichten bzw. sozialdemokratischen PolitikerInnen versagt wird.

Wir können aus den Interviewergebnissen schließen, dass der sozioökonomische Wandel viele dazu zwingt, ihre Position in der sozialen Welt zu überdenken und neu zu bewerten. Die Veränderungen können zu einer Situation führen, in der die materiellen und symbolischen Belohnungen nicht mehr als ausreichender Ausgleich für die Anstrengungen und Opfer des Erwerbslebens wahrgenommen werden. Das kann in den Erfahrungen in der Arbeitswelt begründet sein – also etwa in zunehmendem Arbeitsdruck, mangelnder Anerkennung oder prekärer Beschäftigung –, mag aber auch verursacht sein durch die Bedrohung des Lebensstandards durch gestiegene Lebenshaltungskosten. Beides wirkt sich darauf aus, wie die Menschen ihr Arbeitsleben deuten und inwiefern sie sich mit körperlich und psychisch schädigenden Arbeitsbedingungen abfinden können. Der Verlust der Balance in ihrem Bezug zur Arbeit bei gleichzeitigem Mangel an legitimen Ausdrucksformen für das Leiden scheint in vielen Fällen der Schlüssel für das Verständnis dafür zu sein, warum der Rechtspopulismus und -extremismus verstärkt Anklang findet: Anknüpfend an die weit verbreiteten Gefühle der Benachteiligung gelingt es der extremen Rechten, soziale Problemlagen und Verwerfungen – z. B. den Abbau sozialer Sicherungssysteme – mit der Präsenz von MigrantInnen in westlichen Industriestaaten in Verbindung zu bringen und damit soziale Probleme zu ethnisieren.

Unsicherheit, Ohnmachtsgefühle und Autoritarismus

Neben dem verletzten Gerechtigkeitsempfinden bildeten die soziale und materielle Unsicherheit und die Bedrohung durch sozialen Abstieg einen weiteren Schwerpunkt der sozialen Problemlagen, die durch sozioökonomische Veränderungen verschärft werden. Wie bereits oben dargestellt, waren viele unserer Befragten verstärkter und sukzessive zunehmender Unsicherheit der Beschäftigung und des Einkommens ausgesetzt. Dies ist vor allem für jene ein gravierendes Problem, die weder über das kulturelle Kapital verfügen noch über die psychischen Dispositionen, um die Unsicherheiten als Herausforderungen zu interpretieren.

Nur wenige konnten vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen die weitreichenden Umstrukturierungsprozesse so positiv beurteilen, wie der bei einem *global player* beschäftigte Chemiemeister und freigestellte Betriebsrat, der unter dem Eindruck von Fusionsprozessen und im Vorfeld einer Standortverlagerung nach Spanien zu seinen Kollegen sagte: »Leute, Chaos ist immer ein Risiko, aber Chaos ist auch eine Chance. Empfinde ich nachher auch so, emp-

finde ich auch immer noch so.« (*Herr Runge, Chemiemeister, Deutschland*) Sein jüngerer Kollege nahm die Manager als »eiskalt«, rücksichtslos und egoistisch wahr: »Da habe ich den Mann persönlich kennen gelernt als absolut eiskalten Mann. Das war für mich kein Mensch mehr. Das war nur noch ein Manager, der irgendwelche Zahlen im Kopf hat, irgendwelche Ziele. Und der sagt eiskalt zu uns ... Da ging es irgendwie um Personalabbau, um Kosteneinsparung und so weiter. Da sagt er zu uns: ›Je besser es der Firma geht, umso mehr Geld kriege ich.‹« (*Herr Sturm, Maschinenschlosser in der Chemieindustrie, Deutschland*)

Unsicherheit und Kontrollverlust stehen auf einer allgemeinen Ebene mit Rechtspopulismus dadurch in Zusammenhang, dass dieser das »Volk« als ohnmächtiges Opfer übermächtiger Gegner anspricht, häufig ohne dabei auf spezifische Interessen einzugehen.¹² Es besteht aber auch ein deutlicher Zusammenhang mit der Ideologie des »Standortnationalismus«,¹³ insofern Personen ihre Gefühle der Machtlosigkeit oft nicht unter Bezugnahme auf die eigene sozioökonomische Situation ausdrücken, sondern auf die Lage des Landes oder der Gesellschaft insgesamt verweisen: »Wir sind ökonomisch am Ende und wir sind vollkommen machtlos. Deutschland hat seine Bedeutung in der Welt verloren.« (*Herr Marzahl, Einkäufer, Bauwirtschaft, Deutschland*) Ein weiterer direkter Zusammenhang ist darin zu erkennen, dass sich Menschen, die sich um ihre Lebensperspektiven sorgen, in ihren Ausführungen häufig die Vergangenheit glorifizieren. Das kann zu nostalgischen Berichten führen, in denen die guten alten Zeiten der unerfreulichen Gegenwart und der beängstigenden Zukunft gegenübergestellt werden, und stimmt mit den rückwärtsgerichteten utopischen politischen Botschaften des Rechtspopulismus überein, in denen traditionelle Gemeinschaften glorifiziert werden.

Auf einer konkreteren Ebene zeigten die Interpretationen der Interviews, wie Gefühle der Unsicherheit und Machtlosigkeit autoritäre und ausgrenzende Reaktionen hervorbringen und von einem subjektiv gefühlten Mangel an politischer Vertretung begleitet sein können. Der Fall von Herrn Vanhaard, einem belgischen Eisenbahner, ist eine gutes Beispiel für eine *autoritäre* Reaktion. Als seine Frau ihren Arbeitsplatz wegen des Konkurses der staatlichen Fluglinie verlor, wurde ihm schlagartig bewusst, dass die Arbeit bei einem staatlichen Unternehmen keine Beschäftigungsgarantie bedeutet. Die gefühlte Unsicherheit bringt ihn dazu, nicht nur die Regierungspolitik, sondern auch seine Kollegen zu verurteilen. Er zeigt sich als unerbittlich gegenüber jenen, die mit dem beschleunigten Arbeitstempo nicht mithalten können oder sich in

12 Vgl. Dubiel 1994; Heinz Steinert: Kulturindustrielle Politik mit dem Großen & Ganzen: Populismus, Politik-Darsteller, ihr Publikum und seine Mobilisierung, in: Politik und Gesellschaft Online, International Politics and Society 4, 1999, S. 402-413.

13 Christoph Butterwege: Von der »Vaterlandsliebe« zur Sorge um den Wirtschaftsstandort, in: Ders./ Gudrun Hentges (Hrsg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster 1999, S. 26; vgl. auch Butterwege in diesem Band.

seinen Augen nicht genügend anstrengen und damit den Bestand des Unternehmens – somit auch seinen eigenen Arbeitsplatz und sein Pensionskonto – gefährden.

Gefühle der Unsicherheit und Machtlosigkeit gegenüber Entwicklungen im Unternehmen, auf dem Arbeitsmarkt und in der globalen Wirtschaft werden durch die Wahrnehmung verschärft, dass die politischen VertreterInnen keinen Schutz mehr gewähren können. ArbeitnehmervertreterInnen erscheinen als handlungsunfähig, als den Unternehmen ausgeliefert oder als solche, die mit dem Management gemeinsame Sache machen. Diese Wahrnehmungen verweisen auf die asymmetrischen Machtbeziehungen im Allgemeinen zwischen dem zunehmend mobilen Kapital auf der einen Seite und den Gewerkschaften auf der anderen, die Mitglieder verlieren und zu Zugeständnissen an die Arbeitgeber gezwungen sind. Sie beziehen sich aber auch auf die unmittelbare Unterstützung für einzelne ArbeiterInnen in schwierigen Zeiten. In dieser Hinsicht ist das Ergebnis gemischt: Während ein Teil der InterviewpartnerInnen klar differenziert zwischen den InteressenvertreterInnen im Betrieb auf der einen und »den« PolitikerInnen auf der anderen Seite, berichten andere von mangelnder Unterstützung durch ihre Gewerkschaft bei Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber.

Die erlebte Unsicherheit kann den politischen Autoritarismus insofern hervorrufen, als Gefühle sowohl der eigenen Ohnmacht als auch der Ohnmacht politischer Institutionen die Sehnsucht nach handlungs- und durchsetzungsfähigen Führungspersönlichkeiten stärkt, und jene PolitikerInnen und UnternehmerInnen Aufmerksamkeit und Hoffnung auf sich ziehen, die den Eindruck erwecken, etwas bewirken zu können.

Unsere Analyse der Beziehung zwischen Unsicherheit, Machtlosigkeit und politischer Orientierung erbrachte Informationen über einen weiteren, scheinbar entgegengesetzten Zusammenhang, den wir »konformistische Rebellion«¹⁴ nennen. Rassismus ist – zumindest für manche unserer InterviewpartnerInnen – eine Strategie, ihren Protest gegen soziale Ungerechtigkeit in einer sozial akzeptablen Form zu artikulieren. Sogar wenn sie linken Klassenkampf- und Gleichheitsparolen ausgesetzt wären, wäre es unwahrscheinlich, dass sie diese ohne Probleme übernehmen würden. Schließlich wäre dabei die Gefahr weiterer Ausgrenzung und Isolation noch größer, als wenn sie der halboffiziellen Ideologie folgen. Indem sie eine stark autoritäre Reintegration der »Volksgemeinschaft« verlangen, idealisieren manche Befragte (mit einem Hang zu rechtsextremen Ideologien) jene Mechanismen, die ihre eigenen ökonomischen und emotionalen Bedürfnisse sehr effektiv dem Willen der mächtigen Akteure und Institutionen unterordnen. Was im Hinblick auf die Klassenbeziehungen

14 Gudrun Hentges/Malte Meyer: Right-Wing Extremist Attitudes In Germany – Implications Of Competitive Nationalism And Neoliberalism, Cologne 2003, S. 55.

als konformistisch bezeichnet werden kann, erscheint in der Wahrnehmung der meisten InterviewpartnerInnen als Rebellion gegen den Zwang zur *political correctness*. Im Kontext der Einwanderung äußerten viele das Gefühl, über die damit in Zusammenhang stehenden Probleme »nichts sagen zu dürfen«. Es ist nicht überraschend, dass das daraus folgende Unbehagen die rassistischen Äußerungen rechtspopulistischer PolitikerInnen besonders erfrischend wirken lässt. Wir haben es daher mit einer Rebellion im doppelten Sinn zu tun: Mit einem Protest gegen soziale Ungerechtigkeit und mit einer Verletzung der *political correctness*. Und diese Rebellion ist konformistisch, weil sie durchaus im Einklang mit den teilweise verdeckten Haltungen der ökonomischen und politischen Eliten steht.

Politische Konversionen als Reaktion auf Erfahrungen in der Arbeitswelt

Im vorangegangenen Kapitel beschrieben wir die wichtigsten Wechselwirkungen zwischen den Wahrnehmungen sozioökonomischer Veränderungen und den Potenzialen politischer Subjektivität, die wir bei der Auswertung der erhobenen qualitativen Daten herausarbeiten konnten. Die Varianz dessen, wie unterschiedlich Personen die Realität erfahren und unter Rekurs auf Elemente der rechtsextremen Ideologie interpretieren, konnten wir nicht darstellen. Im Folgenden möchten wir die Bandbreite detaillierter darlegen, um den Eindruck zu verhindern, dass bestimmte Elemente sozioökonomischen Wandels und insbesondere individueller Reaktionen als die Hauptursache für den Erfolg des Rechtspopulismus und -extremismus angesehen werden.

Bedrohungsgefühle von Angehörigen der Mittelschichten

Mitte der 1930er Jahre konstatierte der Ökonom David Saposs: »Fascism (...) [is] the extreme expression of middle-classism or populism (...). The basic ideology of the middle class is populism. (...) Their ideal was an independent small property-owning class consisting of merchants, mechanics, and farmers. This element (...) now designated as middle class, sponsored a system of private property, profit, and competition on an entirely different basis from that conceived by capitalism.«¹⁵ Angehörige der Mittelklasse wandten sich gegen den Kapitalismus und gegen »big business«.

Ein viertel Jahrhundert später rekurrierte Seymour Martin Lipset (1960) in seinem Buch »The Political Man« auf diese vertretene These und erweiterte sie folgendermaßen: Jede soziale Schicht könne sowohl eine demokratische als auch extremistische Ausdrucksform wählen: »The extremist movements of the

15 David J. Saposs, zit. nach Martin Seymour Lipset: *The Political Man. The Social Bases Of Politics*, New York 1960, S. 134.

left, right, and centre (...) are based primarily on the working, upper, and middle classes, respectively.«¹⁶ Der Rechtsextremismus rekrutiere seine Anhängerschaft aus derselben sozialen Schicht, auf die sich auch die liberalen Parteien stützen: aus der Mittelschicht. Sozioökonomische Krisenprozesse führten dazu, so Lipsets Argumentation, dass sich die ehemaligen Anhänger liberaler Parteien rechtsextremen Parteien zuwandten. Die NSDAP habe ihre Wahlerfolge vor allem den alten Mittelschichten zu verdanken, die infolge der Modernisierungsprozesse vom Niedergang und von der Deklassierung bedroht waren.

Für die von Lipset vertretene These lassen sich in unserem empirischen Material verschiedene Beispiele finden. Wir unterscheiden hier a.) zwischen den Angehörigen des Mittelstandes mit einer rechtskonservativen und nationalistischen Mentalität und b.) jenen Angehörigen des Mittelstandes, die aufgrund sozioökonomischer Veränderungen Ängste vor einem sozialen Abstieg und vor dem Verlust ihrer »kulturelle Identität« entwickeln.¹⁷

Gefühle von Unsicherheit aufgrund fortschreitender Modernisierungsprozesse, das subjektive Empfinden, die eigene kulturelle Identität sei bedroht und die sentimentale Hinwendung zur Nostalgie finden sich in zahlreichen Interviews, die wir mit Angehörigen des Mittelstandes geführt haben. Gemeinsam ist den hier Befragten, dass sie zwar (noch) einen relativ sicheren sozialen Status haben, sich jedoch der Gefahr eines sozialen Abstiegs ausgesetzt sehen.

Der politische Wechsel von der Sozialdemokratie zur extremen Rechten

Beispiele für die Abkehr von sozialdemokratischen Parteien und für die Hinwendung zu rechtspopulistischen (bzw. -extremen) Parteien fanden wir in Österreich, Dänemark, Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Im Vordergrund der Berichte der InterviewpartnerInnen stand die Enttäuschung über die nicht eingelösten Versprechen sozialdemokratischer Regierungen bzw. die Desillusionierung über Regierungen, an denen sozialdemokratische/sozialistische Parteien (bzw. in Frankreich auch die PCF) beteiligt waren. Die Enttäuschung erstreckt sich zumeist auch auf die Gewerkschaften, die nicht mehr als Kraft wahrgenommen werden, die sich für die Interessen der ArbeiterInnen einsetzt.

Aufgrund der Tatsache, dass die betreffenden InterviewpartnerInnen über eine starke Identität als ArbeiterInnen verfügen und traditionell im – sofern noch existierenden – Arbeitermilieu fest verankert sind, stellen konservative

¹⁶ Ebenda, S. 132.

¹⁷ Zur Wahrung der Anonymität unserer InterviewpartnerInnen wurden ihre Namen selbstverständlich verändert. Für diese These lassen sich folgende Beispiele aus unserem Interviewmaterial anführen: Frau Tumschitz (Österreich), Frau Veitschnig (Österreich), Herr Bertram (Bundesrepublik Deutschland)

Parteien für sie keine wählbare Alternative dar. Sie stehen vor folgender Alternative: Entweder gehen sie *nicht* zur Wahl oder votieren für eine Partei *rechts von der Mitte*, die für sich reklamiert, die Interessen des »kleinen Mannes« aufzugreifen.

Die Gemeinschaft der ehrlichen und hart arbeitenden Leute

Die Arbeitsethik und die damit verbundene Erwartung, dass sich jede/r diesen Prinzipien zu unterwerfen habe, steht bei einer weiteren Gruppe der Befragten im Zentrum. Die InterviewpartnerInnen weisen ein hohes Maß an Identifikation mit ihrem Status auf, sehen sich in der Gemeinschaft mit anderen hart arbeitenden Menschen und grenzen sich vehement gegenüber so genannten Sozialschmarotzern ab. Eine eingehende Analyse des Interviewmaterials lässt deutlich werden, dass diese Gruppe etwas gemeinsam hat: die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Laufe der letzten Jahre. Diejenigen, die von Rationalisierungsprozessen und massiver Personaleinsparung nicht betroffen und immer noch beschäftigt sind, bringen zum Ausdruck, dass sie unter der Arbeitsbelastung, dem Stress, der Verdichtung der Arbeit und unter dem enorm hohen Erwartungsdruck leiden. Über ihnen schwebt häufig das Damoklesschwert einer drohenden Entlassung, sodass sie sich den Bedingungen unterwerfen, sich schweigend arrangieren, nicht aufbegehren oder zu Maßnahmen kollektiver Gegenwehr greifen – ein Phänomen, auf das auch Klaus Dörre¹⁹ hinweist und in diesem Kontext davon spricht, dass sich die Zonen der Arbeitsgesellschaft wie kommunizierende Röhren zueinander verhalten. Einige der InterviewpartnerInnen berichten über gesundheitliche Probleme (Essstörungen, Herz-Rhythmus-Störungen, Schlafstörungen), die sie mit der beruflichen Belastung in Zusammenhang bringen. Das Leiden unter den sich verschlechternden Arbeitsbedingungen – häufig nur beiläufig erwähnt – verschafft sich in anderer Weise Gehör: Kritisiert werden jene, denen es anscheinend erfolgreich gelingt, sich diesem Imperativ zu entziehen. Insbesondere ausländische SozialhilfeempfängerInnen (bzw. Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen), Erwerbslose und z. T. auch FrührentnerInnen geraten ins Visier der ArbeiterInnen, die einerseits die »protestantische Ethik« verinnerlicht haben, zugleich aber auch unter ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen leiden und sich durch die Gegenentwürfe provoziert fühlen. Sie fordern von anderen, dass sie sich ebenfalls dem ehernen Gesetz der Lohnarbeit unterwerfen sollen. Nach dem Motto: Wer nicht arbeitet, braucht auch nicht zu essen.²⁰

18 Herr Imberger (Österreich), Frau Tumschitz (Österreich), Herr B. (Bundesrepublik Deutschland), Herr Lothmann (Bundesrepublik Deutschland), Frau Marini (Schweiz)

19 Vgl. Klaus Dörre: Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Triebkraft eines neuen Rechtspopulismus?, in: antifaschistische nachrichten 6. 4. 2006, S. 7-11.

20 Herr Klammer (Österreich), Antoine (Belgien), Herr Kammer (Bundesrepublik Deutschland), Herr Müller (Bundesrepublik Deutschland)

Arbeiterinnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen

In den hoch industrialisierten Gesellschaften stehen sich zwei Lebensbereiche gegenüber, die unterschiedlich organisiert sind. Wir können sie auch als verschiedene Vergesellschaftungsformen begreifen, die differenten Handlungslogiken unterliegen. Frauen stehen vor der Aufgabe, die z. T. widersprüchlichen Strukturprinzipien und Logiken des Produktions- und Reproduktionsbereiches miteinander zu vereinbaren. Die gesellschaftliche Integration von Frauen erfolgt sowohl in die familienvermittelte Reproduktionsarbeit als auch in die marktvermittelte Erwerbsarbeit. Frauen müssen den Anforderungen in den verschiedenen Bereichen gerecht werden, reproduktive und produktive Tätigkeiten miteinander vereinbaren und unterliegen, so Regina Becker-Schmidt,²¹ einer »doppelten Vergesellschaftung«. Diese beiden gesellschaftlichen Bereiche erfahren nicht die gleiche Wertschätzung, sondern »Arbeit« wird mit marktvermittelter Erwerbsarbeit gleichgesetzt, familiäre Verpflichtungen gelten als private Angelegenheit. Da familiäre Arbeit nach wie vor in einem hohen Maße von Frauen geleistet wird, hat dies auch Konsequenzen für deren Integration in den Arbeitsmarkt. Frauen sind in den unteren Hierarchieebenen des Beschäftigungssystems überrepräsentiert, sodass man von einem geschlechtsspezifisch segmentierten Arbeitsmarkt sprechen kann.

Die Erfahrungen von Frauen, dies wurde in den zahlreichen Interviews deutlich, lassen sich nicht nur auf den Bereich der Erwerbsarbeit reduzieren, sondern vor dem Hintergrund ihrer »doppelten Vergesellschaftung« berichteten unsere Interviewpartnerinnen sowohl von ihren beruflichen als auch lebensweltlichen Erfahrungen. Der erforderliche Spagat zwischen Beruf und Familie wurde ebenso thematisiert wie Fragen der Bildungs- und Schulpolitik sowie Konflikte in dem Wohnviertel. Einige der Interviewpartnerinnen kritisierten die (vermeintlich) zu liberale Einwanderungs- und Asylpolitik der jeweiligen Regierungen, nahmen AusländerInnen sowohl als KonkurrentInnen auf dem Arbeitsmarkt als auch als Bedrohung für die sozialen Sicherungssysteme wahr. Eine spezifische Variante rechtsextremer Einstellungen bei Frauen äußert sich darin, dass sie AusländerInnen vor allem aus islamischen Gesellschaften als Bedrohung der westlichen Emanzipation betrachten.²²

21 Vgl. Regina Becker-Schmidt: Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung. Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften, in: Lilo Unterkirchen/Ina Wagner (Hrsg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft, Wien 1987, S. 10 ff.

22 Frau Carusan (Österreich), Frau Eibner (Österreich), Frau Jelinek (Österreich), Frau Ülbrecht (Österreich), Frau J. (Belgien), Frau Renger (Bundesrepublik Deutschland), Frau Berner (Bundesrepublik Deutschland)

»Wohlfahrtschauvinismus« – Plädoyer für die Aufrechterhaltung sozialstaatlicher Leistungen für Angehörige der Mehrheitsbevölkerung

Im Laufe des letzten Jahrzehnts erfuhren die sozialstaatlichen Sicherungssysteme in den westeuropäischen Ländern massive Veränderungen. In ausnahmslos allen von uns untersuchten Ländern wurde von den InterviewpartnerInnen die Zukunft des Sozialstaates und die soziale Sicherung thematisiert. Insbesondere von jüngeren Beschäftigten wurde der Frage, ob die eigene Rente noch sicher ist, eine große Bedeutung beigemessen. Die Thematisierung des Generationenvertrages war verknüpft mit Gefühlen von Ungerechtigkeit und Unsicherheit in Anbetracht der eigenen Zukunftsperspektive.

In besonderer Weise spielte dies in dem dänischen Sample eine Rolle. Die dänischen InterviewpartnerInnen kritisierten, dass die ältere Generation, die den dänischen Sozialstaat aufgebaut habe, nun unter dessen Abbau zu leiden habe. Hier geht es demnach nicht um eine unmittelbare Betroffenheit der Befragten, sondern um eine Parteinahme für die SeniorInnen. Die Kritik an der Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme wird mit einer Exklusionsideologie verknüpft: In Zeiten knapper Ressourcen müsse man sicherstellen, dass nicht die MigrantInnen auf Kosten der Mehrheitsbevölkerung vom Sozialstaat profitieren.²³

Arbeitslosigkeit und Frühpensionierung – Infragestellung des Selbstwertgefühls und Selbstbewusstseins

Die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen leiden nicht nur an einem Absinken ihres Einkommens und Lebensstandards, sondern laufen Gefahr, dass sich ihre berufliche Qualifikation entwertet, sie sozial absteigen, und sie haben in der Regel mit psychosozialen Problemen zu kämpfen. Der Psychologe Thomas Kieselbach²⁴ spricht von »Arbeitslosigkeit als psychosozialer Stressor« und führt an, dass eine Person mit dem Verlust ihrer Erwerbsarbeit auch »Momente von ökonomischer Sicherheit, sozialer Einbindung, Selbstwertgefühl, Zeitstrukturierung, externen Anforderungen« verliere – Aspekte, die identitätsstabilisierende Bedeutung haben. Bei länger andauernder Arbeitslosigkeit treten zunehmend Erfahrungen von Alltagsproblemen und sozialer Stigmatisierung auf. Formen der Bewältigung von Arbeitslosigkeit, die als sozial unangemessen betrachtet werden, werden häufig den Betroffenen selbst angelastet.²⁵

23 Dk-1868, Dk-8

24 Thomas Kieselbach: Arbeitslosigkeit und Entfremdung: Zur psychosozialen Bedeutung von Arbeitslosenarbeit als Aufbrechen von Entfremdungsphänomenen, in: Friedhelm Wolski-Prenger (Hrsg.): Arbeitslosenarbeit. Erfahrungen. Konzepte. Ziele, Opladen 1996, S. 187.

25 Ebenda, S. 188.

Auf das damit verbundene Phänomen der frühzeitigen Pensionierung von Beamten, Angestellten und Arbeitern sind wir in allen Ländern gestoßen. Im Zuge von Privatisierungen, die sich mit einer verschärften Dynamik seit Beginn der 1990er Jahre vollzogen, wurden in erster Linie Beschäftigte der ehemaligen Staatsunternehmen (z. T. mit einem ärztlichen Attest) in Frührente geschickt, und die Pensionen wurden vom Staat übernommen. Auch in den niedergehenden Industrien (Bergbau und Stahl) handelten Konzernleitungen und Managements mit den Betriebsräten so genannte Sozialpläne aus. Ein Mittel, um das Personal abzubauen, war die frühzeitige Pensionierung von Beschäftigten. Während einige der FrührentnerInnen angaben, diese Entscheidung mitgetragen zu haben und ihr Leben als FrührentnerIn zu genießen, brachten andere zum Ausdruck, dass sie nicht freiwillig in Frührente gegangen seien. Die neue Situation (Frührente z. T. ab Mitte 40) führt bei vielen FrührentnerInnen nicht nur zu finanziellen Schwierigkeiten, sondern auch zu enormen psychischen Belastungen, über die häufig nur äußerst zögerlich gesprochen wird.²⁶

Bedrohungsgefühle aufgrund der kulturellen Heterogenität und der Dynamik der Globalisierung

Die Interviews fokussieren nicht nur Themen wie Gerechtigkeit/Ungerechtigkeit und Sicherheit/Unsicherheit, sondern auch den Verlust der (vermeintlichen) nationalen oder kulturellen Identität. Die jeweiligen Bezüge variieren: In einigen Fällen steht das nationale Kollektiv im Zentrum, in anderen Fällen die Region, die Stadt oder auch das Stadtviertel. Einwanderung wird von einigen der Befragten als Bedrohung erlebt: sie behaupten, dass sie »ihre Straße«, »ihr Dorf«, »ihren Ort«, »ihre Region« nicht mehr wiedererkennen, sich nicht mehr orientieren können, und klagen – kurz gesagt – über den Verlust ihrer kulturellen Identität. Bedeutsame Milieus – Familie, Schule, Kollegen, Nachbarschaft –, die über lange Zeit hinweg als emotionale Stütze fungierten, unterliegen gravierenden Veränderungen und verlieren die emotional stabilisierende Funktion, die sie einst hatten.²⁷

Der Einfluss von Familientraditionen (Antikommunismus und Antisemitismus) in Transformationsländern

In Ungarn, einem Land, das seit Beginn der 1990er Jahre einem tief greifenden ökonomischen, politischen und sozialen Wandel unterlag, konnte festgestellt werden, dass nicht nur die unmittelbar wahrnehmbaren sozioökonomischen

26 Herr Ypenreit (Österreich), Herr B. (Frankreich)

27 Frau Nst., Carl Bollinger, Michel Ruste, Marcus Imhof, Leo Fricker, Simone Marini, Roland E., Pierre B. (Schweiz)

Veränderungen (z. B. am Arbeitsplatz oder der sozialen Sicherungssysteme) in einem hohen Maße die politischen Einstellungen prägen. Vielmehr wurde deutlich, dass die Familientraditionen von enormer Bedeutung sind.

Mit der Erhebung und Auswertung der qualitativen Daten verfolgten wir das Ziel, zu einem Verständnis der subjektiven Wahrnehmungen des sozio-ökonomischen Wandels sowie zu einem Verständnis der Attraktivität des Rechtspopulismus und -extremismus beizutragen. Ausgehend von der Interpretation der mehr als 300 Interviews können wir schlussfolgern, dass sozio-ökonomische Veränderungen tatsächlich ein wichtiger Faktor sind, um den Anstieg des Rechtspopulismus und -extremismus in verschiedenen europäischen Ländern zu erklären. Nur selten in der Interpretation der Interviews war dies nicht der entscheidende Beitrag, um die Anziehungskraft der extremen Rechten zu verstehen. Es gibt dennoch andere Themen, z. B. die wachsende Bedeutung der medialen Vermittlung des Themas Migration und Integration, Unzufriedenheit mit den Parteien des politischen Mainstream, mit der Krise der politischen Repräsentation oder familiäre Sozialisation, Themen, die in diesem Kapitel nicht näher beschrieben werden konnten.²⁸

Weitere Forschungsprojekte zum Themengebiet Rechtspopulismus, Arbeitswelt, Prekarität

Erst seit wenigen Jahren gehen empirische Forschungsprojekte der Frage nach, ob zwischen Umbrüchen in der Arbeitswelt und rechtspopulistischen Orientierungen ein innerer Zusammenhang besteht und in welcher Weise dieser *link* empirisch gefasst, analysiert und interpretiert werden kann. So befasste sich eine Forschergruppe um den Jenaer Politikwissenschaftler Klaus Dörre – u. a. Klaus Kraemer und Frederic Speidel – im Rahmen des Forschungsprojektes »Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus?« (Juli 2002 bis Juni 2005) mit der Frage, in welcher Weise prekäre Beschäftigungsverhältnisse subjektiv verarbeitet werden und ggf. in rechtsextreme Orientierungen münden.²⁹ Etwa zeitgleich (2003/2004) gingen die Berliner Politikwissenschaftler Michael Fichter, Richard Stöss und Bodo Zeuner in ihrer Studie »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« der Frage nach, wie weit rechtsextreme Einstellungen auch innerhalb der Ge-

28 Vgl. Hentges u. a. 2003, S. 123 ff.; vgl. zur Bedeutung der Medien: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, 2. Aufl., Wiesbaden 2006.

29 Vgl. Dörre 2006; Klaus Dörre/Klaus Kraemer/Frederic Speidel: The increasing precariousness of the employment society – driving force for a new right-wing populism? Paper prepared for presentation at the 15th Conference of Europeanists, Chicago, March 30 – April 2, 2006.

werkschaften verbreitet sind.³⁰ Die Bilanz dieser beiden Projekte lässt – trotz unterschiedlicher Akzentuierungen – keinen Zweifel daran aufkommen, dass Erfahrungen in der Arbeitswelt Auswirkungen auf politische Orientierungen haben und – unter bestimmten Voraussetzungen – zu rechtsextremen Einstellungen führen können. Zugleich wurde jedoch deutlich, dass – im Gegensatz zu weit verbreiteten populärwissenschaftlichen Annahmen – kein direkter und unmittelbarer Zusammenhang besteht zwischen der sozialen Marginalisierung/Erwerbslosigkeit einerseits und der Hinwendung zur extremen Rechten andererseits.

Schlussfolgerungen für die Politik

Aus den Untersuchungsergebnissen lassen sich eine Reihe von Schlussfolgerungen für die Politik ableiten,³¹ die hier nur angedeutet werden können. Eine erste mag banal klingen, ist aber umso wichtiger: die gesellschaftliche Anerkennung von Problemlagen insbesondere von Beschäftigtengruppen, die nicht im Brennpunkt der (gewerkschaftlichen) Öffentlichkeit stehen. Zweitens müsste es, um den verbreiteten Unsicherheitsgefühlen und dem häufigen Kontrollverlust über das eigene Leben begegnen zu können, wohl gelingen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, dabei aber zugleich die Niedriglohnbeschäftigung und die prekären Erwerbsbedingungen einzuschränken anstatt auszuweiten. Die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen hat zu hoher Unsicherheit insbesondere für jene Erwerbstätigen geführt, die sich in ihrer Berufswahl gerade auch von Sicherheitsversprechen haben leiten lassen. Dieses europäische soziale Großexperiment müsste insofern dringend einer Revision unterzogen werden.

Den politischen Ohnmachtsgefühlen kann wohl nur mit einer glaubwürdigeren Vertretung und einer Demokratisierung begegnet werden. Sollen sich die Menschen nicht mehr als ohnmächtiger Spielball anonymer ökonomischer Mächte begreifen, sind Möglichkeiten aktiver Einflussnahme und Konfliktverfahren nötig. Vor allem aber gilt es, die aus sozialen Missständen resultierenden Aggressionen auf die tatsächlichen Verursacher dieser sozialen und gesellschaftlichen Problemlagen zu lenken, um fremdenfeindlichen und autoritären Tendenzen Einhalt zu gebieten. Ein eindrucksvolles Beispiel in dieser

30 Vgl. Michael Fichter/Richard Stöss/Bodo Zeuner: Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« (<http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/Downloads/Ergebnispapier-Workshop.pdf>), 2005; vgl. Dies. in diesem Band; vgl. Michael Fichter: German Trade Unions and Right Extremism: The Political Attitudes of the Membership. Selected Results from a Research Project. Paper prepared for presentation at the 15th Conference of Europeanists, Chicago, March 30 – April 2, 2006.

31 Vgl. Jörg Flecker/Sabine Kirschenhofer: Roads To Right-Wing Populism – And Back. The SIREN Policy Recommendations Report, (www.siren.at), Wien 2004.

Hinsicht ist die »Bürgerinitiative gegen Billiglohn« in Thüringen, die den Unternehmern, die besonders niedrige Löhne zahlen, die »Goldene Nase« verleiht und so versucht, die Ressentiments gegen ausländische – insbesondere polnische – Beschäftigte abzubauen.

Einer Ethnisierung sozialer Beziehungen und sozialer Probleme ist mit Appellen an die politische Korrektheit nicht beizukommen. Im Gegenteil: Diese verschaffen Rechtspopulismus erst recht Auftrieb, wie die Entwicklungen etwa in Österreich und Dänemark besonders deutlich zeigten.³² Verbreiten alle Parteien nur um Nuancen abgestuft die Botschaft, dass die Sozialausgaben eingeschränkt werden müssen, darf man sich nicht wundern, wenn in der Reduzierung der Zahl der Anspruchsberechtigten die Lösung gesehen wird und wenn Kriterien der ethnischen Herkunft künftig über die Zugehörigkeit zu diesem Kreis entscheiden sollen.

Vor diesem Hintergrund sind wohl auch die Wirkungen jüngster politischer Maßnahmen zu beurteilen: Angenommen, man würde versuchen, auf der Basis unserer Erkenntnisse Maßnahmen zu entwickeln, die geeignet sind, die vorhandenen »rechtspopulistischen Unterströmungen«³³ oder gar die Kräfte am rechten Rand des politischen Spektrums zu *verstärken* – einiges aus dem sich derzeit vollziehenden Abbau der sozialen Sicherungssysteme (Stichwort: Hartz IV) in Deutschland wäre sicherlich darunter.

Die Resolution des Europarats³⁴ nimmt in ihrer Beschreibung der möglichen Ursachen und Bedingungen des Aufschwungs der extremen Rechten Bezug auf sozioökonomische Probleme – nicht nur, aber auch in den Transformationsländern Osteuropas: »A situation of socio-economic crisis – and *a fortiori* the difficulties facing the populations in the transition countries – are highly favourable conditions for the spread of such ideas.« Insofern müsste die derzeit geplante internationale Konferenz unter dem Motto »Combating the resurgence of Nazism«, zu der ParlamentarierInnen, RegierungsvertreterInnen, ExpertInnen, SozialwissenschaftlerInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft geladen werden, auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und Rechtsextremismus debattieren. Diskussionswürdige Forschungsergebnisse liegen mittlerweile vor.

32 Vgl. Hans-Georg Zilian: Der »Populismus« und das Ende der Gleichheit, in: Wolfgang Eismann (Hrsg.): Rechtspopulismus – Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien 2002, S. 56-73.

33 Vgl. Michael Vester: Wer sind heute die »gefährlichen Klassen«? Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt am Main 2001, S. 298-345.

34 Vgl. Europarat: Parlamentarische Versammlung des Europarats, Doc. 10766, 19. December 2005, Combating the resurgence of nazi ideology, Report: Political Affairs Committee, Rapporteur: Mr. Mikhail Margelov, Russian
(<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=Documents/WorkingDocs/Doc05/EDOC10766.html>), 2005.

Literatur

- Becker-Schmidt, Regina: Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung. Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften, in: Lilo Unterkirchen/Ina Wagner (Hrsg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft, Wien 1987, S. 10-25.
- Betz, Hans-Georg: Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (Sonderheft 196 der Politischen Vierteljahresschrift), Opladen 1996, S. 363-375.
- Betz, Hans-Georg: Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/2003, S. 251-264.
- Butterwege, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996.
- Butterwege, Christoph: Von der »Vaterlandsliebe« zur Sorge um den Wirtschaftsstandort, in: Ders./ Gudrun Hentges (Hrsg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster 1999, S. 11-38.
- Butterwege, Christoph: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau 2002.
- Butterwege, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, 2. Aufl., Wiesbaden 2006.
- Castel, Robert: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000.
- Castel, Robert: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Pierre Bourdieu (Hrsg.): Der Lohn der Angst – Flexibilisierung und Kriminalisierung in der »neuen Arbeitsgesellschaft«, Liber – Internationales Jahrbuch für Literatur und Kultur 99/00, Konstanz 2001.
- De Weerd, Yves/De Witte, Hans/Catellani, Patrizia/Milesi, Patrizia: Turning Right? Socio-Economic Change And The Receptiveness Of European Workers To The Extreme Right, Leuven 2004.
- Die Neue Epoche vom 13. 4. 2006.
- Dörre, Klaus: Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Triebkraft eines neuen Rechtspopulismus?, in: antifaschistische nachrichten vom 6. April, 2006, S. 7-11.
- Dörre, Klaus, in collaboration with Klaus Kraemer and Frederic Speidel: The increasing precariousness of the employment society – driving force for a new right-wing populism? Paper prepared for presentation at the 15th Conference of Europeanists, Chicago, March 30 – April 2, 2006.
- Dubiel, Helmut: Ungewissheit und Politik, Frankfurt am Main 1994.
- Europarat: Parlamentarische Versammlung des Europarats, Doc. 10766, 19. December 2005, Combating the resurrection of nazi ideology, Report: Political Affairs Committee, Rapporteur: Mr Mikhail Margelov, Russian Federation, European Democrat Group, Draft Resolution (<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc05/EDOC10766.html>), 2005.
- Fichter, Michael: German Trade Unions and Right Extremism: The Political Attitudes of the Membership. Selected Results from a Research Project. Paper prepared for presentation at the 15th Conference of Europeanists, Chicago, March 30 – April 2, 2006.
- Fichter, Michael/Stöss, Richard/Zeuener, Bodo: Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« (<http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/Downloads/Ergebnispapier-Workshop.pdf>), 2005.
- Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine: Roads To Right-Wing Populism – And Back. The SIREN Policy Recommendations Report, (www.siren.at), Wien 2004.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Juni 2004.
- Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, 2. Aufl. Weinheim 1988.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main 2002.
- Heitmeyer, Wilhelm u. a.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, 2. Aufl. Weinheim/München 1993.
- Hentges, Gudrun/Meyer, Malte: Right-Wing Extremist Attitudes In Germany – Implications Of Competitive Nationalism And Neoliberalism, Cologne 2003.
- Hentges, Gudrun/Meyer, Malte/Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine/Thoft, Eva/Grinderslev, Edvin/Balazs, Gabrielle: The Abandoned Worker – Socio-Economic Change And The Attraction Of Right-Wing Populism. European Synthesis Report On Qualitative Findings, Vienna 2003.
- Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Opladen 1994.
- Kieselbach, Thomas: Arbeitslosigkeit und Entfremdung: Zur psychosozialen Bedeutung von Arbeitslosenarbeit als Aufbrechen von Entfremdungsphänomenen, in: Friedhelm Wolski-Prenger (Hrsg.): Arbeitslosenarbeit. Erfahrungen. Konzepte. Ziele, Opladen 1996, S. 187-210.
- Kraushaar, Wolfgang: Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen

- Interpretationsfigur, in: Hans-Martin Lohmann (Hrsg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt am Main 1994, S. 23-50
- Lipset, Seymour Martin: *The Political Man. The Social Bases of Politics*, New York 1960.
- Mudde, Cas: *The Defining of the Extreme Right Party Family*. Paper presented at the workshop »Racist Parties in Europe: A New Political Family« of the ECPR Joint Sessions of Workshops, Bordeaux 1995.
- Poglia Miletì, Francesca/Tondolo, Riccardo/Plomb, Fabrice/Schultheis, Franz/Meyer, Malte/Hentges, Gudrun/Mairhuber, Ingrid/Flecker, Jörg: *Modern Sirens And Their Populist Songs: A European Literature Review On Changes In Working Life And The Rise Of Right-Wing Populism*, Neuchâtel/Vienna 2002.
- Rommelspacher, Birgit: *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin 1995.
- Rommelspacher, Birgit: *Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn 2000, S. 199-219.
- Scheuch, Erwin/Klingemann, Hans D.: *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*, *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Tübingen 1969, S. 11-29.
- Steinert, Heinz: *Kulturindustrielle Politik mit dem Großen & Ganzen: Populismus, Politik-Darsteller, ihr Publikum und seine Mobilisierung*, in: *Politik und Gesellschaft Online. International Politics and Society* 4, 1999, S. 402-413.
- Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland* (hg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung/Abteilung Dialog Ostdeutschland), Bonn 1999.
- Vester, Michael: *Wer sind heute die »gefährlichen Klassen«? Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel*, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt am Main 2001, S. 298-345.
- Zilian, Hans-Georg: *Der »Populismus« und das Ende der Gleichheit*, in: Wolfgang Eismann (Hrsg.): *Rechtspopulismus – Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?* Wien 2002, S. 56-73.

Prekarität und politische Vertretung in Frankreich

Die europäische Studie SIREN¹ wurde in all den Ländern Europas durchgeführt, in denen eine Zunahme der populistischen oder rechtsextremen Stimmabgabe zu verzeichnen ist (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Ungarn und die Schweiz). Sie zeichnet zweierlei nach: Einerseits geht es um die Geschichte der Krise. Dazu werden Orte untersucht, die von Umstrukturierungen, Entlassungen oder dem Fehlen von Arbeitsplätzen ganz unterschiedlich betroffen sind. Andererseits geht es um die Wirkungen der Krise auf die politischen Meinungen. Die Studie stellt die Frage nach Auswirkungen von wirtschaftlicher Flexibilität und Unsicherheit (*flexinsécurité*) auf politische Standpunkte und auf die Zustimmung zu den Werten der extremen Rechten.

Auswirkungen der Prekarisierung

Was waren nun in Frankreich, verglichen mit anderen europäischen Ländern, die Auswirkungen der Entwicklung der Prekarisierung, der Arbeitslosigkeit und der Umstrukturierung von Unternehmen sowohl auf die Arbeitsbedingungen als auch auf die Wandlungen der beruflichen Identität? Die Frage gewinnt an Bedeutung, wenn man zudem bedenkt, dass die Untersuchung im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahl vom 21. April 2002 durchgeführt wurde, bei welcher der Kandidat des Front National, Jean-Marie Le Pen, den zweiten Platz erreichte. Sieht man einmal ab vom Abbröckeln der Mittel kollektiven politischen und gewerkschaftlichen Widerstands, welche Formen des politischen Bewusstseins sind entstanden? Das Ziel war es, zu verstehen, was – in Zeiten der wirtschaftlichen Krise und der sanften Beherrschung – die abhängig Beschäftigten für das Ressentiment und die Werte der extremen Rechten empfänglich macht.²

1 »Socio-Economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right« (SIREN), im Rahmen des Programmes »Improving Human Potential and the Socio-Economic Knowledge Base« der EU-Kommission. Siehe Gabrielle Balazs/Jean-Pierre Faguer/Pierre Rimbart: *Compétition généralisée, déclassement et conversions politiques. Les effets différentiels de la crise dans la haute technologie*, Forschungsbericht des Centre d'études de l'emploi, 15, September 2004.
Vgl. zu Ergebnissen von SIREN auch Flecker/Hentges in diesem Band.

2 Ein erster Arbeitsschritt bestand darin, in einer Literaturstudie eine Synthese der Arbeiten von Historikern und Politologen, die die Geschichte des Populismus und der extremen Rechten in Frankreich untersuchten, zu erarbeiten. Da uns die Kategorien der Wähleranalyse und der politischen Soziologie wenig anwendbar erschienen, haben wir eine andere Chronologie erstellt, welche die Wandlungen des sozialen, juristischen und ökonomischen Kalenders der letzten 20 Jahre bestimmt, um damit die Variablen zu erfassen, die den Übergang zur Extremen Rechten beeinflussen. Wir wollten verstehen, wie

Mit 80 Jahren Abstand konnten wir die gleiche Situation beobachten, die Paul Lazarsfeld, Maria Jahoda und Hans Zeisel³ bezogen auf die Arbeitslosen von Marienthal beschrieben hatten: Das ganze soziale Leben wurde in Frage gestellt aufgrund des Verlustes der Arbeit, ein Gefühl des Verlassenseins und der Einsamkeit. Im Unterschied dazu befinden sich heute allerdings auf der einen Seite die Opfer der Krise ohne Arbeit, ohne Zukunft, auf der anderen Seite diejenigen, die man als »privilegiert« betrachtet, die zu viel Arbeit haben. Der Prekarität und der Ungewissheit der Zukunft der Arbeitslosen und der Zeitarbeiter entsprechen die Angst und der Stress derjenigen Beschäftigten mit einem Übermaß an Arbeitsbelastung. Die Formen und die Wirkungen der Unsicherheit können unterschiedlich sein. Wir haben zwei Regionen miteinander verglichen: Die »Eisentäler« in Lothringen, nahe der Grenze zu Luxemburg, in der die Entindustrialisierung schon eine lange Geschichte hat – sie kennen die Krise der Stahlindustrie seit den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts – mit einer Hochtechnologieregion, der Region Grenoble. Diese bietet mit ihrer universitären Infrastruktur und ihrem diversifizierten Arbeitsmarkt Möglichkeiten der beruflichen Neuorientierung. Die Entindustrialisierung, die industrielle Konversion, aber auch die Intensivierung der Arbeit, die Entlassungen und die Formen der Konkurrenz, die diese mit sich bringen, unterminieren die Lebensbedingungen der Welt der Beschäftigten. Die zerstörerischen Wirkungen der Umstrukturierungen beschränken sich nicht auf die Beschäftigung. Die soziale Unsicherheit erschüttert nicht nur die Arbeitswelt (insbesondere das gewerkschaftliche Leben und die Formen der Solidarität), sondern auch alle anderen Dimensionen des Lebens: Das Wohnen, den Bezug zur Zukunft (und zur Zukunft der Kinder), das Familienleben und auf Dauer selbst die Strukturen des politischen Lebens.

Die verallgemeinerte Konkurrenz erzeugt Unsicherheit: Die ehemaligen Stahlarbeiter sind besorgt um die Zukunft ihrer Kinder, ebenso die Einwanderer, die als letzte zur Arbeiterschaft hinzugestoßen sind, aber als erste von der wirtschaftlichen Rezession getroffen werden. Es herrscht Konkurrenz zwischen männlichen Arbeitern in absteigenden Branchen und Frauen, die im aufsteigenden Dienstleistungssektor beschäftigt sind, eine neue Konkurrenz zwischen Frauen aus einfachen Schichten, die einst nicht berufstätig waren und die jetzt im Bereich der Dienstleistungen für Privathaushalte arbeiten, und Frauen aus Einwanderermilieus, die traditionell solche Stellen einnahmen. Konkurrenz besteht auch zwischen kleinen, von ehemaligen Stahlarbeitern betriebenen Geschäften und neu eröffneten Schnellimbissen von türkischen und nordafrikanischen Selbstständigen.

sich autoritäre, fremdenfeindliche und Law-and-order-Ansätze im politischen Feld weit verbreiten konnten.

3 Vgl. Maria Jahoda/Paul Lazarsfeld/Hans Zeisel: Les chômeurs de Marienthal, Paris 1981, übersetzt von F. Laroche, EA 1932: Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt/Main 1932.

Die Unsicherheit schadet den sozialen Gruppen je nach ihren Ressourcen, über die sie verfügen bzw. die sie mobilisieren können, mehr oder weniger. Manche Ressourcen, wie berufliches Know-how und berufliche Qualifikation, beispielsweise in einigen Sektoren der technischen Berufsausbildung, werden entwertet, während andere, wie das kulturelle Kapital oder ein überdurchschnittlicher Schulabschluss, die Chancen für eine berufliche Neuorientierung wachsen lassen und somit die Zukunftschancen verbessern. Die Konkurrenz kann brutale Formen annehmen oder auch sanftere oder geschönte Formen. Sie bezieht sich auf den Zugang zu Beschäftigung und zu Sozialleistungen; beim Wohnen geht es insbesondere um die Entwertung von Immobilieninvestitionen. Die Verschärfung der Kämpfe hin zum Prinzip der Spannungen zwischen Gruppen begünstigt die Darstellung der Anderen als bedrohlich, vor allem derjenigen, die als unmittelbare Konkurrenz empfunden werden: Einwanderer und die Kinder der Einwanderer, mit denen sie auf dem Arbeitsmarkt, im Quartier, in der Schule und in den Warteschlangen der Ämter zusammenkommen. Zu bedrohlichen Anderen können aber auch Gruppen werden, die höhere, unerreichbare Positionen einnehmen: Festangestellte, hoch qualifizierte Beschäftigte oder solche, deren Lebensstil als arrogant wahrgenommen wird. Wir haben mit ehemaligen Stahlarbeitern und mit Rentnern gesprochen, deren Arbeit die Identität der Region geprägt hat, aber auch mit jungen Menschen in prekärer Beschäftigung oder mit Kindern von Arbeitern, die sich in sozialen Abstiegssituationen befinden, weil die Gesamtheit der gemeinsamen Lebensbedingungen der Gruppe sich verschlechtert hatte (Entwertung der Berufsabschlüsse, Zurückdrängen an die Ränder der Städte, Überalterung der Bevölkerung). »Das ist das Tal des Todes«, war das Leitmotiv vieler Rentner. Die doppelte Abgrenzung, nach oben gegenüber den politisch Handelnden, die verantwortlich gemacht werden für den wirtschaftlichen Niedergang der Region, nach unten gegenüber den am stärksten beherrschten Bevölkerungsgruppen, verwischt die traditionelle Grenze zwischen links und rechts. Die fixe Idee, den Abstand zu derjenigen Gruppe zu wahren, die mit Deklassierung oder Positionsverlust in Verbindung gebracht wird – in Frankreich sind dies zumeist junge Nordafrikaner – kann unter Umständen zu einer Zustimmung zu einwandererfeindlichen Themen führen, ohne dass dies notwendigerweise in einer Stimmabgabe für Parteien der extremen Rechten münden muss.

Politische Demobilisierung der abhängig Beschäftigten

Der Neoliberalismus beeinträchtigt die soziale Sicherheit und das Arbeitsrecht der Gesamtheit der abhängig Beschäftigten inklusive derjenigen mit dem höchsten Bildungsniveau, die bisher am besten geschützt waren. Auf Dauer scheint keine Gruppe der Gefahr des sozialen Abstiegs zu entkommen. Mehr

noch, die Verschärfung der Konkurrenz verlagert die Gräben zwischen Klassen und Teilen von Klassen.

Bezüglich dieser Gefahr der Deklassierung erhalten die Berichte der eigentlich einst am besten geschützten Mittelschichten, die beispielsweise aus dem Hochtechnologiesektor kommen, ihren Sinn. Politisches Desinteresse, Angst vor Kriminalität, eine gewisse Zwiespältigkeit gegenüber der Einführung der 35-Stunden-Woche und ganz allgemein die Identifikation mit dem Arbeitgeber muss rückübersetzt werden in die Logik der kollektiven Deklassierung der Gesamtheit der Beschäftigten, die früher an die Chancen des sozialen Aufstiegs durch Schulbildung geglaubt haben. Die Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, wird von der diffuseren Drohung begleitet, den Status zu verlieren, den die Beschäftigung verleiht. Auch wenn die Anziehungskraft der politischen Themen der extremen Rechten in der Welt der neuen Technologien wenig Widerhall findet, und sei es auch nur, weil die Krise in diesem Sektor ein ziemlich neues Phänomen ist, haben wir bei einigen Beschäftigten in der IT-Branche, insbesondere bei denjenigen, für die die Perspektive einer sozialen Reproduktion durch die Arbeit ungewiss ist, die Verbreitung eines Vokabulars festgestellt, das nahe an dem der extremen Rechten ist⁴.

Der Demotivation im Beruf folgt die politische Demobilisierung. Die Unsicherheit führt zur Demoralisierung. Wer Arbeitsstellen innehat, die vom Wegfall bedroht sind, der nimmt auch politisch nur vorläufig Stellung. Der Meinungswandel ist ein widersprüchlicher Ausdruck wirtschaftlich unhaltbarer oder symbolisch unmöglicher Positionen. Die Meinungen sind vielfältig und stellen einen langsamen Prozess der Konversion dar, der oft in Etappen verläuft. Das kann als Verzicht auf gewerkschaftliches Engagement, Wahlenthaltung, Aufgabe politischen oder gesellschaftlichen Engagements daherkommen, oder auch als Engagement für die extreme Rechte. Sie alle sind Ergebnis ein und derselben Ursache: des Verlustes der Überzeugungen, die das alltägliche Leben strukturierten.

Der Ansehensverlust der traditionellen Politik ist, in den Augen der Interviewten, vor allem auf das Verschwinden der Welt der Arbeiter aus der politischen und medialen Szene auf nationaler Ebene zurückzuführen. Aus den Massenmedien verbannt oder zurückgestuft auf den Rang eines Überbleibsel einer als überholt geltenden Gesellschaft, blenden die Regierungsparteien, die sich um die Stimmen der Mittelschichten bemühen, die Arbeiterschaft aus. Arbeiter und prekär Beschäftigte haben das Gefühl, dass ihre wesentlichen Interessen von der Linken verraten werden. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung ist, dass der Übergang zur extremen Rechten nicht auf Zustimmung zu einem Führer oder einem Programm gründet, sondern es sich

4 Vgl. Victor Klemperer: *Lingua Tertii Imperii, LTI, la langue du III. Reich*, Paris 1996; dt. Fassung: »Notizbuch eines Philologen«, Dresden 1947, Leipzig 1975.

vielmehr um eine Abwendung von der Politik im Sinne von Hirschmanns »exit or voice«⁵ infolge sozialer Marginalisierung und um eine Gleichgültigkeit als Ausdruck der Ohnmacht handelt.

Auch wenn sozio-ökonomische Fundamente der politischen Haltung konstatiert werden können, gibt es gleichwohl keine mechanische Erklärung eines Übergangs von der Deklassierung zur Desillusionierung, von der Wirtschaftskrise zur Einnahme eines rechtsextremen Standpunkts. Von den Akteuren, die sich in der gleichen prekären ökonomischen Lage befinden, sei es in einer absteigenden Industrie wie der Stahlindustrie, sei es in einer Industrie, die eine Wachstumskrise erlebt, wie die IT-Branche, übernehmen manche Menschen rassistische und ausländerfeindliche Standpunkte, während sich andere hingegen bemühen, die Kräfte des Widerstandes und der beruflichen Neuorientierung zu stärken.

Diejenigen der Interviewten, die kulturelles oder soziales Kapital oder soziale Ressourcen oberhalb der Norm der Bezugsgruppe besitzen, scheinen eher bereit, sich den neuen Anforderungen der Arbeitgeber wie wechselnden Aufgaben, Mobilität, Gehorsam und Freundlichkeit anzupassen. Damit leiten sie eine Neuorientierung hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft ein, und sei es um den Preis einer gestiegenen sozialen Unsicherheit. Diejenigen hingegen, die keine erkennbare Form von Kapital mobilisieren konnten, um sich ihrem sozialen Niedergang entgegenzustellen, schienen empfänglicher zu sein für einen politischen Diskurs, der mit Maßnahmen wie der Bevorzugung von Einheimischen bei der Stellenvergabe oder durch Ausweisung von Einwanderern die Beseitigung derjenigen Gruppe verspricht, die die Bedrohung der endgültigen Deklassierung verkörpert.

Die Ergebnisse der Studie bestätigen Ergebnisse anderer soziologischer Arbeiten: Empfänglich für die Themen der extremen Rechten sind diejenigen, denen die Mittel zu ihrer sozialen Reproduktion fehlen. Aufgrund des tief greifenden und langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Wandels haben sie keinen Zugang (mehr) zu den Eigenschaften ihrer sozialen Schicht. Das Verschwinden der Arbeiterkultur und die Jobunsicherheit der Mittelschichten lässt nicht mehr die sozialen und schulischen Erfolge zu, die sie legitimer Weise aufgrund ihrer beruflichen Stellung hätten erwarten können.

Die Politik der ungebremsten Konkurrenz der EU-Kommission (Lissabon-Strategie) hat die Verschärfung der Konkurrenzkämpfe zwischen den sozialen Gruppen zur Folge, welche wiederum gute Voraussetzungen schaffen für eine Attraktivität der Themen der extremen Rechten. Der Abbau der sozialen Sicherungs- und Umverteilungssysteme, die seit dem 2. Weltkrieg die Klassenkämpfe reguliert haben, muss zwangsläufig diese Dynamik noch verschärfen.

5 Albert O. Hirschmann: *Défection et prise de parole*, Paris 1995. Der Autor führt aus, dass die Alternative zum Protest die Form der Enthaltung i. S. eines Rückzuges vom politischen Leben annimmt.

In einer Gesellschaft, in der die übergroße Mehrheit durch den Status als Beschäftigte zur sozialen Bürgerschaft gelangt, scheint uns das Mindeste die Forderung zu sein, den Status der Beschäftigung zu konsolidieren, indem man ihn mit starkem Schutz versieht. Die zweite Empfehlung, die uns wichtig erscheint, ist die aus dem Schlusswort von Bourdieus »Elend der Welt«⁶: Es geht darum, über das übliche Politikverständnis und Wahlanalysen hinauszugehen. Man muss die Kategorien verstehen, denen die Interviewten Sinn beimessen, um eine verstehende Soziologie zu entwickeln und das Politische zu repolitisieren.

Übersetzung: Karsten Pöhl

Literatur

- Balazs, Gabrielle/Faguer, Jean-Pierre/Rimbert, Pierre: *Compétition généralisée, déclassement et conversions politiques. Les effets différentiels de la crise dans la haute technologie*, Forschungsbericht des Centre d'études de l'emploi, 15, September 2004.
- Bourdieu, Pierre: *La Misère du monde*, Paris 1993, deutsch: *Das Elend der Welt, Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997. Gekürzte Studienausgabe, Konstanz 2005, S. 446.
- Hirschmann, Albert O.: *Défection et prise de parole*, Paris 1995.
- Jahoda, Maria/Lazarsfeld, Paul/Zeisel, Hans: *Les chômeurs de Marienthal*, Paris 1981, übersetzt von F. Laroche, EA 1932: *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Frankfurt/Main 1932.
- Klemperer, Victor: *Lingua Tertii Imperii, LTI, la langue du III. Reich*, Paris 1996; deutsch: »Notizbuch eines Philologen«, Dresden 1947, Leipzig 1975.

6 Vgl. Pierre Bourdieu (sous la dir): *La Misère du monde*, Paris 1993, deutsch: *Das Elend der Welt, Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997. Gekürzte Studienausgabe, Konstanz 2005, S. 446.

Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Ursache einer rechtspopulistischen Unterströmung?

Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Ursache einer rechtspopulistischen Reaktion?

In den Gesellschaften Kontinentaleuropas vollziehen sich seit Mitte der 1970er Jahre tief greifende Umbrüche, die auch die Sphäre der Erwerbsarbeit erfassen. Folgt man dem französischen Sozialwissenschaftler Robert Castel, so spalten sich die nachfordistischen Arbeitsgesellschaften mehr und mehr in drei Zonen. Die Mehrzahl der Lohnabhängigen ist noch immer in einer – allerdings schrumpfenden – »Zone der Integration« mit formal gesicherten Normbeschäftigungsverhältnissen tätig. Dazwischen expandiert eine »Zone der Prekarität« mit heterogenen Beschäftigungsformen, die sich allesamt dadurch auszeichnen, dass sie oberhalb eines kulturellen Minimums nicht dauerhaft Existenz sichernd sind. Am unteren Ende bildet sich eine – in Deutschland noch relativ kleine – »Zone der Entkoppelung« heraus, in welcher sich die von regulärer Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen, die »Entbehrliehen« der Arbeitsgesellschaft befinden.¹ Ob und wie sich diese Segmentationslinien, die sich längst auch in Deutschland finden² auf politische Orientierungen auswirken, ist umstritten. Robert Castel selbst sieht einen engen Zusammenhang zwischen Prekarisierungsprozessen und einer »poujadistischen Reaktion« von Gruppen, die bei der Modernisierung der Gesellschaft auf der Strecke zu bleiben drohen: »Das kollektive Ressentiment nährt sich aus einem Gefühl erlittenen Unrechts, das gesellschaftliche Gruppen empfinden, deren Status sich verschlechtert und die sich der Vorteile ihrer vorherigen Situation beraubt fühlen. Es ist eine kollektive Frustration, die nach Schuldigen oder Sündenböcken sucht.«³

Wir sind dieser Hypothese in einer eigenen empirischen Untersuchung⁴ nachgegangen. Unsere Befunde bestätigen Castel jedoch nur teilweise. Zwar

1 Vgl. Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000; vgl. Ders.: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg 2005.

2 Vgl. Ulrich Brinkmann/Klaus Dörre/Silke Röbenack: Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Abteilung Arbeit und Sozialpolitik, Bonn 2006.

3 Castel 2005, S. 68.

4 Dabei handelt es sich um eine qualitative empirische Untersuchung, die ich gemeinsam mit Klaus Kraemer und Frederic Speidel durchgeführt habe. Die Studie basiert auf knapp 100 themenzentrierten Interviews mit Arbeitern und Angestellten, darunter zahlreiche prekär Beschäftigte, mehreren dutzend Expertengesprächen mit Führungskräften, Betriebsräten und Gewerkschaftern sowie einigen Grup-

gibt es durchaus Zusammenhänge zwischen Prekarisierungsprozessen und rechtspopulistischen Orientierungen. Doch diese Zusammenhänge sind komplexer, als es die Castelsche Hypothese unterstellt. Denn die auch in Deutschland zu beobachtende Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse erzeugt nicht nur soziale Desintegration; sie bringt zugleich einen neuen gesellschaftlichen Kontrollmodus mit vielfältigen Disziplinierungsmechanismen hervor. Je nahtloser sich Individuen oder Gruppen diesen Disziplinierungsmechanismen unterwerfen, desto stärker neigen sie dazu, ausgrenzende Integrationsvorstellungen zu entwickeln. Dies ist *eine*, wenn auch nicht die einzige Quelle eines neuen Rechtspopulismus, der in Deutschland vor allem als Unterströmung in demokratischen Organisationen und Parteien wirksam wird.

Subjektive Verarbeitung prekärer Arbeitsverhältnisse

Bevor wir uns mit den politischen Verarbeitungsformen sozialer Unsicherheit befassen, ist es sinnvoll, zunächst die subjektive Relevanz von Prekarisierungsprozessen zu illustrieren. Auf der Grundlage unseres empirischen Materials lassen sich neun typische Formen der (Des-)Integration durch Erwerbsarbeit unterscheiden (Schaubild 1).

Schaubild 1:

(Des-)integrationspotenziale von Erwerbsarbeit – eine Typologie
<p>Zone der Integration</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gesicherte Integration (»Die Gesicherten«) 2. Atypische Integration (»Die Unkonventionellen« oder »Selbstmanager«) 3. Unsichere Integration (»Die Verunsicherten«) 4. Gefährdete Integration (»Die Abstiegsbedrohten«)
<p>Zone der Prekarität</p> <ol style="list-style-type: none"> 5. Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration (»Die Hoffenden«) 6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement (»Die Realistischen«) 7. Entschärfte Prekarität (»Die Zufriedenen«)
<p>Zone der Entkoppelung</p> <ol style="list-style-type: none"> 8. Überwindbare Ausgrenzung (»Die Veränderungswilligen«) 9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration (»Die Abgehängten«)

pendiskussionen mit Leiharbeitern. In den folgenden Ausführungen greife ich auf Ergebnisse dieser Studie zurück, beschränke mich jedoch auf die Genese rechtspopulistischer Orientierungen. Zum besseren Verständnis werden vorab einige wichtige Befunde zur Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft vorgestellt.

Die Typologie zeigt *erstens*, dass soziale Unsicherheit sowohl in der »Zone der Prekarität« als auch in der »Zone der Entkoppelung« höchst unterschiedlich verarbeitet wird. In beiden Zonen stoßen wir auf ähnliche Grundmuster. Gruppen (Typ 5, 8), die wir als *Hoffende* oder als *Veränderungswillige* bezeichnet haben, klammern sich an den Glauben, eines Tages doch noch den Sprung in die Normalität zu schaffen. Sie setzen auf den »Klebeeffekt« eines unsicheren Beschäftigungsverhältnisses oder vertrauen auf einen anvisierten Bildungsabschluss. Daneben finden sich in beiden Zonen Verarbeitungsformen, die auf eine *Verstetigung* von Prekarität und Ausgrenzung hinauslaufen (Typ 6, 7, 9). Die *Realisten*, die *Zufriedenen* und die *Abgehängten* entwickeln aus unterschiedlichen Gründen Strategien, um in einer Lebenssituation, die durch strukturelle Unsicherheit gekennzeichnet ist und eine Art »Provisorium im Dauerzustand« konstituiert, überleben zu können. Das Ziel einer Überwindung von Prekarität oder Ausgrenzung haben diese Gruppen im Grunde aufgegeben. Dies spricht dafür, dass sich prekäre Lebenslagen auch in den Habitusformen und Handlungsstrategien eines Teils der Befragten reproduzieren.

Zweitens entsteht durch die Verstetigung von Prekarität und sozialem Ausschluss eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie. Klassenspezifische Verteilungskonflikte, die wieder an Brisanz gewinnen, werden von Auseinandersetzungen überlagert, die das Drinnen und Draußen regulieren. »Normale« Ansprüche an ein gutes Leben lassen sich im Grunde nur mittels Zugehörigkeit zur schrumpfenden »Zone der Integration«, mittels Teilhabe an einem Normarbeitsverhältnis erreichen. Alles, was jenseits der sicheren Zone positioniert ist, zeichnet sich durch Grade des Ausschlusses von materiellem Wohlstand, sozialer Sicherheit, reichen Sozialbeziehungen und Partizipationschancen aus. Im Unterschied zu den subproletarischen Existenzen des 19. Jahrhunderts führen unsichere Beschäftigungsverhältnisse in den Arbeitsgesellschaften der Gegenwart aber nicht, jedenfalls nicht zwangsläufig, zu vollständiger Entwurzelung und Pauperisierung. Vielmehr befinden sich die prekär Beschäftigten in einer eigentümlichen Schwebelage. Sie müssen alle Energien mobilisieren, um den Sprung in sichere Verhältnisse doch noch zu schaffen. Permanente Anstrengungen sind aber auch nötig, um einen Absturz in die »Zone der Entkoppelung« zu vermeiden.

Drittens zeigt sich, dass dieser prekäre Schwebezustand auch bei Befragten, die noch über ein Normalarbeitsverhältnis verfügen, Abstiegs- und Prekarisierungsängste auslöst. Bei den *Verunsicherten* und *Abstiegsbedrohten* (Typ 3, 4) können Abstiegsängste eine besondere Wirkung entfalten, weil diese Gruppen noch etwas zu verlieren haben. Standortkonkurrenzen und die zahlreichen Wettbewerbspakte, in denen häufig Zugeständnisse bei Arbeitszeiten, Löhnen und Arbeitsbedingungen gegen befristete Beschäftigungsgarantien getauscht werden, erzeugen auch in den Stammebelegschaften ein permanentes Gefühl der Verunsicherung. Im öffentlichen Dienst entfalten Privatisierungsdrohungen

eine ähnliche Wirkung. Mit anderen Worten: Prekarisierungsprozesse sind auch *innerhalb* der »Zone der Integration« wirksam – und dies nicht nur als diffuses Gefühl der Bedrohung, sondern in Gestalt massiver Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Viertens begünstigt die Herausbildung einer »Zone der Prekarität« die Produktion »gefügiger Arbeitskräfte«. ⁵ Gerade weil sich die prekär Beschäftigten im unmittelbaren Erfahrungsbereich der über Normarbeitsverhältnisse Integrierten bewegen, wirken sie als ständige Mahnung. Wenngleich Leiharbeiter und befristet Beschäftigte betrieblich meist nur Minderheiten sind, wirkt ihre bloße Präsenz disziplinierend auf die Stammebelegschaften zurück. In Bereichen mit hoch qualifizierten Angestellten produzieren Freelancer und abhängig Selbständige ähnliche Effekte. So finden sich im Grunde in allen Beschäftigungssegmenten Wechselbeziehungen zwischen Stammebelegschaften und flexiblen Arbeitskräften, die den »Besitz« eines unbefristeten Vollzeitwerbsverhältnisses als verteidigungswertes Privileg erscheinen lassen. Aus diesem Grund ist die Prekarisierung kein Phänomen an den Rändern der Arbeitsgesellschaft. Sie bewirkt eine allgemeine subjektive Unsicherheit, die bis tief hinein in die Lebenslagen der formal Integrierten reicht. Prekarität wirkt desintegrierend und zugleich als disziplinierende Kraft. Insofern erzeugt und stützt sie ein Kontrollsystem, dem sich auch die Integrierten kaum zu entziehen vermögen.

Die rechtspopulistische Axiomatik

Nach unserem Verständnis bezeichnen Prekarität und Prekarisierung somit keine sozioökonomische Lage, die außerhalb der Subjektivität der Befragten existiert. Vielmehr stehen diese Begriffe immer auch für ein Macht- und Kontrollsystem ⁶, das sozialstaatliche Kompromissbildungen sukzessive durch die Disziplin des Marktes zu ersetzen sucht und entsprechende Verhaltensweisen hervorbringt. Dieser Befund ist für die politischen Verarbeitungsformen von Prekarisierungsprozessen bedeutsam. Zwar folgt die Produktion politischer Einstellungen und Meinungen einer eigenen, gegenüber den unmittelbaren Arbeitserfahrungen relativ autonomen Logik. ⁷ Es gibt jedoch Berührungspunkte zwischen beiden Sinnwelten. Etwa dann, wenn bestimmte Alltagsphilosophien und Denkschemata eingespielte Formen der Arbeitsteilung und damit korrespondierende soziale Ungleichheiten legitimieren. Wenn solche Legitimationen infolge veränderter Arbeitsteilungen brüchig werden, entste-

5 Vgl. Luc Boltanski/Éve Chiapello: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003. Frz.: Le nouvel Éprit du Capitalisme, Paris 1999.

6 Vgl. Michel Foucault: Die Gouvernementalität, in: Ulrich Bröckling u. a., a. a. O., 2000, S. 41-67.

7 Vgl. Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1988.

hen Spielräume für die Ausbreitung auch rechtspopulistischer Orientierungen. So finden sich bei mehr als einem Drittel unserer Befragten Elemente einer rechtspopulistischen Axiomatik. Im Anschluss an Bourdieu bezeichnet diese Axiomatik ein Produktionsprinzip politischer Meinungen, das im Unterschied zu spontanen Haltungen, Emotionen und Stereotypen bereits ein System »expliziter politischer Prinzipien« hervorbringt, welches einer eigenen inneren Logik folgt.⁸ Die von uns identifizierte rechtspopulistische Axiomatik umfasst acht zentrale Topoi (Schaubild 2).

Schaubild 2:

Indikatoren rechtspopulistischer »Alltagsphilosophien«
(1) ›Zuwanderung zerstört die deutsche Kultur und muss gestoppt werden‹
(2) ›Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg‹
(3) ›Wenn gespart werden muss, dann bei den Sozialschmarotzern‹
(4) ›Die deutsche Geschichte darf nicht länger Ballast sein‹
(5) ›Wir wollen stolz auf Deutschland sein, können es aber nicht‹
(6) ›Politiker sind unglaublich, manche Gangster. Das gesamte System muss verändert werden‹
(7) ›Ein bisschen weniger Demokratie kann nicht schaden‹
(8) ›Rechte Parteien sind zu extrem, aber sie sprechen die richtigen Themen an‹

Die skizzierten Topoi bilden eine Logik des Ressentiments ab, die nationale Zugehörigkeit nach einem binären Schema codiert, auf diese Weise Abgrenzungen gegenüber Outsidergruppen vornimmt und so eine Ideologie der imaginären Integration durch den Ausschluss anderer hervorbringt. Diese Ideologie ist nicht per sé extremistisch, aber sie ist für extremistische Zuspitzungen offen. Es handelt sich zwar nicht um ein geschlossenes rechtes Weltbild, aber doch um eine mehr oder minder kohärente alltagspolitische »Gesamtkonzeption«. In unterschiedlichen Ausprägungen findet sich diese »Gesamtkonzeption« *in allen Zonen der Arbeitsgesellschaft*. Von Integrierten wird sie genauso formuliert wie von prekär Beschäftigten oder Ausgegrenzten. Diese Feststellung ist für sich genommen bereits ein wichtiger Befund. Denn offenkundig sind rechtspopulistische Orientierungen weder ein exklusives Phänomen der »Gesicherten« noch der »Prekari«⁸. Vielmehr können in allen Positionen und Lagen, die die nachfordistische Arbeitsgesellschaft konstituieren, rechtspopulistische Orientierungen entstehen.

Deutlich wird zudem, dass sich die skizzierte Axiomatik nicht unmittelbar auf Arbeitserfahrungen zurückführen lässt. Es handelt sich offenbar um Ein-

8 Vgl. ebenda, S. 655-659.

stellungen, Haltungen, Urteile und Deutungsschemata, die gegenüber situativen Einflüssen und Erfahrungen eine erhebliche Persistenz besitzen. Für einen Zuwanderungsstopp kann man sein, obwohl oder gerade weil man in einer Region mit verschwindend geringem Ausländeranteil lebt. Die Ansicht, dass Migranten Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, wird nicht zuletzt von Interviewpartnern formuliert, die ihren eigenen Arbeitsplatz für sicher halten. Und die Ausgrenzung von »Sozialschmarotzern« fordert ausgerechnet solche Personen, die selbst wirtschaftlich einigermaßen saturiert sind und die nicht um sozialpolitische Ressourcen konkurrieren müssen.

Arbeitserfahrungen, Arbeitsteilung, rechtspopulistische Orientierungen

Damit ist freilich nicht gesagt, dass Arbeitserfahrungen für die Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen unbedeutend sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die marktzentrierte Flexibilisierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen und die damit einhergehenden Prekarisierungsprozesse verändern nicht nur eingespielte Formen der Arbeitsteilung; sie sorgen auch dafür, dass die Legitimationen dieser Arbeitsteilungen erodieren. Das schafft Raum für fremdenfeindliche, neorassistische Klassifikationen. Anders gesagt, eine relativ erfahrungsresistente rechtspopulistische Axiomatik bemächtigt sich nicht nur konkreter Arbeitserfahrungen, sie wird durch marktzentrierte Arbeitsformen beständig bestätigt und forciert. Wir haben diesen Prozess der Umformung von Arbeitserfahrungen und ihren Einbau in die rechtspopulistische Axiomatik in fünf Erfahrungsbereichen eingefangen (Schaubild 3).

Schaubild 3:

- (1) Negative Flexibilisierung ohne politische Repräsentation
- (2) »Entweiblichung« und »Zwangsfeminisierung«
- (3) Umkämpfte Hierarchien in disziplinierten Produktionsgemeinschaften
- (4) Ethnisch »reine« Arbeitersolidarität
- (5) Selbstinstrumentalisierung in »entgrenzten« Arbeitsformen

Exemplarisch sei einer dieser Zusammenhänge erläutert. In einem großen Automobilwerk stoßen deutsche Leiharbeiter auf Vorarbeiter mit Migrationshintergrund, von denen sie angelernt werden. Es kommt zu Konflikten, in einem Fall zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung, die in eine Morddrohung gipfelt. In den Augen der deutschen Leiharbeiter verhalten sich die türkischen oder kroatischen Vorarbeiter »hochnäsig« und »arrogant«. Die Leiharbeiter sehen sich selbst als »Ablassventil« von Ausländern, die sich am

»schwächsten Glied« in der Kette reiben wollen. Die subalterne Behandlung provoziert den Vorwurf der Leiharbeiter, jeder Ausländer werde besser behandelt als sie selbst. Als Antwort reagieren sie ihrerseits mit fremdenfeindlichen Klassifikationen. Als Begründung führen die Leiharbeiter an, dass »es uns vielleicht auch gut gehen« würde, wenn die Ausländer nicht da wären. Unversehens erhält der Wunsch des Leiharbeiters, selbst Stammarbeiter zu werden, eine fremdenfeindliche Wendung. Es verdichtet sich die Überzeugung »die Ausländer sind halt besser gestellt als wir«. Verstärkt wird diese Haltung durch die offizielle Konfliktverdrängung im Betrieb. Fremdenfeindliche Orientierungen gedeihen im Verborgenen. Würden sie explizit, müssten die Beteiligten mit harten Sanktionen durch die Werksleitung und den Betriebsrat rechnen. Aufgrund dieser Konstellation entsteht im Werk eine Art doppelter Realität. Mit Blick auf das eigene Team und die konkrete Arbeitstätigkeit verhält man sich unternehmenskonform. Doch unter dem Deckmantel der politischen Korrektheit blühen fremdenfeindliche und teilweise offen rassistische Klassifikationen. Die heimliche, informelle Verbreitung solcher Klassifikationen erscheint als subversiver Akt, nicht nur gegen »arrogante Ausländer«, sondern auch gegen »die da oben«, die ihre ausländerfreundliche Politik mit repressiven Mitteln durchzusetzen suchen.

Das Beispiel des Automobilherstellers steht durchaus exemplarisch für andere Fälle. In den disziplinierten Produktionsgemeinschaften transnational agierender Konzerne haben Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und rechtsextremistische Tendenzen offiziell keinen Platz, denn sie wären geschäftsschädigend. Doch kosmopolitische Orientierungen des Managements können in den disziplinierten Belegschaften geradewegs gegenteilige Reaktionen auslösen. Sind sie doch – nicht nur aus der Perspektive prekär Beschäftigter – die eigentlichen Verursacher von Unsicherheit und Abstiegsängsten. Ausländerfreundliche, tolerante Haltungen werden in den Augen der Befragten somit ausgerechnet von jenen zur Norm erklärt, die die Verantwortung für die schwierige Situation von (Leih-)Arbeitern tragen. Dass diese »Kosmopoliten« ihre Normen im Zweifelsfall auch mit repressiven Mitteln durchsetzen, erzeugt Ablehnung. Wut auf die Vorgesetzten verbindet sich mit einer fremdenfeindlichen, latent oder offen rassistischen Klassifikation, die im betrieblichen Alltag unterdrückt wird und eben deshalb nicht wirksam dekonstruiert werden kann.

Rebellischer, konservierender und konformistischer Rechtspopulismus

Arbeitserfahrungen werden in unterschiedlichen sozialen Positionen verarbeitet und in die rechtspopulistische Axiomatik eingepasst. Auf der Grundlage unseres empirischen Materials unterscheiden wir drei charakteristische, mit Arbeitserfahrungen angereicherte Ausprägungen der rechtspopulistischen

Axiomatik, die nicht unmittelbar mit den Zonen der Arbeitsgesellschaft korrespondieren, gleichwohl jedoch eine gewisse Zonenspezifität besitzen. Wir nennen sie die konformistische, die konservierende und die rebellische Variante rechtspopulistischer Orientierungen. Die *rebellische Variante* findet sich vor allem bei Befragten aus der »Zone der Entkoppelung« und der »Zone der Prekarität« (Typ 6, 8, 9). Charakteristisch für diese Variante ist, dass sie in erster Linie von einem Zerfall kohärenter rationaler politischer Orientierungen zeugt. Dementsprechend zerrüttet und diffus sind auch die politischen Orientierungen der Befragten. Die Ausgegrenzten und Prekariere schwanken zwischen Resignation und imaginärer Revolte, einer Revolte, die zumeist in jenen Bahnen verbleibt, die ihnen das System aufzwingt. Ihr Protest erscheint in gewisser Weise richtungslos; er wendet sich gleichermaßen gegen »die da oben« wie gegen »fremd« und »anders«. Vor allem aber richtet er sich gegen die gesamte politische Klasse. Das Schwanken zwischen resignativer Unterwerfung und ostentativen Elendsbekundungen folgt dabei einer affektiven Quasi-Systematisierung: Es handelt sich um eine nahezu geschlossene Weltsicht, die in erster Linie auf Gefühlen, Emotionen, Wut und Enttäuschung basiert.

Die *konservierende Variante* findet sich bevorzugt bei formal integrierten Beschäftigten, die sich freilich überwiegend mit einem drohenden sozialen Abstieg konfrontiert sehen oder zumindest von Abstiegsängsten getrieben werden (Typ 3, 4). Diese Befragten zielen im Grunde darauf, ihre eigene soziale Position zu verteidigen, indem sie Ressentiments als Triebfeder »gesellschaftlicher und politischer Aktion« nutzen.⁹ Ressentiments gegen andere werden gezielt als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status eingesetzt. Die Argumentation dieser Gruppen ist stärker rationalistisch geprägt. Bei Verteilungskämpfen unterscheiden die Befragten durchaus zwischen »oben« und »unten«; ihre Grundhaltung steht daher nicht im Widerspruch zu gewerkschaftlicher Organisation und kollektiver Interessenvertretung. Dieser reaktive Nationalismus von Lohnabhängigen stellt eine sozialpopulistische Antwort auf die Entgrenzung der Märkte dar. In einer historischen Situation, in der die alte Verklammerung von Nationalstaat und sozialreformerischer Politik zerbrochen ist, bietet sich die Politik mit den Grenzen als imaginärer Ausweg an. So unterschiedlich die individuellen Überzeugungen und Klassifikationssysteme der einzelnen Befragten auch sein mögen, einig sind sich die Betroffenen darin, dass Zuwanderung Arbeitsplatzverlust für Deutsche bedeutet, deutschen Staatsbürgern Kosten verursacht und die Lebensqualität schmälert. Konservierend verhalten sich diese Arbeiter und Angestellten, weil sie mit einem rigiden Zuwanderungsregime eigentlich die Vorzüge der alten »Bonner Republik« (oder auch ihrer ostspezifischen Wahrnehmung) bewahren wollen. Auf diese Orientierungen trifft zu, dass sich ein rudimentärer »Klasseninstinkt« mit einer

9 Vgl. Castel 2005, S. 67 f.

Mischung aus Missgunst und Verachtung paart, »die auf Unterschieden zwischen sozialen Lagen fußt« und mit der »man die Verantwortung für das eigene Unglück bei jenen Gruppen sucht, die sich auf der sozialen Leiter knapp oberhalb oder knapp unterhalb der eigenen Position befinden.«¹⁰

Die rebellische und die konservierende Variante muss indessen von einer Orientierung unterschieden werden, die wir als *konformistischen Rechtspopulismus* bezeichnen. Diese Variante findet sich bevorzugt in der »Zone der Integration« (Typ 1, 2) und hier häufig bei Befragten, die kontrollierende Arbeitstätigkeiten ausüben. Von einer konformistischen Variante sprechen wir, weil sie wesentlich auf Überanpassung an hegemoniale Normen beruht und sich durch eine eher affirmative Haltung zu einem marktzentrierten Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Bundesrepublik auszeichnet. Diese vermeintlichen Modernisierungsgewinner sehen sich überwiegend mit einem erheblichen Problemdruck konfrontiert. Während der Leistungsdruck im Job zunimmt, gibt es immer weniger Garantien, dass überdurchschnittlicher Einsatz auch zum gewünschten Ziel führt. Je größer der Leistungs- und Anpassungsdruck ist und je vorbehaltloser entsprechende Normen erfüllt werden, desto vehementer verlangt man Gleiches von anderen. Das Streben nach nahtloser Integration in die betriebliche Arbeitswelt (Arbeitsorientierung) dient den Befragten offenkundig als normative Referenzfolie, um gesellschaftliche Probleme (politisches Bewusstsein) zu bewerten. Integration – etwa von Ausländern – ist dann nur noch als Assimilation, als nahtlose Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft denkbar. Und wer einer solchen Integrationsvorstellung nicht entspricht, läuft Gefahr, als nicht integrationsfähig, mithin ausgrenzbar, abqualifiziert zu werden. Die konformistische Variante macht besonders deutlich, dass Übergänge zu rechten Orientierungen nicht als Entsprechung zum wahrgenommenen Ausmaß sozialer Desintegration begriffen werden dürfen, sondern auch und gerade als Folge einer Überanpassung an Normen entstehen können, die für ein Integrationskonzept konstitutiv sind, das, etwa auch im Feld hoch qualifizierter Informationsarbeit, Erfahrungen strukturieren kann.

Wissenschaftliche und politische Schlussfolgerungen

Was bedeuten diese empirischen Befunde für die sozialwissenschaftliche Debatte um die Ursachen eines neuen Rechtspopulismus? In geboten knapper Form seien drei Schlussfolgerungen benannt.

Erstens belegt unsere Untersuchung die Existenz eines rechtspopulistischen Potenzials, das sich aus höchst unterschiedlichen, z. T. geradezu gegensätzlichen Motiven und Interessenlagen speist. Auf theoretische Erklärungsansätze bezogen bedeutet dies, dass die scheinbar unversöhnliche Frontstellung zwi-

¹⁰ Ebenda, S. 68.

schen Deprivationsansätzen, an die sich z. B. Robert Castel¹¹ anlehnt, und Dominanzkultur-Ansätzen¹², die in scharfer Frontstellung zu so genannten »Defizit-Theorien« operieren, möglicherweise nur unterschiedliche empirische Phänomene thematisiert. Die Dominanzkultur-These besagt, dass Personen, die »sich mit den herrschenden Werten Geld, Karriere und Erfolg identifizieren«, die »das Leistungsprinzip verabsolutieren und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzieren«, für rassistische und autoritär-nationalistische Einstellungen besonders anfällig sind.¹³ Demnach ist der Neorassismus »in seiner systematischen Erscheinungsform vor allem ein Problem der Etablierten bzw. jener, von denen erwartet wird und die von sich selbst erwarten, dass sie einmal dazugehören werden – mit aller Gewalt«.¹⁴ Unschwer lassen sich in dieser Diagnose Züge der »konformistischen« Rechtspopulismus-Variante erkennen. Wenn Dominanzkultur-Theoretiker wie Rommelspacher aber formulieren, der Neorassismus sei kein vorrangiges »Problem der Zu-Kurz-Gekommenen« und stattdessen im »Wohlstandschauvinismus« die Hauptursache neorassistischer Klassifikationen sehen¹⁵, verfehlen sie freilich die Eigenheiten des »konservierenden« wie auch des »rebellischen« Rechtspopulismus.

Im Kontrast zu solchen Vereinseitigungen lässt sich zweitens festhalten, dass es durchaus Zusammenhänge zwischen Prekarisierung, der damit verbundenen Wiederkehr sozialer Unsicherheit und dem Entstehen rechtspopulistischer Orientierungen gibt. Solche Zusammenhänge lassen sich nur bestreiten, wenn man die Wirkung von Prekarisierungsprozessen auf das Phänomen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse beschränkt und Prekarität auf eine sozioökonomische Lage reduziert, die unabhängig von Verhalten steuernden Habitusformen existiert. Eine solche Sichtweise ignoriert, dass die »Zonen« der Arbeitsgesellschaft sich zueinander wie ein System kommunizierender Röhren verhalten. Dies nicht nur, weil die Abstiegsängste formal integrierter Gruppen einen wesentlichen Kristallisationspunkt von Prekarität bilden, sondern vor allem, weil der disziplinierende Druck, der von den Entkoppelten und Prekarieren ausgeht, die pathologischen Seiten moderner Arbeitsformen miterzeugt. Zudem liefern die neuen »gefährlichen Klassen« jenen vermeintlichen Modernisierungsgewinnern eine Distinktionsfolie, die das Leiden am Erfolg unduldsam und intolerant werden lässt. Anders gesagt, auch die Existenz von sozialen Gruppen am unteren Ende der sozialen Hierarchie, deren Ver-

11 Vgl. Castel 2005.

12 Vgl. Birgit Rommelspacher: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin 1995; Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis: Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, Opladen 1996.

13 Vgl. Rommelspacher 1995, S. 86.

14 Ebenda.

15 Ebenda, S. 87

haltensweisen mit dem Integrationsideal der Mittelklassen korrespondieren, erzeugt auf Seiten der Integrierten kollektive Reaktionen, die durchaus ressentimentgeleitet sind. Für alle Gruppen gilt indessen eines: Je weniger die Disziplinierung durch den Markt dem Einzelnen auflösbar erscheint, desto eher tendiert er dazu, Statuskonkurrenzen mit dem Mittel des Ressentiments, oder zugespitzter, mittels fremdenfeindlicher oder neorassistischer Klassifikationen auszutragen.

In diesem Zusammenhang gilt es drittens zu beachten, dass die Prekarisierung politisch vor allem als ein Kontrollsystem wirksam wird, das in den Zonen der Arbeitsgesellschaft unterschiedliche Formen des Selbstregierens und der Selbstdisziplinierung erzeugt. Es ist die Überanpassung an entsprechende Normen, die ausgrenzende Integrationsvorstellungen hervorbringt. Und die Verdichtung und Zuspitzung solch ausgrenzender Integrationsvorstellungen in einer bipolaren Logik, die sich gegen stigmatisierte Ausländergruppen wendet, stellt das zentrale Bindeglied zu rechtspopulistischen Orientierungen dar. Ohne Zweifel enthält diese Interpretation Parallelen zur klassischen Autoritarismus-These, wie sie Fromm und später Adorno¹⁶ formuliert haben. Der »neue Autoritarismus« lässt sich indessen primär wohl kaum auf eine Ich-Schwäche zurückführen, die in Defiziten frühkindlicher Sozialisation wurzelt. Der neue Autoritarismus wird, das belegt unsere Untersuchung, durch Mechanismen und Erfahrungen miterzeugt, die im Arbeitsumfeld der Befragten angesiedelt sind. Gerade in den oberen Etagen der Arbeitsgesellschaft und dort, wo moderne, partizipative Arbeitsformen existieren, gibt es offenbar einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Marktsteuerung von Arbeit, den in Korrespondenz zu marktzentrierter Steuerung entwickelten Formen des Selbstregierens¹⁷ und einer Art Selbstinstrumentalisierung, die nicht nur Leidensdruck erzeugt, sondern auch Techniken einer ressentimentgeladenen Selbstformung hervorbringt, welche einer Bewältigung des Drucks dienen. Ausgrenzende Integrationsvorstellungen sind ein Produkt solcher Techniken des Selbstregierens. Marktförmige Steuerungsmechanismen in der Arbeitswelt generieren offenkundig einen »Zwang zum Selbstzwang«, einen Modus der Selbstzuschreibung, der tendenziell auf die gesamte Persönlichkeit ausstrahlt. In unterschiedlicher Weise bringt dieser Modus der Selbstzuschreibung in al-

16 Vgl. Theodor W. Adorno u. a.: *The Authoritarian Personality*, New York 1973, Original 1950; kritisch: vgl. Christel Hopf u. a.: *Familie und Rechtsextremismus – Analyse qualitativer Interviews mit jungen Männern*, Weinheim 1995; Wulf Hopf: *Ethnozentrismus und Ökonomismus. Die »Leistungsgesellschaft« als Deutungsmuster für soziale Ausgrenzung*, in: *Prokla* 102, 26. Jg. Nr. 1, 1999, S. 107-130; Jörg Flecker: *Die populistische Lücke: Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung*. FORBA-Schriftenreihe 1/2004, Wien 2004; Jörg Flecker/Manfred Krenn: *Abstiegsängste, verletztes Gerechtigkeitsempfinden und Ohnmachtsgefühle – zur Wahrnehmung und Verarbeitung zunehmender Unsicherheit und Ungleichheit in der Arbeitswelt*, in: Hans Georg Zilian (Hrsg.): *Insider und Outsider*, Mering 2004.

17 Vgl. Foucault 2000, S. 41 ff.

len Zonen der Arbeitsgesellschaft Formen der Überanpassung hervor, die in rechtspopulistische Orientierungen einmünden können. Rechtspopulistische Orientierungen stellen im Grunde eine Form der imaginären Reintegration in die Gesellschaft dar, die auf Kosten von Anderen, Schwächeren, eben von Outsidergruppen vollzogen wird.

Zwischen den skizzierten Orientierungen und den dahinter verborgenen Potenzialen existieren durchaus Spannungsverhältnisse. »Rebellischer«, »konservierender« und »konformistischer« Rechtspopulismus lassen sich nicht ohne Weiteres unter einen Hut bringen. Gerade dies konstituiert eine strukturelle Mobilisierungsschwierigkeit für rechtspopulistische Formationen. Wollen sie ihr Potenzial ausschöpfen, müssen sie das scheinbar Unvereinbare versöhnen. Sie müssen den »konformistischen« Marktapologeten in gehobener Position, der an der Selbstunterwerfung unter die Erfolgskriterien des neuen Marktregimes leidet, mit dem »rebellischen« Leiharbeiter zusammenbringen, dem es im Grunde um besseren Schutz vor der Willkür eben dieses Marktregimes geht. Für alle Übergangsformen zum Rechtspopulismus gilt indessen, dass sie in der entscherten Arbeitsgesellschaft auf vielfältige Weise Abstützung und Verstärkung erfahren können. Eine Umfrageforschung, die solche Zusammenhänge ignoriert, leistet der Suche nach wirksamen Gegenstrategien einen Bärendienst.

Die politischen Schlussfolgerungen, die sich aus diesen Befunden ergeben, können an dieser Stelle nur angedeutet werden. Zunächst spricht einiges dafür, dass es notwendig ist, der Wiederkehr sozialer Unsicherheit durch eine Politik der Entprekariisierung zu begegnen, die die Schutzbedürfnisse prekariisierter oder von Prekariisierung bedrohter Gruppen ernst nimmt. Ein gesetzlicher Mindestlohn, die Unterstützung von Selbstorganisationsversuchen im prekären Bereich, auf flexible Arbeitsformen zugeschnittene Sicherungssysteme (z. B. Prämien für befristet und flexibel Beschäftigte, auch als Zuschuss zum Tariflohn) und postnationale, europäisch-internationalistisch ausgerichtete Strategien sind unverzichtbare Bausteine einer solchen Politik.¹⁸ Eine solche Politik, die die Repräsentation ausgegrenzter und prekariisierter Gruppen herstellt, kann dazu beitragen, dass sich rechtspopulistische Potenziale organisationspolitisch nicht verselbständigen. Verschwunden sind diese Potenziale damit allerdings nicht. Erfolgreich kann eine solche Politik der Entprekariisierung aber nur sein, wenn sie alles vermeidet, was als »Grenzverwischung« zwischen einer demokratischen Linken und einer antidemokratisch-extremistischen Rechten gedeutet werden kann. Das leichtfertige Spielen der nationalen Karte wirkt hier ebenso kontraproduktiv wie die Fremdarbeiter-Äußerung eines Oskar Lafontaine – und zwar unabhängig davon, ob diese Äußerung »nur« unbedacht und in der Hitze des Gefechts erfolgte oder ob es sich um ei-

18 Vgl. Brinkmann u. a. 2006, S. 85 ff.

nen kalkulierten Versuch handelte, die rechtspopulistische Unterströmung wahlpolitisch vor den eigenen Karren zu spannen.

Eine demokratische Linke kann nur glaubwürdig agieren, wenn sie ihre eigenen politischen Ziele jederzeit klar von denen einer extremen Rechten abgrenzt, die sich – wie etwa die NPD – ein populistisches Mäntelchen überziehen, um ihre autoritär-antidemokratischen Ordnungsvorstellung besser verkaufen zu können. Deshalb darf die Linke nicht hinter die z. B. von Eric Hobsbawm formulierte Erkenntnis zurückfallen, dass die demokratische gegenüber der sozialen Frage einen Eigenwert besitzt. Integrationskonflikte müssen mit demokratischen Mitteln und unter Berücksichtigung elementarer Menschen- und Bürgerrechte ausgetragen werden. Dieser Grundsatz ist es, der die Scheidelinie zu jenen darstellt, die die soziale Frage in eine nationale zu transformieren suchen. Wer diese Scheidelinie deutlich machen will, der muss sie auch in seiner eigenen Organisationspraxis realisieren. Die Tendenz zur Überanpassung an hegemoniale Normen lässt sich nicht dadurch außer Kraft setzen, dass man die Überanpassung an Gegennormen proklamiert. Die Linke benötigt demokratische Integrationskonzepte für unterschiedliche gesellschaftliche Teilbereiche. Daran wird – auch programmatisch – zu arbeiten sein.

Literatur

- Adorno, Theodor W. u. a.: *The Authoritarian Personality*, New York 1973, Original 1950.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003. Frz.: *Le nouvel Ésprit du Capitalisme*, Paris 1999.
- Bourdieu, Pierre: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1988.
- Bourdieu, Pierre: *Die zwei Gesichter der Arbeit*, Konstanz 2000.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke: *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik, Bonn 2006.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M. 2000.
- Castel, Robert: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000.
- Castel, Robert: *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*, Hamburg 2005.
- Decker, Frank: *Der neue Rechtspopulismus*, 2. Aufl., Opladen 2004.
- Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (Hrsg.): *Das neue Marktregime*, Hamburg 2003.
- Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic: *Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus? Endbericht; Teilprojekt 2 im Forschungsverbund »Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft«*, Ms: Jena/Recklinghausen, November 2005.
- Flecker, Jörg: *Die populistische Lücke: Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung*. FORBA-Schriftenreihe 1/2004, Wien 2004.
- Flecker, Jörg/Hentges, Gudrun: *Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa – sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen*, in: Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier u. a. (Hrsg.): *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien*, Hamburg 2004, S. 119-149.
- Flecker, Jörg/Krenn, Manfred: *Abstiegsängste, verletztes Gerechtigkeitsempfinden und Ohnmachtsgefühle – zur Wahrnehmung und Verarbeitung zunehmender Unsicherheit und Ungleichheit in der Arbeitswelt*, in: Hans Georg Zilian (Hrsg.): *Insider und Outsider*, Mering 2004.
- Foucault, Michel: *Die Gouvernementalität*, in: Ulrich Bröckling u. a., a. a. O., 2000, S. 41-67.
- Held, Josef/Horn, Hans-Werner/Marvakis, Athanasios: *Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer*, Opladen 1996.
- Hopf, Christel u. a.: *Familie und Rechtsextremismus – Analyse qualitativer Interviews mit jungen Männern*, Weinheim 1995.
- Hopf, Wulf (1999): *Ethnozentrismus und Ökonomismus. Die »Leistungsgesellschaft« als Deutungsmuster für soziale Ausgrenzung*, in: *Prokla* 102, 26. Jg, Nr. 1, 1999, S. 107-130.
- Rommelspacher, Birgit: *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin 1995.

Das Forschungsprojekt »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« – ausgewählte Ergebnisse¹

Die Ergebnisse im Überblick

Rechtsextreme Einstellungen sind unter Gewerkschaftsmitgliedern in der Bundesrepublik genauso weit verbreitet wie unter Nicht-Mitgliedern. Das ist seit langem bekannt und wird auch durch unsere Untersuchung bestätigt: 19 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten und 20 Prozent der Unorganisierten sind rechtsextrem eingestellt. Bei getrennter Betrachtung von Westdeutschland und Ostdeutschland macht sich allerdings ein deutlicher West-Ost-Unterschied bemerkbar. Rechtsextreme Orientierungen finden sich im Osten im Schnitt anderthalb Mal so häufig wie im Westen (27% zu 18%). Während dabei in Westdeutschland kein Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern besteht, sind Gewerkschaftsmitglieder in Ostdeutschland allerdings wesentlich resistenter gegen Rechtsextremismus als Nicht-Mitglieder (Tabelle 1).

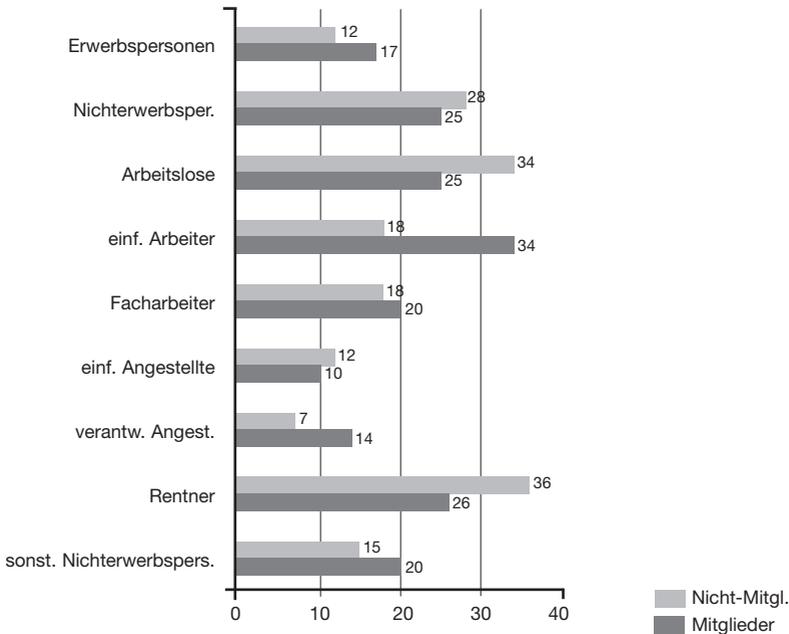
Tabelle 1:

Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Gebiet 2003 (%)			
[Skala REXL]	Mitglieder	Nicht-Mitgl.	Alle Befr.
West	18,4	17,8	18,1
Ost	22,5	28,1	27,1
BRD	19,1	20,0	19,9

1 Das Projekt (Laufzeit 2003/04) wurde von der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung gefördert. Mitarbeiter waren Michael Fichter, Joachim Kreis, Günter Pollach, Richard Stöss und Bodo Zeuner (Sprecher). Die hier mitgeteilten Daten sind dem umfangreichen Abschlussbericht entnommen und beruhen auf vier disproportional geschichteten Stichproben (je rund 1000 Gewerkschaftsmitglieder in Westdeutschland und Ostdeutschland sowie je rund 1000 Nicht-Mitglieder in beiden Landesteilen). Befragt wurden insgesamt 4008 Personen. Ergänzend wurde im Frühjahr 2004 eine qualitative Studie in Form von 10 Gruppendiskussionen mit 58 FunktionsträgerInnen von DGB-Gewerkschaften durchgeführt.

Auch in sozialstruktureller Hinsicht machen sich Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten bemerkbar, wenn die Verbreitung von rechtsextremen Neigungen betrachtet wird (Grafik 1). Besonders auffällig ist, dass einfache Arbeiter (ohne abgeschlossene Berufsausbildung), wenn sie einer Gewerkschaft angehören, doppelt so häufig rechtsextrem eingestellt sind wie unorganisierte Arbeiter der gleichen Kategorie. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass es sich bei den einfachen Arbeitern um eine kleine Gruppe handelt, der nur 10 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder angehören. Auch die gewerkschaftlich organisierten Angestellten in Verantwortungspositionen sind doppelt so häufig rechtsextrem eingestellt wie die gleiche Angestelltengruppe ohne Gewerkschaftsbindung. Diese Gruppe macht immerhin 14 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder aus. Organisierte Facharbeiter neigen zwar nur geringfügig stärker zum Rechtsextremismus als unorganisierte Facharbeiter, bei den Facharbeitern handelt es sich aber um eine relativ große Mitgliedergruppe (25%). Sie stellen mithin einen erheblichen Anteil der gewerkschaftlich organisierten Rechtsextremisten.

Grafik 1:
**Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern
 und Nicht-Mitgliedern nach Erwerbsgruppen 2003 (%)**



Ohne Selbständige und Beamte wegen geringer Fallzahlen

Es gibt Mitgliedergruppen, die seltener rechtsextrem eingestellt sind als Unorganisierte: Rentner, Arbeitslose und einfache Angestellte. Wenn zudem die Unterschiede zwischen Menschen aus Ostdeutschland und Westdeutschland betrachtet werden, dann stellen sich die Verhältnisse noch differenzierter dar. In unseren Analysen haben wir zusätzlich zu den Erwerbsgruppen noch weitere Merkmale einbezogen, die charakteristisch für den sozioökonomischen Status der Befragten sind. Dies soll hier nicht im Einzelnen dargestellt werden. Entscheidend ist, dass dadurch das Bild noch komplexer wird.

Halten wir also fest: Die Aussage, dass sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder bezüglich ihrer Anfälligkeit für rechtsextreme Angebote nicht unterscheiden, trifft zwar insgesamt für die Bevölkerung der Bundesrepublik zu. Unsere Untersuchung zeigt jedoch, dass bei genauerem Hinsehen gravierende Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten bestehen. Ein zentrales Anliegen des Forschungsprojektes bestand darin, diese Differenzen genauer zu analysieren und der Frage nachzugehen, worin das Besondere des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern besteht.

Rechtsextreme Einstellungsunterschiede nach Schichten

Um die wesentlichen Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern herauszuarbeiten, haben wir die Befragten entsprechend ihrem Einkommen und ihrer Bildung in drei Gruppen eingeteilt: Unterschicht (44 % aller Befragten), Mittelschicht (32 % aller Befragten) und Oberschicht (24 % aller Befragten). Dieses Verfahren bezeichnen wir als objektive Schichtzuordnung.

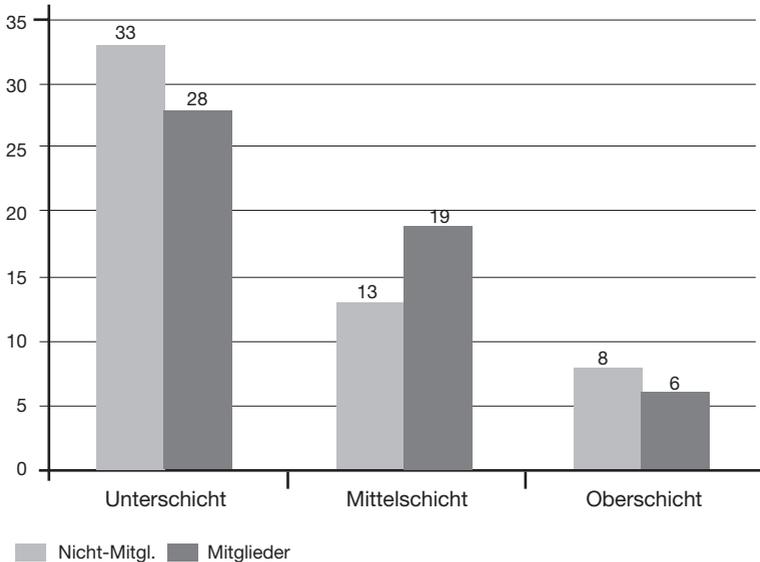
- Zur Unterschicht: Sie ist vergleichsweise schwach gewerkschaftlich organisiert. Ihr gehören rund ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder an. Charakteristisch für die Unterschicht sind Arbeiter ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Arbeitslose und Rentner.
- Zur Mittelschicht: Sie ist besonders stark gewerkschaftlich organisiert. Fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder ist dieser Schicht zuzuordnen. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist offenbar für Angehörige der Mittelschicht besonders attraktiv. Charakteristisch für die Mittelschicht sind Facharbeiter und Angestellte in Verantwortungspositionen.
- Zur Oberschicht: Sie ist gewerkschaftlich »durchschnittlich« organisiert. Etwas über ein Fünftel der Organisierten gehört dieser Schicht an. Charakteristisch für die Oberschicht sind Angestellte in Verantwortungspositionen und Beamte.

Diese Einteilung in drei Schichten ist analytisch fruchtbar, weil Bildung und Einkommen zwei Merkmale darstellen, die maßgeblich für den sozialen Status in unseren Gesellschaften sind.

Das Ergebnis der Komplexitätsreduktion durch Schichtzuordnung ist in Grafik 2 abgebildet.

Grafik 2:

Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung 2003 (%)



Lesebeispiel: Von den Gewerkschaftsmitgliedern, die der Unterschicht angehören, sind 28 Prozent rechtsextrem eingestellt, bei den Nicht-Mitgliedern sind es 33 Prozent. Von den Mitgliedern, die der Mittelschicht angehören, sind 19 Prozent rechtsextrem eingestellt, dagegen sind es nur 13 Prozent bei den Nicht-Mitgliedern der Mittelschicht. Von den Mitgliedern, die der Oberschicht angehören, sind nur sechs Prozent rechtsextrem eingestellt.

Die Grafik enthält folgende Informationen:

- Befragte, die der Unterschicht zuzuordnen sind, erweisen sich generell als weitaus anfälliger für Rechtsextremismus als Angehörige der Mittelschicht und erst recht als Angehörige der Oberschicht. Das gilt gleichermaßen für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder aus der Unterschicht neigen weniger zum Rechtsextremismus als Nicht-Mitglieder aus der Unterschicht. Der Abstand fällt freilich nicht besonders groß aus, und daher wird man nicht von einem bedeutsamen Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten sprechen können.

- Auch Gewerkschaftsmitglieder aus der Oberschicht neigen seltener zum Rechtsextremismus als Nicht-Mitglieder aus der Oberschicht. Die relative Differenz ist zwar größer als bei der Unterschicht, bewegt sich allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau und fällt aufs Ganze gesehen auch weniger ins Gewicht, weil nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Gewerkschaftsmitglieder aus der Oberschicht stammt.
- Dagegen sind Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht, die die Hälfte aller Mitglieder ausmachen, anderthalb Mal so häufig rechtsextrem eingestellt wie Nicht-Mitglieder aus dieser Schicht. Hier liegt mithin der herausragende Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten.

Dieser Befund ist überraschend, weil er nicht der herrschenden Meinung in der Literatur entspricht.

Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich von den Nicht-Mitgliedern also vor allem darin, dass bei ihnen die Mittelschicht überproportional rechtsextrem orientiert ist. Bei der Mittelschicht handelt es sich zumeist um Facharbeiter und qualifizierte Angestellte, die über ein relativ gutes Einkommen und über eine vergleichsweise gute Bildung verfügen und daher eigentlich nicht zu den Verlierern der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse zählen. Dieses Mitgliedersegment hat innerhalb der Gewerkschaften nicht nur wegen seiner Größe eine herausragende Bedeutung, ihm gehören auch 43 Prozent der Funktionäre an. Die maßgeblichen Trägergruppen der Gewerkschaften sind also besonders wenig immun gegen rechtsextreme Ideen; aus ihren Reihen stammt die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder mit rechtsextremen Einstellungen.

Damit kein falscher Eindruck entsteht, sei auf die Größenordnungen hingewiesen, um die es hier geht: 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben rechtsextreme Einstellungen. Davon gehört die Hälfte – also zehn Prozent aller Mitglieder – der Mittelschicht an. Die andere Hälfte der rechtsextrem eingestellten Gewerkschaftsmitglieder verteilt sich auf die Unter- und auf die Oberschicht. Diese zweite Hälfte ist für die Beantwortung der Frage nach den Besonderheiten des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern allerdings unbedeutend, weil sie sich bezüglich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus kaum von den Nicht-Mitgliedern unterscheidet. Einschlägig für unsere Analysen sind die Mittelschicht-Gewerkschafter, weil sie im Vergleich zu den Unorganisierten besonders (nämlich anderthalb Mal so) häufig rechtsextrem eingestellt sind (Grafik 2). Daher stellt sich die Frage, warum ausgerechnet die gewerkschaftlich organisierte Mittelschicht vergleichsweise anfällig für Rechtsextremismus ist.

Zur Ursachenanalyse

Wir haben uns in dem Projekt extensiv mit der Ursachenforschung befasst und sind dabei unter Einsatz eines breiten statistischen Repertoires (von Korrelations- über Entscheidungsbaum- und Regressions- bis hin zu Pfadanalysen) nahezu allen in der sozialwissenschaftlichen Literatur vorfindlichen Thesen nachgegangen. Diese Thesen wurden nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder überprüft, sondern auch für diverse Subgruppen, wie beispielsweise Gewerkschaftsfunktionäre, aktive und passive Gewerkschaftsmitglieder sowie für Nicht-Mitglieder, die mit den Gewerkschaften sympathisieren, oder für Nicht-Mitglieder, die ihnen sehr distanziert gegenüberstehen. Dabei wurde immer auch die Schichtzugehörigkeit berücksichtigt. Die Ergebnisse der Einzelanalysen füllen den größten Teil des über 600 Seiten starken Endberichts. Hier können nur einige wesentliche Befunde wiedergegeben werden.

Im Laufe der Forschungsarbeiten hat es sich als nützlich erwiesen, die Fülle von einzelnen Erklärungsfaktoren in zwei Komplexen zu bündeln:

- Der sozioökonomische Status umfasst Faktoren wie zum Beispiel Bildung, Einkommen, Schichtzugehörigkeit, Modernität des Arbeitsplatzes oder Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses. Generell gilt, dass rechtsextreme Einstellungen mit der Gefährdung des sozialen Status zunehmen.
- Sozio-politische Orientierungen beziehen sich auf Persönlichkeitseigenschaften (z. B. Autoritarismus, Selbstbewusstsein), auf Wertorientierungen und auf Einstellungen zu den politischen und wirtschaftlichen bzw. sozialen Verhältnissen in der Bundesrepublik. Dabei ist zwischen zwei gegensätzlichen Mustern zu unterscheiden:
 - *Demokratische Überzeugungen* stellen eine Kombination von politischem Selbstbewusstsein, freiheitlichen (»libertären«) Werten und demokratischen Einstellungen dar. Je stärker demokratische Überzeugungen ausgeprägt sind, desto geringer ist die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Sie nimmt noch mehr ab, wenn demokratische Überzeugungen eine Verbindung eingehen mit einem eher linken Selbstverständnis sowie mit dem starken Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Interessenvertretung. In diesem Fall sprechen wir von *partizipatorischen Orientierungen*.
 - Bei *autoritären Überzeugungen* verbinden sich autoritäre Persönlichkeitsmerkmale, autoritäre Werte und restriktive Demokratievorstellungen. Je stärker die autoritären Überzeugungen sind, desto größer ist die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Der Effekt wird noch verstärkt, wenn sich autoritäre Überzeugungen mit wirtschaftlich-sozialer und/oder politischer Unzufriedenheit zu *kritischen Orientierungen* gegenüber dem politischen oder ökonomischen System (»systemkritisch«) addieren.

Bei der Ursachenanalyse ist also zwischen Faktoren zu unterscheiden, die der Ausbreitung des Rechtsextremismus eher Vorschub leisten, und zwischen sol-

chen, die Rechtsextremismus eher abwehren. Eindimensionale bzw. einfaktorielle Aussagen («Arbeitslosigkeit begünstigt Rechtsextremismus») werden der Realität kaum gerecht.

Zur Verdeutlichung ein Beispiel: Je moderner Arbeitsplätze ausgestaltet sind, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Arbeitsplatzinhaber über rechtsextreme Einstellungen verfügen. Umgekehrt: Je unmoderner die Arbeitsplätze, desto größer die Wahrscheinlichkeit des Rechtsextremismus. Dabei handelt es sich um die viel zitierte Modernisierungsverliererthese, die insoweit auch mit unseren Daten bestätigt wird. Das Ausmaß des Rechtsextremismus hängt allerdings nicht nur vom Modernisierungsgrad, sondern auch von den sozio-politischen Orientierungen ab. Wenn ein Arbeitnehmer eine Tätigkeit ausübt, bei der er *nicht* mit modernen Technologien in Berührung kommt, aber über besonders ausgeprägte demokratische Überzeugungen verfügt, wird er kaum zum Rechtsextremismus neigen. Dagegen wird der Inhaber eines unmodernen Arbeitsplatzes dann extrem anfällig für rechtsextreme Angebote sein, wenn er nur schwache demokratische Überzeugungen, dafür aber starke autoritäre Überzeugungen hat.

Und so ist es eben auch möglich, dass Arbeitnehmer mit hoch modernen Tätigkeiten empfänglich für Rechtsextremismus sind (Modernisierungsgewinnerthese), dann nämlich, wenn sie stark autoritär disponiert oder sogar besonders systemkritisch eingestellt sind. Rechtsextremisten gibt es nicht nur unter Modernisierungsverlierern, sondern auch unter Modernisierungsgewinnern! Die Modernisierungsgewinnerthese wird in der Literatur fälschlicherweise zumeist alternativ zur Modernisierungsverliererthese diskutiert. Zutreffend ist, dass sich beide Thesen empirisch bestätigen lassen, dass beide aber nicht zum Kern der Ursachen des Rechtsextremismus vorstoßen. Denn Rechtsextremismus gründet sich auf einen komplizierten Wirkungszusammenhang vieler Faktoren, die sich gegenseitig verstärken, neutralisieren oder auch abschwächen können. Wenn jeder einzelne Faktor für sich genommen mit einer Rechtsextremismusskala in Beziehung gesetzt wird, ergibt sich zumeist ein hochsignifikanter (mehr oder weniger starker) Zusammenhang. Untersuchungen, die nur ein begrenztes Repertoire von Erklärungsfaktoren berücksichtigen, laufen daher Gefahr, einzelne Ursachen für Rechtsextremismus zu überschätzen, vor allem dann, wenn Erklärungsfaktoren unberücksichtigt bleiben, die Rechtsextremismus eher eindämmen.

Unsere Untersuchung stützt sich auf eine sehr breite Palette von möglichen Ursachen für Rechtsextremismus. Dabei korrelieren Erklärungsfaktoren aus dem Bereich des sozioökonomischen Status durchgängig schwächer mit Rechtsextremismus als sozio-politische Orientierungen. Die Bedeutung eines problematischen sozialen Status wird in der Literatur also zumeist erheblich überschätzt. Das bedeutet nicht, dass derartige Faktoren überhaupt keinen Beitrag zur Erklärung von Rechtsextremismus leisten, aber ihre Erklärungskraft ist

vergleichsweise gering. Die Aussage »je unmoderner die Arbeitsplätze, desto größer die Wahrscheinlichkeit des Rechtsextremismus« ist zwar richtig, aber sie beschreibt eine Tendenz, die abweichende Fälle einschließt – beispielsweise Modernisierungsgewinner mit rechtsextremen Einstellungen.

Dies gilt entsprechend für die derzeit in der Industriesoziologie favorisierte These, dass Rechtsextremismus bei Arbeitnehmern vor allem durch die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse verursacht sei. Zwar liefern unsere Daten viel empirische Evidenz für die Prekarisierungsthese, aber auch hier gilt, was wir im Zusammenhang mit der Modernisierungsverliererthese ausgeführt haben: Ob und wie stark Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen zum Rechtsextremismus neigen, hängt von ihren sozio-politischen Orientierungen ab: Ein prekär beschäftigter Arbeitnehmer mit starken demokratischen Überzeugungen wehrt Rechtsextremismus eher ab. Wenn Prekarität aber mit autoritären Überzeugungen oder sogar mit systemkritischen Orientierungen verbunden ist, dann sind mit hoher Wahrscheinlichkeit starke rechtsextreme Neigungen vorhanden.

Kurzum: Die Anfälligkeit der Individuen für Rechtsextremismus hängt weniger davon ab, wie problematisch ihr sozialer Status ist, sondern vor allem davon, wie sie die aus ihrem sozialen Status resultierenden Probleme subjektiv verarbeiten. Unsere Befragungsergebnisse verweisen auf zwei unterschiedliche Verarbeitungsformen: selbstbewusstes und nachhaltiges demokratisches Engagement (in Gewerkschaften) oder Überantwortung des eigenen Schicksals an autoritäre Instanzen, die Macht und Stärke, Sicherheit und Ordnung verheißen.

Rechtsextremismus ist daher mit antidemokratischem Denken und Handeln, das die Eigengruppe (Rasse, Ethnie, Nation) bevorzugt oder für höherwertig erklärt und zugleich Fremdgruppen abwertet, diskriminiert oder ausgrenzt, nur unzureichend beschrieben. Zur Begriffsbestimmung gehört darüber hinaus, dass er für Ich-schwache, ängstliche, unsichere Individuen eine hohe Funktionalität bei der Bewältigung von Problemen hat, weil er Orientierungshilfe, Sinnstiftung, persönliche Anerkennung und Aufwertung, Schutz, Risikobewältigung und Privilegiensicherung verspricht.

Die besondere Anfälligkeit von Gewerkschaftsmitgliedern aus der Mittelschicht

Nach diesen grundsätzlichen Anmerkungen zur Ursachenanalyse widmen wir uns nun wieder dem Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern und gehen der Frage nach, warum Gewerkschafter aus der Mittelschicht anfälliger für Rechtsextremismus sind als Nicht-Mitglieder aus dieser Schicht.

Zunächst gilt, dass sich Organisierte und Unorganisierte nicht prinzipiell hinsichtlich der Ursachen für rechtsextreme Einstellungen unterscheiden. Die

Ausbreitung des Rechtsextremismus wird bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern durch dieselben Faktoren begünstigt. Und auch für die Immunisierung gegen Rechtsextremismus sind bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern dieselben Faktoren verantwortlich. Insofern handelt es sich bei Gewerkschaftsmitgliedern um ganz normale Menschen, bei denen die Anfälligkeit davon abhängt, wie sie ihre Statusprobleme subjektiv bewältigen.

Um die Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten zu ermitteln, müssen wir eine Schicht tiefer graben. Wir haben oben dargelegt, dass Rechtsextremismus aus einem komplizierten Wirkungsgeflecht von Faktoren erwächst, die sich gegenseitig verstärken, neutralisieren oder auch abschwächen können. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass für die rechtsextremen Einstellungen der verschiedenen Mitgliedergruppen spezifische Faktorenkonstellationen verantwortlich sind. Eine Eigenschaft haben allerdings alle Mitgliedergruppen, und darin unterscheiden sie sich eindeutig von den Unorganisierten: Sie sind – teilweise sogar wesentlich – stärker partizipatorisch orientiert als Nicht-Mitglieder (Grafik 3). Partizipatorische Orientierungen stellen geradezu ein Alleinstellungsmerkmal von Gewerkschaftsmitgliedern dar. Dabei handelt es sich – wie erwähnt – um die Verknüpfung von demokratischen Überzeugungen, einem eher linken Selbstverständnis und der Betonung nachhaltiger Interessenvertretung.

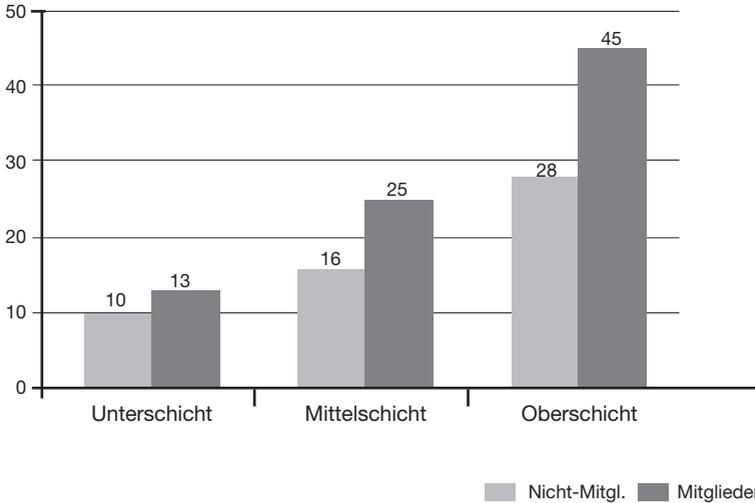
Da partizipatorische Orientierungen Rechtsextremismus stark eindämmen, müssten Gewerkschaftsmitglieder eigentlich vergleichsweise resistent gegen rechtsextreme Einflüsse sein. Das sind sie aber nur teilweise, weil eben noch andere Einflussfaktoren im Spiel sind, zum Beispiel »systemkritische« Orientierungen (Grafik 4) oder eben auch Statusprobleme (Tabelle 2). Im Folgenden werden diese Faktoren gemeinsam für die drei Schichten betrachtet:

- Wie bereits dargestellt, neigen Angehörige der Unterschicht häufiger zu rechtsextremen Einstellungen als die Mittel- und die Oberschicht (Grafik 2). Sie verfügt nämlich über geringe partizipatorische, dafür aber über starke systemkritische Orientierungen, und ihr sozialer Status ist besonders problematisch. Dass Gewerkschaftsmitglieder in diesem sozialen Segment etwas weniger anfällig für Rechtsextremismus sind als Nicht-Mitglieder, liegt daran, dass sie stärker partizipatorisch orientiert sind und ihr sozialer Status etwas weniger gefährdet erscheint. Hinsichtlich der systemkritischen Orientierungen unterscheiden sich Organisierte und Unorganisierte nicht.
- In der Oberschicht findet Rechtsextremismus vergleichsweise wenig Zuspruch (Grafik 2). Sie stellt in Bezug auf die hier behandelten Erklärungsfaktoren das Gegenteil der Unterschicht dar: starke partizipatorische und geringe systemkritische Orientierungen sowie ein eher unproblematischer sozialer Status. Dass Gewerkschaftsmitglieder aus dieser Schicht noch etwas seltener rechtsextrem eingestellt sind als Nicht-Mitglieder, dürfte an ihrem überragenden partizipatorischen Impetus liegen, der ihre – im Ver-

gleich zu den Unorganisierten – beträchtlichen systemkritischen Orientierungen und die wohl etwas stärkere Gefährdung ihres sozialen Status neutralisiert.

Grafik 3:

Starke partizipatorische Orientierungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung 2003 (%)



Grafik 4:

Starke systemkritische Orientierungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung 2003 (%)

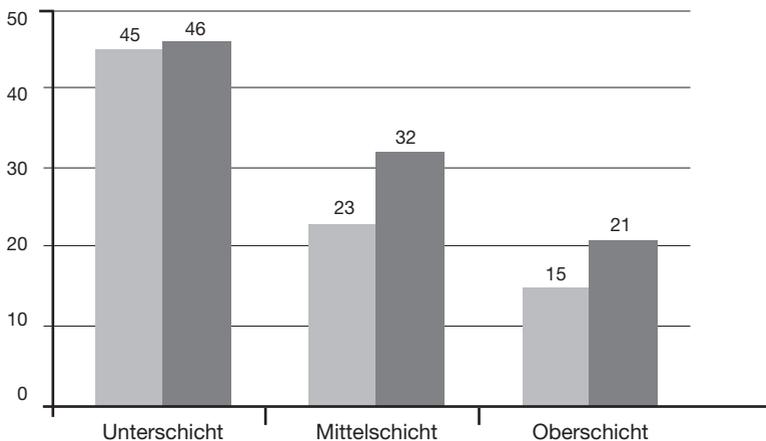


Tabelle 2:

Problematischer sozialer Status bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung 2003 (%)		
	Geringe Modernität des Arbeitsplatzes	Starke Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses
Unterschicht		
Mitglieder	36	55
Nicht-Mitglieder	46	57
Mittelschicht		
Mitglieder	22	27
Nicht-Mitglieder	25	36
Oberschicht		
Mitglieder	11	16
Nicht-Mitglieder	6	18

Lesbeispiel: 36 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und 46 Prozent der Nicht-Mitglieder aus der Unterschicht verfügen über einen durch geringe Modernität gekennzeichneten Arbeitsplatz.

- Abschließend betrachten wir die *Mittelschicht*, das soziale Segment also, in dem die Gewerkschaftsmitglieder anderthalb Mal so häufig rechtsextrem eingestellt sind wie die Nicht-Mitglieder. Ursächlich dafür ist nicht der soziale Status, denn der ist bei den Organisierten weniger bedroht als bei den Unorganisierten. Insbesondere die Beschäftigungsverhältnisse der Gewerkschaftsmitglieder sind deutlich weniger prekär als die der Nicht-Mitglieder. Ursächlich dafür sind auch nicht die partizipatorischen Orientierungen, denn sie sind bei den Mitgliedern stärker ausgeprägt als bei den Nicht-Mitgliedern. Die Lösung des Problems ist im Bereich der systemkritischen Orientierungen zu finden: Gewerkschaftsmitglieder sind fast anderthalb Mal so stark systemkritisch eingestellt wie Nicht-Mitglieder. Dieser Befund erklärt die vergleichsweise große Anfälligkeit der Mittelschicht-Gewerkschafter allerdings nur teilweise. Wir müssen noch eine Schicht tiefer graben und das Orientierungsmuster »systemkritische Orientierungen«, das sich aus vielen einzelnen Erklärungsfaktoren zusammensetzt, genauer unter die Lupe nehmen. Dann zeigt sich, dass Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht teilweise extrem unzufrieden mit den wirtschaftlich-sozialen und politischen Verhältnissen sind und dann zu heftiger Systemkritik, zu Fundamentalopposition und eben auch überproportional zum Rechtsextremismus neigen.

Dass gerade unter den Gewerkschaftern aus der Mittelschicht, vor allem unter organisierten Facharbeitern und verantwortlichen Angestellten, so große Frustration herrscht, lässt sich, wie auch die Ergebnisse der qualitativen Befragung zeigen, mit ihrer veränderten Rolle in den industriellen Beziehungen erklären:

Sie konnten sich lange Zeit als Träger (Funktionäre, Betriebsräte) und als Gewinner einer erfolgreichen Tarif- und Arbeitspolitik und als Nutznießer der wirtschaftlichen Prosperität begreifen. Diese herausgehobene Stellung scheint nun infolge von Globalisierung, Modernisierung, Deregulierung und Unterbietungskonkurrenz ernsthaft gefährdet zu sein. Ihnen droht nicht nur erheblicher Status- und wohl auch Privilegienverlust (z. B. Abbau übertariflicher Leistungen); sie müssen auch mit ansehen, wie die früheren Erfolge der gewerkschaftlichen Politik, also ihre eigenen Erfolge, nun Stück für Stück demontiert werden, wie die Macht der Gewerkschaften Schritt für Schritt zurückgedrängt wird. In den Gruppendiskussionen wurde als Erklärung für die Neigung der Kolleginnen und Kollegen zum Rechtsextremismus besonders häufig die »Existenzangst« auch der derzeit von Verschlechterungen (noch) gar nicht betroffenen Kerngruppen der Beschäftigten genannt. Zugleich wurde vehement ein Verlust an Solidarität unter den KollegInnen beklagt.

Diese Verluste und Niederlagen äußern sich bei Teilen der organisierten Mittelschicht darin, dass sie ihre Schutzbedürfnisse nur durch eine nationalistische und ethnozentrische Politik gewährleistet sehen. Dass die Gewerkschaften heute weniger resistent gegen Rechtsextremismus sind, als sie es (offenbar) früher einmal waren, könnte daran liegen, dass die Anfälligkeit vor allem ihrer Mittelschicht-Mitglieder in den vergangenen 15 bis 20 Jahren zugenommen hat. Gerade die Angehörigen der Mittelschicht sind nicht nur in ökonomischer und sozialer Hinsicht, sondern auch als maßgebliche Akteure der Gewerkschaftspolitik von den umbruchartigen ökonomischen Veränderungen besonders betroffen.

Das Besondere an der gewerkschaftlich organisierten Mittelschicht besteht darin, dass sie in doppelter Hinsicht massive Ängste entwickelt, die sich gegenseitig noch verstärken dürften: Als Arbeitnehmern droht ihnen das Schicksal von *sozialen* Verlierern, als Gewerkschaftsmitgliedern droht ihnen das Schicksal von *politischen* Verlierern.

Darin unterscheiden sie sich von den beiden anderen Schichten: Angehörige der organisierten Unterschicht zählen zwar auch zu den Verlierern dieser Entwicklung. Aber sie verfügte schon immer über einen problematischen sozialen Status und daher ist ihre »Fallhöhe« nicht so groß wie die ihrer Mittelschicht-Kollegen. Außerdem zählen die Gewerkschafter aus der Unterschicht zumeist zu den passiven Mitgliedern. Der Beitrag der Oberschicht zur Erfolgsgeschichte der Gewerkschaften dürfte zwar kaum geringer sein als der der Mittelschicht. Aus der Mittel- und aus der Oberschicht stammen immer-

hin 80 Prozent der Gewerkschaftsfunktionäre. Aber die Oberschicht-Gewerkschafter zählen nur zu den politischen, nicht aber zu den sozialen Verlierern. Denn ihr sozialer Status ist im Vergleich zu den übrigen Mitgliedergruppen kaum bedroht.

Schlussfolgerungen für die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben nach 1945 an vorderster Front gegen die Nachwirkungen und gegen das Wiederaufleben des Faschismus in der Bundesrepublik gekämpft. Sie haben bereits bei der Einrichtung der DGB-Kommission Rechtsextremismus (1999-2000) erkannt, dass es sich dabei nicht mehr nur um ein externes Phänomen handelt. Nationalistisches und ethnozentrisches Denken hat mittlerweile auch Teile ihrer eigenen Mitgliederschaft erfasst. Sie sind also nicht mehr nur Akteur, sondern eben auch Adressat der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Rechtsextreme Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern sind Ausdruck von tief greifenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie von der Krise, in der sich die Gewerkschaften gegenwärtig befinden. Offensichtlich erreichen gewerkschaftliche Erklärungsmuster viele Mitglieder nicht. Rechtsextreme Gruppierungen besetzen solche Themenfelder, während gewerkschaftliche Positionen und Argumente bei vielen Mitgliedern offensichtlich nicht bekannt sind oder nicht angenommen werden. Wenn gewerkschaftliche Positionen nicht wahrgenommen werden und Mitglieder stattdessen betriebsbezogene, konkurrenzbedingte »Sachzwänge« akzeptieren oder gar rechtsextreme und fremdenfeindliche Parolen aufnehmen, geht die Chance einer solidarischen und demokratischen Verarbeitung der Probleme und Konflikte verloren.

Die Verluste und Niederlagen sind real, die Frustrationen und Ängste mit hin verständlich. Da Rechtsextremismus funktional für die subjektive Verarbeitung von problematischen Lebenslagen sein kann, wird es kaum ausreichen, ihn allein mit dem moralischen Verweis auf den Nationalsozialismus (»Wehret den Anfängen!«) zu bekämpfen. Vielmehr besteht die Herausforderung darin, eine gewerkschaftliche Praxis und Politik zu konzipieren, die an der Verarbeitung und Deutung von Erfahrungen und Ängsten ansetzt, vor allem wenn es um Probleme wie Arbeitslosigkeit, Outsourcing und Unterbietungskonkurrenz geht. Diese Praxis und Politik muss auf verschiedenen Ebenen, von der betrieblichen Interessenvertretung über die Bildungsarbeit, die Tarifpolitik, die gesellschaftliche Bündnispolitik und die Lobbyarbeit gegenüber Parlamenten und Regierungen, wirksam werden.

Der DGB und seine Gewerkschaften haben in den letzten Jahren eine Vielzahl neuer Initiativen – Aktionen, Kampagnen, Bildungsprojekte und Betriebsvereinbarungen – gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ent-

wickelt. Wie diese Ansätze und unsere Ergebnisse zeigen, muss eine nur betrieblich ausgerichtete oder gar als Beiwerk angelegte Behandlung des Themas an den sozioökonomischen und sozio-politischen Realitäten rechtsextremer Einstellungen scheitern. Projekte und Bildungsansätze der Gewerkschaften, in denen Arbeitnehmer lernen, sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einzusetzen oder Toleranz, Gleichbehandlung, Zivilcourage und interkulturelles Lernen zu fördern, können ihre erhoffte Wirkung nicht erzielen, wenn rechtsextreme Einstellungen im Kontext von Handlungsperspektiven der gewerkschaftlichen Interessenvertretung nicht offen angegangen werden. Wie gesellschaftliche und sozioökonomische Konflikte wie Globalisierung, Outsourcing, Unterbietungskonkurrenz und Standortverlagerungen von Gewerkschaftsmitgliedern verstanden und verarbeitet werden und welchen Einfluss gewerkschaftliche Analysen und Handlungsperspektiven haben, ist nach unseren Erkenntnissen entscheidend dafür, ob sich rechtsextreme Einstellungen entwickeln und wie verbreitet sie in der Mitgliederschaft sind. Nach den Befunden unserer Untersuchung sind folgende Erkenntnisse für das Handeln der Gewerkschaften in dieser Frage wichtig:

- Gewerkschaften können nur dann gegen Rechtsextremismus wirksam sein, wenn sie sich deutlich als Wertegemeinschaft – und nicht nur als Arbeitsmarktkartell oder gar als Dienstleistungsunternehmen zur individuellen Förderung ihrer Kunden/Mitglieder – verstehen und dies auch in der Binnen- und in der Außenkommunikation deutlich machen. Dazu gehört insbesondere das Eintreten für die Verbindung der Werte »soziale Gerechtigkeit« und »Demokratie« als Grundlage gewerkschaftlichen Handelns.
- Inhaltlich verknüpft mit der Ausrichtung der Gewerkschaften als Wertegemeinschaften ist die Aktivierung und Ermöglichung von Partizipation. Eigenaktivität bzw. die Förderung einer partizipatorischen Orientierung, die sich in unserer Untersuchung als besonders starkes Bollwerk gegen rechtsextreme Einstellungen erwiesen hat, kann nicht nur durch Bildungsarbeit gestärkt werden. Wenn es richtig ist, dass die Arbeitnehmer und die Gewerkschaftsmitglieder nichts besser von rechtsextremen Deutungsangeboten und Versuchungen fernhält als die Erfahrung, durch eigene Tätigkeit und Mitbestimmung in Betrieb, Gewerkschaft oder Politik etwas bewirken, erreichen, verändern zu können, dann steht diese Erkenntnis quer zur von den meisten Funktionären beklagten und von vielen als unabänderbar angesehenen Praxis des Stellvertreterhandelns für passive und nur an individueller Nutzenmaximierung interessierte Mitglieder. Leitbild könnte das starke, solidaritätsfähige Individuum sein. (Ein Parolenvorschlag: *»Nur starke Individuen sind solidaritätsfähig. Nur solidarische Individuen sind stark.«*)
- Als strategische Zukunftsaufgabe gehört das Thema »Anfälligkeit für Rechtsextremismus« offensiv in den »Mainstream« der gewerkschaftspoli-

tischen Analysen, Bildungs- und Handlungsansätze. Ein Vorgehen als Beiprogramm mit Sonderstatus bleibt wirkungslos.

- Eine durchgehende Erkenntnis sowohl der quantitativen als auch der qualitativen Untersuchungen unseres Projektes ist der Zusammenhang zwischen autoritären Persönlichkeitsstrukturen, verbunden mit Rigiditäten im Denken, und rechtsextremen Einstellungen. Zur Rigidität gehört die Bereitschaft, »einfache« Lösungen für komplexe Probleme und Veränderungen der Lebenslage zu suchen. Rigidität wird gefördert durch ein Denken in Sachzwängen und »Alternativlosigkeiten« – ob auf der betrieblichen oder der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Gewerkschaften hätten dem entgegenzutreten: In der Politik durch ein Bestehen auf Alternativkonzepten und in der Bildungsarbeit und Bildungspolitik durch Förderung der Fähigkeit zu differenzierter Analyse und selbständiger Urteilsbildung.
- Gerade im Hinblick auf die Europäisierung der Märkte und die Notwendigkeit ihrer politischen Regulierung wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Bedeutung für die Behandlung von herausfordernden Themen wie Rechtsextremismus gewinnen. Vergleichende Daten verschiedener EU-Länder zeigen deutlich, dass Rechtspopulismus und rechtsextreme Einstellungen europaweite Phänomene sind, deren Bekämpfung einer ebenso breiten Perspektive bedarf.

Das Ziel von Gegenmaßnahmen sollte vor allem darin bestehen, die rechts-extreme Reaktion als hilflose und perspektivlose Flucht vor der Freiheit, der Verantwortung und der Selbsttätigkeit zu entlarven und als Alternative das kollektive, solidarische und demokratische Engagement zu stärken. Gewerkschaftsmitglieder sollten für diese Argumentation empfänglich sein, weil ihre Mentalität – anders als die der Nicht-Mitglieder – besonders stark demokratisch-partizipatorisch geprägt ist.

4. Widerstand gegen rechtes Denken und Handeln

Wolfgang Dreßen

Alle einig gegen Rechts?

In fast regelmäßigen Abständen erwerben sich Neonazis allgemeine Aufmerksamkeit. Plötzlich überschlagen sich die Medien und etablierten Politiker in ihrer Besorgtheit und es scheint kein anderes Thema mehr zu geben. Alle wollen beweisen, wie gut demokratisch sie sind und wie hervorragend sie die deutsche Vergangenheit bewältigt haben. Bei genauerem Hinsehen werden Gründe erkennbar: Das Ansehen im Ausland, die guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen sollen nicht gefährdet werden, wenn der sowieso schon vorhandene Neonazismus unangenehm sichtbar wird.

Die deutsche Vergangenheit muss also doch immer noch bewältigt werden. Wie erreicht man aber eine Vergangenheitsbewältigung, die keine unerwünschten Fragen an die Gegenwart stellt, die ökonomie- und politikkompatibel bleibt? Eine schwierige Gratwanderung, bei der Neonazis stören könnten.

Helfen hingegen könnte eine reduzierte Sicht, sowohl auf die deutsche Vergangenheit als auch auf die Neonazis. Wie diese Reduktion gestaltet ist, werde ich im Folgenden in vier Themenbereichen aufzeigen.

Verdrängung: Heute wie damals ist der Böse der »Andere«

Auschwitz wird zum unverstehbaren Bösen an sich erklärt, zu einer gleichsam anthropologischen Konstante des Bösen, dem am besten durch Sozialisierung zum fleißigen Arbeiter, neuerdings zum funktionierenden Marktsubjekt, zu begegnen sei. Spätestens nach fünf Minuten taucht deshalb in jedem Fernsehfilm der sattsam bekannte SA-Mann auf, mit dessen unordentlichem Verhalten nun wirklich kein Fernsehzuschauer etwas zu tun hat. Beliebt sind Schilderungen von NS-Sadisten, weil sie die »dunklen Jahre« so fern rücken, dass sie gar nicht mehr bewältigt werden müssen. Dies wiederholt sich bei der Schilderung von Neonazis: Springerstiefel, Glatzen, lauter unerzogene Menschen, die gar nicht in unsere Gesellschaft gehören. Leicht lassen sich deshalb Forderungen nach mehr Kontrolle, Verboten und mehr Erziehung stellen. Die extremistischen Leistungsverweigerer sind die Gefahr. Unsere Gesellschaft muss nur ihre Vergangenheits- und Gegenwartsränder in den Griff bekommen, damit der Markt endlich frei wird. Es geht bei diesen Bewältigungsstrategien nie um uns selbst, sondern immer um andere. Nicht zuletzt deshalb können diese

»Anderen« auch leicht durch »islamistische Terroristen« ersetzt werden. Wie die Neonazis heute, so waren auch die Nazis »Andere«. Deshalb müssen eben auch die deutschen Opfer betrauert werden: Auch wir haben unter dem NS gelitten, wie wir jetzt gegen die Neonazis zusammenstehen.

Dieser Verdrängungszusammenhang macht es so schwierig, darüber zu diskutieren, was zu tun sei. Denn es geht doch vor allem um uns selbst, um unsere Vergangenheit und unsere Gegenwart. Die propagierte Sicht auf Vergangenheit und Gegenwart des Nazismus stellt diese aber bereits außerhalb unseres gesellschaftlichen Zusammenhangs.

Der ökonomische, nationalistische Grundkonsens wankt

Die »herrschende« Politik steckt in einer tiefen Legitimationskrise, die sie unglaubwürdig macht. Die bisherigen kapitalistischen Regulationsmodelle basierten ideologisch auf Nationalismus, er entsprach ökonomischen Interessen. Jetzt musste unser früherer Bundeskanzler der Deutschen Bank im Stil der NPD vorhalten, das Wort »deutsch« stünde ihr nicht mehr zu, weil sie nur an Profit und nicht an Arbeitsplätze denke. Aber an was soll eine Bank denn sonst interessiert sein als an Profit? Und dieser Profit wird inzwischen globalisiert erwirtschaftet: »Made by Daimler-Chrysler«, nicht mehr »Made in Germany«.

Opel gehörte schon seit den 1920er Jahren zu General Motors, aber das Geschäft blieb national orientiert, Opel produzierte deutsche Rüstungsgüter. Jetzt konkurrieren die einzelnen Betriebs-Standorte weltweit gegeneinander, um ein für den Gesamtkonzern, d. h. für die Aktionäre günstigeres Lohn-Leistungsverhältnis herauszuwirtschaften. Bisherige Kriege konnten noch nationalistisch vermarktet werden, der gegenwärtige weltweite Kampf um die Erhöhung der Mehrwertrate nimmt darauf keine Rücksicht mehr. Ein nationaler Sozial-Staat gehört erst recht in die historische Rumpelkammer. Er war verbunden mit den bisherigen Regulationsmodellen, angefangen mit den Bismarckschen Sozialgesetzen bis zur nazistischen Volksgemeinschaft.

Anders als in anderen Ländern wird dabei aber in Deutschland der bisherige ideologische Grundkonsens in Frage gestellt. Hier baute nach 1945 die Wirtschaft den Staat auf, die Wirtschaft sicherte über den 8. Mai hinaus die Kontinuität, an die staatlich erst 1949 angeknüpft werden konnte. Und die Kontinuität der Volksgemeinschaft wurde ebenfalls ökonomisch abgesichert, durch den »Sozial-Staat«. Erst auf dieser Kontinuitätsbasis konnte die Vergangenheit selektiv »aufgearbeitet« werden, wie es hieß. Man hatte innerhalb der Prosperitätsphase die Vergangenheit »bewältigt«, wie es ebenfalls hieß, weil die Basis der Volksgemeinschaft verdrängt wurde: die durch Vernichtungskriege, Zwangsarbeit und »Judenverwertung« garantierte Konsumgemeinschaft, die nur durch die böse »Rote Armee« und die »alliierten Terrorangriffe« gestört wurde. Solange der Sozial-Staat hielt, blieb die Volksgemeinschaft ruhig.

Das hat sich alles geändert. Der ökonomische Grundkonsens wird ökonomisch und in der Folge auch politisch aufgekündigt. Auch die Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft verlieren »ihre« Arbeit. Der kapitalistische Profit kommt nicht mehr allen »Deutschen« zugute. Was schamvoll »rheinischer Kapitalismus« genannt wird, war in Wirklichkeit ein »deutscher Kapitalismus«. Die Rechten und auch viele Linke phantasieren von einer »Gemeinschaft«, die auch im Kapitalismus möglich wäre. Diese »Gemeinschaft« basierte auch auf den Profiten, die vor 1945 erwirtschaftet worden waren. Hier wurde eine mörderische Volksgemeinschaft entwickelt, die ihren Wohlstand über Ausplünderung und Mord realisierte. Nach 1945 waren alle Opfer, besonders aber die Deutschen, jetzt wurde gehungert. Erst das »Wirtschaftswunder« der 50er Jahre konnte wieder an das »Wirtschaftswunder« der NS-Zeit anknüpfen. Damit ist es vorbei, das »Wunder von Bern« wiederholt sich nicht mehr für die Volksgemeinschaft, sondern nur noch in dem rasanten Anstieg der Geldvermögen. Die Vergangenheit kehrt deshalb wieder: Die Deutschen sind die Opfer, der Terror kommt wieder von den kapitalistischen Angelsachsen. Und langsam traut man sich auch wieder, die wahren Feinde zu benennen, die Juden.

Insofern entsprechen die Neonazis dem Zeitgeist, aber tun sie das auch in ökonomischer Hinsicht? Der Grundkonsens wurde ökonomisch aufgekündigt, weil er einer weiteren Profitvermehrung im Wege steht, und weil er nach der Niederlage des so genannten realen Sozialismus nicht mehr gebraucht wird. Auch der Überangepasste kann sich nicht mehr auf die Ökonomie verlassen, nicht individuell und auch nicht politisch. Gefragt ist jetzt das unternehmerische Selbst, das die Kapitalverwertung so weit verinnerlicht hat, dass es seine Verwertung als persönliche Freiheit empfindet. Während Adorno in seinen Überlegungen zur »Erziehung nach Auschwitz« noch ein Individuum einforderte, das er zum »Zentrum des Widerstands« erklärte, mutiert das heutige Individuum zum zwar differenten, aber funktionalen Selbst. »Diversity Management«, funktionale Differenz, wird gefordert, auch in einer rechtskonservativen Regierung wie in den USA unterstützt eine schwarze Außenministerin das Geschäft. Die Deutsche Bank fördert »Gay Banking«, Ford mag den Christopher Street Day. Die Ideologie der bisherigen Volksgemeinschaft behindert dagegen das Geschäft. Die Ausschlusskriterien richten sich nach der Funktionalität, nicht mehr nach Ethnien oder Rassismen. Niemand, auch kein Mitglied der Volksgemeinschaft, kann sich darauf verlassen, nicht Bankrott zu gehen.

Die Wut der Neonazis folgt aus diesem Wissen. Selbst ein heutiger Industrieclub würde sich auf kein Bündnis mehr mit ihnen einlassen. Nicht weil die Herren und inzwischen auch Damen des Industrieclubs nun plötzlich humaner geworden sind, sondern weil sie ihre Profitinteressen anders und besser realisieren, weltweit unmittelbar auf ökonomischer Basis. Auch der Krieg gegen den Irak basiert zum erheblichen Teil nicht mehr auf einer traditionellen

Armee, sondern auf ökonomischen Verbänden, auf einer Söldner High-Tech-Armee. Die anderen, meist Soldaten, die durch den Kriegsdienst die amerikanische Staatsangehörigkeit erwerben wollen oder die keine andere Jobvariante mehr besitzen, dienen als Kanonenfutter.

Neonazis dienen der doppelten Ablenkung

Kanonenfutter wird allerdings gebraucht, vor allem ideologisch, auch bei uns. Dies bleibt, wie schon immer, die Aufgabe der Neonazis. Die ökonomische Entwicklung darf nicht dazu führen, dass diese Gesellschaftsformation selber in Frage gestellt wird. Zwar starten die Neonazis eine »antikapitalistische Kampagne«, aber sie klammern sich an die alten und schon einmal tödlichen Erklärungsmuster. Der Kapitalismus wird auf das »internationale Finanzkapital« reduziert, also auf das Geld, das »raffende Kapital«, das außerdem auch noch »international« agiert. Die Neonazis dienen daher einer doppelten Ablenkung. Ihre Anhänger träumen vom deutschen Reich. Das ist gut so, da kommen sie nicht auf falsche Ideen, und die offizielle Bekämpfung der Neonazis beweist, dass die Lehren aus der Vergangenheit gezogen wurden. Und dann kann auch noch diese Vergangenheitsbewältigung, die das schlechthin »Böse« und »Unzivilisierte« bekämpft, eingesetzt werden, um die Märkte auszuweiten. Auch die Bombardierung Jugoslawiens verhindert Auschwitz, wie uns Joschka Fischer einzureden versuchte, und bevor Bagdad bombardiert wurde, legte der amerikanische Präsident in der Normandie Kränze ab. Denn auch diese Bombardierung ist eine antifaschistische Tat. Da »Auschwitz« angeblich von einem geradezu anthropologischen »Bösen« verursacht wurde, nicht durch eine konkrete Gesellschaftsformation und ihre spezifische Ausformung, dient dieses »Böse« zur beliebigen Feinderklärung.

Es ist einsichtig, dass Neonazis am Holocaust-Mahnmal dann nur stören, wenn sie ansonsten auch nur auf die Menschen einschlagen, die auch von der offiziellen Politik nicht gewünscht werden. Deshalb werden die Neonazis nicht wirklich bekämpft, während das offizielle Geschrei aber immer wieder groß wird, wenn man sich auf internationaler Ebene bei den Geschäften gestört fühlt.

Das Verhalten der Neonazis: guter und schlechter Kapitalismus

Nun zu den Neonazis selbst. Der Vizevorsitzende der NPD-NRW wurde zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Er hatte am 26. Juni 2004 die Demonstration gegen den Bau der Synagoge in Bochum u. a. damit begründet, dass im Talmud zum Kindesmissbrauch aufgerufen würde. Er schaffte es, dass seine antisemitische Talmudinterpretation mit langen Lesungen im Gerichtssaal noch einmal wiederholt werden durfte. Also auch wiederum die erwähnte Zweiseitigkeit bei der Verfolgung des Neonazismus. Denn der Antisemitismus

stört einerseits die internationalen Geschäfte, wenn er nicht nur in den Köpfen bleibt, sondern international sichtbar wird. In den Köpfen allerdings behält der Antisemitismus seine traditionelle Funktion. Die konkrete Unsicherheit innerhalb der abstrakten ökonomischen Verhältnisse verlangt nach einem entsprechenden konkreten Feind, der in den Juden gefunden werden soll. Die weltweiten Kapitalverhältnisse werden in einer weltweiten Projektion erklärt, im »Weltjudentum«. Diese Anknüpfung an die Vergangenheit soll jedoch in den Köpfen bleiben. Manchmal genügen Andeutungen in den offiziellen Medien: »Der Spiegel« schreibt über die »Anwälte von der Ostküste«, die schon wieder Entschädigungsgelder verlangen, »die Tagesschau« von der »jüdischen Kaufhausdynastie Wertheim«, die Gelder für ein enteignetes Grundstück am Potsdamer Platz in Berlin fordert. Aber bitte nur Andeutungen, denn jeder weiß, was gemeint ist. Die Offenheit der NPD wird dabei nur als störend empfunden, da ohnehin schon alle Bescheid wissen.

»Spürst auch Du die Kälte der künstlichen Glitzerwelt in unserem Lande? Spürst Du die Hilflosigkeit und Gleichgültigkeit, die uns umgibt?« Mit diesen Sätzen wendet sich der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten im Zusammenhang mit der so genannten »Schuloffensive« an Schüler. Die »Schuloffensive« der Jungen Nationaldemokraten spricht die netten, ordentlichen jungen Menschen an, die auch von anderen Parteien, von Kirchen und Sportvereinen geliebt werden.¹ Der angesprochene Typus wurde schon nach 1945 als »autoritärer Charakter« diagnostiziert, unfähig, eigene Erfahrungen zu machen, offen für jede Manipulation, voller Wut gegen jedes Andere, »Fels in der Brandung, von Dreck umspült«, wie es auf einer an Schulen verteilten Neonazi-CD heißt. Innerhalb des postfordistischen Kapitalismus wird zwar das Individuum als unternehmerisches Selbst gefragt, die Sicherheit eines unhinterfragbaren Kollektivs wird diesem unternehmerischen Selbst aber verwehrt. Danach sehnen sich aber die Neonazis. Sie träumen immer noch von der »Volksgemeinschaft«. Wer verhindert sie? Die schlechten alten Projektionen werden aufgezählt: Vom Kapitalismus ist zwar die Rede, aber er wird als ein »amerikanischer« oder »angelsächsischer Kapitalismus« vorgestellt, ein »McDonalds Imperialismus«. Das Übel liegt darin, dass wir in dieser weltweiten »Einheitszivilisation« nicht mehr »wir selbst« sein dürfen und »Ausländer« beschützen, statt uns selbst zu verwirklichen. Die Neonazis wollen »den Teufelskreis aus Globalisierungsgefängnis, Zinskapitalismus, Selbsthass durchbrechen«. Als ersten Schritt fordern sie einen »kontinuierlichen Abbau der Ausländerbeschäftigung.«² Stattdessen sollen die Völker in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden. Gemeint ist hier das »Volk« als eine quasi

1 Vgl. www.jn-schuloffensive.de

2 Raimund Hethely: Protest-Paradox. Hartz IV mit dem NS bekämpfen?, in: Der Rechte Rand, Nov./Dez. 2004, S. 11.

biologische Einheit, als »natürliche« Gemeinschaft, die gegen das »Volk« als sich demokratisierende Gesellschaft gestellt wird. Ähnlich hatte es der französische Neonazi Alain de Benoist vor einiger Zeit formuliert: Das Ziel der Politik sei die Vielfalt der Völker. Das heißt übersetzt: jeder an den Platz, der ihm zusteht. Diesem »Europa der Vaterländer« wird »Amerika« gegenübergestellt, das nichts sei als »Abfall von Europa, durchsetzt mit Nomaden«. Der zugrunde liegende Antisemitismus wird hinter Codierungen versteckt: »Nomaden« oder »Herrschaft der Ostküste«. In Europa wird unterschieden. Deutschland muss immer noch wiedervereinigt werden: erweitert um die »Ostgebiete«, das »Sudetenland« oder Österreich. Andere Staaten lösen sich in die »evolutionär gewachsenen Völker« auf, in ihre Regionen, so Frankreich, Russland oder England. Ein Modell, dem die Nato-Politik in Jugoslawien bereits gefolgt ist.³ Hier wird nicht nur den alten Projektionen gefolgt, sondern auch dem alten deutschen Kapitalismus- und Regulierungsmodell, das an kontinentalen Eroberungskriegen gegen den Osten orientiert blieb und auch in der NS-Zeit auf Europa setzte.

Zu fragen wäre, inwieweit dieses Modell insgesamt überholt ist, die NPD doch eher als eine Nostalgiepartei zu bezeichnen wäre, oder ob sich dieses Modell nicht durchaus auch noch fortsetzt in den deutschen Interessen in Osteuropa, in der Entdeckung der deutschen Minderheiten, die ja schließlich, siehe Menschenrechte, auch zu schützen wären.

Das Bündnis der NPD mit den so genannten Freien Kameradschaften deutet längerfristig eher auf eine Schwäche des Neonazismus hin. Denn diese Kameradschaften können nun wirklich nicht als Bündnispartner, welcher Kapitalfraktion auch immer, vorgezeigt werden. Das Modell SA hat durch die Geschichte der Vergangenheitsbewältigung ausgedient.

Was also ist zu tun?

Der prozentuale Anteil an Fremdenfeindlichkeit und speziell Antisemitismus steigt – als Folge von Arbeitslosigkeit, von Legitimationsverlusten bisheriger Gesellschaften, die eine relative soziale Sicherheit garantierten und von Überforderung des unternehmerischen Selbst. Es zeigen sich also verschiedene ideologische und soziale Ursachen, deshalb bleibt der Neonazismus gefährlich.

Zunächst und vor allem muss begriffen werden: Schon der historische Nazismus entstammt unserer eigenen Geschichte und kann nicht in ein böses Anderes verschoben werden, wie auch immer es heißt. Ein gutes Mittel scheint mir daher die Erforschung der Tätergeschichte zu sein, also Geschichtsarbeit

3 Vgl. Michael Banholzer: Der (Alp)Traum von der Großraumpolitik – das Europa der NPD, in: www.imi-online.de

zu leisten. Daraus könnte eine bundesweite Aktion werden, die jeweilige Arierisierungsgeschichte vor Ort zu erforschen und eine nicht anonymisierte Offenlegung der Akten zu fordern. Die erste Wehrmachtsausstellung vor ihrer Entschärfung hat ein gutes Beispiel gegeben. Wichtig wäre doch zu wissen, was die Dresdener Opfer sich in der Arierisierung angeeignet haben oder die Schlesier vor ihrer Vertreibung, schließlich gehörte auch Auschwitz, nicht nur ein KZ, sondern auch eine deutsche Musterstadt, zu Schlesien.

Dies allerdings hilft nur im ersten Ansatz gegen Projektionen. Denn die Projektionen haben einen ökonomischen Grund. Auch das freie unternehmerische Selbst ist beschränkt, es wird auch durch seine Beschränkung definiert, denn es soll auf dem Markt funktionieren, und sei es mit dem Einverständnis so genannter selbstbestimmter Euthanasie oder, milder, mit dem Einverständnis unzureichender medizinischer Versorgung oder Betreuung, weil es als »Kunde« nicht genug Geld einsetzen kann. Der Marktfundamentalismus wird kommunalpolitisch und im Bildungssektor gegen jeden bisherigen Ansatz demokratischer und solidarischer Kultur durchgezogen.

In den Bildungsanstalten und in der Kommunalpolitik wären gegen diesen Trend gerade die Ansätze einer demokratischen Kultur zu erweitern. Dies bedeutet in jedem Fall eine praktische Bildungsaufgabe: Aufklärung über die ökonomischen Interessen und gegen die Resignation die Entwicklung einer gemeinsamen Gegenwehr.

Zum Schluss noch eine Warnung. Es ist ganz sinnvoll, ab und zu das Manifest der Kommunistischen Partei zu lesen, die Begeisterung von Marx gegen jeden romantischen Nationalismus, seine Begeisterung, dass die Bourgeoisie endlich alle Grenzen hinwegräumt, alles, wie es wörtlich heißt, Heilige verdampft. Es geht also nicht um die Aufrichtung neuer Grenzen – daran arbeitet schon die NPD vergeblich. Nicht mehr Made in Germany, aber auch nicht mehr Made by Daimler-Chrysler.

Wenn die Grenzen für das Kapital schon nicht mehr gelten, dann sollten sie für niemanden mehr gelten. Dies ist eine Aufgabe internationaler Solidarität und eines transnationalen Widerstands. Wenn das Kapital, auch endlich, bisherige ideologische Kollektive auflöst und an deren Stelle das unternehmerische Selbst stellt, dann ist auch dieses Selbst noch zu beschränkt. Stattdessen sollte also gelten: Freiheit von jeder marktbestimmten Funktionalität, das heißt solidarische Befreiung aus der bisherigen Arbeitsgesellschaft, also aus einer Welt abstrakter Arbeit. Diese Propagierung eines anderen Lebens könnte eine kulturelle Hegemonie der Linken fördern, die mit Wahlergebnissen nicht zu erreichen ist.

Viele kleine Schritte. Erfahrungen aus der Arbeit einer Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Brandenburg

Mehrmals wöchentlich werden im Land Brandenburg Menschen Opfer rechter Gewalttaten. Für das Jahr 2005 zählt die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt, die Opferperspektive e. V., in Brandenburg 131 Fälle von rechter Gewalt (Stand: 22. April 2006). Die Zahl der erfassten rechten Angriffe ist über die letzten fünf Jahre relativ konstant geblieben.¹ Als rechte Angriffe definiert die Opferperspektive rechtsmotivierte Körperverletzungsdelikte und Nötigungen sowie gegen Personengruppen gerichtete Brandstiftungen und Sachbeschädigungen.² Knapp drei Viertel aller rechten Gewalttaten im Jahr 2005 waren Körperverletzungen. In diese Statistik finden die Fälle Eingang, die von Betroffenen, lokalen Beratungsstellen, den Medien und der Polizei der Opferperspektive oder der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden. Das geschieht jedoch nur bei einem Teil der Fälle, eine relativ große Zahl rechter Gewalttaten bleibt unbekannt. Das zeigt sich an den Unterschieden zwischen den Statistiken der Opferperspektive und der Polizei. Die Definitionen sind seit der Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straftaten im Jahr 2001 im Wesentlichen die gleichen wie die der Beratungsstelle, trotzdem weichen die erfassten Gewalttaten jedes Jahr deutlich voneinander ab. Die polizeiliche Statistik wies bislang stets eine geringere Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten pro Jahr aus. Und das, obwohl jeweils eine relativ hohe Zahl von Angriffen, die in der polizeilichen Statistik enthalten sind, der Opferperspektive nicht bekannt wurden und daher auch nicht gezählt werden konnten.³ Häufig erhält die Opferperspektive keine Kenntnis von rechten Gewalttaten, weil Polizeidienststellen in ihren Meldungen politische Tatmotivationen ausschließen oder unerwähnt lassen. Manche Fälle rechter Gewalt werden gar nicht veröffentlicht. Für eine hohe Dunkelziffer sprechen zudem Erfahrungen aus der Arbeit der Opferperspektive. Ein Teil der Opfer rechter Gewalttaten verzichtet aus Angst vor Racheakten der Täter darauf, eine Anzeige zu erstatten. Hinzu kommt,

1 Opferperspektive e. V.: Statistik rechter Angriffe in Brandenburg, URL: www.opferperspektive.de/Hintergrund/Statistiken/152.html (8. 5. 2006).

2 Vgl. Kay Wendel: Rechte Gewalt – Definitionen und Erfassungskriterien, URL: www.opferperspektive.de/Hintergrund/17.html (8. 5. 2006).

3 Umgekehrt erfasste die Opferperspektive Gewalttaten, die von der Polizei nicht in ihre Statistik aufgenommen wurden, weil die Ermittlungsbehörden die entsprechenden Taten nicht als rechtsmotiviert bewerteten.

dass Betroffene oder Personen in ihrem sozialen Umfeld im Gespräch noch von weiteren Gewalttaten berichten, die bis dahin nicht bekannt waren.

Rechte Gewalttaten sind in der Regel keine Beziehungstaten. Zumeist kennen sich Opfer und Täter nicht, und es kommt vor den Angriffen auch nicht zu verbalen Auseinandersetzungen; kennzeichnend für die Kommunikation sind vielmehr einseitige Beleidigungen durch die Täter und allgemeine rechte Parolen. Insbesondere bei gegen MigrantInnen⁴ gerichtete Gewalttaten wird die Stereotypisierung der Opfer als Tatlegitimation deutlich. In den die Tat begleitenden geäußerten Beleidigungen und Parolen oder in späteren Rechtfertigungen kommen häufig abstrakte Aussagen wie jene vor, Ausländer nähmen Deutschen Arbeitsplätze weg. Nicht selten produzieren die Täter auch konkrete Imaginationen, etwa, dass das Opfer eine deutsche Frau angemacht oder die deutsche Mutter des Täters beleidigt habe. Die Handlungsmotive werden in jedem Fall vorgestellt als legitime Akte der Verteidigung der Mehrheitsgesellschaft gegen Minderheiten. Die Wechselwirkung zwischen dem Selbstbild der Täter und öffentlichen minderheitenfeindlichen Diskursen ist augenfällig.

Zu Opfern rechter Gewalt werden in der Regel Menschen, die innerhalb bestimmter Sozialräume als ethnische, kulturelle oder soziale Minderheiten begriffen und strukturell ausgegrenzt werden. Jede zweite rechte Gewalttat in Brandenburg war im Jahr 2005 von Rassismus motiviert; betroffen waren Flüchtlinge, MigrantInnen und deutsche Staatsbürger, die aufgrund ihrer Hautfarbe von den Tätern abgelehnt wurden. Die zweite große Gruppe Betroffener sind nicht-rechte Jugendliche, Punks und Linke. Etwa 90 Prozent der Opfer sind männlich. Eine Opfergruppe, zu der die Beratungsstelle kaum Kontakt erhält, sind Wohnungslose. Das muss besonders betont werden, weil das Ausmaß sozialdarwinistisch motivierter Gewalt gegen Wohnungslose in der Arbeit der Beratungsstelle nicht kenntlich wird und gleichzeitig allgemein deutlich unterschätzt wird. Werena Rosenka, die stellvertretende Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V., kritisierte in einem Artikel: »Die Gewalt gegen Wohnungslose findet keine nachhaltige Resonanz in der Öffentlichkeit, obwohl die Tatsache, dass diese Gewalttaten eindeutig als Jugendgewalt, in einigen Fällen mit rechtsradikalem Hintergrund, zu identifizieren sind, ins Auge springt«.⁵

4 Im Folgenden wird von MigrantInnen gesprochen, wenn die Opfergruppe gemeint ist, die von den Tätern als nicht-deutsch wahrgenommen wird. Der Begriff Flüchtlinge wird nur verwendet, wenn die spezifische Lebenssituation eine Rolle spielt, die sich aus aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen ergibt.

5 Werena Rosenka: Leben in ständiger Angst. Wohnungslose Männer und Frauen sind Opfer und Täter – und die Gesellschaft schaut meistens weg, in: Frankfurter Rundschau, 19. 2. 2006.

Das Prinzip Opferperspektive

Die Opferperspektive wurde 1998 gegründet. Idee und Konzept des Projektes griffen auf Erfahrungen antifaschistischer Initiativen in Berlin und Brandenburg zurück. In den 1990ern war es zu zahlreichen rechten Angriffen, vor allem gegen Flüchtlinge und Linke, gekommen. Neonazis propagierten die Schaffung »national befreiter Zonen« als strategisches Konzept. Die linke antifaschistische Szene reagierte auf die Gewalt von rechts mit gemeinsamen Aktionen und gegenseitiger Unterstützung. Im Rahmen dieser Aktivitäten wurden unterschiedliche Reaktionsweisen nach rechten Gewalttaten durch verschiedene Menschen erlebt. Während manche durch erlittene Gewalt in ihrem antifaschistischen Widerstand bestärkt wurden, reagierten andere Menschen mit dem Rückzug aus ihrem sozialen Umfeld und öffentlichen Aktivitäten. Der Kontakt zu diesen Betroffenen, die zum Teil ihren Kleidungsstil änderten oder ihren Wohnort wechselten, verdeutlichte, wie – über die Verletzung des Einzelnen hinaus – rechte Gewalt gesellschaftlich wirkt. In der öffentlichen Diskussion der 1990er Jahre wurde Rechtsextremismus mit dem Fokus auf die Täter diskutiert. Eine gängige Herangehensweise war, rechte Gewalt und Propagandadelikte als jugendspezifische Verhaltensweisen zu verstehen. Die daran anschließenden Handlungsvorschläge waren im Wesentlichen präventive, pädagogische, an der »Integration« der Rechten orientierte Konzepte. Der gesellschaftliche Charakter des Rechtsextremismus, etwa die Verknüpfung seiner Ideologie mit legitimierten politischen Diskursen, wurde weitgehend ausgeklammert. Die Folgen rechter Gewalt für die Betroffenen, für potenzielle Opfergruppen und das gesellschaftliche Leben wurden kaum ernsthaft diskutiert.

Vor diesem Hintergrund entwickelte eine antifaschistische Gruppe Ende der 1990er Jahre das »Prinzip Opferperspektive«⁶ als eine Strategie gegen Rechts, die unmittelbar bei der Unterstützung der Betroffenen ansetzt. Jede Gewalttat gegen Einzelne wird danach begriffen als ein Schritt, der auf die Ausgrenzung und Vertreibung gesellschaftlicher Gruppen zielt. Dieser Perspektive folgend, bewirkt das Ausbleiben gesellschaftlicher Reaktionen und mangelnde Solidarität mit den Betroffenen, dass die rechten Täter in ihrem Glauben an die Zustimmung einer gesellschaftlichen Mehrheit zu ihren Zielen stabilisiert werden. Unter diesen Bedingungen können sie ungehindert weiter schlagen und ihre Strategie der Einschüchterung fortsetzen. Durch ihre Gewalttaten erzeugen die Rechten Angsträume. Die Fähigkeit, den öffentlichen Raum zu strukturieren, ist eine wesentliche Grundlage ihrer Macht. Besonders deutlich zeigt sich dieser Zusammenhang in ländlich geprägten Räumen und

6 Kay Wendel: Das Prinzip Opferperspektive, in: Pfeffer und Salz e. V. (Hrsg.): Auf den Spuren der Zivilgesellschaft – Recherchebroschüre Rechtsextremismus, Angermünde 2001, S. 12 ff.

in Kleinstädten, wo die soziokulturelle Struktur wenig vielfältig ist. Potenzielle Opfer verfügen hier über geringen gesellschaftlichen Rückhalt und zugleich kaum über Möglichkeiten, den Rechten aus dem Weg zu gehen.

Ausgehend von der gesellschaftlichen Wirkung von Gewalttaten gegen Einzelne, verknüpft das Konzept der Opferperspektive die individuelle Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt mit politischen Interventionen, die eine gesellschaftliche Solidarisierung mit den Opfern anregen und Prozesse fördern sollen, die rechte Angriffe zukünftig verhindern helfen. Die Zuwendung zu den Betroffenen steht bei der Arbeit der Beratungsstelle im Vordergrund. Die Beratung verfolgt die Prinzipien der Freiwilligkeit und der Parteilichkeit. Die Betroffenen sollen nach der Gewalterfahrung darin unterstützt werden, aus der Passivität der Opferrolle herauszufinden, um sich wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Die Opferperspektive war die erste Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Deutschland. Durch das Bundesprogramm CIVITAS gefördert, sind seit 2001 in allen ostdeutschen Bundesländern solche Beratungsstellen entstanden.

Eine systematische und kontinuierliche Recherche ist ein Kernbereich der Arbeit der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalttaten. Nur in wenigen Fällen wenden sich Betroffene, die zuvor noch keinen Kontakt zu der Beratungsstelle hatten, aus Eigeninitiative an die Opferperspektive. Die Kenntnis über rechte Angriffe erhält die Beratungsstelle durch eine tägliche Auswertung der regionalen Tagespresse sowie durch Hinweise lokaler Akteure und Kooperationspartner. Mit diesen Informationen versuchen die Mitarbeiter, Kontakt zu den Betroffenen herzustellen und Unterstützung anzubieten. Wird dieses Angebot von den Betroffenen angenommen, kommt es zu einem ersten Beratungsgespräch an einem Ort, den die Opfer selbst bestimmen. Die Beratung ist grundsätzlich aufsuchend. In einem ersten Gespräch wird den Betroffenen die Möglichkeit gegeben, über das Erlebnis zu sprechen. Neben der Schilderung des Tathergangs und den unmittelbaren Tatfolgen wird bei einem Erstgespräch die Lebenssituation der Betroffenen, das soziale und kommunale Umfeld, erörtert. Die Einschätzung der akuten weiteren Gefährdung und die Aktivitäten der Rechten vor Ort werden ebenfalls besprochen. Daran anknüpfend, stellen die BeraterInnen die Unterstützungsmöglichkeiten dar und klären mit den Betroffenen, an welchen Punkten die Beratungsstelle sie unterstützen kann und soll. Die Unterstützungsleistungen, die von der Beratungsstelle angeboten werden, sind in der Regel:

- Rechtliche Hinweise
- Vermittlung juristischer Unterstützung
- Begleitung und Unterstützung im Rahmen von Straf- und Zivilverfahren
- Hilfe bei der Beantragung von (Entschädigungs-)Leistungen
- Psychosoziale Beratung nach systemischen Gesichtspunkten
- Psychologische Krisenintervention

- Vermittlung psychotherapeutischer Unterstützung
- Öffentlichkeitsarbeit

Die Unterstützung in allen rechtlichen Fragestellungen nimmt einen großen Raum ein. Es besteht ein grundlegender Bedarf an der Vermittlung von Kenntnissen über Strafverfahren sowie Schmerzensgeldansprüche und die Finanzierung von Behandlungen und Therapien. Eine wichtige Frage, die sich Betroffenen unmittelbar stellt, ist ihre Rolle in einem Strafverfahren. Ein Teil der Betroffenen neigt aus unterschiedlichen Gründen dazu, keine Anzeige zu erstatten, wobei die Angst vor erneuter Bedrohung bzw. vor Racheakten der Täter oft die entscheidende Rolle spielt. Weiterhin kann ein durch Diskriminierungserfahrungen gewachsenes Misstrauen gegenüber der Polizei vorhanden sein, oder die Betroffenen sind prinzipiell der Ansicht, dass das Problem rechter Gewalt nicht durch Strafverfolgung, also durch den Staat, zu lösen ist. Leider haben sich manche Betroffene daran gewöhnt, bedroht und geschlagen zu werden. Sie haben sich in ihrem Leben mit dieser Gefahr eingerichtet und sehen keine Möglichkeit, daran etwas zu ändern. Jüngere Punker und Antifas erklären in Gesprächen häufig, dass man entweder zurückschlagen oder still halten müsse. Der Rechtsweg bietet ihnen keine Lösung für ihre konkreten Probleme. Einerseits sind Gesetzesverschärfungen oder die zum Teil von konservativen politischen Kräften geforderte Abschaffung des Jugendstrafrechts gefährliche gesellschaftliche Entwicklungen. Andererseits, und das ist für Betroffene unmittelbar relevant, sind bei den Straftatbeständen, um die es in solchen Fällen geht, bei Anwendung des Jugendstrafrechts nur geringe Strafen, eine Verwarnung oder das Ableisten von Sozialstunden zu erwarten. Zugleich werden die Betroffenen den Tätern, die sie belastet haben, weiterhin begegnen müssen. Eine skeptische Haltung gegenüber strafrechtlichen Schritten findet sich bei einem Teil der Betroffenen, andere hingegen sehen in der Strafverfolgung den einzigen Weg. Zum Teil gehen die Wünsche von Geschädigten bezüglich der Strafzumessung für die Täter weit über die gängige Rechtspraxis hinaus und widersprechen der Idee sozialer Konfliktaushandlung. Diese Betroffenen haben häufig auch kein Interesse an einer politischen bzw. öffentlichen Auseinandersetzung. Im Fall autoritärer Vorstellungen gerät die Beratungsarbeit politisch und mit der Parteilichkeit an ihre Grenzen.

Eine bedeutende Funktion hat die Nebenklage, die Geschädigten die Möglichkeit gibt, sich durch Rechtsanwälte im Strafverfahren vertreten zu lassen. Bei schweren Straftaten haben Geschädigte das Recht, als Nebenkläger aufzutreten, bei geringfügigen Straftaten liegt die Zulassung im Ermessen des Gerichts. Im Jugendstrafrecht ist die Nebenklage ausgeschlossen. Durch eine Nebenklage kann der Geschädigte eine aktive Rolle im Strafverfahren einnehmen, anstatt sich lediglich als Zeuge befragen zu lassen. Als Prozessbeteiligte erhalten Nebenklagevertreter Einsicht in die Ermittlungsakte und verfügen während der Hauptverhandlung über das Antrags- und Fragerecht. Die

Hauptverhandlung ist in vielen Fällen der einzige Ort, an dem öffentlich über den Angriff kommuniziert wird. Die Nebenklage kann auf die Beweiserhebung Einfluss nehmen, um einen rechten Tathintergrund stärker herauszuarbeiten. Die Feststellung eines politischen Tatmotivs kann in der Strafzumessung eine strafverschärfende Rolle spielen. Die Würdigung der politischen Dimension in der Urteilsbegründung ist auch für die öffentliche Wahrnehmung und Bewertung der Gewalttat von zentraler Bedeutung. Für die Opfer ist die Hervorhebung des rechten Hintergrundes, unabhängig von ihrer eigenen politischen Einstellung, ein wichtiger Aspekt. Die Anerkennung der politischen Motivation erklärt die Tat und wirkt entlastend auf die Opfer, da die empfundene Ungerechtigkeit bestätigt und eine möglicherweise unterstellte Mitschuld zurückgewiesen wird. Diese Bedeutung erklärt sich mit der ideologischen Aufladung rechter Gewalttaten. Die Botschaft der Ausgrenzung und des Absprechens grundsätzlicher Rechte wirkt um so schwerer auf die Betroffenen, je stärker sie auch im Alltag in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind, sie trifft auf bereits oder alltäglich erlebte Erfahrungen. Der Angriff ist dann nur eine gewaltsame Zuspitzung der täglich erfahrenen gesellschaftlichen Stellung. Dies gilt insbesondere für die Gruppe der Flüchtlinge. Jede rassistische Beleidigung, jeder abschätzige oder hasserfüllte Blick erhält nach der Erfahrung eines Angriffs ein neues Bedrohungspotenzial. Körperliche Verletzungen sind oft – nicht immer – zweitrangig, schwerwiegender sind in diesen Fällen die psychischen Folgen. Ein Gerichtsprozess kann in diesem Zusammenhang als eine Art Korrektiv und Referenzrahmen wirken. Das Urteil über den rechten Angriff wird von einigen Betroffenen als Stellungnahme im Kontext der täglich erfahrenen Ausgrenzung und Diskriminierung gewertet. Je nach Ausgang und Verlauf kann das Gerichtsverfahren im besten Fall eine psychologische Unterstützung bei der Verarbeitung der Tat darstellen.

Ein politischer Erfolg wäre es, wenn diese Rolle von der Zivilgesellschaft übernommen würde.

Mit der Begleitung im Strafverfahren und anderen Hilfen verfolgt die Beratungsstelle das Ziel, die Betroffenen bei der Verarbeitung der Gewalterfahrung zu unterstützen. Einem Vermeidungsverhalten – etwa die Anpassung der äußeren Erscheinung oder das Meiden bestimmter, als gefährlich wahrgenommener Orte – soll entgegengewirkt werden. Die Opfer sollen darin bestärkt werden, ihr Leben nicht von Angst- und Bedrohungsgefühlen bestimmen zu lassen. Es sind weniger große Gesten als viele kleine Schritte, die dabei für die Opfer entscheidend sein können. In einigen Fällen sind die Mitarbeiter der Beratungsstelle die Einzigen, die sich bei den Betroffenen nach einem Angriff melden. Häufig sind sie auch die Einzigen, die auch nach langer Zeit noch für Unterstützung bei der Bewältigung langfristiger Angriffsfolgen ansprechbar sind.

Kommunale Interventionen

Die Opferperspektive verknüpft die Beratung von Opfern und Opfergruppen nach Möglichkeit mit Maßnahmen, die darauf abzielen, das gesellschaftliche Umfeld für deren Situation zu sensibilisieren und durch eine Solidarisierung zu einer Verbesserung ihrer Lage zu gewinnen. Zudem kann eine Intervention in die kommunalen Verhältnisse im Idealfall die Entwicklung von Unterstützungsnetzwerken für die Betroffenen befördern, die diesen wiederum mehr Sicherheit sowie eine gewisse Aufmerksamkeit und bessere Handlungsmöglichkeiten bieten. Angestrebt wird, lokale Akteure gegen Rechtsextremismus und deren Vernetzung zu stärken. Eine kommunale Intervention geht in der Regel von einem konkreten Fall aus und ist mit den Betroffenen abgestimmt. Darüber hinaus ist es von großer Bedeutung, dass sie nicht allein »von außen« in eine Kommune hinein agiert, sondern in Kooperation mit lokalen oder regionalen Akteuren, die über eine genaue Einschätzung der lokalen Probleme und Möglichkeiten verfügen, geplant und umgesetzt wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei kommunale oder regionale Bündnisse und Initiativen gegen Rechts, die sich in Brandenburg entwickelt haben. Durch diese Netzwerke hat sich in einigen Orten eine ausgrenzende Praxis gegenüber Rechten etabliert. Beim Versuch, öffentliche Räume anzumieten, müssen Rechte inzwischen durchaus mit der Ablehnung kommunaler Behörden rechnen. Ihre Demonstrationen stoßen auch auf Widerstand aus dem bürgerlichen Lager. Im November 2005 stellten sich in Potsdam unter den Augen der Polizei 4 000 Personen – darunter die Stadtverordneten aller Parteien – einem Aufmarsch einiger hundert Rechter entgegen. Die von dem Neonazi Christian Worch angemeldete Demonstration wurde durch die Blockade verhindert. Zu ähnlichen Reaktionen und einem Zusammenspiel zwischen unterschiedlichen politischen Spektren mit der Polizei kam es zum Teil auch in der Kleinstadt Halbe, wo Neonazis regelmäßig zum Gedenken an SS-Angehörige am Soldatenfriedhof aufmarschieren. Die Entstehungsgeschichte und Zusammensetzung der Bürgerinitiativen ist unterschiedlich. Häufig sind sie gar nicht aufgrund der Initiative von Privatpersonen entstanden, sondern durch kommunale Verwaltungen gegründet worden. In diesen Fällen werden sie entsprechend stark von den Angehörigen kommunaler Behörden, Parteigliederungen oder staatlicher Organe – den lokalen Autoritäten – geprägt. Diese nehmen eine Doppelfunktion ein, die das oben beschriebene Zusammenwirken der unterschiedlichsten politischen Kräfte in einigen Fällen befördert hat, sich aber auch gegen Betroffene rechter Gewalt richten kann. Während die Behördenvertreter als Angehörige eines Bündnisses gegen Rechts Betroffene rechter Gewalt unterstützen, verfolgen sie hauptberuflich zuweilen Interessen, die damit in Widerspruch geraten können oder gar grundsätzlich zuwiderlaufen.

In einem solchen Bündnis vertritt beispielsweise ein Polizeibeamter als ehrenamtlicher Mitarbeiter die Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer Weißer Ring. Aufgrund seiner Mitgliedschaft in der Organisation und dem Bündnis nahm ein ausländischer Student Kontakt zu ihm auf. Der Mann erhoffte sich Hilfe, weil er infolge eines rassistischen Angriffs Kosten für den Verlust seiner Uhr und seiner Sonnenbrille sowie einen Krankentransport zu tragen hatte. Der ehrenamtliche Opferhelfer nahm die Information auf, sah jedoch als Polizist in die Ermittlungsakte und stellte fest, dass neben dem Verfahren gegen den rassistischen Täter auch ein Beschuldigtenverfahren gegen das Opfer eingeleitet worden war. Der Rechte hatte ebenfalls Anzeige erstattet. Daraufhin verweigerte der Polizist – nun wieder in seiner Funktion als Opferhelfer – dem Studenten jede Hilfe, da die Organisation ausschließlich Geschädigten Unterstützung gewährt. Das Beschuldigtenverfahren gegen das Opfer wurde später eingestellt.

In einem anderen Fall suchte eine Mitarbeiterin der Opferperspektive mit zwei binationalen Paaren, die mehrfach von rechten Beleidigungen und Angriffen betroffen waren, ein lokales Bündnis gegen Rechts auf. Die Betroffenen sollten dort von ihren Erfahrungen berichten, damit anschließend in dem Bündnis über Unterstützungsmöglichkeiten nachgedacht werden könnte. Nachdem eine der Betroffenen die Vorfälle geschildert hatte, die sich in der Grünanlage einer Wohnsiedlung ereignet hatten, ergriff eine im Bündnis vertretene Mitarbeiterin einer Wohnungsgenossenschaft das Wort. Sie erklärte, dass es mehrmals Klagen von Mietern gegen eine der betroffenen Frauen wegen lauter Musik gegeben habe. Dieser Beitrag stellte die rassistischen Motive der Tat in Abrede; der Vorfall erhielt im Bündnis dadurch eine andere Interpretation, in der die Opfer letztlich als die Personen galten, die sich der Ruhestörung schuldig gemacht und so Anfeindungen provoziert hatten. Der rassistische Angriff, den sie erlitten hatten, wurde dadurch in gewisser Weise legitimiert.

Die Vertretung behördlicher Interessen ist häufig die primäre Motivation für die Teilnahme an den Bündnissen, die zum Teil sehr offenherzig als zusätzliche Instrumente des Verwaltungshandelns betrachtet werden. Die Sorge um das Image der Gemeinde, das durch rechte Umtriebe eingetrübt wird, gilt als gewichtiges Argument. Dementsprechend werden Maßnahmen gegen Rechts tendenziell dann vorangetrieben, wenn sie – etwa nach gravierenden Gewalttaten – einen Imagegewinn versprechen, während sie vermieden werden, wenn dadurch auf das Problem Rechtsextremismus erst aufmerksam gemacht würde. Opfer rechter Gewalt erfahren den Widerspruch zwischen dem eher durch die Standortpflege motivierten Verwaltungshandeln und ihren unmittelbaren Bedürfnissen und Interessen ganz unmittelbar. Öffentlich erhalten sie nach Gewalttaten durchaus Anteilnahme, auch wird dann kurzfristig politischer Handlungsbedarf verkündet. Bei den sich anschließenden konkreten Schritten erfahren die Betroffenen, insbesondere die Flüchtlinge, die Grenzen

des Engagements. Die Maßnahmen, die ihr Leben tatsächlich verbessern würden, stehen zu den Strukturen und Routinen des Verwaltungsapparates in Widerspruch. Von den Solidaritätsbekundungen eines Bürgermeisters ist in den Amtsstuben der Ausländer- und Sozialämter nichts mehr zu spüren:

Bei einem rechten Angriff griffen zwei Frauen beherzt ein und retteten möglicherweise das Leben des Opfers. In der Folge wurden sie öffentlich im Rathaus für ihren Einsatz geehrt. Bei der Feier sagte die Bürgermeisterin auch dem Opfer ihre Unterstützung zu. Ein Wunsch des Betroffenen, eines Asylbewerbers, war der Wohnortwechsel. Er wollte nicht länger an dem Ort bleiben müssen, an dem er den Angriff erlebt hatte. Aber alle Briefe und Telefonate halfen nichts. Der Umzug wurde abgelehnt. Die Bürgermeisterin, die die Dienstaufsicht über die Behörde innehatte, tat nichts, um dem Flüchtling zu einem Wohnortwechsel zu verhelfen.

Stärkung alternativer Jugendkulturen

Eine große Anzahl der Opfer rechter Gewalt sind Angehörige alternativer Jugendkulturen und linke Jugendliche. Zugleich sieht die Opferperspektive in der Stärkung alternativer Jugendkulturen und Jugendinitiativen eine wirksame Maßnahme gegen Rechts. Erfahrungen in verschiedenen Brandenburger Kommunen zeigen, dass eine mit eigenen Treffpunkten ausgestattete Jugendkultur den Einfluss rechtsorientierter Cliques unter Jugendlichen zurückdrängen kann. Daher versucht die Beratungsstelle – mit ihren begrenzten Mitteln – durch Kooperationen mit Jugendinitiativen, einen Beitrag zu politischer Jugendbildungsarbeit und kommunaler Intervention zu leisten. Entscheidende Voraussetzungen für Interventionen, die die Lage von alternativen Jugendlichen verbessern sollen, sind die Zustimmung der Betroffenen und potenziell Betroffenen sowie ihr eigenständiges Interesse, sich zu engagieren. Das ist nicht immer gegeben. Betroffene lehnen unter anderem ab, weil sie durch eine öffentliche politische Auseinandersetzung eine zusätzliche Gefährdung für sich selbst, ihre Familienangehörigen und ihren Freundeskreis befürchten. Diese Einschüchterung zeigt sich auch in Gerichtsverfahren. Rechtsanwälte der Opfer erleben immer wieder, dass Zeugen in polizeilichen Vernehmungen Beschuldigte belasten, etwa indem sie ihnen eine rechte Gesinnung attestieren, aber nicht bereit sind, diese Aussagen im gerichtlichen Zeugenstand und vor den Augen der Angeklagten zu wiederholen. Die Einschüchterung, die von Rechten ausgeht, trifft häufig auf eine erdrückende Gleichgültigkeit. Bei jenen, die ihren bedrängten Freunden, Mitschülern und Nachbarn beistehen könnten und sollten, hat der Selbstschutz und die Angst davor, durch Engagement negative Folgen zu erfahren, höchste Priorität. »Das geht mich nichts an«, »da kann man nichts machen« und »jeder muss sehen, wie er klarkommt« sind oft gehörte Stellungnahmen, in denen fortschreitende Vereinzelung und Diskurse

der Eigenverantwortlichkeit ihre Wirkung zeigen. Insbesondere bei denjenigen, die in der leistungsorientierten Gesellschaft als »Verlierer« gelten und sich dessen wohl bewusst sind, ist eine solche Haltung verbreitet. Eigene Ausgrenzungs- und Entwertungserfahrungen rücken Gleichberechtigung, Verantwortung und Respekt gegenüber anderen Menschen als Handlungsmotive in weite Ferne. Dass in bestimmten Situationen ein Eingreifen gegenüber Diskriminierung und Gewalt richtig und notwendig ist, selbst wenn dies das Risiko von Negativreaktionen oder einer Selbstgefährdung mit sich führt, ist in diesem Umfeld schwer zu vermitteln. Einem Opfer rechter Gewalt Begleitung und Unterstützung anzubieten, kann ein enormer Schritt sein, weil er verlangt, sich von der Indifferenz der »schweigenden Mehrheit« abzusetzen und sich sozial und politisch zu positionieren.

Zwei kürzlich vorgestellte Forschungsergebnisse legen nahe, dass Rechtsextremismus an Identifikationskraft für Brandenburger Jugendliche verloren hat: »Rechtsextremismus ist out«, fasste das Archiv der Jugendkulturen im Dezember 2005 seine Jugendkulturen-Präsenzstudie 2004/2005⁷ zusammen. Im Januar 2006 erklärte das Brandenburger Ministerium für Bildung, Jugend und Sport anlässlich der Veröffentlichung der Studie »Jugend in Brandenburg 2005« der Universität Potsdam: »Im Betrachtungszeitraum 1999 bis 2005 haben wir einen rückläufigen Trend rechtsextremer Orientierungen bei Jugendlichen im Land Brandenburg. Insbesondere ist ein Anstieg der Jugendlichen festzustellen, die rechtsextreme Aussagen strikt ablehnen und die absolute Mehrheit von 52% ausmachen.«⁸ Die Beratungsstelle kann aus ihrer Zusammenarbeit mit Jugendlichen und Lehrern keine verallgemeinerbaren Erkenntnisse dazu beitragen. Erfahrungen, die durch Workshops mit Schulklassen gesammelt wurden, scheinen aber zu bestätigen, dass die Rechten von einer Mehrheit abgelehnt werden. Lokale Unterschiede sind jedoch zu beobachten. So vermitteln Schüler in einigen Orten, dass die Rechten eine durchaus dominierende Stellung innehaben. Sie werden als gefährlich wahrgenommen und deshalb respektiert, zugleich aber abschätzig als »Deppen« oder »Feierabendnazis« bezeichnet. Bemerkenswert ist dabei die Beobachtung, dass Erklärungsansätze von Jugendlichen wenig akzeptiert werden, die eine Zugehörigkeit zu rechtsorientierten Cliques als Kompensationsstrategie in einem von Arbeitslosigkeit, familiären und sozialen Problemen geprägten Umfeld analysieren. Nach Ursachen und Unterscheidungsmerkmalen gefragt, nennen viele Schüler die politische Einstellung etwa gegenüber MigrantInnen oder zum Nationalsozialismus. Dazu steht in gewisser Weise die Beobachtung im Widerspruch, dass

7 Archiv der Jugendkulturen e. V.: Neue Studie: Rechte Szene auch im Osten out, Pressemitteilung, 1. 12. 2005, URL: <http://www.jugendkulturen.de> (8. 5. 2006)

8 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Zivilgesellschaftliches Engagement und Leistungsbereitschaft unter brandenburgischen Jugendlichen immer wichtiger, Pressemitteilung, 11. 1. 2006, URL: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=244172> (8. 5. 2006)

rassistische Einstellungsmuster auch bei Schülern, die sich klar von der rechten Szene abgrenzen, verbreitet sind. Auf die in den Workshops gestellte Frage nach dem Anteil nichtdeutscher MigrantInnen an der Brandenburger Wohnbevölkerung, der im Jahr 2004 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2,6 Prozent betrug, vermuteten Schüler durchgängig höhere Anteile. Schätzungen von 50 Prozent und mehr waren nicht selten. Die Lebenswirklichkeit war damit nicht in Übereinstimmung zu bringen. Die meisten dieser Schüler hatten keine ausländischen Mitschüler.

Zusammenfassend lässt sich aus der achtjährigen Praxis der Opferperspektive festhalten, dass die vielen kleinen Schritte, die die Beratung und Begleitung von Opfern rechter Gewalt ausmachen, spürbare Hilfe und Erleichterung für diese Menschen bewirken können. Dass seit 2001 ein Beratungsnetzwerk in Ostdeutschland aufgebaut werden konnte, ist deshalb sehr positiv. Dieser Erfolg ist allerdings unsicher, denn die künftige Finanzierung der Beratungsstellen durch Bund und Länder bleibt ungewiss. In Brandenburg haben sich – stärker als in anderen ostdeutschen Bundesländern – auf lokaler und regionaler Ebene zudem Strukturen entwickelt, die eine gesellschaftliche Ächtung rechter Gewalt befördern. Der Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus und Vollstrecker Gewalt aber, aus dem sich die anhaltende rechte Gewalt speist, ist keineswegs durchbrochen. Dass rechte Gewalt hauptsächlich Menschen trifft, die bereits unter struktureller Diskriminierung leiden, ist ein entscheidender Punkt, in dem kaum Verbesserungen erkennbar sind. So müssen beispielsweise auch Flüchtlinge, denen Rassisten mit Gewalt ihr Aufenthaltsrecht absprachen, fürchten, vom Staat abgeschoben zu werden. Mühsam errungene Erfolge in einzelnen Fällen gab es hier durchaus. Öfter aber scheitert der Einsatz für Opfer rechter Gewalt dort, wo Gesetze und Routinen die Ausgrenzung von Minderheiten fortschreiben.

Literatur

- Archiv der Jugendkulturen e. V.: Neue Studie: Rechte Szene auch im Osten out, Pressemitteilung, 1. 12. 2005, URL: www.jugendkulturen.de
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Zivilgesellschaftliches Engagement und Leistungsbereitschaft unter brandenburgischen Jugendlichen immer wichtiger, Pressemitteilung, 11. 1. 2006, URL: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=244172>
- Opferperspektive e. V.: Statistik rechter Angriffe in Brandenburg, URL: www.opferperspektive.de/Hintergrund/Statistiken/152.html.
- Rosenka, Warena: Leben in ständiger Angst. Wohnungslose Männer und Frauen sind Opfer und Täter – und die Gesellschaft schaut meistens weg, in: Frankfurter Rundschau, 19. 2. 2006.
- Wendel, Kay: Das Prinzip Opferperspektive, in: Pfeffer und Salz e. V. (Hrsg.): Auf den Spuren der Zivilgesellschaft – Recherchebroschüre Rechtsextremismus, Angermünde 2001.
- Wendel, Kay: Rechte Gewalt – Definitionen und Erfassungskriterien, URL: www.opferperspektive.de/Hintergrund/17.html.

Rechtsextremismus auf der Tagesordnung. Mit einer Großen Anfrage will die Fraktion DIE LINKE. Rechtsextremismus wieder zu einem Thema im Bundestag machen

Im März 2001 hat sich der Deutsche Bundestag auf der Basis eines interfraktionellen Antrags der Fraktionen der SPD, FDP, von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gestellt.¹ Der Beschluss enthielt eine Reihe von Forderungen an die Bundesregierung. Resultat waren u. a. die Programme CIVITAS und »entimon«, die seit 2001 Projekte gegen Rechtsextremismus fördern. Von »entimon« werden lokale Netzwerke zur interkulturellen Erziehung und politischen Bildung gefördert sowie einzelne Projekte zur Weiterentwicklung entsprechender Praxisprojekte. Über das CIVITAS-Programm werden u. a. die »Mobilien Beratungsteams« gefördert, die sich in ihrer Arbeit mit Opfern rechter Gewalt und der Beratung von Kommunen im Umgang mit rechten Bedrohungen inzwischen einen guten Ruf erarbeitet haben. Die Programme laufen allerdings Ende des Jahres 2006 aus. Da sie lediglich »Modellcharakter« haben, wurde ihr Weiterbestehen in Frage gestellt. Im März machte Familienministerin Ursula von der Leyen, die für die Programme verantwortlich ist, mit einer Pressemitteilung aus ihrem Ministerium einen Aufsehen erregenden Vorstoß: Die Mittel sollten erhalten bleiben, aber gegen »Extremismus« im Allgemeinen verwandt werden – also nicht nur den rechten, sondern auch den linken und den islamistischen. Die Mittel, die bisher für den Kampf gegen Rechtsextremismus verwandt wurden, müssten also gekürzt werden.

Neben den Programmen war eine weitere Forderung des Bundestagsbeschlusses von März 2001 die regelmäßige Vorlage eines Berichts der Bundesregierung über Rechtsextremismus und ihre Gegenaktivitäten. 2002 lag dieser Bericht vor.² Mit dem Ausscheiden der PDS als Fraktion bzw. als Gruppe bei den Bundestagswahlen 2002 fehlte dem Bundestag eine Fraktion, die dem Thema weiter genug Aufmerksamkeit geschenkt hätte. Auf regelmäßige Fragen der Abgeordneten Petra Pau gab es monatlich Zahlen zur Entwicklung rechter Gewalt. Petra Pau und Gesine Löttsch als fraktionslose Abgeordnete hatten nur ein sehr eingeschränktes Fragerecht. Andere Fraktionen interessierten sich entweder nicht für das Problem, oder nahmen es nicht ernst.

1 Vgl. Bundestagsdrucksache 14/5456.

2 Vgl. Bundestagsdrucksache 14/9519, abzurufen unter: <http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.html>

Ausgangslage

Charakteristisch war auch das Verhalten nach den Bundestagswahlen im Jahr 2005: Fast überall war von Entspannung und Erleichterung die Rede, dass NPD und Republikaner weit unter der 5%-Hürde blieben. Dass die Bundestagswahlen allerdings auch gezeigt haben, dass sich die NPD in einigen Wahlkreisen festigen konnte, war nur selten Teil von Wahlanalysen.

Mit 1,6% schnitt die NPD zwar bundesweit für die eigenen Ansprüche enttäuschend ab. Doch gegenüber 0,5% bei den letzten Bundestagswahlen ist das schon ein deutlicher Zugewinn. Sorgen machen vor allem die überdurchschnittlichen Ergebnisse in den neuen Ländern: 4,8% in Sachsen, 3,7% in Thüringen, 3,5% in Mecklenburg-Vorpommern, 3,2% in Brandenburg, 2,5% in Sachsen-Anhalt. Für die alten Bundesländer konnte sie mit 1,8% lediglich im Saarland ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen. Doch in einzelnen Wahlkreisen erlangte die NPD auch alarmierende Ergebnisse: so im sächsischen Wahlkreis 159 Sächsische Schweiz-Weißeritzkreis 7,1% und im Wahlkreis 158 Bautzen-Weißwasser 6,3%.

Dazu muss man bedenken, dass sich die NPD in diesen Wahlkreisen teilweise auch kommunal etabliert hat. So stellt sie in Königstein, im Wahlkreis 159, den Bürgermeister und kann mit »Unser Uwe« plakatieren – der Fahrschullehrer in der Kleinstadt am Fuße der Festung Königstein ist bekannt genug. Das heißt: Hier wie in anderen Wahlkreisen (und einzelnen Stimmbezirken) wird die NPD nicht vom unbekanntenen »Protestwähler« gewählt, sondern hat sich eine gewisse Stammwählerschaft geschaffen.

Mindestens so bedrohlich wie diese schleichende Verankerung der NPD auf lokaler und regionaler Ebene ist die Zunahme rechtsextremer Gewalttaten: Sie stiegen von 779 (2004) auf 958 (2005), davon 640 bzw. 816 Körperverletzungen. Diese Straftaten sind nicht nur regional, sondern auch lokal konzentriert. So verübte die Gruppe »Freicorps Havelland« eine Reihe von Brandanschlägen auf türkische und asiatische Imbissstuben in Rheinsberg (Brandenburg), um die Besitzer zu vertreiben. Die Straftaten insgesamt stiegen von 12 504 auf 15 361, die meisten davon so genannte Propagandadelikte (10 881) und fast 3 000 Fälle von Volksverhetzung.³ Ganz unzweifelhaft gibt es inzwischen Gebiete, insbesondere in Ostdeutschland (aber auch in Ostberlin und in ländlichen Regionen Westdeutschlands), in denen Menschen, die nicht ins deutsch-völkische Raster passen, Angst haben müssen.

3 Die Zahlen sind dem Verfassungsschutzbericht 2005 zu entnehmen, www.verfassungsschutz.de

Was weiß die Regierung?

Um umfassend über die Kenntnisse der Bundesregierung und ihre Einschätzung sowie über geplante Maßnahmen informiert zu werden, hat die Fraktion DIE LINKE. im März dieses Jahres eine Große Anfrage mit insgesamt über 280 Fragen eingebracht. Diese umfasst zahlreiche Themenfelder: Wie organisiert sich die extreme/neofaschistische Rechte derzeit? Wie ist das Verhältnis von Parteien und rechten Kameradschaften? Wie groß ist der »kommerzielle« Sektor der Neonazis, also bspw.: Welche Labels und Plattenläden werden von Neonazis betrieben, wo verfügen sie über Immobilien oder Unternehmen, die sich auf dem »normalen« Markt bewegen und gleichzeitig Leistungen für Neonazis anbieten, etwa Druckereien? Wie ist die Entwicklung im Bereich der »neuen Medien«, insbesondere des Internets? Wie weit ist die Kameradschaftsszene in ihren Bemühungen, in bestimmten Gebieten die Hegemonie zu erlangen und Räume zu schaffen, in denen sie selbst die Regeln setzt?

Die Fraktion hofft, so wesentlich umfassender und konkreter informiert zu werden als dies zum Beispiel durch den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht geschieht. Von besonderem Interesse sind da vor allem die Entwicklungen der letzten Jahre. Denn regelmäßig sind bestimmte Entwicklungen im Rechtsextremismus nur von kurzer Dauer, entstehen Strukturen und vergehen wieder, werden Themen besetzt und wieder aufgegeben. Schlüsse auf längerfristige Entwicklungen lassen sich also nur ziehen, wenn Zeiträume von fünf oder mehr Jahren betrachtet werden. Wo dies möglich war, wurde entsprechend gefragt. Gerade für die aktuellen Debatten um »no go areas« oder »Angsträume« spielt dies eine große Rolle.

Letztlich geht es auch darum, aus antifaschistischer Sicht Prioritäten setzen zu können. Dies betrifft einerseits Forderungen an die Regierung zur Förderung antifaschistischer Projekte, andererseits aber auch die Debatten innerhalb der antifaschistischen Linken.

Graubereiche

Noch undurchsichtiger als offen neonazistische und rechtsextreme Umtriebe sind die Graubereiche neofaschistischer Aktivitäten: die Verbindungen in das rechtskonservative Lager, die inhaltlichen und personellen Überschneidungen, über Bildungseinrichtungen oder Zeitungen wie etwa die *Junge Freiheit*. Letztere hat der Anfrage gleich einen ganzen Artikel gewidmet, in dem auch zu lesen war, »ein ganzer Stab von Linksextremisten und Antifaschisten« hätte an dieser Anfrage mitgearbeitet.⁴ Das war zwar nicht der Fall, andererseits

⁴ Vgl. *Junge Freiheit*, 14. 4. 2006.

sagt diese Vorstellung einiges über die Wahrnehmung der Welt in diesen Kreisen aus.

Auch die Kenntnisse über die Präsenz von Neofaschisten in Burschenschaften und »schlagenden Verbindungen« werden erfragt. Ein weiterer Fragenkomplex behandelt das Thema Rechtsextremismus in der Bundeswehr und bei den »Kameradenkreisen«. Eine erste Kleine Anfrage dazu⁵ lässt befürchten, dass die Bundesregierung eher ausweichend auf diese Fragen reagieren wird.

Ein Fragekomplex ist besonders angetan, vor allem in den Reihen der Union für Aufregung zu sorgen: die Vertriebenenverbände. Hier will die Linksfraktion von der Bundesregierung wissen, welche Kenntnisse sie über Verbindungen der Landsmannschaften ins rechtsextreme Lager hat, und ob sie den Revanchismus ebenso wie die »Volkstumsarbeit« in Osteuropa als Teil rechtsextremer Bestrebungen einstuft. Im Verfassungsschutzbericht sucht man die Landsmannschaften vergeblich, obwohl sie sich durch die Rückkehr der CDU/CSU ins Kanzleramt ermutigt zu fühlen scheinen. Der Sudetendeutsche Tag zu Pfingsten stand dieses Jahr unter dem Motto »Vertreibung ist Völkermord – dem Recht auf die Heimat gehört die Zukunft«. Nicht nur dort, auch bei der Schlesischen Landsmannschaft werden wieder offen revanchistische Töne angeschlagen. Bis in die 1970er Jahre waren die Vertriebenenverbände, insbesondere die Schlesische Landsmannschaft, ein Tummelplatz alter Nazis. Zumindest in der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) tummeln sich verstärkt auch neue Nazis, die gezielt »Volkstumsarbeit« in den osteuropäischen Nachbarländern betreiben. Auch über das Ausmaß dieser Aktivitäten wollen wir uns mit der Großen Anfrage informieren lassen.

Die Reaktion der Bundesregierung bleibt abzuwarten. Denn schließlich sind die Vertriebenenverbände und Landsmannschaften, vor allem in Bayern, eine wichtige Klientel der Unionsparteien. Der Einsatz von Angela Merkel in ihrer Rede beim »Tag der Heimat« am 6. August 2005 in Berlin für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin kam nicht von ungefähr kurz vor den Bundestagswahlen. Otto Schily, damals Innenminister der SPD-grünen Koalition, hatte sich dort hingegen für ein »Zentrum für Versöhnung« in Breslau ausgesprochen.⁶ Nicht nur mit diesen Äußerungen hatte sich die alte Bundesregierung mit den Vertriebenenverbänden angelegt. So wurde zum Beispiel durch den institutionellen Umbau der vom Bund geförderten »Heimattmuseen« der Einfluss der Landsmannschaften in den jeweiligen Museen spürbar zurückgedrängt. Durch die heftige Gegenwehr der SPD kam es im Koalitionsvertrag nur zur Formulierung »sichtbares Zeichen gegen Vertreibungen in Berlin«.

5 Vgl. Bundestagsdrucksache 16/1643: Rechtsextremistische Einflüsse auf den Kameradenkreis der Gebirgstruppe, die Gedenkfeiern in Mittenwald und die Beteiligung der Bundeswehr.

6 Vgl. www.bund-der-vertriebenen.de

Dennoch fühlten sich bestimmte Kreise in ihrer Politik bestätigt, wie die schrillen Töne zeigen, die die Schlesische Landsmannschaft bei ihrem »Tag der Heimat« zu Pfingsten 2006 anschluss – hier traut man sich wieder etwas.

Außerdem werden zur Förderung der Vertriebenenverbände mehrere Millionen Euro ausgegeben, für die Pflege der deutschen Sprache und des deutschen Brauchtums stehen ebenso Mittel bereit wie für die Förderung von Einrichtungen, die sich der Forschung zum »Volksgruppenrecht« verschrieben haben. Diese sollen Lobbyarbeit für »Minderheitenrechte« machen – es versteht sich an dieser Stelle von selbst, dass diese »Minderheiten« sich über »ihr Deutschtum« definieren. Und es geht in erster Linie um die »deutschen« Minderheiten Ost- und Südosteuropas. Das kann man getrost selbst als ein rechtes Projekt bezeichnen. Gelänge es, diese Arbeit wortwörtlich ins »rechte Licht« zu rücken und den Skeptikern in der SPD Argumente an die Hand zu geben, wäre schon etwas erreicht.

Einordnung in den geschichtspolitischen Diskurs

Für starken Widerspruch wird auch die in der Anfrage deutlich werdende theoretische Einordnung des Problems »Rechtsextremismus« sorgen. Gegen die inzwischen bis weit in die SPD und die Grünen hineinreichende hegemoniale Extremismusthese, derzufolge sich die gesellschaftspolitische Mitte von den Extremen »von links und rechts« (inzwischen zählt auch der Islamismus dazu) abgrenzt und sich lediglich in Relation zu den Extremen inhaltlich bestimmt, wird deutlich auf den Zusammenhang der Diskurse in der Mitte der Gesellschaft mit alt- und neurechten Positionen verwiesen: Wenn die Rede vom »Bombenterror« der Alliierten während des zweiten Weltkriegs oder dem »Verbrechen der Vertreibungen« in der Mitte der Gesellschaft hoffähig wird, wie soll man dann politisch Heranwachsenden erklären, dass die von Neofaschisten betriebene Umdeutung der Geschichte des II. Weltkrieges falsch ist? Wie soll die Anprangerung der alliierten Kriegsführung durch Neofaschisten kritisiert werden, wenn die Feuilletons von taz bis F.A.Z. Günter Grass in seiner Novelle »Im Krebsgang« grobe, gefühlsduselige Geschichtsklitterung durchgehen lassen? Wie will man rechte Parolen wie »Arbeit zuerst für Deutsche« oder »kriminelle Ausländer raus« wirkungsvoll mit einem gesellschaftlichen Tabu belegen, wenn Regierungsparteien sich das Gleiche auf die Fahne schreiben?

Das alles scheint der Bundesregierung Kopfzerbrechen zu bereiten. Zumindest hat sie sich ordentlich Zeit ausbedungen, um Antwort zu geben – bis zum 30. März 2007. Nach einem halben Jahr – also im September 2006 – hat die Fraktion DIE LINKE. das Recht auf eine Debatte zum Thema im Parlament. Es steht zu hoffen, dass die Union sich auch angesichts der aktuellen Diskussionen um rechte Gewalt und »no go areas« hier ein Stück bewegen wird. Bereits

jetzt deutet sich an, dass sie mit Blick auf ihre Klientel (und einen Teil ihrer Abgeordneten) an der Formulierung »gegen Extremismus« wird festhalten wollen. Einzelne Äußerungen weisen aber darauf hin, dass man eigentlich weiß, dass die extreme Rechte derzeit die größte Gefahr für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft ist.

Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus und Neoliberalismus in Europa – eine Podiumsdiskussion

TeilnehmerInnen:

Elisabeth Gauthier, Espaces Marx, Paris

Gerd Wiegel, Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen (MOBIT)

Vincent Scheltiens, Sozialarbeiter, Antwerpen

Hermann Dworczak, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Wien

Moderation:

Meinhard Meuche-Mäker, Politikwissenschaftler,

Rosa-Luxemburg-Bildungswerk, Hamburg

Meinhard Meuche-Mäker: Die europäischen Parteien der extremen Rechten verhalten und formieren sich auch auf der parlamentarischen, auf der politischen Ebene. Bei der Europawahl im Jahr 2004 sind so viele rechtsextremistische Parteien ins Europaparlament eingezogen wie nie zuvor. Die größeren Parteien wie Vlaams Belang, damals Vlaams Blok, der Front National aus Frankreich, die italienische Revorentio Nazione Soziale (mit Andrea Mussolini als bekanntester Vertreterin), die dänische Volkspartei und so weiter haben dazugewonnen. Auch osteuropäische rechtsextreme Parteien sind ins Europa-Parlament gelangt, so die Samoobrona aus Polen mit 7 Sitzen, und wir werden bei der Erweiterung der EU durch Rumänien und Bulgarien übernächstes Jahr mit zwei weiteren rechten antisemitischen Parteien rechnen müssen. Die einzige, die verloren hat, ist die FPÖ, die sich von vier auf einen Sitz reduziert hat. Im Europa-Parlament gibt es eine Fraktion, die Vereinigten Europäischen Nationen, die allerdings nicht alle diese Parteien erfasst. Sie haben das Ziel, bei der nächsten Europawahl im Jahr 2009 mit einer gemeinsamen Liste anzutreten. Unter den rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien herrscht zwar eine Euro-Skepsis bezüglich des Charakters der Europäischen Union, aber nicht unbedingt eine Ablehnung Europas als Idee. Bisher sind Vereinigungsversuche dieser Parteien aus unterschiedlichen Gründen gescheitert – aus ideologischen Gründen, wegen divergierender Bündnisstrategien, aber auch aufgrund persönlicher Divergenzen. Ernst zu nehmen ist daher ein Treffen dieser Parteien am 14. November 2005 in Wien, auf dem Filip Dewinter, der Chef des Vlaams Belang, erklärte, es hätten sich alle nationalpatriotischen Parteien Europas getroffen. Es stellt sich deshalb die Frage: Ist dies der Startschuss einer Zusammenarbeit, nicht nur aus formalen Gründen, sondern mit einer Tendenz zur Kooperation der europäischen Rechten, so dass eine extreme europäische Rechte entsteht?

Hermann Dworczak: Das Treffen der extrem rechten Parteien im November 2005 in Wien ist ernst zu nehmen. Es ist der zweite Versuch. Vor drei Jahren fand eine ähnliche Begegnung statt, damals unter Federführung von Jörg Haider. Dieser hat in der Zwischenzeit das BZÖ, das Bündnis für die Zukunft Österreichs, gegründet. Das politisch Neue an dem Wiener Treffen der Rechten war, dass es sehr breit angelegt war. Rechtsextremisten und Rechtspopulisten aus West- und Osteuropa waren versammelt: beinharte Antisemiten aus Bulgarien, aus Österreich und Holland. Zum ersten Mal ist das gelungen. Unmittelbar nach diesem Treffen gab es eine breite Resonanz in der österreichischen Öffentlichkeit. Als Chefideologe dieses Projektes tritt Andreas Mölzer auf, Abgeordneter der FPÖ im Europaparlament. Er klopft harte Sprüche gegen die multikulturelle Gesellschaft und hat auch die Zentrale des Front National in Frankreich besucht. Das alles war in der Vergangenheit unmöglich und steht somit für eine neue Qualität. Das heißt nicht, dass jetzt schon alles gelaufen wäre, aber sie werden für die nächste Europawahl im Jahr 2009 als Rechtsextreme gemeinsam kandidieren.

Für die Linken gilt es, diese neuen Erscheinungen zu analysieren. Wer hat in Europa bei den Rechtsextremen und bei den Rechtspopulisten die Nase vorn, wer hat das Sagen? Sind es eher die traditionellen oder die »modernistischen« Ansätze? Das ist von Land zu Land verschieden, es gibt Zyklen und es gibt unterschiedliche Konjunkturen. Benötigt wird eine tiefe, internationalistische Analyse, die wegkommt von Schnapsschüssen, von Momentaufnahmen, sondern Prozesse in einer längeren Perspektive untersucht. Es geht nicht nur um Ideologiekritik und Aufklärung, sondern um Vorschläge für Aktionen zu wichtigen Anlässen wie den Europawahlen. Sinnvoll ist die Schaffung einer kleinen Verbindungsstelle für Gesamteuropa, für West und Ost, die Einrichtung einer Website, wo Informationen zusammenkommen, um gemeinsam zu analysieren und Jahreskonferenzen vorzubereiten.

Meinhard Meuche-Mäker: Vor zwei, drei Jahren schien klar zu sein, dass der führende neoliberal-konservative Block im Prinzip an Reichweite verliert, dass rechtspopulistische Kräfte an Auftrieb gewinnen. Es schien so, dass es nicht nur eine ökonomische und soziale Krise gibt, sondern auch eine Krise der politischen Repräsentanz. Daraus ließe sich folgern, dass ein Ersatz sowohl für die Mitte-Links-Option als auch für die neoliberale Option gesucht wurde. Hat sich da schon wieder etwas geändert?

Elisabeth Gauthier: Aus meiner Sicht ist der Rechtsextremismus kein Randphänomen. Er wirkt im Zentrum der Gesellschaft. In Frankreich befindet sich die traditionelle bürgerliche Rechte in einer Krise, ihre neoliberale Hegemonie aufrechtzuerhalten und ihre Politik weiter umzusetzen. In dieser Situation, wo neue Schwierigkeiten auftreten, neue Widerstände, neue Ausdrucksformen

der Widerstände, wird extrem rechtes Potenzial mobilisiert, um es in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu benutzen und das ist ein ganz heikler Punkt! In der Geschichte wird es immer dann kritisch (siehe das Buch von R. Paxton), wenn die traditionelle und die extreme Rechte zusammengehen. In Frankreich gibt es eine Häufung von Krisenphänomenen der Gesellschaft: die soziale Krise, die Krise der Linken, die Krise der Bewegungsform der Arbeiterbewegung, die Krise der Politik und bisher das Fehlen einer Alternative – wir kennen Regierungswechsel, aber keinen grundsätzlichen Politikwechsel. Es herrscht in großen Gruppen der Gesellschaft ein Gefühl des Verlassenseins – von der Politik, von der Linken, vom Staat und seinen Strukturen. Das macht die Situation explosiv. Das kommt nicht immer zum Ausdruck, aber es kann sehr stark zum Ausbruch kommen.

Die Franzosen haben den Schock des 21. April 2002 noch nicht überwunden. Das heißt, sie setzen sich mit den aufgeworfenen Fragen auseinander, aber die Schlussfolgerungen sind unbefriedigend. Sie sind unzureichend, weil sich die Linke nicht ausreichend erneuert hat. Denn die wirkliche Antwort auf die Phänomene, die wir hier beschreiben, ist eigentlich eine andere Perspektive. Es gilt, die Spaltung der Gesellschaft nicht weiter zu betreiben, sondern für eine neue Perspektive zu sammeln, zu mobilisieren. Die Ansätze dazu sind noch unzureichend und deswegen sind wir weiterhin mit den angesprochenen Problemen voll konfrontiert. In der Volksabstimmung am 29. Mai 2005 stimmten 55 Prozent gegen die EU-Verfassung, d. h. gegen ein Konzentrat des Neoliberalismus. Eine linke Dynamik erfordert, jetzt diesen sozialen und politischen Widerstand weiterzuentwickeln. Wenn sich 70 Prozent der Lohnabhängigen, 80 Prozent der Arbeiter, 60 Prozent der linken Wähler auf diese Weise mobilisieren, dann bildet sich eine neue Konfiguration, eine neue Qualität in der Klassenauseinandersetzung. Das sind die Gründe, warum von Rechts jetzt viel getan wird, um diese Sammelbewegung gegen den Neoliberalismus, die doch sehr stark in der Gesellschaft verankert war, wieder aufzuspalten. Für die Herrschenden ist es eine Kernherausforderung, diese Sammlung aufzusprengen. Dazu gehört die Auseinandersetzung um den Inhalt der 55 Prozent Nein-Stimmen, die man als anti-europäisch, souverän zu interpretieren versucht, obwohl die Nein-Stimmen diesmal klar mehrheitlich links angesiedelt sind und innerhalb der Linken die Mehrheit bilden. Wichtig ist, ob die Linke jetzt in der Lage ist, diese Sammlung gegen den Neoliberalismus in eine Sammlung für eine Alternative zu überführen, denn die beiden Ebenen sind nicht identisch. Ein Nein gegen den Neoliberalismus in Frankreich und in Europa ist nicht zugleich ein gemeinsames Ja für eine linke Alternative.

Ob die Linke imstande sein wird, auf diese Herausforderung eine Antwort zu finden, wird entscheidend für die Konstellation zur Präsidentenwahl im Jahr 2007 sein. Da muss sich zeigen, ob etwas anderes herauskommt als eine Neuauflage des ersten oder des zweiten Wahlgangs von 2002. Im Augenblick

sind die Risiken einer verstärkt autoritären, freiheitsberaubenden Entwicklung unserer Gesellschaft enorm hoch. Deren erste Opfer sind wie immer die Migranten, aber weitere werden folgen. Zugleich sind wir in einer Situation mit neuem Potenzial des Protestes und neuen Herausforderungen und Möglichkeiten für die Linke. Im Augenblick ist nicht entschieden, in welche Richtung die Entwicklung geht. Die Herausforderung ist sicher so deutlich wie noch nie zuvor. Aber der Weg ist absolut nicht vorgezeichnet. Wir stehen alle in der Pflicht, etwas zustande zu bringen, das tatsächlich dauerhaft diese Spaltungen, sowohl der dominierten gesellschaftlichen Gruppen als auch der antiliberalen Linken zu überwinden erlaubt, um rechte und autoritäre Potenziale konsequent zurückzudrängen.

Meinhard Meuche-Mäker: Die Ergebnisse der Regionalwahlen von 2004 in Frankreich lassen darauf schließen, dass der Front National an Zustimmung verloren hat. Andererseits ist bekannt, dass Jean-Marie Le Pen im Gefolge der jüngsten Auseinandersetzungen um die französischen Banlieues an Zustimmung gewonnen hat, indem er bestimmte Positionen radikalisierte, die auch Innenminister und UMP-Chef Nicolas Sarkozy und andere Konservative vertreten.

Elisabeth Gauthier: Der Front National profitiert von der Situation in den Banlieues. Die Rechtspopulisten finden Anklang. Sie sprechen Dinge aus, die bisher Tabus waren. Es verstärken sich öffentliche Äußerungen von Rassismus. Derzeit wird die Auseinandersetzung um die Folgen der französischen Kolonial-Vergangenheit zu einem sehr präsenten Thema, was ja durchaus positive Effekte haben kann und sollte. Endlich wird öffentlich die ständige Diskriminierung und Missachtung der Menschenwürde diskutiert. Man muss sich mit der Jugend, die ein Teil des kolonialen Erbes ist und die heute die französische Staatsbürgerschaft besitzt, auseinandersetzen; diese Themen kann man nicht mehr wegschieben. Da geht es nicht so sehr um die Frage der Staatsbürgerschaft, da geht es um die Frage von Menschenrechten, um Diskriminierung in ihrer Verknüpfung mit massivem sozialem Ausschluss. Es herrscht eine ambivalente Stimmung: Einerseits wird das Potenzial der Rechten belebt und kommt komprimiert zum Vorschein. Andererseits besteht eine ziemlich große Klarheit in der Bevölkerung, die sich nicht in eine globale Verurteilung und Stigmatisierung der in den Banlieues revoltierenden Jugend hineinziehen lässt. Es artikuliert sich kein großer Protest gegen den Ausnahmezustand, der aber nur als etwas Marginales gesehen wird. Die Rechten verfolgen eine doppelte Strategie: Die Regierung will selbst als entschlossene Ordnungsmacht erscheinen und baut gleichzeitig mit ihren Provokationen einen ganzen Raum auf, in den eventuell anschließend Le Pen mit seiner Politik nur nachsetzen muss.

Meinhard Meuche-Mäker: Christoph Butterwegge hat heute in seinem Vortrag die Frage aufgeworfen, ob die Modernisierungsgewinner oder die -verlierer diejenigen sind, die zur Zielgruppe und auch gleichzeitig zu Subjekten rechts-extremen Handelns werden. In seiner Langzeituntersuchung deutscher Zustände, dieses Jahr in der dritten Folge, zieht Heitmeyer folgendes Fazit: Es gibt in Deutschland eine Spreizung der Reichtumsverteilung, es gibt Desintegrationsgefahren, Verunsicherung, soziale Spaltung, und diese Arm-Reich-Spaltung dringt auch in das Bewusstsein der Menschen ein. Die Reaktion der sozial randständigen und/oder integrationsgefährdeten Gruppen, wie Heitmeyer es nennt, besteht darin, dass diese Minderheitengruppen abwertungsgefährdet sind und dass das fatale Auswirkungen auf das Zusammenleben der Gesellschaft hätte. Interessant wäre zu erfahren, ob auch in anderen Ländern Europas die »Modernisierungsverlierer« in der gleichen Lage sind.

Vincent Scheltiens: In Belgien finden die politischen Positionen des Vlaams Belang, der mehr Autonomie von der frankophonen Wallonie fordert, die »alleine nach Europa« gehen sollte, bei den Eliten Anklang. Der Vlaams Belang präsentiert sich ultra-liberal und zugleich als Beschützer der kleinen Leute. Er balanciert politisch, um die Vertreter beider sozialer Pole anzuziehen. Er verdammt nicht diejenigen, die gegen die Heraufsetzung des Rentenalters streiken. Er wendet sich an alle sozialen Schichten. Sein Vorsitzender Filip Dewinter vertritt die These, der wahre Gegensatz bestehe zwischen den Kulturen, nicht zwischen Klassen. Der Vlaams Belang versteht sich als Sprecher national denkender Teile der flämischen Bevölkerung. Er ist nationalistisch, gibt sich aber zugleich als europäische Partei. Er heizt Rassismus und Islamophobie an. Obwohl der Vlaams Belang bisher nicht an der Macht beteiligt ist, wächst sein Einfluss. Bei den jüngsten Wahlen erhielt er 31 Prozent der Stimmen in Antwerpen und etwa ein Viertel der Stimmen in ganz Flandern. Es steht zu befürchten, dass der Vlaams Belang bald zum Establishment gehören wird. Im Oktober 2006 will Dewinter Oberbürgermeister von Antwerpen werden. Er hofft, dies mit den Stimmen der jüdischen Gemeinde von Antwerpen zu erreichen, die Angst vor der Jugend der Vorstädte hat. Dazu argumentiert Dewinter demagogisch, er habe genau solche Angst vor dem Islamismus wie die Bewohner Israels. Er präsentiert sich als Retter des Friedens in Antwerpen. Die jüdische Gemeinde zeigt Interesse, sich mit ihm zu arrangieren, falls er an die Macht kommt.

Meinhard Meuche-Mäker: Filip Dewinter hat in einem Interview nach dem Wiener Treffen vom November 2005 gesagt, um europaweit zu den Wahlen im Jahr 2009 mit einer gemeinsamen Liste anzutreten, müsse man in Deutschland etwas gründen. Beachtlich ist, dass an dem Wiener Treffen keine Partei aus Deutschland teilgenommen hat. Das deutet darauf hin, dass die NPD mit ih-

rer traditionellen rechtsextremen Programmatik von den rechtspopulistischen Parteien anderer europäischer Länder so nicht akzeptiert wird.

Hermann Dworczak: Ich möchte auf die vorhin gestellte Frage eingehen, ob die Modernisierungsverlierer oder die Modernisierungsgewinner sich von den extremen Rechten angesprochen fühlen und ob dies eher durch die Rechtspopulisten oder die Rechtsextremisten geschieht. In Österreich gibt es, überspitzt formuliert, zwei total gegenteilige Tendenzen. Im Jahr 2000 wurde eine Regierung durch die ÖVP und die FPÖ gebildet. Um die Jahreswende zu 2001 geriet diese Regierung in eine schwere Krise. In dieser Situation unternahm der konservative Bundeskanzler Schüssel einen gigantischen taktischen Schachzug. Er »stahl« der FPÖ den Finanzminister, einen harten Neoliberalen, positionierte diesen gemeinsam mit sich selbst als Frontmann im Wahlkampf und fuhr einen riesigen Wahlerfolg ein. Diese Aktion trug dazu bei, dass die FPÖ von fast 30 Prozent auf etwa 10 Prozent der Wählerstimmen herunterrutschte. Da sind sehr viele Mittelschichtenwähler zu den Konservativen gegangen. Vor kurzem, d. h. nach der Abspaltung des BZÖ von der FPÖ, fanden Kommunalwahlen in Wien statt. Und der neue Star der ganz Rechten, Hans Christian Strache, erhielt in Wien 15 Prozent der Stimmen, in den klassischen Arbeiterbezirken sogar 20 Prozent. Schaut man genauer hin, erfährt man, dass die Rechtspopulisten im »roten Wien«, in den Bezirken des kommunalen Wohnungsbaus, des so genannten Gemeindebaus, absolute Spitzenergebnisse von 25 bis 30 Prozent erreicht haben. Das sind auf der Ebene der Fakten unterschiedliche Momente, unterschiedliche Trends. Daher mein Plädoyer: Bitte keine Momentaufnahme, wir brauchen eine Gesamtanalyse.

Gerd Wiegel: Analysiert man den Flickenteppich unterschiedlicher Rechtsextremisten in Europa, so fällt auf, dass jene Parteien am erfolgreichsten sind, die einerseits mit einer neoliberalen Argumentation die Gewinner der Entwicklung ansprechen und bei den bürgerlichen Mittelschichten gut abschneiden und auf der anderen Seite über rechtspopulistische Losungen diejenigen erreichen, die sich als Verlierer der Entwicklung ansehen. In den ostdeutschen Bundesländern sind es sehr viel stärker die Verlierer, die von einer Partei wie der NPD angesprochen werden. Die NPD ist von der modernen Variante des Rechtspopulismus ein ganzes Stück weit entfernt. Aber sie ist sehr erfolgreich, weil sie es offensichtlich schafft, den Leuten in Ostdeutschland ein Angebot zu machen, mit dem sie meinen, ihre reale oder auch vermeintliche Verlierersituation zu überwinden. Es ist das Angebot des Rassismus, der rassistischen Ausgrenzung derjenigen, die als nicht dazugehörig definiert werden. Das ist ein Moment, mit dem die NPD und die traditionelle extreme Rechte überhaupt sehr stark arbeiten. Angeboten wird folgende Argumentation: Wenn man vieles nicht hat, keine Arbeit, keine Perspektive, hat man aber etwas, was

einen von denen unterscheidet, die hier eigentlich nicht hingehören, man hat einen deutschen Pass, man gehört zu einer bestimmten Ethnie oder »Rasse«. Und das erhebt einen über diejenigen, die als nicht dazugehörig definiert werden, gibt einen Anspruch, etwas vom sozialen Kuchen abzubekommen. Das ist eine Argumentation, mit der Parteien wie die NPD für die Verliererseite in Ostdeutschland sehr attraktiv wirken. Sie bietet einen Anspruch auf weitere Teilhabe an, während andere diesen Anspruch so nicht haben sollen.

Meinhard Meuche-Mäker: Wir sollten uns die Situation in Sachsen und Thüringen, wo die NPD, aber auch die DVU, Wahlerfolge zu verzeichnen haben, etwas genauer anschauen. Insbesondere bei der sächsischen Landtagswahl war ein großer Teil jüngerer Wählerinnen und Wähler ansprechbar. Ist es wirklich so, dass Jugendliche im vorpolitischen Raum durch Freizeitangebote angesprochen werden, die dann über lange Jahre ein leicht erschließbares Potenzial für die rechtsextremen Parteien darstellen?

Gerd Wiegel: Bei der Landtagswahl im Jahr 2004 in Sachsen zog die NPD mit 9,2 Prozent in den Landtag ein. Sie holte sich unter Jungwählern, das sind die 18- bis 29-jährigen, 18 Prozent der Stimmen. Sie war in dieser Wählergruppe zweitstärkste Partei nach der CDU, lag vor der SPD, den Grünen und der PDS. Während die NPD früher eine Art »Alte-Herrenpartei der Nazis« war, wird sie heute in Ostdeutschland zur Jugendpartei. Unter jungen Erwachsenen hat die NPD eine sehr viel höhere Attraktivität als andere Parteien. Das hat in der Tat etwas mit der Arbeit im vorpolitischen Raum zu tun. Sie setzt vor allen Dingen an der Freizeit an, an vermeintlich unpolitischen Elementen, mit denen sie junge Leute für sich gewinnt. Später kommen die Inhalte zum Tragen. Das vergeht auch nicht mit reiferem Alter, wie manche behaupten. Es verstetigt sich eher. Es gibt rechtsextreme Karrieren, wo man die Frau oder den Mann aus dem Milieu kennen lernt. Das ist kein Männerproblem, sondern verteilt sich auf beide Geschlechter. Bisher gibt es keine rechtsextreme kulturelle Hegemonie in Ostdeutschland oder anderen Gegenden der Bundesrepublik. Es entstehen aber Dominanzverhältnisse in vielen Räumen, wo rechtsextreme Einstellungen und Vorstellungen, politische Problemlösungen auf rechtsextremem Hintergrund als ganz normal gelten. Sie gelten dort nicht in irgendeiner Weise als abträglich. In der Bundesrepublik hat die extreme Rechte sehr starke Probleme mit der deutschen Vergangenheit. Bestimmte Tabus und Grenzen fallen aber in dem Maße wie die Chancen für solche Parteien deutlich besser werden.

Meinhard Meuche-Mäker: Zur Frage der Entwicklung von Gegenstrategien: Wäre es für Beratungsstellen wie MOBIT (Mobile Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus), die es in allen ostdeutschen Bundesländern und in Berlin gibt, nicht sinnvoll, Beratungstätigkeit auch an Gegen-

aktivitäten festzumachen, gerade da, wo es zivilgesellschaftliche Organisationen gar nicht gibt?

Gerd Wiegel: Die Beratungstätigkeit von MOBIT und ähnlichen Einrichtungen ist eine Arbeit an Symptomen und nicht an Ursachen von Rechtsextremismus. Ehrenamtliche Antifa-Initiativen unterstützen diese Arbeit. Aber die Projekte der Beratungsstellen sind nicht darauf angelegt, an grundsätzliche Probleme, die aus dem Neoliberalismus resultieren, heranzugehen. Andererseits ist Beratung ein sinnvoller Ansatz, weil sie die Situation in Thüringen und einigen Regionen verbessert. Es fördert demokratische Partizipation von unten, die dort wenig Tradition und keine Lobby hat. Dieser Ansatz ermutigt Leute, vor Ort selbst aktiv zu werden, z. B. konkret etwas gegen rechte Kameradschaften zu tun. Aber das bleibt eine Arbeit an Symptomen. Dem Problem von Rechtsextremismus in der Gesellschaft muss auf der politischen Ebene entgegengetreten werden.

Meinhard Meuche-Mäker: Der Front National hat bei den unter 25-jährigen Wählerinnen und Wählern einen Stimmenanteil von 25 Prozent erreicht. Ist die Situation in Ostdeutschland vergleichbar mit dem, was sich in Frankreich abspielt?

Elisabeth Gauthier: Ich denke, es handelt sich in Ostdeutschland und in Frankreich um unterschiedliche Prozesse. In Frankreich sind entgegengesetzte Phänomene zu beobachten: Zum einen gibt es einen Trend unter der Jugend zur Nichtbeteiligung an der Politik und zum anderen eine große Suche nach Beteiligung an der Politik, die nicht auf ein ausreichendes Angebot stößt. Das bedeutet einerseits, dass Jugend für rechte Radikalisierung zugänglich ist, andererseits aber gibt es Chancen für die Linken, mit der Jugend Politik zu gestalten. Die junge Generation muss ihre politische Autonomie erlangen. Man findet bei Teilen der Jugend jetzt wieder ein politisches Engagement auf Dauer. So hatte die FKP in den letzten Monaten einen Zugang von 7000 Mitgliedern. Davon sind 80 Prozent unter 30 Jahre alt. Die eigentliche Frage ist folglich: Wie kann die Linke dieser Jugend helfen, zum politischen Akteur zu werden?

Meinhard Meuche-Mäker: Joachim Bischoff hat in dem 2004 vom VSA-Verlag publizierten Buch »Moderner Rechtspopulismus« die Frage formuliert, wie eine linke Strategie aussehen muss. Bischoff warnt vor der Neigung zur Ethnisierung des gesellschaftlichen Grundkonfliktes zwischen Kapital und Arbeit. Die Linke müsse gemeinsam mit den Gewerkschaften diesen Grundkonflikt ständig in das Zentrum ihres Angebotes stellen. Zusätzlich ist eine spezifische Argumentation gegen Fremdenfeindlichkeit oder für die Entwicklung einer multikulturellen Praxis zu entwickeln.

Hermann Dworkak: Es ist unmöglich, eine Schublade aufzumachen und ein fix und fertiges Konzept einer linken Strategie herauszuziehen. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten fundamental verändert. Wir leben nicht in einem aufstrebenden rheinischen Kapitalismus, einem Wohlstandskapitalismus, wo relativ viel verteilt werden kann. Das Gegenteil ist der Fall. Wir leben in einem krisenanfälligen Kapitalismus mit neoliberaler Offensive, mit Prekarisierung und Hoffnungslosigkeit. Da reicht es nicht, einem flachbrüstigen Neokeynesianismus das Wort zu reden. Ein Zurück in die 1950er Jahre, ein bisschen mehr umverteilen, das ist objektiv unmöglich. Wenn die Herrschenden den totalen Markt wollen, dann sollten wir das Marktsystem zumindest problematisieren und Konzepte in die öffentliche Debatte einbringen, die eine Gesellschaft jenseits des Warenprinzips anvisiert. Das ist keine fix und fertige Antwort, aber das ist eine Orientierung darauf, dass man über die bestehende Gesellschaftsordnung hinausgehen sollte. Nehmen wir das Beispiel der so genannten Pensionskassen. Fast in jedem europäischen Land wird das öffentliche Pensionssystem beseitigt, demontiert oder zerstört und den privaten Kapitalgesellschaften, Versicherungsgesellschaften in den Rachen geworfen. Und überall gibt es unterschiedliche Protestformen. Wir erlebten in Österreich die größten Klassenkämpfe seit 1950, umfangreiche Streiks, Massendemonstrationen. Im politisch hinterwäldlerischen Österreich hat es so etwas ewig nicht gegeben. Hätten zu diesem Zeitpunkt Wahlen stattgefunden, hätte Schüssel seine Mehrheit verloren. Aber wir haben eine bürgerlich-demokratisch verfasste, repräsentative Demokratie. Da kann man alle vier Jahre wählen. Hier zeigt sich sehr konkret die Insuffizienz der bloß parlamentarischen Demokratie. Sollten die Linken nicht die Idee der partizipativen Demokratie in die Debatte werfen?

René Monzat (im Publikum; Mitarbeiter Ras le Front, Frankreich): Es gibt Konkurrenz zwischen linken und rechten Globalisierungsgegnern. Die Probleme mit dem Rechtsextremismus in Deutschland erwarten uns noch. Gefährlich sind jene rechtsextremen Parteien, die keine nostalgischen Positionen vertreten, sondern ein vorwärts gewandtes Programm entwickeln wie die NPD. Die Auseinandersetzungen um die sich zuspitzenden sozialen Probleme werden sich verschärfen. Die Debatte um den EU-Beitritt der Türkei wird sich verstärken. Und unter den Bedingungen von großen Koalitionen sind die Menschen für Ideen des Rechtsextremismus empfänglicher. In Frankreich hatte der Front National lange Zeit ein Monopol auf den Rechtsextremismus. Inzwischen gibt es andere militante antiislamische Gruppen. Andererseits vertreten manche islamistische Vereinigungen eine antisemitische Richtung, die rassistisch und antiweiß ist. Die Probleme der Banlieues dagegen sind nicht ethnischen Ursprungs. Die Ursachen der jüngsten Unruhen sind die Massenarbeitslosigkeit und die Tatsache, dass es sich um Regionen handelt, die vom Staat »vergessen« werden.

Alfred Schobert (im Publikum; Mitarbeiter Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung): Tritt die Islamophobie an die Stelle des Antisemitismus? Man vermeidet es besser, Islamophobie gegen Antisemitismus auszuspielen oder umgekehrt. Wir kennen das von Leuten, die Kriege legitimieren. Ich halte das für grundsätzlich falsch und brandgefährlich. Wenn die NPD in Deutschland anti-neoliberal auftritt, sind ihre Texte extrem antisemitisch punktiert. Es genügt, einfach einmal die »Deutsche Stimme« zu lesen und zu schauen, ob da der Antisemitismus hinter die Islamophobie zurückgetreten ist. Eine Nummer zu lesen, reicht, um zu sehen, dass das nicht der Fall ist. Es gibt so massiv eklige antisemitische Texte, wo man für die Größenordnung im Vergleich Streicher heranziehen kann. So gibt es Schlagzeilen wie »Jüdische Zersetzung der deutschen Gemeinschaft«, »Adorno und die Frankfurter Judenschule«. Man darf keine Illusionen haben: Die Rechtsextremen schaffen beides. So gab es im Jahr 2004 eine Demonstration gegen den Synagogenneubau in Bochum, höchstlicherlich von Karlsruhe genehmigt. Die Gegner hatten als Vorbilder wieder nur Streicher und andere, hetzten gegen den Talmud, sprachen von Blutschuld und allem Möglichen in Naziart. Dieselben Leute, die gegen den Synagogenneubau in Bochum demonstriert haben, demonstrierten dann ein paar Monate später mit einem sehr stark soziologisch aufgemachten Aufrufertext gegen den Neubau einer Moschee in Duisburg. Diese Leute sind sowohl höchst antisemitisch als auch massiv islamophob. Da gehen Rassismus und Antisemitismus einher. Da darf man keine Illusionen haben, dass das eine an die Stelle des anderen träte. Das geht zusammen, gerade in der Subjektivität.

Meinhard Meuche-Mäker: In der Schlussrunde bitte ich alle Podiumsteilnehmerinnen und Podiumsteilnehmer, auf die Frage einzugehen, worin aus ihrer Sicht die nächsten Aufgaben im Kampf gegen den Rechtsextremismus bestehen.

Hermann Dworczak: Angesichts des Vormarschs des Neoliberalismus und der Aufwertung des Rechtsextremismus muss eine Gegenmacht aufgebaut werden. Dabei ist aufmerksam auf neue Gesichtspunkte zu achten. Wer hätte z. B. gedacht, dass der Stimmenanteil Jörg Haiders nach der Spaltung der FPÖ von 27 auf 1,6 Prozent fällt? Es kommt darauf an, den Menschen Alternativen anzubieten.

Vincent Scheltiens: In Belgien betreiben die traditionellen Linksparteien rechte Politik. Faktisch ist die Linke seit mehr als 20 Jahren in Belgien abwesend. Als eine typisch belgische Erscheinung sehe ich die Trennung zwischen sozialen und politischen Kräften. Es gibt links von der Sozialdemokratie und den Grünen in Belgien noch keine starke Kraft wie in anderen europäischen Ländern. Die künftige linke Kraft muss sozial und antiliberal sein. Es gilt, mit der neo-

liberalen Politik zu brechen, auch mit der der sozialdemokratischen Regierung. Der Schlüssel für eine Lösung liegt in der sozialen Mobilisierung, aus der sich eine Politik entwickelt. Wichtig ist, die Selbstorganisation der Migranten zu fördern und zu stärken. Wenn eine soziale Mobilisierung gelingt, wird Vlaams Belang der Boden entzogen. Die Zerstörung des Vlaams Belang muss dort beginnen, wo er herkommt – in den großen Städten.

Gerd Wiegel: Auch die Jugendproblematik muss angegangen werden. Es gilt, Demokratie von unten zu entwickeln, die Entpolitisierung zu überwinden, besonders in Ostdeutschland. Die Politisierung der Menschen sollte von ihnen als Chance begriffen werden, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern und sie zu regeln. In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sind die Gewerkschaften ansprechbar, aber eine Thematisierung in den Betrieben wird schwer gelingen. Die neu entstehende politische Kraft aus Linkspartei.PDS und WASG sollte streng darauf achten, keinen Nationalismus zuzulassen und niemanden auszuschließen.

Elisabeth Gauthier: Die Politik der Regierung in Frankreich ist auf drei Ebenen reaktionär: Sie ist brutal auf der sozialen Ebene, sie tritt autoritär und antidemokratisch auf und sie verstärkt die Diskriminierung. Die Gegenoffensive der Linken muss auf allen drei Ebenen Alternativen entwickeln. Man muss der Aufspaltung der Bevölkerung, u. a. auch durch verschiedene Rassismen, entgegenarbeiten.

Die Kampagne zum Nein gegen die EU-Verfassung glich einer »Irruption populaire«, einem massiven Auftritt auf der politischen Bühne. Nach dem Schock des 21. April 2002 gab es eine starke Debatte in den Sozialbewegungen unter dem Motto: »Die Politik nicht den anderen überlassen!« Ausgehend von den Erfahrungen des zweiten Wahlgangs bei den Präsidentenwahlen und des »Nein« zur EU-Verfassung gilt es, eine neue Hegemonie der antiliberalen Strömung aufzubauen.

Der Osten Europas ist eine große Herausforderung für die Linken. Falls keine neue Solidarität gegenüber den osteuropäischen Völkern entwickelt wird sowie eine Umorientierung der europäischen Konstruktion stattfindet, werden wir Riesenprobleme, gerade auch im Hinblick auf Rechtspopulismen, bekommen.

Meinhard Meuche-Mäker: Ich danke allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Podiums und dem Publikum. Die offene und solidarische Debatte ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Verständigung und Vernetzung der europäischen Linken in der Auseinandersetzung mit dem »modernen« Rechtsextremismus.

Bearbeitung: Peter Bathke/Uwe Dresner

EUROPÄISCHE INITIATIVE GEGEN MODERNEN RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTSPOPULISMUS

In vielen europäischen Ländern, in Ost- wie in Westeuropa, ist es den modernen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien gelungen, sich im Zentrum des politischen Lebens zu platzieren, sich an Regierungen zu beteiligen oder parlamentarische Unterstützungskräfte von Regierungen zu werden und wichtige Wahlerfolge zu verbuchen.

Die neoliberale Offensive, die derzeit ganz Europa in Form der neoliberalen Globalisierung angreift, verbreitet – mit ihren Konsequenzen der Zertrümmerung der sozialen Bezüge, der Zerstörung des Sozialstaats, der Prekarisierung, der Wiederaufrüstung und militärischer Interventionen – individuelle und kollektive Hoffnungslosigkeit und bildet damit den Nährboden für das Wuchern von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.

Deshalb liegt die Gefahr nicht mehr in einem heute marginal gewordenen Rechtsextremismus, der den Faschismus oder den Nationalsozialismus kopiert, sondern in der Mitte der Gesellschaft, in den modernisierten rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien, die sich den gegenwärtigen Realitäten anpassen. Diese Parteien stimmen der ultra-neoliberalen Ideologie zu, der sie den Rassismus, den Antisemitismus, die Fremdenfeindlichkeit sowie eine autoritäre Vision der Sozialordnung, basierend auf den Prinzipien von Ausgrenzung und Diskriminierung, hinzufügen.

Angesichts der Tatsache, dass mehrere dieser Gruppierungen, die sich im November 2005 in Wien trafen, ihre Absicht angekündigt haben, sich mit Blick auf die Europa-Wahlen 2009 zusammenzuschließen, wollen wir reagieren, indem wir diese »Europäische Initiative gegen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus« gründen.

Diese setzt sich folgende Ziele:

1. Kooperation – europaweit und, wenn nötig, darüber hinaus – durch den Austausch von relevanten Analysen und Informationen, wofür eine Internetseite eingerichtet wird, auf der die Ergebnisse unserer Studien veröffentlicht werden,
2. Vertiefung der Analyse zum modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus durch disziplinübergreifenden Einbezug einzelner Studien aus den verschiedenen Ländern in den großen Rahmen dieses europäischen Phä-

nomens, das ganz eng mit der ideologischen Ausbreitung des Neoliberalismus verbunden ist,

3. Erstellung von Langzeitstudien, um die aktuelleren Entwicklungen einschätzen zu können,
4. Erstellung einer Bibliografie,
5. Erleichterung praktischer Schritte, um Bürgerbewegungen, linke und demokratische Kräfte gegen die Entwicklung und die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und des Populismus der modernen Rechten auf europäischer Ebene zu mobilisieren.

Weil wir dem Aufbau eines anderen Europas verpflichtet sind, eines Europas der Menschenrechte, der Gleichheit der Individuen und der sozialen Rechte, werden wir auf dem vierten europäischen Sozialforum, das im Mai 2006 in Athen stattfinden wird, präsent sein, um zu bewerten, welchen Teil der moderne Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der weltweiten Offensive des Neoliberalismus einnehmen.

Wir wollen damit unseren Beitrag für eine Gegenoffensive in den verschiedenen Ländern und auf europäischer Ebene leisten.

Die Teilnehmer des Gründungstreffens unserer Initiative laden Frauen und Männer, die vergleichbare Erfahrungen aus Forschung, Bildungsarbeit, gewerkschaftlichem und politischem Engagement mitbringen, zur Kooperation mit unserem Netzwerk ein.

Interessierte an einer Kooperation mit der Initiative können sich an Dagmar Rubisch (Sekretärin des Netzwerks) wenden, Tel. 0049 30 44310158, E-Mail: rubisch@rosalux.de, oder sich auf der Homepage der Initiative www.eiar.org informieren.

Köln, 4. Dezember 2005

(Dieser Text ist zu finden unter:
www.espaces-marx.eu.org/article.php3?id_article=105)

Autorenverzeichnis

Gabrielle Balazs, geb. 1942, Soziologin am CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique), angesiedelt am Centre d'études de l'emploi (CEE), Paris. Sie arbeitet zu den Themenbereichen Arbeitslosigkeit, Arbeitsverhältnisse und Deklassierung. Koautorin von »La Misère du Monde« unter Leitung von Pierre Bourdieu, Paris 1993, deutsche Übersetzung: Das Elend der Welt, Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz, 1997; Veröffentlichung in deutscher Sprache (zusammen mit Michel Pialoux): »Krise der Arbeit – Krise der Politik«, in: Pierre Bourdieu (Hrsg.): Der Lohn der Angst, Konstanz 2001.

Peter Bathke, Dr. phil, geb. 1940, Politologe und Orientalist, Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Mitglied des SprecherInnenrates der RLS-Landesstiftungen. Diverse Publikationen zum Nahen und Mittleren Osten sowie zur Tätigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dirk Burczyk, geb. 1976, Historiker, wiss. Mitarbeiter von Ulla Jelpke, MdB, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Arbeitsgebiete: Asyl- und Flüchtlingspolitik und Innere Sicherheit in Deutschland und der EU.

Christoph Butterwege, Dr., geb. 1951, Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Er leitet die Abteilung für Politikwissenschaft am Seminar für Sozialwissenschaften und ist Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) an der Universität zu Köln. Arbeitsgebiete: Globalisierung, Sozialstaatsentwicklung, Armut, Migrationspolitik und Rechtsextremismus. Ausgewählte Veröffentlichungen: »Rechtsextremismus«, Freiburg i. Br./Basel/Wien 2002; (zus. mit mehreren anderen) »Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein«, Opladen 2002; (hrsg. zusammen mit Gudrun Hentges) »Massenmedien, Migration und Integration«, 1. und 2. Aufl. Wiesbaden 2006.

Jean-Yves Camus, Politikwissenschaftler, Centre Européen de Recherche sur le Racisme et L'Antisémitisme. Ausgewählte Veröffentlichungen: (zusammen mit René Monzat) »Le Front National« und »Droites Nationales et Radicales en France«, Lyon 1992. In Deutschland veröffentlicht: »Front National. Eine Gefahr für die französische Demokratie?« Bonn 1998. Seit 1992 Mitarbeit am von Uwe Backes und Eckhard Jesse herausgegebenen Jahrbuch »Extremismus & Demokratie«, Bonn.

Klaus Dörre, geb. 1957, Professor für Arbeits-, Industrie und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, arbeitet zu Globalisierung, prekäre Beschäftigung, Rechtspopulismus. Jüngste Veröffentlichungen: Dörre, K./Brinkmann, U.: Finanzmarkt-Kapitalismus: Triebkraft eines flexiblen Produktionsmodells?, in: Windolf, P. (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 45/2005, Wissenschaftsverlag, Wiesbaden 2005, S. 58-84; Dörre, K.: Prekarisierung contra Flexicurity. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse als arbeitspolitische Herausforderung, in: Kronauer, M./Linne, G. (Hrsg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität, Sigma, Berlin 2005, S. 53-72; Dörre, K./Röttger, B.: Im Schatten der Globalisierung, VS Verlag, Wiesbaden 2006 (im Erscheinen).

Uwe Dresner, geb. 1959, Diplom-Sozialwirt, von 1979 bis 1990 im Bereich der psychiatrischen Krankenpflege tätig, danach Studium an der Sozialakademie Dortmund und der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, politische Arbeitsschwerpunkte: Fluchtmigration und Sozialpsychologie.

Wolfgang Dreßen, Dr., Professor für Politik an der FH Düsseldorf und Leiter des Forschungsschwerpunkts Neonazismus. Autor einer Wanderausstellung über die breite Beteiligung der Bevölkerung an den Arisierungsmaßnahmen: »Betrifft Aktion 3: Deutsche verwerten jüdische Nachbarn«. Veröffentlichungen zur Industrialisierungs- und Disziplinierungsgeschichte und zur Wahrnehmung des »Fremden«. 2008 erscheint: »Tödliche Volksgemeinschaft. Die deutsche Arbeit und ihre Feinde 1871-2008«.

Hermann Dworzak, geb. 1948, in Wien lebender Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands (DÖW). Forschungsschwerpunkte: moderner Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Lateinamerika, Internationale Sozialforumsbewegung. Ausgewählte Veröffentlichungen: »Der lange Atem oder Trotzki must wait«, in: Bernhard Kuschey (Hrsg.): Linke Spuren. Marxismus seit den sechziger Jahren, Wien 1987; »Die Sozialdemokratie und die politische Linke – Politische Stellungnahmen«, in: SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ. Geschichte und Bilanz, Wien 1983.

Michael Fichter, Dr., geb. 1946, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Gewerkschaftspolitik, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: europäische Gewerkschaftspolitik, EU-Erweiterung, Internationale Arbeitsstandards. Ausgewählte Veröffentlichungen: »The German Way. Still Treading the Path of Institutionalized Labor Relations?«, in: Stefan Beck et al. (ed.): Surviving Globalization? Perspectives for the German

Economic Model, Dordrecht 2005; (zusammen mit Ian Greer) »Analysing Social Partnership: A Tool of Union Revitalization?«, in: Carola M. Frege/John Kelly (Hrsg.): Varieties of Unionism: Strategies for Union Revitalization in a Globalizing Economy, Oxford 2004; »Modernisierung und EU-Beitritt in Mitteleuropa: Herausforderungen für die Gewerkschaften«, in: Sigrid Koch-Baumgarten/Peter Rütters (Hrsg.): Pluralismus und Demokratie. Interessenverbände – Länderparlamentarismus – Föderalismus – Widerstand. Frankfurt/Main 2006.

Jörg Flecker, Dr., Univ.-Doz. Soziologe, Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), Wien. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsorganisation und Arbeitsbeziehungen, Internationalisierung, Informationstechnik und Arbeit, Arbeitsbedingungen; Koordinator des EU-Projekts Socio-economic change, individual reactions and the appeal of the extreme right (SIREN).

Christian Frings, Köln, Übersetzer der Beiträge von Ineke Van der Valk und Loïc Wacquant.

Jonas Frykman, geb. 1972, Mitarbeiter des Vereins Opferperspektive, Schwerpunkte Öffentlichkeitsarbeit & Fundraising.

Elisabeth Gauthier, geb. 1950 in Salzburg, Generalsekretärin von Espaces Marx (Paris), Mit-Koordinatorin des europäischen Netzwerks Transform! Veröffentlichungen zu den Arbeitsgebieten: Akteure der sozialen Transformation und Linke; Altermondialisme und Sozialforumsprozess; Moderner Rechtspopulismus. Veröffentlichung in Deutsch: (hrsg. zusammen mit Joachim Bischoff/Klaus Dörre u. a.) »Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien«, Hamburg 2004.

Gudrun Hentges, Dr., geb. 1964, Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda, Leiterin des Studiengangs »B. A. Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Interkulturelle Beziehungen« (BASIB). Forschungsschwerpunkte: Migration und Integration, Rechtsextremismus und -populismus, Politische Bildung. Ausgewählte Veröffentlichungen: (alle hrsg. zusammen mit Christoph Butterwegge) »Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung«, 2. Aufl. Wiesbaden 2006; »Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik«, 3. akt. Aufl., Wiesbaden 2006; »Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein«, Opladen 2002.

Christina Kaindl, geb. 1971, Dipl.-Psychologin, Lehrbeauftragte an der FH Magdeburg-Stendal, Mitglied im Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi). Arbeitsgebiete: Rechtsextremismus, Subjektverhältnisse im Neoliberalismus, kritische Wissenschaften. Ausgewählte Veröffentlichungen: (hrsg.) »Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus«, Marburg 2005; »Lernverhältnisse im Neoliberalismus. Teil II. Überlegungen zu einer Kritischen Psychologie des Lernens«, in: Forum Kritische Psychologie 49, 2006; (hrsg., i. Ersch.) »Subjekte im Neoliberalismus«, Marburg 2006.

Meinhard Meuche-Mäker, Politikwissenschaftler, freiberuflicher Politikberater; Tätigkeiten im Bereich politischer Bildung, Beratung und Projektmanagement; inhaltliche Arbeitsschwerpunkte: Schill-Partei, Rechtsextremismus, PDS. Ausgewählte Veröffentlichungen: »Die PDS im Westen 1990 – 2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke«, Berlin 2005.

Karsten Pöhl, geb. 1965, Historiker (M. A.) und Computerlinguist (DEA, Univ. Lyon), arbeitet in einer großen Versicherung in Bonn. Ausgewählte Veröffentlichungen: »La langue française en Allemagne ou pour un marketing de la langue«, in: Allemagne d'aujourd'hui, no. 131, Jan.-März 1995; »Was die Bevölkerung über Arbeitslosigkeit sagt«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, Mai 1998; »La mutation des valeurs à l'époque du chômage«, in: Allemagne d'aujourd'hui no. 168, April-Juni 2004.

Olga Schell, geb. 1973, arbeitet seit 2004 in Brandenburg und lebt die übrige Zeit in Berlin-Kreuzberg.

Vincent Scheltiens, geb. 1962, pädagogischer Mitarbeiter einer NGO, lebt in Antwerpen. Mitarbeit in mehreren antifaschistischen Initiativen und am Aufbau einer linken politischen Alternative. Er veröffentlichte zahlreiche Artikel zum Thema Extreme Rechte in Belgien, davon einige in den belgischen Zeitschriften »La Gauche« und »Rood« und den internationalen Zeitschriften »International Viewpoint« und »Inprecor«.

Herbert Schui, Dr. geb. 1940, Professor für Volkswirtschaftslehre (emeritiert). Arbeitsgebiete: Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, Konjunktur und Entwicklung. Letzte Buchveröffentlichung (zusammen mit Stephanie Blankenburg) »Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis«, Hamburg 2002.

Susanne Spindler, Dr., geb. 1971, Diplom-Pädagogin, Bildungsreferentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und Lehrbeauftragte an der Universität zu Köln, seit 1998 Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien, Uni

Köln. Diverse Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Rassismus, Migration und Geschlecht; zuletzt: »Corpus delicti. Männlichkeit, Rassismus und Kriminalisierung im Alltag jugendlicher Migranten«, Münster 2006.

Richard Stöss, Dr., geb. 1944, Professor am Otto-Stammer-Zentrum, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Parteien, Wahlen, Rechtsextremismus, empirische Sozialforschung. Ausgewählte Veröffentlichungen: (Mitherausgeber und Mitverfasser) »Die Parteiensysteme Westeuropas«, Wiesbaden 2006; »Rechtsextremismus im Wandel«, Friedrich-Ebert-Stiftung 2005.

Ineke Van der Valk, Dr., geb. 1953, sie forscht im Bereich Forschung und Entwicklung in Bezug auf Sozialpolitik und Einwanderung. Arbeitsschwerpunkte: Rassismus, ethnische Minderheiten, Geschichte der Einwanderung, Diskursanalyse. Ausgewählte Veröffentlichungen: »Difference, Deviance, Threat? Mainstream and Right-extremist Political Discourse on Ethnic Issues in the Netherlands and France (1990-1997)«, Amsterdam 2002; »Apartheid dans la forteresse Europe: immigration et racisme à El Ejido«, in: N. Bell et al.: *Le goût amer de nos fruits et légumes. L'exploitation des migrants dans l'agriculture intensive en Europe*, Limans 2002; »Algemeen waar mogelijk, specifiek waar nodig« (»General policies when possible, specific policies when needed«), an analysis of social provisions for immigrants, Alphen aan den Rijn 2006.

Loïc Wacquant, Dr., geboren 1960, Professor für Soziologie an der University of California, Berkeley und Forscher am Centre de Sociologie Européenne, Paris. Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Forschung zu städtischen Marginalisierungsprozessen, der Bestrafungsstaat, Körperberufe, Gesellschaftstheorie und die Herrschaft der Vernunft. Zur Zeit arbeitet er an einer leiblichen Anthropologie des Begehrens und der Beherrschung und an einer historischen Soziologie rassistischer Herrschaft in drei Kontinenten. Er ist Mitbegründer und Herausgeber der interdisziplinären Zeitschrift »Ethnography«. Ausgewählte Veröffentlichungen auf Deutsch: »Elend hinter Gittern«, Konstanz 2000; »Leben für den Ring. Boxen im amerikanischen Ghetto«, Konstanz 2003; »Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays« 2006.

Gerd Wiegel, geb. 1966, Referent zum Thema Rechtsextremismus/Antifaschismus Fraktion der DIE LINKE. im Bundestag; Arbeitsschwerpunkte: Extreme Rechte in Deutschland und Europa, NS-Erinnerung und Geschichtspolitik in Deutschland; Ausgewählte Veröffentlichungen: (zusammen mit Reinhard Kühnl) »Die extreme Rechte in Deutschland und Europa«, Köln 1996; »Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie«, Köln 2001; (zusammen mit Johannes Klotz) »Geistige

Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik«, Berlin 2002.

Bodo Zeuner, geb. 1942, Dr. phil., Dipl.-Pol., Prof. für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Arbeitsgebiete: Arbeitsbeziehungen, Parteien, politische Bildung. Ausgewählte Veröffentlichungen: »Arbeitsunrecht. Geschichten über Bürgerrechte im Betrieb«, Hamburg 1991; (zusammen mit Michael Fichter/Jochen Gester) »Externe Herausforderungen – Interne Problemlagen – Zukunftsoptionen: Eine internationale Perspektive«, in: Frerichs, Petra et al.: Zukunft der Gewerkschaften. Zwei Literaturstudien, Arbeitspapier 44 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2001; »Widerspruch, Widerstand, Solidarität und Entgrenzung – neue und alte Probleme der deutschen Gewerkschaften«, in: Joachim Beerhorst et al. (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt 2004.

Abkürzungsverzeichnis:

CD & V:	Christen Democratisch en Vlaams, dt.: Christdemokraten und Flämisch
FKP:	heute KPF, Kommunistische Partei Frankreichs
FPÖ:	Freiheitliche Partei Österreichs
GRECE:	Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne, dt. : Vereinigung zur Recherche und zu Studien für die europäische Gesellschaft
GUE:	Gauche Unitaire Européen, auch : European United Left, dt.: Vereinigte europäische Linke
MSI:	Marketing Science Institute, dt.: Institut der Marketingwissenschaft
NGL:	Nordic Green Left, dt.: Nordische Grüne-Linke, Vereinigung aus VP Schweden, Vas Finnland und SF Dänemark
N-VA:	Nieuw-Vlaamse Alliantie, dt.: Neue Flämische Allianz
ÖVP:	Österreichische Volkspartei
PCF:	Parti communiste français, dt.: Französische kommunistische Partei
SVP:	Schweizerische Volkspartei
UDC:	Unione dei Democratici Cristiani e Democratici di Centro, dt.: Union der Christdemokraten und Zentrumsdemokraten
VLD:	Vlaamse Liberalen en Democraten, dt.: Flämische Liberalen und Demokraten